ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 104, Dezember 2015

Griechenland, EU und die Linke

Wiegel - **Rassismus, Fluchtabwehr, rechter Aufstieg**/
Metscher - **Thomas Morus - kopernikanische Wende der Utopie**

Griechenland, die EU und die Linke

Goldberg - **Eine Erpressergeschichte**/Schuhler - **Lehren aus der Niederlage**/Dräger - **Europäische Linke - Plan A, Plan B, Plan C?**/
Biver - **Wieviel Rückhalt hat SYRIZA?**/Schrooten - **Europäische Geldpolitik und Risiken einer Exitoption Griechenlands**

Kapitalismusanalysen

Fuchs - **Globale Produktion digitaler Hard- und Software (II)**/
Krüger - **Die Probleme der Marxisten mit dem Geld**/
Carl & Oehlke - **Innovationsökonomie**/Steinitz - **25 Jahre deutsche Vereinigung - Sozialanalysen**

Marx-Engels-Forschung

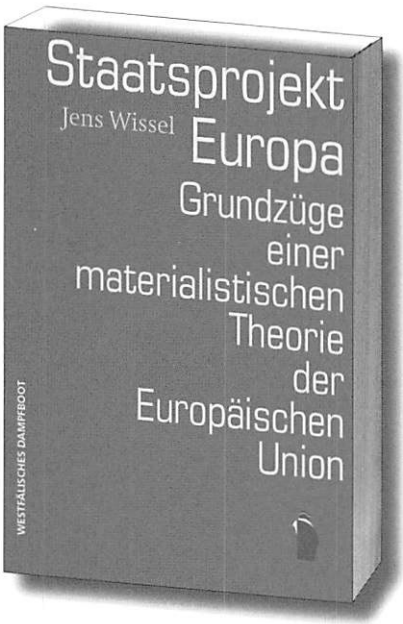
Lütten - **Struktur - Handlung - Herrschaft**

Weitere Beiträge

Hund - **‚Jüdische Weltverschwörung' unter dem ‚roten Stern' - Fritz Langs „Metropolis"**/Abendroth - **Realismus? Krimis!**/
Ölkrug/Dieckmann/Clausen/Kaltenegger - **Die Stadt als soziales Kampffeld**/Klönne - **Linke in Frankfurt nach 1945**

Sowie: Berichte, Buchbesprechungen

Einzelpreis 10,00 Euro



Jens Wissel

Staatsprojekt EUropa
Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union

2015 - 290 Seiten - € 29,90
ISBN: 978-3-89691-859-8

Die Veränderungen im Zuge der Krise in Europa, wie die Zunahme von sozialen Auseinandersetzungen, haben auf dramatische Weise vor Augen geführt, wie weitreichend der Einfluss der Europäischen Union mittlerweile ist. Aber nicht erst seit der Krise gibt es politische Auseinandersetzungen um die Verfasstheit Europas.
Ausgehend von materialistischer Staatstheorie zeigt Jens Wissel, welche sozialen Kräfte hinter dem Integrationsprozess stehen und wie gesellschaftliche Kämpfe auf den Aufbau der EU gewirkt haben.

PROKLA 180

Die politische Krise in Europa und die Reorganisation der bürgerlichen Kräfte

2015 - 154 Seiten - 14,00 €
ISBN: 978-3-89691-380-7

Die ökonomische Krise ab 2008 hatte nicht nur ökonomische, sondern auch politische und ideologische Folgen. Die Krise zerrüttete die Profitaussichten und veränderte die Reproduktionsbedingungen des Kapitals insgesamt. *Prokla 180* diskutiert die Frage, wie sich die Krise politisch in der Reorganisation der bürgerlichen Kräfte fortschreibt.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
26. Jahrgang
Heft 104 (Dezember 2015)

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:
Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris
Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt
Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler
Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach,
Harald Werner

Redaktion:
Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch,
David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel

5 **Editorial**

Gerd Wiegel
8 **Rassismus, Fluchtabwehr, rechter Aufstieg**

Thomas Metscher
17 **Die kopernikanische Wende der Utopie**
Zum 500. Jahrestag von Thomas Morus' *Utopia*

Griechenland, die EU und die Linke

Jörg Goldberg
27 **Griechenland – Eine Erpressergeschichte**

Conrad Schuhler
34 **Lehren aus der Niederlage der Linken in Griechenland**

Klaus Dräger
38 **Die Europäische Linke nach dem Kampf um Griechenland: Plan A, Plan B, Plan C?**

Nico Biver
50 **Wieviel Rückhalt hat SYRIZA?**
Betrachtungen über die soziale Basis der griechischen Linken

Mechthild Schrooten
64 **Europäische Geldpolitik und Risiken einer Exitoption Griechenlands**

Kapitalismusanalysen

Christian Fuchs
73 **Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit**
Die globale Produktion digitaler Hard- und Software (Teil II)

Stephan Krüger
87 **Die Probleme der Marxisten mit dem Geld und die begriffslosen Anleihen der Keynesianer bei Schumpeter**
Zur Debatte um Geld und Zentralbanken in „prokla" und „Z"

Friedrich Carl/Paul Oehlke
100 **Kritische Impulse aus der neo-schumpeterschen Innovationsökonomie**

Klaus Steinitz
113 **25 Jahre deutscher Vereinigungsprozess im Spiegel von Sozialanalysen**

Marx-Engels-Forschung

John Lütten
119 **Struktur, Handlung, Herrschaft**
Zur Diskussion über Herrschaftsverhältnisse in der Kritik der politischen Ökonomie

Kunst und Literatur

Wulf D. Hund
130 **‚Jüdische Weltverschwörung' unter dem ‚roten Stern'**
Marginalie zu Fritz Langs ‚Metropolis'

Elisabeth Abendroth
144 **Realismus? Krimis!**

Die Stadt als soziales Kampffeld

Patrick Ölkrug
154 **Protest und innereuropäische Arbeitsteilung: Lissabon und Portugal im europäischen Kapitalismus**

Sophie Dieckmann
160 **Kleine Geschichte der Wohnungspolitik in der VR China**

Matthias Clausen
164 **Ein Recht auf Kotti – und Co.**
EU-Flüchtlingspolitik und die Situation in Deutschland

Ernest Kaltenegger
169 **In Graz auf schmalem Grat**
Eine Linkspartei zwischen Regierung und Opposition

Archiv

Arno Klönne
173 **Zur „politischen Kultur" der Linken in Frankfurt/M. nach 1945**
Ein Brief vom Juli 2007

Berichte

Axel Weipert
177 **„Arbeit und Nicht-Arbeit“**
Berlin, 17. bis 19. September 2015

Christiane Reymann
179 **100 Jahre Zimmerwalder Linke**
Berlin, 4. Oktober 2015

Emanuel Kapfinger
181 **Was ist ‚links‘ heute?**
München, 10. Oktober 2015

184 **Buchbesprechungen**
Ideologietheorie (Lothar Peter zu Carolin Amlinger)
Beim Geld hört die Freundschaft auf (Jürgen Leibiger zu Klaus Müller)
Kapitalismus in Deutschland 1950 bis 2013 (Jörg Roesler zu Stephan Krüger)
Kapitalismus und Buchhaltung (Jörg Goldberg zu Jane Gleeson-White)
Am weißen Faden (Georg Fülberth zu Sven Beckert)
Berechtigtes Fragezeichen (Klaus Dräger zu Walter Baier)
Politischer Islam oder Islamisierung der Politik? (Matin Baraki zu Imad Mustafa)
Rätebewegung in Berlin (Günter Benser zu Axel Weipert)
NSDAP in Berlin 1925-1933 (Dorian Tigges / Cornelius Hansen zu Oliver Reschke)
Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939 (Günter Benser zu Michael Schneider)
John Heartfield – eine neue Biografie (Valentin J. Hemberger zu Anthony Coles)
Wie Herrschaft begreifen? (Sebastian Klauke zu Wolf-Dieter Narr)

223 **Autorinnen und Autoren, Übersetzer**
86 **Impressum**

Editorial

Die gegenwärtige politische Diskussion wird nach wie vor fast vollständig von den Krisenprozessen in und um die EU beherrscht. Für die marxistische Linke bleibt die Aufarbeitung der „griechischen Erfahrung" zentral; damit befassen sich verschiedene Beiträge im Schwerpunkt des vorliegenden Heftes.

Vorangestellt werden zwei aktuelle Themen: Mit der großen Zahl von zuwandernden Flüchtlingen nach Europa und in die Bundesrepublik haben die Themen der politischen Rechten – Nation, Ethnie, Homogenität – in ganz Europa Konjunktur. *Gerd Wiegel* analysiert die Hintergründe des neuen Aufstiegs von Pegida und der AfD sowie die inneren Auseinandersetzungen im rechten Lager hierzulande. Gegen die Tendenz, dass die populistische Rechte in Europa besonders „von den subalternen Klassen als Garant gegen eine weitere Auflösung des als Schutzrahmen begriffenen Nationalstaats" gesehen werde, müsse von der Linken die energische Thematisierung der sozialen Frage gesetzt werden.

Thomas Metscher nennt die „Utopia" von Thomas Morus, vor 500 Jahren erschienen, „die kopernikanische Wende" im utopischen Denken. Aktualität, Entstehung, Sprache und Form, das experimentelle Denken dieses „humanistischen Gedankenlaboratoriums" am Vorabend des Aufstiegs der bürgerlichen Gesellschaft und schon über sie hinausweisend, bespricht Metscher in seinem Essay – „das Modell einer von Gewalt und Ausbeutung freien Gesellschaft".

***

Griechenland, die EU und die Linke: Die von der EU gegen den Mehrheitswillen der griechischen Bevölkerung erzwungene Fortsetzung der sozialreaktionären Austeritäts- und Umverteilungspolitik hat die Frage auf die politische Tagesordnung gesetzt, ob die europäischen Strukturen nicht inzwischen so neoliberal verfestigt sind, dass selbst eine gemäßigte soziale Reformpolitik in einzelnen Mitgliedsländern unmöglich geworden ist. Damit verbunden ist die Frage der Demokratie: Wenn die Bevölkerung der Mitgliedsländer nicht mehr darüber entscheiden kann, wer wie hoch besteuert werden soll, wie die Steuereinnahmen verwendet werden, wie hoch das Rentenalter ist, wie öffentliche Investitionen finanziert werden, ob die Geschäfte Sonntags schließen müssen, ob Banken Familien obdachlos machen dürfen, dann ist Demokratie nur noch eine leere Hülle. Für die Linke stellt sich die Frage, ob sie dieses neoliberale Europa noch für reformfähig hält oder ob es angesichts der Ungleichzeitigkeit sozialer Bewegungen in den einzelnen Ländern nicht aussichtsreicher ist, auf einen Austritt zumindest aus der Eurozone zu setzen, wenn dies von Bevölkerungsmehrheiten unterstützt wird.

Jörg Goldberg bespricht das Buch von Giorgios Chondros über die griechische Krise. Chondros zeigt, dass die scheinbare Fehlkonstruktion des Euro vom Standpunkt des Kapitals ein gelungenes Instrument ist, um die nationalen sozialen und demokratischen Bewegungen gegeneinander auszuspielen. Sein Vorschlag, auf gemeinsame europäische Bewegungen zu setzen, erscheint gegenwärtig allerdings wenig realistisch. Trotzdem ist ein Austritt aus der gemeinsamen Währungszone allein keine sinnvolle Option. *Conrad Schuhler*, der sich

ebenfalls teilweise auf Chondros bezieht, setzt die Akzente etwas anders. Obwohl auch er die Schwäche der europäischen Linken in der Griechenlandfrage konstatiert, hält er die Verhandlungsstrategie von Syriza für eine Ursache dieser Schwäche. Diese habe mit ihrem Vertrauen auf Verhandlungslösungen de facto dazu beigetragen, die zivilgesellschaftlichen Bewegungen für ein anderes Europa zu schwächen. *Nico Biver* gibt einen empirisch untermauerten Überblick über die Stärke von Syriza und der griechischen Linken. Der Fokus liegt auf der Frage, wie groß der gesellschaftliche Rückhalt der linken Regierungspartei heute ist. Ein Problem besteht in der Tatsache, dass sie den Spagat zwischen einer Regierungspartei, die es zudem oft mit dem alten System verhafteten Funktionären in den Ministerien zu tun hat und die unter dem Diktat der Troika steht, und einer mit den sozialen Bewegungen verbundenen antikapitalistischen Organisation schaffen muss. *Klaus Dräger* schildert die Debatten über Reform oder Austritt in den linken Parteien Europas. Seiner Ansicht nach sind Hoffnungen, die auf eine Ausbreitung des griechischen ‚Bazillus' zumindest in den Krisenländern setzen, ebenso auf Sand gebaut wie die Erwartung, dass es in absehbarer Zeit zu europäischen Koalitionen gegen die Austeritätspolitik kommen könnte: „Die reale Ungleichzeitigkeit der Protestbewegungen ist nach wie vor im Wesentlichen an den Kontext einer nationalstaatlich verfassten politischen Öffentlichkeit gebunden." Die ökonomischen Bedingungen eines Grexits behandelt *Mechthild Schrooten*. Sie rekapituliert die Geschichte des griechischen Euro-Beitritts und verweist auf den Widerspruch, dem die Eurozone unterliegt: gleichzeitig eine Solidargemeinschaft und ein Wettbewerbsraum sein zu wollen. Ökonomisch biete ein Grexit alleine kaum einen Vorteil: Er würde die von Griechenland zu zahlende Risikoprämie hochtreiben und das Land zudem einem Wechselkursrisiko aussetzen. Gerade in der aktuellen Situation sei daher der Grexit keine sinnvolle Option.

***

Kapitalismusanalysen: Im zweiten Teil seines Beitrags über die globale Produktion digitaler Hard- und Software behandelt *Christian Fuchs* die Arbeit in der indischen Software-Industrie, in Call-Centern, die Software-Entwicklung bei Google und Online-Prosumption. Mit der „neuen internationalen Arbeitsteilung der digitalen Arbeit" ist ein weltweites Netz der Ausbeutung entstanden, in dem unterschiedlichste Formen der Ausbeutung (Lohnarbeit, unbezahlte „freie" Arbeit, prekäre Arbeit, Sklavenarbeit) unter der Regie der internationalen IuK-Industrie miteinander verwoben sind. Die anhaltende Finanzkrise und die Hilflosigkeit der staatlichen Geldpolitik haben für Marxisten die Frage der Geldtheorie wieder in den Mittelpunkt gestellt; Z 102 und Prokla 179 veröffentlichten dazu Schwerpunkthefte. *Stephan Krüger* reagiert darauf mit einer differenzierten Kritik: Auch marxistische Autoren würden seit dem Abschied der offiziellen Geldpolitik vom Gold oft einer „monetären Geldtheorie" anhängen, bei der der Zusammenhang zwischen Geld und Geldware aufgelöst sei. Die Finanzkrise zeige aber gerade, dass dies im Kapitalismus nicht möglich sei. *Friedrich Carl* und *Paul Oehlke* informieren über neuere Tendenzen in der „Innovationsökonomie" der sog. Sussex-Schule, die entgegen dem Zeitgeist auf eine Zurück-

drängung finanzkapitalistischer, soziale Polarisierung forcierender Kapitalstrategien setzen und eine stärkere Rolle des Staates einfordern. Sie sehen hier Ansätze für einen sozial-ökologischen Umbau des europäischen Kapitalismus und für eine weiterreichende Demokratisierung. Im Mittelpunkt des Beitrags von *Klaus Steinitz* über die Entwicklung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Anschluss der DDR steht deren Bewertung in öffentlichen Umfragen. Es ergeben sich gravierende Bewertungsunterschiede zwischen Ost- und West – die „positive" Bewertung in Westdeutschland ist etwa doppelt so hoch wie in Ostdeutschland – und nach Generationen: Fast 40 Prozent der Jüngeren in Ostdeutschland, aber nur 25 Prozent der Älteren bewerten „den Stand der Einheit" positiv für sich.

***

Weitere Beiträge: *John Lütten* setzt sich mit einer im Rahmen der ‚neuen Marxlektüre' verbreiteten Lesart von Marx' Kritik der politischen Ökonomie auseinander, der zufolge Marx im „Kapital" eine subjektlose, unpersönliche Form bürgerlicher Herrschaft beschrieben habe. In dieser ‚verselbständigten' Form von Herrschaft sind Individuen und gesellschaftliche Klassen lediglich bewusstlose Exekutoren ökonomischer Funktionen ohne Handlungsoptionen. Lütten zeigt, dass diese Position den dialektischen Zusammenhang von Struktur und Handlung verkennt. Zudem sei sie „anschlussfähig" an neoliberale Sichtweisen, denen zufolge die Gesetze der Finanzmärkte jede Handlungsmöglichkeit determinieren. *Elisabeth Abendroth* zeichnet anhand von Jan Seghers' „Sternthalerverschwörung" und Gila Lustigers Roman „Die Schuld der Anderen" nach, wie der gegenwärtige Kriminalroman als gleichermaßen gesellschaftsanalytisches wie politisches Medium fungiert. Der Diskussion um Realismus in der Gegenwartsliteratur (vgl. Z. 101) steht sie eher skeptisch gegenüber, sei hier doch „ästhetische Reglementierung" zu befürchten. *Wulf D. Hund* arbeitet in seinem Betrag detailreich heraus, wie sich in Fritz Langs Stummfilmklassiker „Metropolis" antisemitische, rassistische und antikommunistische Ikonographien und Motive überlagern. Gegen Interpretationen, die in „Metropolis" eine linke, gar sozialistische Utopie sehen wollen, zeigt Hund, dass es letztlich ein Ideal der Volksgemeinschaft ist, das in Metropolis utopisch inszeniert wird. „Die Stadt als soziales Kampffeld" war Thema der „Marxistischen Studienwoche" vom März 2015. Wir dokumentieren vier Beiträge von *Patrick Ölkrug* (Stadtentwicklung und Austeritätspolitik in Portugal), *Sophie Dieckmann* (Wohnungspolitik in der VR China), *Matthias Clausen* (Berliner Initiative „Kotti & Co") und *Ernest Kaltenegger* (Linke Wohnungs- und Stadtpolitik in Graz). Zur Erinnerung an *Arno Klönne* veröffentlichen wir einen Brief von ihm mit einem Kommentar zum linken Milieu der 1950er und 1960er Jahre im Frankfurt er Raum: „Das hat es sonst in dieser Weise damals in Westdeutschland nirgendwo gegeben."

***

Z 105 (März 2015) wird, wie auch die Marxistische Studienwoche 2016 (14. bis 18. März, Frankfurt/M.; vgl. S. 16), „Kapitalismus und Migration" als Schwerpunktthema behandeln.

Gerd Wiegel

Rassismus, Fluchtabwehr, rechter Aufstieg

Die seit dem Sommer dominierende Debatte zur anhaltend großen Zahl von Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik Schutz suchen, wirbelt den politischen Betrieb und die fest gefügt scheinenden politischen Verhältnisse gehörig durcheinander. Niemals in der Ära Merkel war die Kritik an der Kanzlerin so verbreitet wie im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik. Die Mehrheitsfähigkeit der Union könnte, so Befürchtungen der Merkel-Kritiker, zur Disposition stehen, wenn dem Zustrom kein Ende gesetzt und nicht auch verbal gegen den weiteren Zuzug Stellung bezogen wird. Selbst die EU scheint in ihren Grundfesten erschüttert und der Funktionsunfähigkeit entgegen zu taumeln. Grenzregime entstehen neu und der Ton zwischen den Mitgliedsstaaten hat sich in einer Art und Weise verschärft, die Spuren hinterlassen wird.

Der Grund für die krisenhafte Zuspitzung ist im In- wie im Ausland die massive Verunsicherung großer Teile der Bevölkerung und deren Verstärkung durch die dominierende Politik, die sich in einer weit verbreiteten Abwehr von Flüchtlingen, einem Rückzug auf nationale Egoismen und einem verstärkten Bezug auf xenophobe, teils rassistische Ressentiments ausdrückt. Die Themen der politischen Rechten – Nation, Ethnie, Homogenität – sind es, die in der gegenwärtigen Situation Konjunktur haben, während sich die Linke nur zögerlich bemerkbar macht und keinen offensiven Zugang zum Thema findet.

In den meisten europäischen Ländern und auch in der Bundesrepublik profitiert die organisierte Rechte von der Situation: Erfolge von FPÖ (Österreich), SVP (Schweiz) und PiS (Polen) sind die ersten Belege, denen ohne Zweifel weitere folgen werden. In Deutschland scheint es der AfD trotz der Abspaltung des nationalliberalen Lucke-Flügels zu gelingen, sich mittelfristig zu etablieren. Flankiert wird sie von einer rechten Bürgerbewegung in Form von Pegida, die das Ressentiment der bürgerlichen Mitte repräsentiert und zu einer verbalen und auch konkreten Radikalisierung rechter Stimmungen im Land beiträgt.

Jenseits der Willkommenskultur: Rechter Terror

Seit Wochen vergeht kein Tag, an dem nicht über rechte Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte in den Medien berichtet wird. Von verbaler Bedrohung über Demonstrationen vor den Unterkünften und Sachbeschädigung reicht die Palette der Angriffe bis zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, bei denen der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen wird. Das Ausmaß der Angriffe lässt sich nur mit dem rechten Terror zu Beginn der 1990er Jahre vergleichen, als die Städte Mölln, Solingen, Rostock, Hoyerswerda u.a. zu Synonymen eines grassierenden Rassismus wurden, der damals tatkräftig von der Politik befeuert und zur Schleifung von Artikel 16 Grundgesetz, dem Asylrecht, genutzt wurde.

Dass es bis heute keine Todesopfer dieser aktuellen rassistischen Angriffe gegeben hat, ist reiner Zufall und ein Blick auf die Entwicklung zeigt, dass sich die Gewalt immer stärker gegen die Flüchtlinge selbst richtet. Gab es im Jahr 2013 laut Statistik des Bundeskriminalamts (BKA) 69 Angriffe (von Propagandadelikten bis zu physischen Angriffen) auf Flüchtlingsunterkünfte, so hat sich diese Zahl 2014 auf 177 erhöht und ist nach drei Quartalen 2015 auf 461 angestiegen.[1] Die Gewalttaten sind in diesem Zeitraum von 11 über 27 auf 64 gestiegen, sie liegen real aber deutlich höher. Sieht man sich die Entwicklung etwas genauer an, lässt sich der Anstieg der Angriffe ziemlich genau datieren. Im Herbst 2014, parallel zum Aufstieg von Pegida, setzt eine Welle von Taten ein, die sich immer weiter steigert und auf einer Stimmung aufsetzt, in der sich die Täter als Ausführende eines Mehrheitswillens sehen. Ohne jeden Zweifel haben Pegida, aber auch die um die Themen Zuwanderung und Kriminalität aufgebauten Wahlkämpfe der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2014 zu diesem Anstieg beigetragen. Von Seiten der Behörden wird immer wieder angeführt, dass es bisher keine Belege für eine überregionale Organisierung dieser Taten durch die extreme Rechte gäbe. Die Mehrzahl der bekannten Täter käme aus dem regionalen Umfeld der Tatorte, bei 65 Prozent sei keinerlei Verbindung zur extremen Rechten feststellbar. Was eventuell beruhigend klingen soll, stellt sich politisch jedoch als fatal heraus. Offensichtlich ermutigt die durch Pegida und AfD angeheizte Stimmung einen Teil der „Normalbürger", die Sache in die eigene Hand zu nehmen und die im Ort geplante Flüchtlingsunterkunft durch Brandstiftung o.ä. zu verhindern. Durch die Presse ging der Fall eines Bankbeamten, der die geplante örtliche Flüchtlingsunterkunft in Brand setzte, um danach in Ruhe einen juristischen Weg zu deren Verhinderung finden zu können. Die bisher geringe Aufklärungsquote gerade bei den Brandanschlägen[2] lässt aber offen, ob hier nicht auch verstärkt gewaltbereite Strukturen der Nazis unterwegs sind. Von der Polizei wird vereinzelt beklagt, dass es in kleineren Orten keinerlei Zeugen oder Aussagebereitschaft gebe, ein Indiz, das für ein insgeheimes Einverständnis spricht. Ohne Zweifel sind es jedoch auch Kader der extremen Rechten, die mit diesen Taten verbunden werden können. Zwei gewalttätige Nazigruppen, die laut Behörden konkrete Anschläge geplant hatten, wurden von Polizei und Verfassungsschutz aufgedeckt.[3]

---

1 Vgl. dazu Lena Kampf und Georg Mascolo, Gewalt gegen Flüchtlinge alarmiert BKA, Süddeutsche Zeitung 21.10.2015 (http://www.sueddeutsche.de/politik/fremdenfeindlichkeit-gewalt-gegen-fluechtlinge-alarmiert-bka-1.2701864) und die Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion, BT-Drucksache 18/6424. Die Entwicklung der Zahlen wird immer unübersichtlicher; das BMI ging Anfang November von 600 Straftaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte aus.

2 Vgl. http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2015/Biedermann-als-Brandstifter-Wer-zuendet-Fluechtlingsheime-an,brandstifter168.html

3 Im Frühjahr 2015 wurde gegen die Gruppe Oldschool Society (OSS) wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung vorgegangen (vgl. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/terror-razzia-gegen-old-school-society-a-1032297.html), im Oktober 2015 wurden Anschlagsplanungen einer Nazigruppe in Bamberg mit Verbindungen zur Partei „Die Rechte" aufgedeckt (vgl. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/razzia-gegen-die-rechte-vereitelt-rechtsextremen-anschlag-13870437.html).

Die Nazi-Kleinpartei „Der III. Weg" hat bereits im Frühjahr 2015 eine Karte mit geplanten und vorhandenen Flüchtlingsunterkünften ins Netz gestellt, dazu einen Leitfaden, wie man sich gegen eine solche Einrichtung wehren kann. Die Aufforderung zum Handeln ist hier offensichtlich.

Die Einrichtung einer eigenen Clearingstelle beim BKA zu den Straftaten gegen Asylunterkünfte, die inzwischen regelmäßige und zeitnahe Veröffentlichung der Zahlen durch die Behörden und auch die Warnungen von Innenminister und Verfassungsschutzpräsidenten vor rechtsterroristischen Anschlägen zeigen, dass man sich der Gefahr hier bewusst ist und sich nicht noch einmal die Blöße wie beim NSU geben will. Allerdings zeigt ein Blick auf unabhängige antifaschistische Untersuchungen zum Thema, dass die Behörden längst nicht alles im Blick haben, was passiert. So werden vom Innenministerium bis Ende September 2015 28 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte aufgeführt, während eine von der Linksfraktion im Bundestag in Auftrag gegebene Untersuchung des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (apabiz) 63 solcher Anschläge aufführt.[4]

Der von einem Neonazi verübte Anschlag auf die Bürgermeisterkandidatin Henriette Reker in Köln zeigt, dass die Schwelle zu rechtem Terror bereits überschritten ist, auch wenn von Seiten der Behörden der Terminus in diesem Zusammenhang vermieden wurde. Die in der Presse mehrfach gestellte Frage, wie man den Angriff eines Islamisten auf eine Politikerin gewertet hätte, macht die unterschiedlichen Maßstäbe deutlich.

Jenseits der Gefahr für Leib und Leben von Flüchtlingen und ihren Unterstützern ist dieser neue rechte Terror ein Problem der Sicherheitsbehörden. Der NSU ging aus der rassistischen Welle der frühen neunziger Jahre hervor, und auch jetzt könnte eine Generation von Neonazis heranwachsen, die zu einer radikaleren Form des rechten Terrors übergehen will. Umso wichtiger ist es, sich mit den bewussten und unbewussten politischen Zuträgern, den Stichwortgebern, zu befassen.

Bürgerbewegung von rechts: Pegida und der Ausdruck des Ressentiments

Der Aufstieg von Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) im Herbst 2014 kam für die meisten Beobachter völlig überraschend. Vor allem der stetig anwachsende Massencharakter der Dresdener Bewegung und die sich hier ausdrückende Verdrossenheit über große Teile des politischen Betriebs stellte Politik und Medien vor die Frage, wie mit Pegida umzugehen sei: Teilweise berechtigte Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern drückten sich hier aus, hieß es, weshalb es wichtig sei, das Gespräch mit diesen Menschen zu suchen. So reagierten Teile von Union und SPD auf die erste Welle von Pegida. Als dann die rassistischen Ausfälle des Frontmanns Lutz

[4] Vgl. http://www.linksfraktion.de/nachrichten/zahl-rechter-angriffe-fluechtlinge-steigt-weiter/ hier auch die Auswertung des apabiz.

Bachmann bekannt wurden, sich der Organisatorenkreis um Pegida spaltete und der Zulauf ab März 2015 nachließ, schien sich das Problem für viele erledigt zu haben.[5] Ein harter Kern von immerhin ca. 2.000 Menschen blieb dem Bündnis treu, bis im Zuge der aktuellen Zuwanderungsdebatte die Zahlen der Teilnehmer wieder auf 5.000, 8.000 und schließlich bis zu 20.000 in die Höhe schnellten.

Deutlich wird in diesem zweiten Aufschwung von Pegida, dass das Ressentiment gegen Zuwanderer bis hin zum offenen Rassismus zum Kernelement der Bewegung gehört. Die kolportierten rassistischen Äußerungen Bachmanns, die Auftritte von Vertretern einer Neuen Rechten, die Einladung an Rechtsaußenparteien wie Lega Nord oder die Wilders-Partei, die zunehmende verbale Radikalisierung und die regelmäßige Teilnahme von bekannten Nazis an den Aufmärschen – all das war für die Teilnehmer kein Hinderungsgrund. Ein rassistischer Konsens eint Pegida und muss als solcher auch zur Kenntnis genommen werden. Denn es sind nicht zuerst die wie auch immer berechtigten Sorgen vor dem Ausmaß der Zuwanderung, verbunden mit der Suche nach akzeptablen Lösungen, sondern eine Ideologie der Ab- und Ausgrenzung, die Fremdes prinzipiell als Bedrohung wahrnimmt und auf ethnische Homogenität fixiert ist. Die seit Jahren unter dem Stichwort „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" festgestellten Vorurteilsstrukturen im Querschnitt der deutschen Bevölkerung haben in Dresden mit Pegida eine Ausdrucksmöglichkeit gefunden, die weit über den regionalen Rahmen hinausweist. Es gibt trotz des Fehlens anderer ähnlich erfolgreicher Mobilisierungen keinen Grund zu der Annahme, es handele sich um ein rein sächsisches Problem.

Während sich das Auftreten Pegidas, der Kreis der Organisatoren, die Ansprache und auch der Kreis der Teilnehmer nicht oder nur geringfügig geändert haben, ist die Reaktion der Politik heute eine völlig andere. Plötzlich entdeckt Innenminister de Maiziere in den Organisatoren von Pegida „harte Rechtsextremisten", Politiker von CDU und SPD plädieren für eine Überwachung von Pegida durch den Verfassungsschutz. Hier zeigt sich die Beschränktheit des allgegenwärtigen Extremismusansatzes, der eine Gefährdung der Demokratie nur durch die „Extreme" links und rechts erkennen kann und insofern einer Bewegung, die nicht umstandslos dem Neofaschismus zugeschlagen werden kann, hilflos gegenübersteht bzw. sie als „extremistisch" markieren muss.

Es gibt keine Hinweise darauf, dass das Pegida-Publikum der zweiten Welle sich in seiner Zusammensetzung von dem der ersten Welle unterscheidet. Spielte im Herbst 2014 das Thema Islam/Islamismus eine zentrale Rolle, so ist es heute die Zuwanderung generell, völlig unabhängig von der konkreten Herkunft der Menschen. Rassismus in einem analytischen Sinne, verbunden mit einer eindeutigen Hierarchisierung der als „Rassen" (oder Kulturen) ver-

---

5 Vgl. Gerd Wiegel, Bürgerbewegung von rechts. Die PEGIDA-Proteste und ihre Ursachen, in Z. 101, März 2015, S. 107ff.

standenen Gruppen scheint nicht den Kern der Pegida verbindenden Ideologie zu treffen. Ethnopluralistische Argumentationen im Sinne einer Separierung unterschiedlicher Kulturen und ihrer Reinhaltung (‚Deutschland soll deutsch bleiben') trifft diesen Kern schon eher. Zu fragen bleibt dabei, wie sehr Zuwanderung und zugeschriebene Fremdheit als Ausdruck von generellen Entfremdungserfahrungen zu bewerten sind, für die politische Eliten und Medien verantwortlich gemacht werden. Der Politikwissenschaftler Hans Vorländer schreibt dazu anlässlich des ersten Jahrestages von Pegida: „Pegida könnte also als Protest gegen eine Art von ‚funktionaler Elitendemokratie' gedeutet werden, als Opposition gegen eine politische Ordnung, in der wirtschaftliche Macht und staatlich-administrative Funktionseliten politische Entscheidungen entwerfen, sich dabei aber gleichzeitig von dem entfernen, was die Bürger wahrnehmen beziehungsweise was ihnen überhaupt demokratisch-legitimatorisch noch zugerechnet werden kann."[6]

Damit drückt Pegida ein Problem postdemokratischer Zustände generell aus und verdeutlicht die immer größere Distanz von Teilen der Bevölkerung zum politischen Betrieb. Vorländer schreibt dazu: „Insofern kann Pegida auch als Reflex von Veränderungen des Systems repräsentativer Demokratie gelten. Auf der einen Seite ist eine fortschreitende Auflösung der sozialen Infrastruktur der Demokratie zu verzeichnen. Parteien, Gewerkschaften, Stammtische und Vereine verlieren immer mehr ihren politisch bindenden, organisierenden, aber auch integrierenden Charakter. Die Bereitschaft zu einem verstetigten politischen Engagement nimmt ab, Ad-hoc-Initiativen und der anonyme Foren-Kommentar im Internet werden zu neuen Formen der Aktivität. In der Folge drohen die etablierten Wege und Verfahren demokratischer Teilhabe und Teilnahme zunehmend ins Leere zu laufen."[7] Jenseits der Verschärfung des von Ressentiments und Ausgrenzung geprägten Klimas in Teilen der Gesellschaft ist Pegida auch Ausdruck eine Demokratiekrise. Dass sich diese Krise politisch rechts ausdrückt und einen repräsentativen Querschnitt der Gesellschaft (wenn auch im Mikrokosmos Dresdens) umfasst, ist nicht nur in Deutschland, sondern in zahlreichen Ländern Europas zu sehen.

Partei der Bewegung? AfD und neue Rechte

Eine dauerhafte und immer wieder mobilisierbare Bürgerbewegung von rechts markiert eine deutsche Besonderheit, die sich auch mit der bisherigen parteipolitischen Sonderstellung der Bundesrepublik erklären lässt. Während in den meisten europäischen Ländern Rechtsaußenparteien feindliche Stimmungen gegenüber Zuwanderern aufnehmen und im Sinne des politischen Betriebs kanalisieren, hat sich Pegida zu einem Zeitpunkt gegründet, als von einer Etablierung der AfD noch nicht gesprochen werden konnte und die generelle Ausrichtung der Partei noch unklar war. Insofern nimmt die Bewegungslogik

---

6 Prof. Hans Vorländer, Was ist Pegida und warum?, FAZ, 19.10.2015.

7 Ebd.

von Pegida das weit verbreitete Misstrauen gegenüber Parteien und institutionellen Formen der Politik auf, auch wenn die AfD – wie alle Parteien des so genannten Rechtspopulismus – mit der Betonung ihres Außenseiterstatus dem entgegenzusteuern versucht. Während der NRW-Landesvorsitzende Marcus Pretzell beim Parteitag in Essen die AfD zur „Pegida-Partei" ausrief, stößt dieser Anspruch dort auf Widerspruch. Trotz enger Beziehungen zur AfD will sich Pegida nicht parteimäßig vereinnahmen und damit eventuell überflüssig machen lassen. Nicht umsonst kandidierte die Pegida-Aktivistin Tatjana Festerling bei den Oberbürgermeisterwahlen in Dresden als unabhängige Kandidatin (9,6 Prozent im ersten Wahlgang).

Dennoch profitiert die AfD gegenwärtig stark von der gesellschaftlichen Polarisierung beim Thema Zuwanderung. Der von manchen nach der Abspaltung des Lucke-Flügels vorhergesagte Niedergang der Partei findet nicht statt. In Essen hat die AfD insofern eine Richtungsentscheidung vollzogen, als sie eindeutig den Weg zur modernen Rechtsaußenpartei gewählt hat, die mit Themen wie Zuwanderungsbegrenzung, nationale Identität, Antifeminismus, konservative Familienpolitik um Wählerstimmen wirbt. Der stärker wirtschaftsliberale Flügel um Lucke und Henkel hat die Auseinandersetzung klar verloren und mit dem Parteiaustritt die Konsequenz gezogen. Der bürgerlich-liberal orientierte Teil der Wählerschaft dürfte verloren sein, dafür hat die AfD an weiterer Attraktivität für den großen Teil an Bürgerinnen und Bürgern gewonnen, die sich vom etablierten Parteibetrieb abgewandt haben und die mit den klassischen Themen des Rechtspopulismus zu erreichen sind. Die Positionierung der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage dürfte ein Übriges tun, die AfD mittelfristig im politischen Spektrum zu verankern, da scharenweise enttäuschte Konservative der Union den Rücken kehren werden.

Erkauft hat sich der nationalkonservative Flügel um Petry und Gauland den Sieg über Lucke durch ein Bündnis mit den harten neurechten Nationalisten um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke und den um die Patriotische-Plattform organisierten Teilen der Partei. Höcke tritt gegenwärtig in die Rolle des rechten Volkstribuns und sieht offensichtlich die Stunde der Neuen Rechten in der AfD und der Gesellschaft generell gekommen. Der skurrile Auftritt in der Talkshow von Günter Jauch lässt erahnen, in welche Richtung die Reise der AfD gehen könnte. Dabei deutet sich schon ein neuer Richtungsstreit in der Partei an, wie die Kritik der Vorsitzenden Petry am Auftritt Höckes verdeutlicht. Nicht inhaltliche Differenzen, sondern die Radikalität des Auftritts scheint Hintergrund der Auseinandersetzung zu sein. Während Höcke offensichtlich den von Pegida repräsentierten Teil der Bevölkerung verstärkt ansprechen will, scheint Petry, auch mit Blick auf die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, eher darum besorgt zu sein, den potenziell von der Union abzuschöpfenden Wähleranteil nicht zu verschrecken.

Möglicherweise handelt es sich aber auch nur um ein Spiel mit verteilen Rollen, denn es ist die AfD als Ganze, die den Herbst für eine Öffentlichkeitskampagne nutzt, um das Thema Zuwanderungsabwehr auf die Straßen und

Plätze zu tragen. Die von Höcke anlässlich der AfD-Demos in Erfurt geäußerten Nazisprechblasen von der „tausendjährigen deutschen Zukunft Erfurts" und den von den Migranten ausgehenden Gefahren für „blonde deutsche Mädchen" wurden von Petry nicht kritisiert. Der NRW-Landesvorsitzende konnte sogar Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge an der deutschen Grenze ins Spiel bringen, ohne von der Parteispitze kritisiert zu werden.[8] Eine solche Strategie der faschistischen Anklänge bei gleichzeitiger Distanzierung von eigenen Äußerungen („Missverständnisse") ist von Jörg Haider bis zu gegenwärtigen Parteiführungen des Rechtspopulismus bekannt. Sollte sich die AfD nicht in diesem Rollenkonflikt verheddern, wird sie bei den Wahlen 2016 einen weiteren Schritt zur bundesweiten Verankerung tun. Sollte dies vor allem zu Lasten der Union gehen, dürften die zentrifugalen Kräfte in der CDU/CSU noch stärker werden.

Die Union im Strudel

In der Union tobt ein offener Kampf zweier Linien: Die Modernisierer um Merkel wollen Deutschland als weltoffenes Land und Global Player auch im weltweiten Wettbewerb um gut ausgebildete Arbeitskräfte platzieren. Zusammen mit den größten Kapitalfraktionen sehen sie Deutschlands Zukunft auf den globalen Märkten nur dann gesichert, wenn ein flexibles Arbeitskräfteangebot weltweit genutzt werden kann. Abschottung, Grenzziehungen sind in dieser Sicht langfristig kontraproduktiv. Die über Jahre thematisierte demographische Frage soll auch über verstärkte Zuwanderung gelöst werden.

Nach der aus deutscher Sicht erfolgreichen, aber für das Ansehen des Landes problematischen Unterwerfung der griechischen Linksregierung ging es Merkel sicher auch um eine Imageverbesserung im Rahmen der Flüchtlingskrise im Spätsommer. Ob die Entscheidung zur Aufnahme der Flüchtlinge aus Ungarn im September eine kurzfristige Maßnahme oder eine strategische Entscheidung angesichts einer Entwicklung war, die nicht abgewehrt, sondern nur gesteuert werden kann, lässt sich gegenwärtig nicht sagen. Auf jeden Fall reagierte der konservative Teil der Union zusammen mit den konservativen Medien und brandmarkte diese Entscheidung als größten Fehler der Kanzlerin, der die Fluchtwelle erst angeheizt habe. Dieser Teil der Union sieht die Flüchtlingspolitik von Merkel als Preisgabe nationaler Souveränitätsvorstellungen und als grundlegende Änderung der Gesellschaft, die den Zusammenhalt gefährde. Sieht man sich das Trommelfeuer konservativer Leitmedien, allen voran der FAZ, gegen die anfängliche Linie von Merkel an, dann zeigt sich hier eine eindeutige Bruchlinie innerhalb des herrschenden Blocks. Neben dem Vorwurf, Merkel verfolge eine rein moralische Flüchtlingspolitik, ohne die längerfristigen Folgen zu bedenken, wuchs die Kritik vor allem angesichts der sinkenden Umfragewerte der Union und auch der Kanzlerin persönlich. Profiteur dieses temporären Absturzes ist die AfD, deren Werte nach

8 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 1.11.15.

oben gingen und die sich in den Umfragen Anfang November 2015 bei 8 Prozent bundesweit befand.[9]

Der massive Druck innerhalb der Union hat dazu geführt, dass die große Koalition mit Zustimmung der Grünen die härteste Verschärfung des Asylrechts seit 1993 beschlossen und die Maßnahmen zur Abschreckung der Flüchtlinge intensiviert hat. Ob die Versuche der innerparteilichen Befriedung erfolgreich sein werden, entscheidet sich auch daran, ob die Union weiter an Zustimmung verliert oder diesen Trend stoppen kann. Mit der AfD hat sie jetzt eine Konkurrenz von rechts bekommen, die jede Zuspitzung aus Bayern problemlos toppen wird und die konservativen Teile der Union damit in einen Überbietungswettbewerb der verbalen Radikalisierung zwingt. Die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass dieser Wettbewerb regelmäßig zugunsten der radikalen Rechtsparteien ausgeht.

Rechtsverschiebung oder Polarisierung der Lager?

Die Flüchtlingsdebatte seit dem Sommer ist von gegensätzlichen Bildern geprägt: Zunächst machte sich eine breite, in diesem Ausmaß völlig unerwartete Welle der Hilfsbereitschaft und der bis heute anhaltenden wochen- und monatelangen konkreten Unterstützungsarbeit für die geflüchteten Menschen bemerkbar. Angesichts tausender Ankommender täglich drückte ein Teil der Bevölkerung seine Vorstellung von Solidarität und gesellschaftlicher Teilhabe sehr praktisch aus. Auch wenn die jubelnden Willkommensinszenierungen an deutschen Bahnhöfen sicher partiell auch einer Eventkultur entsprungen sind, ist das damit zum Ausdruck gebrachte Verständnis von einem weltoffenen Land nicht einfach zu entpolitisieren oder unter den Tisch zu kehren. Die Umfragen zum Thema zeigen zwar, dass die Besorgnis in der Bevölkerung zunimmt, sie geben aber keine Hinweise darauf, dass die Mehrheit für eine strikte Abschottung sei.[10]

Mit der Erkenntnis, dass es sich um kein kurzzeitiges Anwachsen der Flüchtlingszahlen handelt und dass die Politik der Kanzlerin nicht primär darauf gerichtet war, die Dämme mit aller Macht wieder dicht zu machen,[11] machte sich der andere Teil der immer auch vorhandenen gesellschaftlichen Stimmung breit, der die Zuwanderung als massive Bedrohung und Angriff auf die bisherige Verfasstheit von Staat und Gesellschaft betrachtet. Alle vorhandenen Erkenntnisse zu Einstellungen bezüglich der Themen Zuwanderung und Ausgrenzung schwacher Gruppen ließen eine solche Reaktion erwarten. Ver-

---

[9] Vgl. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-afd-holt-acht-prozent-jahreshoechstwert-a-1060547.html

[10] Vgl. http://www.sueddeutsche.de/politik/umfragen-zu-fluechtlingen-je-offener-die-frage-desto-aengstlicher-der-befragte-1.2675529

[11] Die Verschärfung der Asylgesetze sind ohne Zweifel die rigidesten Eingriffe ins Asylrecht seit 1993. Dennoch war die Politik von Merkel, sehr zum Leidwesen größerer Teile der Union und der konservativen Presse, nicht auf eine völlige Abschottungspolitik wie in den meisten Nachbarländern gerichtet.

wunderlich ist sehr viel eher die nach wie vor hohe Bereitschaft zu Solidarität und Hilfe. Es lässt sich also nicht wirklich von einem Rechtsruck im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte sprechen. Demgegenüber macht sich eine Polarisierung in der Gesellschaft bemerkbar, die auch Anknüpfungspunkte für linke Politik bietet. Viele Aktivisten aus Unterstützungsgruppen berichten vom wenig ausgeprägten politischen Bewusstsein zahlreicher Helfer und Helferinnen. Die reale Arbeit und damit verbundene Erfahrungen (Abschiebungen, Schwierigkeiten der Teilhabe etc.) bieten aber Chancen für politische Bewusstseinsprozesse.

Aus linker Sicht ist es ein besonderes Alarmzeichen, dass die populistische Rechte in Europa insbesondere von den subalternen Klassen als Garant gegen eine weitere Auflösung des als Schutzrahmen begriffenen Nationalstaats gesehen wird. Die Deutung dieses nationalen Schutzrahmens erfolgt aufgrund der rechten Hegemonie auf diesem Gebiet aber in einem ethnopluralistischen, exklusiven Sinne, indem die Vorrechte der hierzulande „Ansässigen" gegen die Hinzukommenden gewahrt werden sollen. Eine linke Adaption eines so besetzten Nationenbegriffs ist nicht möglich. Die Thematisierung der sozialen Frage stellt die entscheidende Alternative dar und muss sich ausdrücklich auf die soziale Teilhabe von allen hier lebenden Menschen beziehen.

Vorkündigung
Marxistische Studienwoche 2016

Kapitalismus und Migration
Ursachen – Folgen – Herausforderung für Linke

Vorträge – Lektüre- und Arbeitsgruppen – Diskussion
Kulturelles Abendprogramm

Frankfurt/M., Haus der Jugend, 14.-18. März 2016

Veranstalter:
Redaktion Z in Verbindung mit der Heinz-Jung-Stiftung Frankfurt/M.
Die Tagung richtet sich an Studierende. Tagungsbeitrag 50,- Euro.
Anmeldung und nähere Informationen unter redaktion@zme-net.de.

Thomas Metscher

Die kopernikanische Wende der Utopie: „Nicht *ideale* civitas, sondern *notwendige* Gründung"

Zum 500. Jahrestag von Thomas Morus' *Utopia*

Vor 500 Jahren, 1515/16, entstand ein Buch, das einer literarischen Gattung und einem politologisch-geschichtsphilosophischen Konzept den Namen gab: Thomas Morus' *Utopia*, zu Deutsch *Utopie*. Es erschien 1516 in lateinischer Sprache in Löwen; das Wort ist eine neulateinische Bildung, die auf Morus selbst zurückgeht. Verbunden mit dem Wort ist die Vorstellung einer idealen Gesellschaft, meist mit dem Zusatz versehen, es handle sich um einen ‚Wunschtraum', ‚Staatsroman' oder eine ‚Staatsutopie'.

Politik und irenischer Humanismus im frühen 16. Jahrhundert

Die Sache freilich ist so alt wie die überlieferte Geschichte. Die Utopie, als Tagtraum einer Welt des Friedens und Wohlergehens, wurde aus der Erfahrung von Menschen geboren, die Not und Gewalt erlitten; am frühesten in Mythen von Paradies, Schlaraffenland und arkadischer Welt artikuliert, in chiliastisch-messianischen Erwartungen, in vielfältiger Form in den Künsten, spät erst in der Theorie. Allen gemein ist ein Moment des Irrealen: dass sie geschichtsenthobene Wunschträume oder abstrakte Ideale sind, die in bestehender Wirklichkeit wenig Grund und Boden besitzen, bestenfalls Fernziele antizipierter Zukünftigkeit im Sinne von Ernst Bloch; oder aber auch, dass die geschichtliche Wahrheit ihrer fiktiven Wirklichkeit sehr in Frage steht. Platons *Politeia*, gewöhnlich als erste theoretische Utopie genannt, eine „Stadt, in Gedanken gegründet",[1] entwirft keine Welt des Glücks seiner Bewohner. Das Volk, der Demos kommt in ihr nicht vor. Platons idealer Staat ist eine Militärdiktatur mit Philosophenkönig, sein Ziel die Züchtung eines kriegskundigen Heeres, die Frauen „weibliche Schäferhunde", die Kinder künftige Krieger, die schon früh als Zuschauer Schlachten beiwohnen sollen, um zu lernen, wie man den Feind besiegt.[2] Seine Fortsetzung findet Platons Staatsideal dann auch nicht in Morus' *Utopia*, eher im machtpolitischen Verismus Niccolo Machiavellis, dessen *Fürst* fast zeitgleich mit Morus Schrift entstand; vor allem aber in Thomas Hobbes' Theorie des absoluten Staats (im *Leviathan* von 1651), der den Status belli, den „Krieg aller gegen alle" als menschlichen Naturzustand beendet, indem sich seine Bürger der Gewalt eines Souveräns unterwerfen.[3] Die Utopie als Konstrukt eines

---

1 Politeia, 2. Buch, XI.

2 Dazu D. Kraft, Über den Begriff der Utopie. Verständnis und Missverständnis einer verbogenen Kategorie. In: H. Kopp (Hg.), Wovon wir träumen müssen... Marxismus und Utopie. Hamburg 2013, 103.

3 Ebd., 100f. Nicht zufällig, dass Carl Schmitt, der führende Staatstheoretiker des rechten Konservativismus in Deutschland, in seiner theoretischen Grundlegung an Hobbes wie auch Ma-

kooperativen Gemeinwesens, in dem der Friede herrscht, die Not behoben ist und das Volk das Sagen hat, geht unzweideutig auf Morus zurück.

Weitere Drucke von Morus' Schrift folgten 1517 in Paris und 1518 in Basel, wo bereits 1524 eine deutsche Übersetzung erschien. Eine erste englische Übersetzung wurde 1551 gedruckt. Die Erstausgabe veranlasste Morus' Freund Erasmus von Rotterdam, der erste Humanist seines Zeitalters, mit dem Morus zu diesem Zeitpunkt eng kooperierte.[4] Zusammen mit Erasmus' *Institutio Principis Christiani (Erziehung des christlichen Fürsten)*, gleichfalls 1516 geschrieben, und der *Querela Pacis (Klage des Friedens)* von 1517 bildet Morus' *Utopia* das Dreigestirn des irenischen Humanismus. Damit ist eine Gestalt des europäischen Humanismus gemeint, in der der Gedanke des Friedens (nach griech. *Eirene*, der Göttin des Friedens) im Mittelpunkt steht, die in der Friedensutopie Dantes und des italienischen Frühhumanismus ihren historischen Ursprung hat.[5] Der Friede ist für Erasmus Prinzip der Kultur: „der Quell, der Erzeuger, der Erhalter, der Vermehrer, der Schützer aller Güter", ohne den „niemals etwas blüht, nichts sicher, nichts rein, nichts heilig, nichts den Menschen angenehm und den Göttern wohlgefällig ist",[6] Grundlage also auch des Wohlstands der Völker. Er argumentiert mit Christus wie mit Jesaja: „Mein Volk wird in Frieden wohnen". Krieg ist Teufelswerk.[7] Ist aller Natur das Gefühl für Frieden und Eintracht eingeboren, so herrscht unter Menschen „der unersättliche Wahn zu kämpfen: Zwist, Streitigkeiten, Kriege, Unrecht, Überfälle, Blutvergießen, Morde, Zerstörungen: der Wahnsinn des Kriegs".[8] Erasmus benennt die Kriegsschuldigen: Es sind die Fürsten. Der Friede kann dort nicht bestehen, wo um politische Macht, um Ansehen, um Reichtum und um Vergeltung gekämpft wird. Ursachen des Kriegs sind Ehrgeiz, Zorn, Gier nach Besitz. Die Kriegstifter sind „eher Tiere als Menschen", „niemals sind sie klug, außer es gilt, Schaden zu stiften", „Unholde, die man auf die entlegensten Inseln deportieren müsste".[9] Erasmus schrieb unter dem Eindruck des Machtkampfs der beiden fortgeschrittensten nationalen Monarchien um die

---

chiavlli anschließt. Die Unterscheidung von Freund und Feind als erstes Kriterium des Politischen (vgl. Der Begriff des Politischen von 1927), ist anthropologisch wie staatstheoretisch-politologisch unverkennbar dem Denken von Hobbes verpflichtet.

4 Eine Ausgabe von 1518, die mir vorlag, trägt dann auch den Namen des Erasmus auf der Titelseite. Zum Verhältnis von Erasmus und Morus mit biographischer Genauigkeit L. E. Halkin, Erasmus von Rotterdam. Zürich, 2. Aufl. 1992, 4359; auch J. Huizinga, Europäischer Humanismus: Erasmus. Hamburg 1958 (passim); A. Buck, Humanismus. Seine europäische Entwicklung in Dokumenten und Darstellungen. München 1987, 184ff.; K. Garber, Literatur und Kultur im Europa der Frühen Neuzeit. München 2009, 582ff.

5 Siehe K. Garber, Die Friedens-Utopie im europäischen Humanismus: Versuch einer geschichtlichen Rekonstruktion, in: Modern Language Notes 101 (1986), 516-51; ders. 2009, a.a.O., 525-56: Erasmus und die Friedensutopie im europäischen Humanismus.

6 Erasmus von Rotterdam, Ausgewählte Schriften. Darmstadt 1958, Bd.5, 361; vgl. auch 433f.

7 Ebd., 383.

8 Ebd., 365, 371.

9 Ebd., 389-405.

Hegemonie in Europa, Spaniens und Frankreichs, die 1494 in Italien eingefallen waren und das klassische Zeitalter des Humanismus beendeten,[10] wie der sich erhebenden Reformation, der „Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie" (Friedrich Engels), in der der Kampf der Bauern gegen die Fürsten um Freiheit, Rechte und Brot dem Krieg der Fürsten um Macht und Besitz an die Seite trat. So ist es nicht zufällig, dass der Erstdruck der *Friedensklage* fast zeitgleich mit Luthers Anschlag der 95 Thesen in Wittenberg erfolgte. Der Anlass war eine geplante Friedenskonferenz im nordfranzösischen Cambrai, zu der alle Herrscher Europas geladen waren – die jedoch nie stattfand. Der einzige Weg zur Lösung der tödlichen Konflikte seines Zeitalters, den Erasmus sah, war der einer ‚christlichen', also den Ideen der *Friedensklage* verpflichteten Erziehung derer, die an den Schaltstellen der Macht saßen, der Fürsten selber. In diesem Sinn verfasste er seine *Institutio*, die *Erziehung des Christlichen Fürsten*,[11] als Leitfaden für eine friedliche Politik auf der Basis einer radikalen christlich-humanistischen Ethik, zu einem Zeitpunkt, als er Rat am Hofe von Burgund in Löwen und Erzieher des Prinzen Karl, des späteren Kaisers Karl V., war. Viele der hier vertretenen Grundsätze lassen sich in Morus' *Utopia* wiederfinden. Erinnern wir, dass Machiavelli 1513 den *Fürsten* schrieb,[12] so sticht das humanistische Bildungs- und Friedensprogramm in seiner theoretischen wie historischen Brisanz scharf hervor. Damals wie heute ist es ein ethisch-politischer Gegenentwurf gegen den Positivismus machiavellistischer Machtpolitik. Der Erziehungsgedanke von Humanismus und Aufklärung ist hier noch in seiner unverwässerten frühen Form zu fassen: orientiert am politischen Ideal „allseitiger Ausbildung",[13] individuell-gesellschaftlicher Selbstbestimmung und geschichtlichen Fortschritts, wie es noch Lessings *Erziehung des Menschengeschlechts*, Kants *Was ist Aufklärung?* und Marx' Begriff einer Gesellschaft frei assoziierter Produzenten (wie immer im Einzelnen modifiziert und entwickelt) zugrunde liegt.

Dialektik der Form: die *Utopia* als Gestalt experimentellen Denkens

Der Form nach ist Morus' *Utopia* ein Dialog mit narrativer Einleitung (der Dialog ist eine im Humanismus gebräuchliche, auf die Antike zurückgehende literarische Form), der aus zwei Teilen besteht. Ein Erster Teil behandelt die desolate Lage Englands und Europas zu Morus' eigener Zeit. Es ist die Darlegung einer katastrophisch zerrissenen Welt, bestimmt von den Gräueln der ursprünglichen Akkumulation, eine Welt, in der „die Schafe die Menschen auf-

---

[10] Vgl. Garber 2009, a.a.O., 518f.

[11] ‚Institutio' heißt neben ‚Erziehung' auch ‚Ordnung der Dinge' (beide Bedeutungen finden sich bereits bei Cicero).

[12] Ein Text, der zwar erst 1532 veröffentlicht wurde (eine lateinische Übersetzung erschien 1522), jedoch als Manuskript zirkulierte und Erasmus wie Morus in den Grundthesen mit Sicherheit bekannt war.

[13] Siehe Buck 1987, a.a.O., 186.

fressen" (wie Marx im *Kapital* zitiert).[14] In ihre Schilderung spielt das Trauma der Rosenkriege hinein wie die Erinnerung an den Hundertjährigen Krieg mit Frankreich, nicht zuletzt die Erfahrung der Machtpolitik des frühen Absolutismus in Europa. Ja, die Frage nach der Rolle der Humanisten in dieser historischen Lage – sollen sie ihre Unabhängigkeit bewahren oder „zu Diensten der Könige" dem „öffentlichen Wohl" nützlich sein? (es ist die alte, aus der Antike stammende Frage nach dem Verhältnis von Philosophie und politischer Herrschaft) – ist das erste Thema, das in den Gesprächen erörtert wird.[15]

Der Realismus der Darstellung zeigt sich bereits im autobiographischen Charakter der einleitenden Erzählsituation. Morus selbst zeichnet als Herausgeber und berichtet von einem Gespräch, dass er, anlässlich einer Reise in diplomatischer Mission, in Antwerpen mit dem Stadtschreiber Petrus Aegidius (Peter Gilles) führte, einem Humanisten und Freund des Erasmus (Morus' Reise nach Brügge und Antwerpen wie das Zusammentreffen mit Aegidius sind authentisch). An dem Gespräch nimmt eine weitere Person teil, ein weitgereister Portugiese namens Raphael Hythlodeus. Diese Person ist *fiktiv*. Sie ist eine narrative Erfindung, und sie ist es, die im Zweiten Teil der Schrift von der Insel Utopia berichtet. Es ist der Bericht vom Zustand eines ‚Gemeinwesens' (im Original *respublica*, in der ersten englischen Übersetzung *common wealth*),[16] in dem die dringenden Probleme der Gegenwart gelöst sind. Keineswegs ist es ein idealer Weltzustand, von dem Hythlodeus berichtet, und auch heute Lesende werden dem Ich-Erzähler des Zweiten Buchs recht geben, wenn er abschließend sagt, dass er zwar „die Verfassung jenes Volkes und Raphaels Erzählung" lobe, doch „gewiss nicht allem zustimmen" kann, und so der Hoffnung Ausdruck verleiht, wohl noch später Zeit zu finden, „über dieses Thema tiefer nachzudenken und ausführlicher (...) zu sprechen". Die Schrift schließt mit den Worten: „indessen gestehe ich doch ohne weiteres, dass es in der Verfassung der Utopier sehr vieles gibt, was ich in unseren Staaten eingeführt sehen möchte. Freilich wünsche ich es mehr als ich es hoffen kann".[17]

Hythlodeus' Erzählung ist also ein Entwurf, der der weiteren gemeinsamen Erörterung bedarf. Wenn der Titel des Buchs vom „besten Zustand eines Ge-

---

[14] MEW 23, 747, FN 193. Im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation zitiert Marx ausführlich aus dem ersten Teil von Morus' Schrift (so auch MEW 23, FN 221a).

[15] Thomas Morus, *Utopia*, übers. von G. Ritter. Stuttgart 1964, 20-23.

[16] Die erste englische Übersetzung gebraucht „the best state of a common wealthe" = ‚der beste Zustand eines Gemeinwesens' (J.H. Lupton, Hg., The Utopia of Sir Thomas More, in Latin from the Edition of March 1518 and in English from the 1st Edition of Ralph Robynson's Translation in 1551, Oxford 1895). Die Übersetzung von ‚De optimo reip. statu' im Originaltitel mit ‚von der besten Staatsverfassung', wie sie sich in allen mir bekannten deutschen Übersetzungen und lexikalischen Eintragungen findet, dürfte, wie auch die gängigen Bezeichnungen ‚Staatsroman' und ‚Staatsutopie', eine Fehlübersetzung sein. Die *Utopia* beschreibt eine ‚ganze Lebensweise', zu der die staatliche Form gehört, nicht aber beschreibt sie eine bloße Staatsform. ‚Respublica' des Originals wäre also als ‚Gemeinwesen' wiederzugeben, was auch dem ‚common wealth' in der zu Morus' Zeit üblichen Bedeutung entspricht.

[17] Morus 1964, a.a.O., 147f. Die Übersetzung ist von mir leicht korrigiert.

meinwesens" spricht, so ist also kein Absolutum gemeint, sondern das *beste unter wirklichen und möglichen* Gemeinwesen – wie auch der Erzähler bereits am Ende des Ersten Buchs von verschiedenen Gesellschaften berichtet hatte, die er auf seinen Reisen besuchte. Die Insel Utopia des Zweiten Buchs ist allein die beste von ihnen – die beste aller dem Erzähler und seinen Freunden bekannten menschlichen Gesellschaften, einschließlich der Englands und Europas.[18]

Was das Buch, nach Lage der Dinge, also *nicht* ist, ist das, was der überwiegende Teil der Forschung von ihm sagt:[19] Es ist weder ‚Staatsroman' noch ‚Staatsutopie', noch entwirft es im geschichtslosen Raum das Ideal einer perfekten Welt. Und keineswegs ist es, seiner ironischen Darstellungsmittel ungeachtet, ein „toller Jux" und „bloße Spielerei", wie auch gelegentlich behauptet wurde.[20] Die so sprechen, verkennen die Form, die sich in unterschiedlicher Weise ironischer Mittel bedient.[21] Ironisch ist bereits die Art der literarischen Gestaltung: die Mischung von authentischem Bericht, narrativer Fiktion und Dialog, der zudem die Vorrede „Thomas Morus grüßt den Peter Aegid!" vorangestellt ist. Ironisch ist die Namengebung: ‚U-Topia' bedeutet ‚Nicht-Ort', mit der Assoziation von ‚Eu-Topia' als ‚Wohl-Ort'[22] (Paul Turner übersetzt ‚noplacia' und ‚goplacia'),[23] die Stadt Ademos hieße übersetzt ‚Kein-Volk', der Fluß Anydrus ‚Nicht-Wasser'. Raphael ist Hebräisch und heißt ‚Gott hat geheilt', Hythlodeus ist der „Schaumredner", wie Bloch übersetzt[24] (die vorzügliche englische Übersetzung von Turner gibt den Namen als ‚Nonsenso' wieder). Und ironisch ist nicht zuletzt ist die Dialogführung selbst; wir entdeckten ein Stück davon bei der Ansicht des Endes der Schrift. Hinter solchem Verfahren, der Mischung von Spiel und Ernsthaftigkeit, steht eine Vielgestalt literarischer Formen: menippeische Satire und phantastische Erzählung nach dem Vorbild von Lukians *Wahrer Geschichte*, authentische Reiseliteratur und Platonischer Dialog, speziell darin das Vorbild der Sokratischen Ironie. Das Zusammenspiel der Formen und Verfahren konstituiert Ironie im Sinne einer Ambivalenz der Bedeutung: dass ein

---

18 Dazu und zum Folgenden Kraft 2013, a.a.O., 83-106; T. Metscher, The Irony of Thomas More. In: Shakespeare und die Renaissance. Hamburg 1995, 329-40.

19 Eine sorgfältige, um Offenheit bemühte Darstellung der internationalen Morus-Forschung (sie bezieht auch vorurteilsfrei marxistische Forschungen ein) findet sich in U. Baumann/H. P. Heinrich, Thomas Morus. Humanistische Schriften. Darmstadt 1986.

20 So P. Berglar, Die Stunde des Thomas Morus. Freiburg 1978, 195; eine Auffassung, die schon früher von C.S Lewis und J. Huinzinga vertreten wurde (vgl. Huizinga 1958, a.a.O., 69). T.S. Dorsch versteigt sich zu der Behauptung, die *Utopia* zeichne, vom Autor intendiert, das Bild einer Gesellschaft, wie sie *nicht* sein soll, eine ‚Anti-Utopie' im Sinne von Huxley und Orwell, Modell eines „modernen totalitären Staats" (T.S. Dorsch, Sir Thomas More and Lucian: an Interpretation of *Utopia*. In: Archiv für das Studium der neueren Sprachen und Literaturen, 203/1967, 362.

21 Des Näheren Metscher 1995, a.a.O.; Baumann/Hinrich 1986, a.a.O., 162f.

22 Die Vorsilbe ‚eu' hat die Bedeutung von ‚wohl, gut, schön, reich'.

23 Thomas More, Utopia, übers. von P. Turner. Harmondsworth 1965.

24 E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt a.M. 1959, 604.

ernster Sinn, eine Frage auf Leben und Tod doppeldeutig abgehandelt werden kann, nicht als frivoler Jux, sondern als Methode, sie gedanklich überhaupt zugänglich, *be-greifbar* zu machen, sie dialektisch abzuhandeln und so auf den Begriff zu bringen – was schließlich auch das Verfahren der frühen Platonischen Dialoge war. Die ironischen Mittel haben somit den Sinn, die dargestellte Erzählung modellhaft zu verfremden, als dialogisch zu lösende Aufgabe zu qualifizieren. Sie sind *Gestalt experimentellen Denkens*, ein humanistisches Gedankenlaboratorium. Als Erstes aber, das darf nicht vergessen werden, sind sie Mittel des Selbstschutzes: *Ironie als Camouflage subversiver Gedanken.* In der historischen Lage, in der Morus schrieb, war der Inhalt des Geschriebenen, die Darstellung eines von königlicher Herrschaft freien, auf der Souveränität des Volks beruhenden kommunalen Gemeinwesens für den Verfasser solcher Gedanken existenz-, ja lebensbedrohend. Erinnert sei, dass Morus, der spätere Lordkanzler Heinrichs VIII., für bedeutend Geringeres zwanzig Jahre später auf Betreiben dieses Königs seinen Kopf verlor.

Dialektik des Gehalts: Friedensordnung und kooperatives Gemeinwesen

Was den gedanklichen Gehalt der *Utopia* betrifft, so ist diese, wie Klaus Garber treffend schreibt, „zunächst und zuerst eine Vergegenwärtigung gelungenen Lebens und Zusammenlebens, das Glück und Segen des Lebens als kostbarstes Geschenk preist, welches es zu hegen und pflegen gilt im verstehendem Gewährenlassen, statt ihm durch Reglementieren, geistiges und geistliches Strangulieren Gewalt anzutun."[25] Das Buch ist, so gelesen, ein Manifest des irenischen Humanismus, und als solches stimmt es mit den Gedanken des Erasmus aufs Genaueste überein. Wie Erasmus argumentiert Morus auf der Grundlage humanistisch gewendeter christlich-ethischer Prinzipien. Auch in den anthropologischen Grundauffassungen kommen beide überein. Menschen sind, als Geschöpfe eines gütigen Gottes, selbst auf Güte – Kooperation, Solidarität, Mitgefühl, Freundlichkeit – angelegt. Sie sind gesellschaftliche Wesen, und sie sind mit Vernunft begabt, die es gestattet, anstehende Probleme ohne Gewalt zu lösen, also den Frieden möglich macht.[26]

---

[25] Garber 2009, a.a.O., 583.

[26] Weit entfernt ist diese Auffassung von den naturalistischen Anthropologien eines Machiavelli und Hobbes. So geht Letzterer vom Menschen als einem aggressiven Triebwesen aus, vom Krieg aller gegen alle als dem gesellschaftlichen Normalzustand. Das weltunterwerfende Unternehmer-Subjekt der neuzeitlich-bürgerlichen Zivilisation wird hier zu einem frühen Zeitpunkt dieser Zivilisation anthropologisiert. Nach Hobbes ist der Mensch phylo- wie ontogenetisch seiner anthropologischen Grundverfassung nach solitär, ein Je-Einzelner, der sich erst in einem ‚zweiten Schritt' seiner Entwicklung vergesellschaftet, der eines ‚Souveräns' bedarf: des ‚starken Staats', der die egomanen Individuen vor der gegenseitigen Selbstzerfleischung schützt. In diesem Gedanken ist eine sehr moderne ‚Lösung' der zerreißenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft präfiguriert, was die Faszination von Theoretikern wie Carl Schmitt für das Hobbessche Denken erklärlich macht. In diesem Denken manifestiert sich die entschiedenste Gegenposition zu einem Humanismus, wie ihn Erasmus und Morus vertraten. Dieser Gegensatz zieht sich durch die ge-

Die *Utopia*-Schrift ist Manifest dieser Auffassung, und sie ist mehr. Denn Morus bleibt auf der erasmischen Linie nicht stehen. Er führt in gedanklicher Kühnheit über sie hinaus. Er tut dies, wenn er die *Bedingungen* benennt, unter denen allein eine Friedensordnung möglich ist und gedeihen kann. Es sind die Bedingungen einer ‚kommunalen Lebensweise'[27]. Turner übersetzt sinngemäß: „'communist' way of life of his people"[28] – Antizipation der frühsozialistischen Vorstellung des ‚co-operative commonwealth'. Morus' Schrift ist daher in der marxistischen Tradition von Kautsky bis Bloch mit gutem Grund als das „erste neuere Gemälde demokratisch-kommunistischer Wunschträume" bezeichnet worden, ihr Verfasser als „einer der edelsten Vorläufer des Kommunismus".[29] Dieter Kraft spricht von einer „kommunalisierten Humanität", die in *Utopia* Staatsdoktrin ist. Die „Gütergemeinschaft samt der sie begleitenden Neuerungen" nimmt in ihr einen zentralen Platz ein: Abschaffung des Geldes, Einführung einer menschenfreundlichen Arbeitskultur, einer allgemeinen kommunalen Kranken- und Altenpflege, eines allgemeinen und gleichberechtigten Bildungssystems".[30] Morus zeichnet eine Welt ohne privaten Reichtum und Besitz, für ihn die Haupthindernisse einer Gesellschaft der Gleichen, in der Frieden und Recht gesichert, Hunger und Not getilgt und damit die Grundübel der europäischen Gesellschaften beseitigt sind; Übel, aus denen Rechtsbruch, Verbrechen und Aufruhr erwachsen. Die Gesellschaft ist säkular organisiert, in religiösen Fragen herrscht Toleranz. Zwischen Tugend und Sinnlichkeit (Vergnügen, Lust, Freude) gibt es keinen Konflikt, denn ein freundlicher Gott hat nach der in *Utopia* verbreiteten Auffassung die Menschen für das Glück geschaffen.[31] Es besteht Schulpflicht, besonders Begabte erhalten eine wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung. Wissenschaftliche Vorlesungen sind öffentlich. Die Staatsform ist republikanisch, jede Stadt wird

---

samte neuzeitliche Ideengeschichte. So lässt sich die Linie von Machiavelli und Hobbes bei Nietzsche, Heidegger, Schmitt wiederfinden, mit Derivaten im Poststrukturalismus (in aggressiver Form heute bei Ian Morris). Die Linie des irenischen Humanismus führt in die Aufklärung des 18. Jahrhunderts und über diese in den Frühsozialismus, das Marx-Engelssche Denken und seine Weiterentwicklung – bei allen Umschichtungen und Transformationen, die es auf diesem geschichtlichen Weg durchläuft.

[27] ‚Communis victus': ‚victus' ist ‚Lebensweise', auch ‚Unterhalt, Lebensmittel', ‚communis' ‚gemeinschaftlich, allgemein', im Englischen ‚shared together', ‚common to several or to all'.

[28] More 1965, a.a.O., 118 und 144.

[29] Bloch 1959, a.a.O., 603, 601. A.L. Morton nennt die *Utopia* „at once landmark and a connecting link", "one of the greatest works of controlled and scientific imagination in which the classless society is visualised and mapped out" (The English Utopia. London 1952, 76).

[30] Kraft 2013, a.a.O., 92.

[31] Hier spielt, neben dem Eudaimoniegedanken der Nikomachischen Ethik des Aristoteles sicher das epikureische Konzept von Lust/Freude hinein, wie es über Lukrez dem neuzeitlichen Denken vermittelt wurde; seine Spur ist noch in Schillers Ode an die Freude, Beethovens Neunte Sinfonie und Brechts Glücksgott zu finden. Die Natur der Dinge war zum Zeitpunkt, als Morus schrieb, der europäischen Intelligenz bekannt (vgl. S. Greenblatt, The Swerve, New York 2011). Auch nach Blochs Feststellung bleibt der Epikureismus „regierend" bei den Utopiern (Bloch 1959, a.a.O., 605).

von einem Senat regiert, der sich aus gewählten Volksvertretern auf Zeit zusammensetzt. Das jeweilige Stadtoberhaupt ist auf Lebenszeit gewählt; entwickelt es tyrannische Züge, kann es abgesetzt werden. Der Fürst, wie jede Form absolutistischer Herrschaft, ist abgeschafft. Das höchste Gut ist der Frieden, Aggressionen von Außen pflegen die Utopier durch Verhandlungen beizulegen. Doch sind sie für den Ausnahmefall gerüstet, den Kriegsdienst üben Männer und Frauen gemeinsam aus. Es ist also nicht mehr der Fürst, von dem Morus die Heilung des Gemeinwesens erhofft (und wir wissen, wie sehr diese Hoffnung getäuscht wurde), sondern die kollektive Kraft seiner Bewohner, und dieses Gemeinwesen ist, von der Grundverfassung (marxistisch gesprochen: den Produktionsverhältnissen) her ganz anderer Art als es die Gesellschaften Europas im frühen 16. Jahrhundert waren.

Denken am Abgrund der Katastrophe. Die Utopie als Überlebenskategorie

Eine weitere Dimension kommt hinzu, die der zuletzt genannten an Bedeutung nicht nachsteht, ja ihr noch eine zusätzliche Schärfe verleiht. Liest man die *Utopia* als Ganzes, als Einheit beider Bücher – und diese Lesart allein kann philologische Authentizität beanspruchen –, so wird jede Auffassung des Texts, die die Inselgesellschaft als Konstruktion im geschichtslosen Raum darstellt, ad absurdum geführt. Die Verknüpfung des zweiten Buchs mit dem ersten hat für die Auffassung des Ganzen eine gravierende Konsequenz. Die *Utopie* ist eine zutiefst geschichtliche Konstruktion, spricht aus ihrer Zeit wie sie zu ihr spricht, und sie spricht über ihre Zeit hinaus zu der unsrigen. In einer Arbeit, die zu dem Besten gehört, was zu Morus' Buch geschrieben wurde und der Utopie-Forschung eine neue Richtung gibt, spricht Kraft von der „kopernikanischen Wende", die Morus mit seiner Schrift vollzieht, „Teil der humanistischen Bewegung, die die Seiten verkehrt, das Obere nach unten schichtet und neue Dekaloge schafft." „'Utopia' ist der kategorische Imperativ zu einem grundsätzlich alternativen Denken angesichts einer gesellschaftlichen Situation, die sich in den Kategorien apokalyptischer Endzeit beschreiben lässt", für Morus zugleich „der präzise Ausdruck dafür, dass das von ihm eingeforderte neue Denken am Abgrund der Katastrophe in dieser Welt noch keinen Ort hat. Ou-topos: kein Ort, nirgends, wo so gedacht wird". So ist der Utopie-Begriff des Thomas Morus „bestimmt von dem, was notwendig ist, um Zukunft überhaupt zu garantieren."[32] *Utopia* ist nicht „eine *ideale* civitas, sondern eine notwendige Gründung."[33] Utopien dieser Art „beschreiben nicht das Ideale, sie modellieren Antithesen, die den Ausweg suchen."[34] „Für Morus", schließt Kraft, „ist das Ganze des Staates nur noch dann zu retten, wenn der Staat ganz umgestaltet, wenn das Alternative zum Prinzip des politischen

[32] Kraft 2013, a.a.O., 94f.
[33] Ebd., 98.
[34] Ebd., 100.

Denkens erhoben wird. Wenn die Welt Kopf steht, muss man sie auf neue Füße stellen." „'Utopie' ist eine Überlebenskategorie".[35]

Mit guten Gründen also klagt Morus die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein, deren defizitären Charakter er eindringlich beschreibt. Er entwirft das Grundmuster einer gesellschaftlichen Formation, das konkret genug ist und der menschlichen Natur gemäß, um geschichtliche Wirklichkeit werden zu können. Inwieweit sie zu Morus' Zeit möglich war, ist eine andere Frage. Sie war es sicher nicht. In einem bestimmten und sehr präzisen Sinn war *Utopia* zu Morus' Zeit durchaus ein Ideal: das Ideal als Konkretum, das geschichtlich notwendig ist und auch das Zeug hat, geschichtlich wirklich werden zu können. Morus' Jahrhundert war diesem Ideal nicht reif. Die Reformation bot seinen Gedanken keinen Boden. Weder Calvin noch Luther waren dem humanistischen Ideal gewogen, ganz sicher nicht in der Gestalt, die ihm Morus verlieh. Den Arzt Michael Servet hat Calvin durch langsames Rösten bei kleinem Feuer für Gotteslästerung hinrichten lassen (er bezweifelte die Trinität Gottes), den Humanisten Sebastian Castellio, der im Erasmischen Sinn für Toleranz und Gewissensfreiheit eintrat und Servet verteidigte, in den Tod getrieben.[36] Bei Müntzer und den Bauern hätte Morus vermutlich ein Echo gefunden, doch wurden seine oder ähnliche Gedanken bei Frankenhausen, ein Jahr nach dem Erscheinen der deutschen Übersetzung der *Utopia*, in Blut ertränkt. Durch die Geschichte Europas im 16. und 17. Jahrhundert zieht die Linie der Gewalt. „Von einer ‚Hegung des europäischen Krieges'", so Norman Paech und Gerhard Stuby in ihrem Standardwerk zu Völkerrecht und Machtpolitik, „konnte in jener Zeit wahrlich nicht die Rede sein. Die französischen Kriege mit dem Spanien Habsburgs um die Vorherrschaft in Europa, die wiederholten erfolglosen Flottenexpeditionen Spaniens gegen England (...), die Hugenottenkriege (...), der niederländische Unabhängigkeitskrieg (...), der dreißigjährige Krieg (...) tauchten Europa in ein kaum mehr eindämmbares Blutbad."[37] Europa zu dieser Zeit war „eine Schlachtbank der Völker" (Hegel). Hinzu tritt „die Realität des Kolonialismus" als „Anarchie der Ausbeutung", die Kolonien als und „Quell gewaltiger Kapitalakkumulation". Im Kampf um sie legten sich die Konkurrenten freiwillig keine Beschränkungen auf.[38] Das England zu Morus' Zeit war die Epoche eines machtpolitisch skrupellosen Absolutismus, dem Erasmus' englische Freunde, John Fisher, Bischof von Rochester, und Thomas Morus, Kanzler des Reichs, dann auch 1535, zwanzig Jahre nach Erscheinen der *Utopia*, zum Opfer fielen; Ersterer betrat das Schafott 14 Tage vor dem Zweiten. Nach dem aufgeklärten Absolutismus der Elisabeth, der ein Zeitalter relativen Ausgleichs war

---

[35] Ebd., 104.

[36] Zur Lektüre empfohlen: S. Zweig, Castellio gegen Calvin oder ein Gewissen gegen Gewalt. Frankfurt a.M 1983.

[37] N. Paech/G. Stuby, Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen. Hamburg 2001, 55.

[38] Ebd.

und die englische Renaissance zu ihrer Blüte führte, von Morus' Ideen freilich keine Kenntnis nahm (Spuren davon sind allein bei Shakespeare auszumachen), führte der Weg über die jakobäische Restauration in das Gemetzel der Englischen Revolution – der ersten bürgerlichen Revolution der Geschichte, die so gewalttätig war wie die anderen bürgerlichen Revolutionen auch. Ein Echo von Morus' Gedanken freilich ist bei Gerald Winstanley zu entdecken,[39] doch wurde dieser mit den Diggers niedergemacht. Ihre Fortsetzung fand die Revolution Englands in der Entwicklung dieser Insel zum Musterland kapitalistischen Fortschritts, dem krassesten Gegensatz zu Morus' Insel; zu einer Formation, die, nach Marx' Wort, „von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend" auf die Welt kam[40] – deren kannibalischen Charakter der Verfasser der *Utopia* als Erster im vollen Umriss erkannte, gegen den er das Modell einer von Gewalt und Ausbeutung freien Gesellschaft setzte.

Morus ist „deshalb relevanter als je zuvor". „Denn die Welt steht vor einem Abgrund, der durch Reformen höchstens noch verdeckt werden kann."[41] In Form und Gehalt entwickelt sein Buch einen Typus literarischen Denkens, der gerade in einer Zeit wie der unseren die höchste Aktualität besitzt. Die Utopie als notwendige Gründung steht immer noch aus. Morus schrieb als „Bürger derer, welche kommen werden".

---

[39] R. Ahrbeck, Morus, Campanella, Bacon. Frühe Utopisten. Köln 1977, 90f.

[40] MEW 23, 788.

[41] Kraft 2013, a.a.O., 104.

Jörg Goldberg

Griechenland – Eine Erpressergeschichte[1]

„Aus Niederlagen lernen": So lautete die Überschrift des redaktionellen Beitrags in Z 103 vom September 2015, mit dem versucht wurde, vor dem Hintergrund der Analyse der griechischen Entwicklung Überlegungen u.a. zur Bedeutung der EU-Strukturen für demokratische und soziale Entwicklungen in einzelnen Ländern auszuloten. „Ist also eine demokratische Alternative innerhalb der Eurozone überhaupt denkbar?", fragte die Z-Redaktion im September (S. 14), wobei eine insgesamt skeptische Haltung überwog. Man kann diese Frage getrost auch auf die ganze EU beziehen, in der demokratisch nicht legitimierte und mit den Konzernen eng verbandelte Bürokratien immer mehr in ureigenste demokratische Rechte eingreifen.

Einen wichtigen Beitrag zu dieser Frage leistet das im August erschienene Buch von Giorgos Chondros, das zwar bezüglich der EU-Frage eine eindeutige Haltung einnimmt, dessen Analyse aber so offen und kritisch ist, dass auch andere Schlussfolgerungen entwickelt werden können. Der Autor des Buches, Gründungsmitglied von Syriza und prominenter Mitakteur im griechischen Drama, beschreibt und analysiert die Geschichte der Erpressung Griechenlands durch die EU-Institutionen, an der Spitze die EZB, und die extremistischen Kräfte des Neoliberalismus „nicht aus der Distanz des Beobachters ..., sondern vielmehr als aktives Mitglied von Syriza, das diese verdichteten Prozesse in Echtzeit erlebt" (200). In sieben Kapiteln werden, unterlegt mit Daten und Originalzitaten, die Entwicklung der Finanzkrise zur Schuldenkrise (1), die humanitäre Entwicklung in Griechenland (2), die Hauptargumente der Gegenseite (3), der Propagandakrieg gegen Syriza (4), die Zuspitzung der Krise Anfang 2015 (5) und die Geschichte von Syriza (6) geschildert. Besondere Aufmerksamkeit verdienen das siebte Kapitel und der folgende Epilog, der sich mit den Perspektiven der europäischen Linken befasst.

Ausgangspunkt in ökonomischer Hinsicht ist die (später leider nicht wieder aufgenommene) Feststellung, dass EU und Eurozone einen schwerwiegenden Konstruktionsfehler aufweisen: Eine „Supranationalisierung der Währungspolitik" wird kombiniert mit nationalstaatlichen Wirtschaftspolitiken, was angesichts der großen ökonomischen und politischen Unterschiede der beteiligten Länder diesen faktisch keinen Spielraum zur eigenständigen Krisenbekämpfung lässt (21/22). Die schwächeren Länder werden so zu Maßnahmen der „inneren Abwertung" (d.h. des Lohn- und Sozialabbaus) gezwungen, um die äußere Konkurrenzfähigkeit zu verteidigen. Dieser ökonomische Widerspruch hat allerdings einen politischen Sinn, wie der Autor hervorhebt: „Vielmehr

---

[1] Anmerkungen zu: Giorgios Chondros, Die Wahrheit über Griechendland, die Eurokrise und die Zukunft Europas. Der Propagandakrieg gegen Syriza, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2015, 235 S., 16,99 Euro.

glaube ich, dass es eine bewusste politische Entscheidung war, das gesamte Feld den Finanzmärkten unter dem Vorwand ihrer Sicherheit und Stabilität zu überlassen, also den Banken und dem ‚flüchtigen' Kapital." (22) Dies ist auch für die sozialen Auseinandersetzungen und die Klassenfrage, die der Autor in den Mittelpunkt der Analysen stellt, vor großer Bedeutung. Angesichts der großen Unterschiede hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedsländern produziert der asymmetrische Zwang zur inneren Abwertung auch eine Ungleichzeitigkeit in den sozialen Bewegungen in Europa: Während sich die Arbeiterbewegung in den außenwirtschaftlich schwächeren Ländern (seien sie verschuldet oder nicht) auf Abwehrkämpfe gegen Lohnsenkungen und Sozialabbau konzentrieren muss und dabei immer wieder mit der Drohung von Produktionsverlagerungen und Entlassungen erpresst wird, können die Lohnabhängigen der exportstarken Länder, an der Spitze Deutschlands, mit kleineren Kompromissen befriedet werden. Dies erschwert koordinierte europäische Bewegungen. Leider zieht der Autor, wie später noch gezeigt wird, aus dieser mit dem Euro notwendig verbundenen ‚eingebauten' Ungleichzeitigkeit sozialer Bewegungen keine Schlussfolgerung.

Chondros möchte im ersten Kapitel zeigen, dass die Schuldenkrise kein „rein ‚griechischer Fall" ist (21), sondern besagte Konstruktionsmängel reproduziert. Das ist zwar richtig, es gibt aber auch Faktoren, die mit der besonderen Schwäche des griechischen Kapitalismus zusammenhängen – die vom Autor aufgemachte Rechnung, der zufolge die griechische Pro-Kopf-Verschuldung noch Ende 2014 nur wenig höher war als die Deutschlands (30), besagt wenig: Über die Schuldendienstfähigkeit entscheidet nicht die Bevölkerungszahl, sondern die Wirtschaftskraft.

Informativ ist seine Darstellung der Geschichte des griechischen Euro-Beitritts. Die zu diesem Zweck angewendeten statistischen Tricks waren allen Akteuren bekannt, und alle haben sie akzeptiert, weil alle Interesse an der Mitgliedschaft Griechenlands hatten. Der Autor fragt: „Gibt es heute noch irgendjemanden, der glaubt, dass das kleine Griechenland von allein und nur mit Hilfe von Goldman Sachs die Supermacht EU an der Nase herumführen und sich quasi hintenherum in die Eurozone einschleichen konnte?" (38) Aufschlussreich auch die Passagen, in denen der Autor den ‚Experten' der Troika Namen und Gesicht gibt und zeigt, mit welcher Arroganz und Unverfrorenheit diese im griechischen Regierungsapparat auftraten und faktisch das Land ‚regierten' (44).

In zweiten Kapitel schildert der Autor eindrucksvoll die Auswirkungen der von den Memoranden produzierten „humanitären Katastrophe" und zeigt, in welchem Umfang Teile der Bevölkerung in extreme Armut, Hunger, Krankheit, Obdachlosigkeit und Tod getrieben wurden. Er beschreibt aber auch die großen Solidaritätsbewegungen im Lande.

Hat man dies gelesen, kann man den dritten Teil nur noch mit Erbitterung zur Kenntnis nehmen: Hier setzt sich der Autor mit zentralen, in den europäi-

schen, vor allem aber deutschen Medien verbreiteten Mythen auseinander. Er belegt auf der Grundlage einer Übersicht über die Verwendung der Programmittel (102-107), dass es zu keiner Zeit um die „Rettung Griechenlands" ging, sondern immer nur um die Interessen der Banken und der Geberländer. Am Rande wird gezeigt, wie die deutsche Rüstungswirtschaft zu den Profiteuren der Krise gehört: Noch im August 2014, auf dem ersten Höhepunkt der Krise, wird „das deutsche Verteidigungsministerium vermittelnd tätig ... und (fädelt) die Unterzeichnung eines Kaufvertrags für Panzermunition von Rheinmetall in Höhe von 50 Mio. ein." (109) Dieser Aspekt wird auch im vierten Kapitel aufgegriffen, wo gezeigt wird, mit welcher Heuchelei den Griechen eine Reduzierung ihres in der Tat hohen Rüstungshaushalts empfohlen wurde. Eine prominente Forderung der Troika war die Schließung der griechischen Rüstungsindustrie (122), während die Beendigung teurer Rüstungsbeschaffungen nicht gestattet wurde. Gekürzt wurden die Personalkosten der Armee, während Griechenland weiterhin Kunde der deutschen und französischen Rüstungsindustrie bleiben sollte. Konsequenterweise forderte der Nato-Generalsekretär, der norwegische Sozialdemokrat Stoltenberg, Griechenland auf, weiterhin zwei Prozent des BIP für „Verteidigung" auszugeben (2014 waren es 2,2 Prozent) (123). Aufschlussreich auch der Nachweis, dass die Krise für die Gläubiger bis heute ein gutes Geschäft ist: Sie leihen sich Gelder zu minimalen Zinsen und reichen diese mit einem Aufschlag an Griechenland weiter, von wo sie umgehend an die Finanzmärkte zurückgeschleust werden. Die Zinsdifferenz zahlt Griechenland. Die einseitige Aufkündigung des zweiten Programms zum 1. Juli 2015, mit welcher der Ausgangs des Referendums beeinflusst werden sollte, spülte der EZB Zinserträge von 3,35 Mrd. Euro in die Kassen, die – entgegen ursprünglicher Zusagen – nicht an Griechenland zurückgereicht wurden (129).

Im fünften Kapitel werden die Entwicklungen des Jahres 2015 bis Anfang August nachgezeichnet, die zur Niederlage der Syriza-Regierung und zu dem führten, was vielfach als „coup", als „Putsch ohne Waffen" (170) vom 12. Juli bezeichnet wurde. Dies ist ein zentrales Kapitel, weil der Autor hier nicht nur den Verlauf der Verhandlungen, sondern auch die Strategie Syriza's darstellt (und kritisiert). Was den Verhandlungsstil angeht, so wird deutlich, dass hier – unter dem Vorwand, es ginge um technische Details – knallhart Politik gemacht wurde. Die ‚Experten' hatten politische Aufträge, die sie auch dann durchsetzen mussten, wenn es dafür keinerlei fachliche Begründung gab. Aufschlussreich die Debatten über den griechischen Energieplan, an denen der Autor persönlich teilgenommen hat: Nachdem die griechischen Vorschläge gelobt worden waren, forderten die Troika-Beamten übergangslos die Privatisierung der Stromversorger und Netzbetreiber – was gar nicht Gegenstand der Verhandlungen war (148). Es sind solche Details, die den Leser immer wieder sprachlos machen: Mit welcher Unverblümtheit ganz offen Machtpolitik betrieben wurde, ohne jeden Bezug zu Sachfragen. Man kann sich gut in den ehemaligen griechischen Verhandlungsführer, den Wirtschaftsexperten Varoufakis, hineinversetzen, der nur noch sarkastisch kommentieren konnte, wie er immer wieder Sachargumente bemüht hatte, die aber niemand interessierten.

Schon hier deutet sich eine der Schwächen in der Strategie von Syriza an: Man ging letzten Endes davon aus, dass die EU-Seite es sich – auch angesichts angenommener Widersprüche innerhalb der Eurozone (155) – nicht würde leisten können, Griechenland fallen zu lassen. Zudem war offensichtlich nicht klar, dass die EZB sich nicht scheuen würde, die griechischen Banken von der Liquiditätszufuhr abzuschneiden: „Der heutige Finanzminister Efklidis Tskalados (der ein lesenswertes Vorwort zum Buch beigesteuert hat, JG) räumte als eine der Hauptschwächen der Vereinbarung vom 20. Februar ein, dass sie die EZB nicht ausdrücklich dazu verpflichtete, den griechischen Banken Liquidität bereitzustellen." (153) Ob das geholfen hätte sei dahingestellt: Schon wenige Tage nach der Wahl von Syriza im Januar 2015 hatte die EZB den Ankauf griechischer Staatsanleihen eingestellt, womit sie den finanziellen Zusammenbruch einleitete. „Sowohl die griechische Zentralbank als auch die EZB (ergriffen) nicht die geringste Maßnahme, um diesen Aderlass an Liquidität unter Krisenbedingungen abzuwenden ... sie befeuerten den Prozess des Ausblutens sogar noch." (145) Chondros weist auch darauf hin, dass Griechenland im Zeitraum von Juni 2014 (als die Gläubiger Programmzahlungen einseitig aussetzten) bis Mai 2015 weltweit das einzige Land war, das seine Schulden ohne jede Refinanzierungsmöglichkeiten bediente, was einen Mittelabfluss in Höhe von 17 Mrd. Euro (zehn Prozent des BIP) mit sich brachte (155). Diese selbstmörderische Zahlungsdisziplin (wofür Sozialkassen und Kommunen geplündert wurden) beschleunigte den finanziellen Ruin, ohne dass die Gläubiger auch nur um einen Deut von ihrem Kurs abwichen.

Nach einem Exkurs zur Geschichte von Syriza, bei der auch die Beziehung zu den sozialen Bewegungen durchaus selbstkritisch behandelt wird (Kapitel 6), kehrt der Autor zur Frage der Verhandlungsstrategie Syriza's und damit auch zu den weiteren Perspektiven im Rahmen Europas zurück. Im sechsten Kapitel bilanziert er folgendermaßen: Es habe sich gezeigt, „dass auch die Parteistrategie, die darauf abzielte, die Kürzungspolitik in nur einem Land unter den Bedingungen eines Wirtschaftskrieges und widrigen Machtverhältnissen zu verändern, eine Niederlage erlitten hat." (191) Diese Niederlage sei zumindest teilweise „einem politischen Voluntarismus" der Syriza-Regierung zu verdanken, „der die tatsächlichen Kräfteverhältnisse ignorierte und nicht rechtzeitig wahrnahm, dass die Mächtigen Europas absolut entschlossen waren, die ökonomischen Kosten, egal wie hoch, zu zahlen ..." (191) „Unsere Strategie basierte auf der Annahme, dass wir unter den gegebenen Kräfteverhältnissen in der Eurozone einseitig die Austeritätspolitik würden abschaffen können. Unsere Taktik basierte darauf, dass unsere Gegner (...) es nicht wagen würden, uns aus dem Euro zu werfen ... Hätten wir sie (die Strategie der Gläubiger, JG) rein politisch oder politischer gesehen, dann hätten wir verstanden, dass Schäuble sich zwischen zwei Risiken entscheiden würde, nämlich dem Risiko, dass die Eurozone enormen Schaden nehmen würde, und dem Risiko, dass der Neoliberalismus politisch kollabieren und sich Europa so mit linken Regierungen ‚füllen' würde." (191/2) Dies ist sicher eine realistische Bewertung. Es wäre allerdings hinzuzufügen, – und hier ist der Autor nicht konsequent, ob-

wohl er das Problem an anderer Stelle durchaus sieht – dass nicht nur Schäuble und das dominante Deutschland linke Bewegungen mehr fürchten als finanzielle Risiken: Es waren und sind vor allem die herrschenden Gruppen in den anderen schwachen Ländern, die einen Erfolg Syriza's zu fürchten hatten und haben. Unter diesen Bedingungen zeigte sich, dass die Hoffnung auf Gegensätze innerhalb der EU, auf die die linke Regierung gesetzt hatte, auf Sand gebaut war. Vom Autor erwähnte abweichende Haltungen der Regierungen z.B. in Frankreich oder Italien zielten rhetorisch auf die Innenpolitik der jeweiligen Länder. Unter Rückgriff auf eine Periode in der antiken griechischen Geschichte beschreibt der Autor die Folgen dieser Fehleinschätzung: „In diesem konkreten Fall (im Kampf mit den übermächtigen ‚Institutionen', JG) konzentrierte sich die Hoffnung der Griechen auf die Unterstützung durch die Staaten des europäischen Südens, die ebenfalls von der arroganten deutschen Kontrolle der Institutionen betroffen sind, doch auch hier zeigte sich, dass niemand bereit war, zur Hilfe zu eilen." (222) Auf die Gefahr hin, besserwisserisch zu erscheinen: Damit ist solange nicht zu rechnen, wie die an der Austeritätspolitik interessierten herrschenden Gruppen der Länder des europäischen Südens nicht durch entsprechende Volksbewegungen zu Kompromissen gezwungen sind.

Ob es letzten Endes eine Alternative gegeben hätte, oder ob Syriza von Anfang an hätte ‚kleinere Brötchen backen' müssen, diskutiert der Autor nicht explizit. Es scheint aber, dass Syriza von Anfang an allein darauf gesetzt hat, dass die Gläubiger einen Rauswurf Griechenlands aus dem Euro nicht riskieren würden. Die Meinung des Autors dazu: „Der zentrale Schwachpunkt der Strategie von Syriza war, dass es keinen echten Plan B gab, einen Plan zum Herauswinden aus dem erpresserischen Diktat ‚Memorandum oder Drachme'. ... So gab es erstens keine Antwort darauf, auf welche Weise die Gesellschaft, die nun schon seit fünf Jahren unter der Politik der inneren Abwertung leidet, nicht einer noch größeren Katastrophe unterworfen wird, allen voran die gesellschaftlichen Schichten, die am meisten von der Krise getroffen sind. Offene Fragen wie ausreichende Nahrungsmittelversorgung, Zugang zu Medikamenten, Energie und Garantie der Bankeinlagen waren nicht geklärt. Zweitens wurde, trotz aller unternommenen Bemühungen, keine ausreichende Politik zur Handels- oder Wirtschaftshilfe von Ländern außerhalb der Eurozone sichergestellt. Und drittens, was meiner Meinung nach am wichtigsten ist: Es gab keinen klassenorientierten Inhalt." (194/5) Das betrifft nicht nur die Monate kurz vor und nach der Regierungsübernahme. Chrondros meint im Rückblick an anderer Stelle, dass Syriza „es versäumt (hat), sich nach den Wahlen von 2012 gründlich auf eine mögliche Übernahme der Regierung vorzubereiten und ein detailliertes Regierungsprogramm auszuarbeiten. ... Eine bessere Vorbereitung hätte meiner Meinung nach die Kapitulation zwar nicht verhindert, sicher aber das Ansehen der Linken gerettet." (184) Ob der Autor damit recht hat oder nicht: Wenn Syriza von Anfang an ernsthaft Perspektiven jenseits von Euro und EU erarbeitet und vor allem öffentlich zur Diskussion gestellt hätte, wären die Bedingungen wohl besser gewesen.

Die von Chondros angesprochene Problematik ist auch nach dem 12. Juli bzw. dem 20. September (Wiederwahl von Syriza) von Bedeutung. Obwohl die Wahlen besser ausgegangen sind als der Autor bei Drucklegung befürchtet hatte, ist die Problematik dadurch kaum entschärft. Notwendig ist, unabhängig von Wahlen, „ein ... Fahrplan, wie wir unser Land aus diesem tödlichen Würgegriff der Institutionen befreien können." (199) Dass die Gläubiger ihren Griff – nach der Kapitulation – etwas lockern könnten, hat sich schon im Oktober 2015 als Illusion herausgestellt, als die Auszahlung einer fälligen Tranche mit dem Verweis auf unzureichende Reformfortschritte blockiert wurde. Griechenland bleibt am Haken der Troika. Auch die Hoffnung, im Windschatten der Flüchtlingskrise (Deutschland ist nun auf Entgegenkommen Griechenlands angewiesen) Spielräume vergrößern zu können, ist höchstens eine taktische, aber keine strategische Option. Die Kernfrage bleibt, ob und wie ein einzelnes Land der Eurozone (auch wenn es weniger verschuldet ist) wirtschafts- und sozialpolitische Spielräume zur Umsetzung einer weniger sozialreaktionären Politik erkämpfen kann. Hier scheint der Autor wenig Hoffnung zu haben: „Der ‚Coup' vom 12. Juli bestätigt schlicht und einfach, dass die herrschende Seite nicht vor dem Einsatz aller Mittel und Einflussmöglichkeiten zurückschreckt, denn die Umsetzung ihres Planes (neoliberale Deregulierung, JG) darf nicht in Frage gestellt werden." (205/6) Unter diesen Bedingungen setzt der Autor (ohne andere Alternativen zu diskutieren) weiter auf Europa: „Ich bin ... der Meinung, dass eine Regierung der Linken, die ein derartiges Programm (des Memorandums) eingeführt hat, zur Suche nach neuen Methoden zu seiner Kompensation verpflichtet ist, und sich Schritt für Schritt aus ihm herauslösen muss. Um das Programm zu kippen, muss sie in diesem Prozess alles für die Entwicklung der dafür erforderlichen Machtverhältnisse tun." Dies kann nach Ansicht des Autors aber nur auf europäischer Ebene geschehen (223). Seine Hoffnung: „Ich werte das Vereinbarungsdiktat gegenwärtig noch als taktischen Schritt in Erwartung des geeigneten Zeitabschnitts, in dem sich die Widerstandsbewegung gegen die Austerität und den Autoritarismus herausbildet und die das ‚Germropa', das deutsche Europa à la Schäuble, stürzen und in die Niederlage führen wird, während gleichzeitig das ‚andere Europa' aufsteigt." (211)

Dieser ‚Attentismus' erscheint aus zwei Gründen wenig realistisch. So sei erstens auf die eingangs diskutierten ‚Konstruktionsmängel' von EU und Eurozone verwiesen, die vom Standpunkt des europäischen Kapitals durchaus Sinn haben: Wie schon erwähnt bilden sie eine Grundlage zur Spaltung der europäischen Arbeiterbewegungen und zur Sicherung von Ungleichzeitigkeit der sozialen Kämpfe. Zweitens sind vor allem in den europäischen Kernländern die Kräfteverhältnisse eindeutig. Man muss nicht Opfer antisozialdemokratischer Reflexe sein, um die folgende Analyse der politischen Situation in Deutschland ins Fabelreich zu verweisen: „Es kann nicht sein," begründet der Autor seine Hoffnung auf den Ausbruch europaweiter Klassenkämpfe, „dass die SPD noch lange so weitermacht und Politik im Schatten von Merkel und Schäuble betreibt und sich dabei, so wie in der Griechenlandfrage, ‚päpstlicher als der Papst' aufführt.

Für die Partei Die Linke ist der politische Kontext zur Vertiefung ihrer Beziehungen zu den sozialen Bewegungen ausgesprochen günstig, sie kann auf der Grundlage eines mit ihnen gemeinsam zu erarbeitenden Programms sogar die Machtfrage in Deutschland stellen." (209) Auch die anschließende Hoffnung des Autors darauf, „dass die großen Gewerkschaften ... endlich ihre mit den Solidaritätsadressen für Griechenland bereits begonnenen Schritte um weitere Aktivitäten ergänzen" (ebd.), erscheint angesichts der (im Vergleich zu anderen europäischen Ländern) in Deutschland relativ günstigen sozialen Lage kurz- und mittelfristig wenig begründet.

Allerdings sind jene, die diese Orientierung des Autors auf „unser Europa" (204) für perspektivlos und damit die gegenwärtigen Strukturen der EU für reformunfähig halten, angesichts der griechischen Erfahrungen gefordert, alternative Wege, die zunächst ‚nationale' Alleingänge sein würden, zu entwickeln. Gibt es in diesem neoliberal strukturierten Europa noch Spielräume für ‚soziale Reformen in einem Lande'? Würde Chondros dies (für Griechenland) ganz ausschließen, dann wäre seine oben skizzierte Kritik an Syriza, dass die Partei nicht rechtzeitig – schon ab 2012 – ein realistisches Regierungsprogramm, einen ‚Plan B' der größeren Unabhängigkeit von den ‚Institutionen', ausgearbeitet habe, hinfällig. Mindestens ebenso illusionär wie die Hoffnung auf eine europäische Wende unter den gegebenen, fest zementierten Machtverhältnissen aber ist der Köhlerglaube, der Austritt aus der Eurozone (womöglich noch bei weiterer Mitgliedschaft in der EU) würde die Probleme des Landes lösen können. Er würde zu einem Anstieg der Schuldenlast und einer Verteuerung der Importe führen und würde – vor allem wenn der Schritt nicht im Konsens mit der EZB (also mit Schäuble) erfolgte – die neue Währung zum Spielball der Spekulation machen. Das heißt nicht, dass ein Austritt aus dem Euro nicht Teil einer Doppelstrategie sein könnte, bei der sich Griechenland – wie der Autor selbst in seiner Kritik der bisherigen Syriza-Strategie andeutet – international stärker auf aufstrebende Mächte jenseits von Westeuropa orientiert und gleichzeitig den Schulterschluss mit alternativen Kräften innerhalb von EU und Eurozone sucht. Entscheidend ist aber, dass eine solche Umorientierung von den demokratischen Kräften und einer Bevölkerungsmehrheit in Griechenland aktiv getragen wird. Eine Doppelstrategie könnte einerseits darin bestehen, zusammen mit europäischen linken Parteien und Bewegungen und anknüpfend an die griechischen Erfahrungen Reformforderungen für die EU-Institutionen zu entwickeln (da ist bislang wenig passiert) und mit sozialen Bewegungen zu verbinden. Andererseits wäre der Kampf gegen besonders sozialreaktionäre Teile des Reformprogramms in Griechenland zu unterstützen und in diesem Kontext deutlich zu machen, dass auch Lösungen außerhalb des Euro und ggf. der EU möglich sind.

Conrad Schuhler

Lehren aus der Niederlage der Linken in Griechenland

I

Zur Niederlage der Linken in Griechenland äußern sich Linke außerhalb Griechenlands oft sehr gewunden. Man wolle aus der sicheren Entfernung keine wohlfeilen Ratschläge geben oder gar Noten verteilen. Auch sei man im eigenen Land ja noch weit hinter der Stärke des linken Lagers in Hellas zurück. Schließlich sei die Niederlage keineswegs allein eine der Linken Griechenlands, sondern der gesamten Linken Europas.

Alle diese Vorbehalte und Bedenken treffen zu. Von Deutschland aus, mit Kranken- und Arbeitslosenversicherung und Hartz IV, ist es, trotz der subjektiv beschissenen Lage, relativ wohlfeil, die Griechinnen und Griechen anzutreiben im Kampf gegen Austeritätsmaßnahmen. Und in der ganzen Eurozone gibt es 18 neoliberal ausgerichtete Regierungen, nur die eine linke – von Syriza geführt – in Griechenland. Und in der Tat hat die Linke Europas noch viel eklatanter verloren als die in Griechenland. Syriza hat von Anfang darauf gesetzt, darauf setzen müssen, dass sich europaweit eine soziale, politische Bewegung entfalten muss, um ihre Chancen auf die Abwehr des Austerity-Diktats aus Brüssel zu wahren. Diese Bewegung hat es nicht gegeben. In München sind 40.000 Menschen marschiert gegen TTIP und in Berlin waren es 250.000. Das ist hervorragend. Es muss aber zu denken geben, wenn bei uns bei jeder Demo für gesunde Ernährung, soziales Wohnen und solare Energie weit mehr Menschen demonstrieren als für Solidarität mit Griechenland und ein Ende der von Brüssel und Berlin diktierten Austeritätspolitik.

Hier liegt die Schwäche der europäischen Linken, dass sie in ihren jeweiligen Ländern kaum Bewusstsein schaffen konnten, dass an Griechenland ein Exempel statuiert wird, dass Politik in allen Euro-Ländern nach dem Austeritäts-Muster à la Griechenland durchgeführt wird. In Griechenland wurde die reaktionäre Zukunft aller Euro-Länder fortgeschrieben. Jede Niederlage Griechenlands ist eine schlimme Hypothek auf die Zukunft von allen. In Griechenland gab es bei den Wahlen im September noch mal einen Kick für eine soziale, von Brüssel unabhängige Zukunft. In keinem anderen Land der Eurozone wäre das möglich, auch nicht in Spanien.

II

Und dennoch müssen die gravierenden Fehler von Syriza und von uns anderen diskutiert werden. Es geht um die Schwäche eines Reformismus, der die Möglichkeiten, innerhalb vorhandener Kräfteverhältnisse linke Ziele zu erreichen,

überschätzt und gleichzeitig die Mobilisierungspotenzen des kapitalistischen Gegners unterschätzt.

Dies war das Grundproblem von Syriza. Einer ihrer Vertreter, Giorgos Chondros, schätzt ein: Unsere Strategie basierte auf der Annahme, dass wir unter den gegebenen Kräfteverhältnissen in der Eurozone einseitig die Austeritätspolitik würden abschaffen können. Unsere Taktik basierte darauf, dass unsere Gegner es nicht wagen würden, uns aus dem Euro zu werfen, weil sie dann ein Vielfaches draufzahlen würden. Beide Annahmen, sagt das Mitglied des Zentralkomitees von Syriza, waren falsch.

Sie waren falsch, und diese Falschheit hatte dramatische Folgen. Weil Syriza es für aussichtslos hielt, einen Zwei-Frontenkrieg gegen die EU-Gewalten und die einheimische Oligarchie zu führen, verzichtete man auf den frontalen Angriff auf die Reichen und Mächtigen im eigenen Land. Dies tat man im Glauben, man käme auf der Kampf-Front mit den EU-Gewalten zurecht. Was ein absoluter Fehler war, denn die linke Athener Regierung hatte sich auch in der taktischen Annahme, ein Rausschmiss Griechenlands aus der EU/Eurozone käme dem europäischen Kapital zu teuer, komplett geirrt. Bei der Aufrechnung der Kosten eines Grexits gegen den linken Impuls, der von einem erfolgreichen Aufbäumen Syrizas gegen das Brüssel-Diktat ausgehen würde, war das europäische Kapital sich schnell einig, den Griechen müsse diese Lektion für alle mit der nötigen Wucht erteilt werden: Aus der neoliberalen EU-Anstalt gibt es kein linkes Entkommen.

Anstatt sich auf die Bekämpfung der einheimischen Oligarchie, auf den Kampf mit der EU und auf die weitere zivilgesellschaftliche Selbstorganisierung zu konzentrieren – auf diesem Gebiet war viel geleistet worden, von Mieten und Wohnraum bis hin zur Gesundheitsversorgung – verausgabte die Syriza-Regierung den Großteil ihrer Kräfte im schließlich erfolglosen Verhandlungspoker mit der EU.

Zum Kampf mit der EU hätte eine Mobilisierung der europäischen Zivilgesellschaft gehört. Dass diese ausblieb, ist zwar in erster Linie auf das Versagen der Linken in den europäischen Ländern zurückzuführen, hat aber auch seinen Grund in der Strategie von Syriza. Indem sie sich einließ auf das Ziel „optimaler Verhandlungen", räumte sie den Sprengsatz aus dem Weg, der einer linken europäischen Bewegung hätte Dampf machen müssen und können: die Entschlossenheit der Griechen, die Bedingungen des Spar-Diktats nicht hinzunehmen. In allen Abstimmungen hat eine eindeutige Mehrheit der GriechInnen diese Entschlossenheit dokumentiert. Doch Syriza stellte in den Mittelpunkt ihrer Politik jetzt die kluge, ehrliche, clevere Verhandlungsführung mit der EU. Dies hatte in Griechenland die schrittweise Lähmung der gesellschaftlichen Bewegung von unten zur Folge und half in Europa, dass eine zivilgesellschaftliche Bewegung für ein anderes Europa nicht entstand.

Die Niederlage in Griechenland ist auch in diesem Sinne eine Niederlage für die europäische Linke.

III

Was ist jetzt zu tun? Wie kann die Linke aus der Niederlage zurückfinden in eine Position des Vormarschs? Varoufakis hat zusammen mit Stuart Holland und James K. Galbraith Anfang des Jahres schon mal gezeigt, wie es nicht funktionieren kann. Ihr „Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise" potenziert die Probleme der alten Strategie. Sie wollen der Gegenseite, dem globalen EU-Kapital, erklären, wie man sich gemeinsam der Probleme entledigen kann. Ihre Vorschläge zur Bankenkrise, Schuldenkrise, Investitionskrise und sozialen Krise haben durchweg die Aura des Absurden. Ihr Ausgangspunkt ist der Appell, es sei „die moralische und politische Pflicht der EU, so schnell wie möglich zu handeln, um die Grundbedürfnisse der europäischen Bürger zu befriedigen". Dann kommen eine Menge technischer Hinweise, wie man die Target2-Salden besser nutzen könnte, also die Ungleichgewichte im Europäischen System der Zentralbanken. Dass dies völlig nebensächlich ist, dass es um die Frage des politischen Zugriffs auf die Macht in Europa geht, ob die TNK (Transnationalen Konzerne) total kontrollieren, oder ob die Zivilgesellschaft an Einfluss gewinnt, kommt in dem Buch nicht vor.

Völlig anders nähert sich dieser Frage ein Plan A und B, den Varoufakis, Konstantopoulos, Mélenchon, Fassina und Lafontaine jüngst vorgestellt haben. Die Autoren sehen in dem Vorgehen der Europäischen Zentralbank, die Schließung der griechischen Banken zu erzwingen, bis die Athener Regierung eine neue Version eines mehrfach gescheiterten Programms akzeptiert hat, einen „Finanz-Staatstreich", der deshalb durchgezogen wurde, „weil das offizielle Europa die Idee nicht ertragen konnte, dass ein Volk, das unter einem zerstörerischen Austeritätsprogramm leidet, es wagt, eine Regierung zu wählen, die entschlossen 'Nein' sagt." Die Europäische Union ist, stellen diese Linken aus Griechenland, Frankreich, Italien und Deutschland fest, zu einem Werkzeug geworden, „um demokratische Kontrolle über Produktion und Verteilung auszuhebeln".

Um dieses „Europa" zu überwinden, schlagen die Initiatoren den „Plan A" vor: „Wir werden alle in unseren Ländern, und alle zusammen überall in Europa, auf eine vollständige Neuverhandlung der europäischen Verträge hinzuarbeiten." Bis diese Neuverhandlung erreicht ist, gilt der „Plan B": Wir „beteiligen uns in einer Kampagne des europäischen zivilen Ungehorsams gegenüber willkürlichen, europäischen Praktiken und irrationalen ‚Regeln' an den Kämpfen der Europäerinnen und Europäer überall in Europa."

Die beiden wichtigsten Lehren aus der Niederlage in Griechenland sind damit gezogen: 1) Es geht nicht in erster Linie um möglichst geschickte Verhandlungen mit der heute herrschenden Elite, sondern um die Änderung des Verhältnisses der Kräfte zwischen diesen Eliten und den von ihnen beherrschten Subalternen. 2) Die Entwicklung der Kraft der heute Subalternen muss ansetzen an der Organisation der Zivilgesellschaft gegen die Zumutungen der EU-Staatlichkeiten und an der Entwicklung alternativer demokratischer Formen der Befriedigung elementarer Bedürfnisse. Das muss weit hinausgehen über

die Frage von Parallelwährungen, Austritten aus der Eurozone u.ä., wie sie von den Autoren der Pläne A und B vor allem erwähnt werden. Wir müssen erreichen, die drückenden Alltagsnöte der Menschen in den Zusammenhang mit der europäischen Krise zu stellen (Mario Candeias) und helfen, die Menschen zu den Akteuren ihrer Zukunft zu machen.

IV

Wie geht es in Griechenland selbst weiter? Syriza versucht, einen großen Teil der von der Troika auferzwungenen „Reformen" im Oktober/November dieses Jahres durchzuführen, wozu u.a. die Kürzung der Pensionen, die Anhebung des Pensionsalters, die Erhöhung von Massensteuern und die Abschaffung der Zuschüsse für Rentnerinnen und Rentner mit niedrigsten Pensionen gehören, also heftige Einschnitte bei den Bedürftigsten. Sollte die Syriza-Regierung „diesen Tsunami der laufenden Reformen" (Nikos Chilas) überstehen, wolle man sich Reformen jenseits des Memorandums zuwenden. Dies ist im gegebenen Rahmen eine Illusion. Im dritten Memorandum ist die Syriza-Regierung folgende Verpflichtung eingegangen: „Die Regierung verpflichtet sich, alle zur Verwirklichung der Ziele des Memorandum of Understanding erforderlichen Maßnahmen mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond zu beraten und zu vereinbaren, bevor sie ausgearbeitet und rechtsgültig verabschiedet werden." Chilas gab seiner Analyse zur Lage Griechenlands nach der Wahl zu Recht den Titel: „Syriza an der Regierung – Gläubiger an der Macht". Solange Syriza sich den Raum seiner Politik durch die Verdikte der Troika abstecken lässt – und Tsipras hat diesen Maßstab seiner Regierung als verbindlich vorgegeben – können von hier keine größeren Impulse für eine Umwälzung der Kräfteverhältnisse in der EU ausgehen.

Es wird sich zeigen, ob und wie sehr das Einschwenken von Syriza in die Kommandostruktur der Troika – entgegen den Mehrheitsbescheiden der Bevölkerung – die Chancen der Linken in Europa beschädigt hat. Der erste große Test findet bei den Wahlen in Spanien im Dezember statt.

express ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Diskussionsforum für
- Elemente & **Strategien** einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Texte zu und aus **Theorie & Praxis** der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Perspektiven** jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Berichte** über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und **Kommentare** zur Politik der Ökonomie

Niddastr. 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (0691) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Probelesen?! kostenfreies Probeexemplar anfordern!!

Klaus Dräger

Die Europäische Linke nach dem Kampf um Griechenland: Plan A, Plan B, Plan C?

Die Griechenland-Krise hat eine vorhersehbare Mischung aus Empörung und Selbstzufriedenheit in Europa ausgelöst. Alternativ wird entweder die Härte des Athen aufgezwungenen Abkommens bedauert oder der in letzter Minute erreichte Verbleib Griechenlands in der europäischen Familie gefeiert, oder beides zusammen. Die eine Sichtweise ist so sinnlos wie die andere. Eine realistische Analyse hat keinen Platz für beide. (...) Auf kurze Sicht wird Tsipras zweifellos auf den Ruinen seiner Versprechen weiter machen können, (...) so wie der Labour-Führer Ramsay MacDonald einst in Großbritannien, als er eine nationale Regierung aus konservativen Kräften anführte und Austeritätspolitik in der Depression durchsetzte, um dann in der Verachtung seiner Zeitgenossen und der Nachwelt begraben zu werden.

Perry Anderson: The Greek Debacle. On the crisis in Greece and Syriza's failure to resist the eurozone. Jacobinmag, 23.07.2015[1]

Das griechische Volk gab Syriza und Tsipras ein starkes Mandat, weiter zu regieren, und ihr Wahlsieg stärkt den Kampf, Austerität und Arbeitslosigkeit zu überwinden (...). Die Linksregierung in Griechenland wurde damit beauftragt, ihr Programm weiter umzusetzen, mit der klaren Botschaft, in Griechenland wie in Europa weiter gegen neoliberale Politik einzustehen. (...) Die Vorsitzende der GUE/NGL Fraktion Gabi Zimmer kommentierte (...) ‚Zusammen mit Syriza kämpfen wir weiterhin für eine demokratische und soziale EU.'

Aus einer Pressemitteilung der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, 21.09.2015[2]

Der Kampf für eine Linkswende in Griechenland und die Hoffnung, damit die Austeritätspolitik in der EU aufzubrechen, bestimmt wesentlich die europapolitischen Debatten in den europäischen Parteien links von Sozialdemokratie und Grünen. Wie soll man sich dazu stellen, dass die von Syriza seit Januar 2015 geführte griechische Regierung das erpresserische dritte Austeritätsmemorandum nach monatelangen stürmischen Verhandlungen mit den EU-Institutionen akzeptiert hat? Wie ist die darauf folgende Spaltung von Syriza, der abermalige Wahlsieg von Tsipras am 20. September 2015 und das Scheitern der für einen ‚linken Grexit' werbenden ‚Volkseinheit' an der 3-Prozent-Hürde zu bewerten? Hat die wieder gewählte Regierung von Tsipras Spielräume, um trotz Memorandum die Wirtschaft Griechenlands wieder aufzubauen und einen sozialen Kurs durchzusetzen? Welche Folgen haben die Ereignisse um Griechenland für die Chancen der Linksparteien, maßgeblich Re-

---

1 https://www.jacobinmag.com/2015/07/tspiras-syriza-euro-perry-anderson/. Eigene Übersetzung aus dem Englischen, KD.

2 http://www.guengl.eu/news/article/gue-ngl-news/victory-of-syriza-gives-tsipras-strong-mandate-to-continue-struggle-to-over. Eigene Übersetzung aus dem Englischen, KD.

gierungen mit zu gestalten (Portugal, Podemos in Spanien, Sinn Féin in Irland), um die Kräfteverhältnisse in der EU von innen aufzubrechen? Oder ist die EU nach all dem als ein nicht mehr reformierbares neo-liberales Projekt zu betrachten?

Zu diesen Fragen hat sich das politische Spektrum sowohl zwischen als auch innerhalb der linken Formationen in der EU deutlich differenziert. Dies gilt auch für die Positionierungen heterodoxer Wirtschaftswissenschaftler und linker Intellektueller, nicht nur in Europa.[3] Die oft erregt geführten Kontroversen fallen dabei nicht wie das Blaue vom Himmel. Sie knüpfen an vorherige Diskussionen über die Haltung zur EU, zu Euro oder Euroaustritt, zur ‚Regierungsfrage' und Strategie der Linken an, die sich insbesondere seit der ‚Großen Rezession' 2007/2009 schon zuspitzten.

Vielstimmige europäische Linke

In der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament (EP) sehen sich die Schwedische Linkspartei und die Rot-Grüne-Allianz aus Dänemark durch die jüngsten Ereignisse bestätigt, weiterhin einen Beitritt ihrer Länder zur Eurozone abzulehnen und/oder für einen Ausstieg aus der EU zu plädieren. Soweit zu den skandinavischen ‚linken Euroskeptikern'. Die Sozialistische Partei der Niederlande erklärt nun, dass die Einführung des Euro ein „kapitaler Fehler" war, ein „einseitiger Austritt aus dem Euro aber ein schwieriger und unsicherer Weg" sei. Deshalb wirbt sie „für eine sanfte Landung für den Euro", und fordert Vorkehrungen der EU für Mitgliedstaaten, die aus dem Euro austreten möchten.[4]

Das Lager der linken ‚pro-europäischen Europakritik' hat sich hingegen weiter differenziert.[5] Hier warb man stets für eine Vertiefung der EU-Integration mit dem Ziel, eine ökologische, soziale, feministische und demokratische EU zu schaffen. Die EU-Verträge von Maastricht bis Lissabon wurden allseits abgelehnt. Mit einem neuen Grundlagenvertrag (Europa neu begründen) solle die bestehende EU vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Zwischenschritte dahin (wie z.B. die Aufwertung des Europäischen Parlaments in punkto ‚Demokratisierung' usw.) seien anzustreben.

---

3 Viele heterodoxe Ökonomen wie Stiglitz, Krugman, Weisbrot, Hudson usw. aus den USA plädierten dabei früh für einen verhandelten Austritt Griechenlands aus der Eurozone und konnten die Position vieler auf der Eurolinken nicht nachvollziehen, warum sie am falsch konstruierten Euro-Projekt fest hielten. Nachdem die erste von Syriza geführte Regierung in Griechenland das 3. Memorandum billigte, urteilte z.B. auch der international bekannte linke Intellektuelle Tariq Ali sehr hart über diesen Schritt in seinem Kommentar für die London Review of Books, vgl. http://www.lrb.co.uk/v37/n15/tariq-ali/diary

4 https://www.sp.nl/onderwerp/euro. Die SP gehört innerhalb der Linksfraktion der NGL-Delegation an (Nordische Grüne Linke).

5 Z.B. Front de Gauche aus Frankreich, SYRIZA aus Griechenland, Izquierda Unida (IU) aus Spanien, Bloco de Esquerda aus Portugal, Rifondazione (PRC), PdCI und SEL aus Italien, DIE LINKE aus Deutschland, KSCM aus Tschechien.

Nach den Erfahrungen mit den Troika-Diktaten in Griechenland, Irland, Portugal, Zypern usw. forderte allerdings auch die Partei der Europäischen Linken (EL) in ihrer Plattform zur Europawahl im Mai 2014, dass die ‚Volkssouveränität' der Mitgliedstaaten zu respektieren sei.[6] Der Front de Gauche, Bloco de Esquerda und Rifondazione Communista propagierten zur EP-Wahl eine ‚Strategie des Ungehorsams', wonach z.B. Bestimmungen des EU-Vertrags, der Fiskalpakt und EU-Recht, welche sozialstaatlichen und linken politischen Grundsätzen zuwider laufen, auf nationalstaatlicher Ebene nicht umgesetzt werden sollten.[7] Hier zeigten sich erste feine Risse im die EL zuvor prägenden Konsens, das ‚soziale Europa' sei mit dieser EU machbar. Diese Differenzen haben sich durch die Niederlage der ersten Syriza-Regierung im Kampf gegen das EU-Austeritätsdiktat vertieft.

Plan A, Plan B

Auf der einen Seite halten z.B. Podemos und IU in Spanien, die französische KP, der Rifondazione-Vorsitzende Paolo Ferrero und die SEL in Italien sowie der sich als ‚realpolitisch' verstehende Teil der LINKEN der zweiten Regierung Tsipras die Stange. Tenor bei vielen aus diesem Spektrum: Der Kampf geht weiter, Syriza verteidigt die Interessen der verarmten Bevölkerungsschichten in Griechenland und hat mit dem dritten Memorandum bessere Bedingungen herausgeholt, um die Schulden des Landes abzubauen. Angesichts der Kräfteverhältnisse sei diese Politik alternativlos, ein ‚linker Grexit' brächte noch Schlimmeres.[8]

Auf der anderen Seite ist erkennbar, wie Kräfte aus dem Lager der linken ‚pro-europäischen EU-Kritik' damit beginnen, sich mehr oder weniger explizit von früheren Orientierungen abzusetzen. Der gemeinsame Aufruf *‚Ein Plan B für Europa'* des von Tsipras entlassenen früheren griechischen Finanzministers Gianis Varoufakis, der früheren griechischen Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou, des Dissidenten der italienischen Demokratischen Partei und früheren Vize-Finanzministers Stefano Fassina, von Oskar Lafontaine und Jean-Luc Mélenchon drückt diese veränderte Stimmungslage aus. Während der Vorsitzende der EL und des PCF, Pierre Laurent, auf der traditionsreichen *Fête de l'Humanité* am 12.9.2015 in Paris auf einem Podium

---

6 Wie das zu regeln sei, dazu hatte die EL keine konkreten Vorschläge.

7 Vgl. meinen Beitrag in Z 97 (März 2014) zur Europäischen Linken vor der Europawahl 2014.

8 Ein gemeinsames Papier von Frieder O. Wolf, Etienne Balibar und Sandro Mezzadra liefert dafür die intellektuelle Unterstützung. Tsipras' Verhandlungsstrategie wird darin als gescheitert angesehen, das Ergebnis als Kapitulation dargestellt. Unter verschlechterten Bedingungen gelte es für Linke und Grüne, das von Syriza in der früheren Opposition mit aufgebaute Widerstandspotenzial gegen den Austeritätskurs der EU sowie Syriza und Tsipras weiterhin zu unterstützen. Aus meiner persönlichen Sicht werden da verschiedene Dinge vermengt. Das besagte Widerstandspotenzial zu unterstützen, ist die Pflicht jeder linken Politik. Das andere (Syriza, Tsipras) aber nur soweit, wie sie künftig real dazu beitragen, den Austeritätskurs zu beenden. (Vgl. http://www.transform-network.net/de/fokus/griechenland-entscheidet/news/detail/Programm/the-brussels-diktat-and-what-followed.html).

seine unbedingte Unterstützung für die Wiederwahl von Tsipras bekundete, stellten diese ihre Schlussfolgerungen aus dem ‚griechischen Debakel' auf einem anderen Podium derselben Veranstaltung vor. Darin wird zwar noch ein ‚Plan A' als Ziel der Linken benannt (radikale Reform der EU im Sinne ihrer ‚Neugründung'). Dieser müsse aber aufgrund des erneuten Diktats gegenüber Griechenland durch einen ‚Plan B' (Ausstieg der Krisenländer aus dem Euro, Politik des ‚Ungehorsams' auch in den ‚Kernländern) als Drohung an das ‚Deutsche Europa' unterfüttert werden.[9] Erkennbar ist die Absicht, ein möglichst breites Spektrum der europäischen Linken zu einer härteren EU-Kritik zu bewegen und auf eine Logik des Bruchs mit der neoliberalen EU vorzubereiten.

Einige Linksparteien haben diesen Weg schon eingeschlagen. So hatte z.B. der Bloco de Esquerda seine Wahlkampagne zur nationalen Parlamentswahl am 4. Oktober 2015 unter anderem damit bestritten, dass Portugal aus dem Euro aussteigen solle, falls die EU nicht zu einem Schuldenschnitt für das Land bereit sei. Der Bloco kritisiert Syriza zwar nicht öffentlich, findet aber Tsipras Entscheidung für das 3. Memorandum falsch. „Die griechische Krise hat uns geholfen zu verstehen, dass es im Rahmen des Euroregimes unmöglich ist, Alternativen zur Austeritätspolitik durchzusetzen, dass selbst Demokratie darin unmöglich geworden ist", so Fernando Rosas von der nationalen Leitung des Bloco.[10] Das von der portugiesischen KP geführte Wahlbündnis CDU hatte in früheren Zeiten Portugals Mitgliedschaft im Euro nicht thematisiert, sich jetzt aber klar für den Austritt aus dem Euro positioniert.[11]

Die KP Zyperns (AKEL) war für den Beitritt ihres Landes zur EU. Die AKEL-Minderheitsregierung unter ihrem Präsidenten Christofias blieb im Gegensatz zu Tsipras aber bis zuletzt dabei, ein Troika-Memorandum für Zypern in 2013 nicht zu unterzeichnen.[12] AKEL schlägt seitdem einen verhandelten Austritt Zyperns aus der Eurozone vor, um Spielräume für eine wirtschaftliche Erholung und sozialstaatliche Entwicklung des Landes zurückzugewinnen.

Mélenchons Parti de Gauche hat vorherige Positionen weiter zugespitzt: „Wenn unsere Strategie des Ungehorsams gegenüber den Verträgen nicht zu

---

9 Siehe http://www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/b/1/f/1/t/ein-plan-b-fuer-europa/ Doch gibt es hier offenbar auch unterschiedliche Sichtweisen; sh. Yanis Varoufakis, „Da widerspreche ich Oskar Lafontaine", ND vom 1.10.2015.

10 http://www.regards.fr/des-verites-desagreables-par/article/fernando-rosas-la-gauche-radicale. Rosas berichtet in diesem Interview, dass die Leitung des Bloco auch einen Bruch mit der EU insgesamt ins Auge fasst. Es gebe zwar noch eine starke Pro-EU-Minderheit in der Partei. Die verjüngte Leitung sei aber entschlossen, den nach langer interner Krise mehrheitlich beschlossenen Kurs fortzuführen. Zum Ergebnis der Wahl in Portugal siehe auch https://www.jacobinmag.com/2015/10/left-bloc-portugal-austerity-social-democracy/

11 Der Bloco erreichte 10,2 Prozent (sein bestes Ergebnis bisher), die KP 8,3 Prozent. Zur Position des PCP siehe: http://www.pcp.pt/en/presentation-electoral-programme-pcp-2015-legislative-elections.

12 Sie verlor zwar die Präsidentschaftswahl in diesem Jahr, ihr Kandidat Stavros Malas erzielte aber mit 42,5 Prozent in der Stichwahl ein beachtliches Ergebnis. Zur AKEL und ihrer Entwicklung siehe: https://www.jacobinmag.com/2015/05/cyprus-communists-syriza-greece/

einer radikalen Veränderung der europäischen Verträge führt, werden wir einen geordneten Austritt aus der Eurozone durchführen, der zu einem radikalen Wandel der Währungsstruktur führen wird. Es wird eine gemeinsame Außenwährung etabliert, die einen für alle geltenden Wechselkurs gegenüber den Währungen außerhalb der Zone hat, während jedes Mitgliedsland für sich seine eigene Binnenwährung bekommt. (...) Wir werden keinerlei Opfer für den Euro bringen, und werden eher aussteigen als unsere Politik aufzugeben. (...) Unser strategisches Ziel ist die Umsetzung unseres Programms und damit der Ausstieg aus der Austerität. Den Ausstieg aus dem Euro oder der Europäischen Union zum Selbstzweck zu machen, würde bedeuten, unseren Kampf von seinem Ziel abzulenken: dem Ausstieg aus der Herrschaft des Kapitals über das Leben. (...) Ohne Frankreich gibt es keine Europäische Union. (...) Frankreich muss (dann) andere Solidaritäten mit Regierungen aufbauen, die es in einem neuen europäischen und internationalistischen Kontext unterstützen."[13]

Es geht bei diesen Debatten über (durchaus unterschiedliche[14]) Ideen zu einem „Plan B" nicht um die simple Frage, ob eine nationale Währung besser ist als der Euro. Sondern um eine Strategie und ein Bündel von Instrumenten, wie ein Bruch mit Austerität und neoliberaler Politik durchgeführt werden kann, sollte in einem EU-Mitgliedstaat eine linke Regierung ins Amt kommen. Dass außer in Griechenland eine Partei aus der EU-Linken demnächst eine Regierung in einem Mitgliedstaat anführen wird, ist m.E. allerdings nicht sehr wahrscheinlich. Insofern ist dies eine Diskussion um zunächst recht ‚hypothetische' Fragen.

‚Guter Euro' vs. ‚Gute Drachme'?

Der französische linke Ökonom Michel Husson führte bereits in 2011 eine Kontroverse mit Costas Lapavitsas über dessen Vorschläge zu einem ‚linken Grexit'.[15] Diese spiegelte schon damals die wesentlichen Argumente für oder gegen einen Euro-Austritt wider, die in den aktuellen Diskussionen zwischen

---

[13] Guillaume Etiévant (Nationaler Sekretär des Parti de Gauche für Wirtschaft und Arbeit): Soyons prêts à sortir de l'euro; Zeitschrift Politis vom 23.07.2015. Der PG greift so das Konzept von Frédéric Lordon auf (gemeinsame Außenwährung, verschiedene Binnenwährungen in der EU). Lordon hatte dieses im August 2013 in der Zeitschrift Le Monde Diplomatique vorgestellt.

[14] Siehe z.B. die früheren und aktuellen Vorschläge von Oskar Lafontaine zu einem neuen Europäischen Währungssystem oder jene von Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas (Against the Troika, London 2015, verso).

[15] Michel Husson ist Mitarbeiter von IRES (Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitut der französischen Gewerkschaften) und der Fondation Copérnic. Er war einer der Experten der Wahrheitskommission des griechischen Parlaments zur Staatsverschuldung. Costas Lapavitsas ist Professor an der University of London und Mitglied des Netzwerks ‚Research on Money and Finance', welches u.a. mehrere Studien zur Eurokrise herausgab. Von Januar bis September 2015 war er Abgeordneter in der Syriza-Fraktion in Griechenland, jetzt bei der ‚Volkseinheit'. Die Texte der damaligen Kontroverse sind 2012 in der Zeitschrift Socialist Register dokumentiert worden; http://socialistregister.com/index.php/srv/issue/view/1223#.Vh7KRG49UmE. Vgl. Costas Lapavitsas, Soll Griechenland den Euro aufgeben? In: Z 91 (September 2012), S. 41ff.

und innerhalb der europäischen Linksparteien abermals in der einen oder anderen Form vorgetragen werden. Für Länder wie Griechenland mit einem hohen Außenhandelsdefizit, so Husson damals, würden durch die Einführung der abgewerteten Drachme die Importe deutlich teurer, diese könnten nicht so schnell durch heimische Produkte ersetzt werden. Spekulative Attacken gegen die neue Währung seien zu erwarten, mit weiterer Abwertung und Inflation stiege der Druck zu neuer Austerität. Husson argumentierte damals – ähnlich wie der Parti de Gauche ein wenig später –, dass eine linke Regierung bei Verbleib im Euro durch ein Bündel einseitiger Maßnahmen die Konfrontation mit den EU-Institutionen suchen müsse. Damit solle auch in anderen Mitgliedstaaten eine politische Polarisierung erreicht, Bündnispartner gefunden und die Kräfteverhältnisse in Europa zugunsten der Lohnabhängigen und der Linken verschoben werden.

Nachdem Tsipras das Memorandum im Juli 2015 akzeptierte, schrieb Husson: „Es ist möglich, dass es heute keine andere Wahl für Griechenland als den Grexit gibt."[16] Für Euroländer der Peripherie schlägt er folgende Schritte für eine linke Strategie vor: „Zuerst die Staatsschulden nicht mehr anerkennen und bedienen (...). Dann Begleitmaßnahmen, die sich daraus ergeben, wie die Nationalisierung der Banken, die Übernahme der Zentralbank, Kapitalverkehrskontrollen und die mögliche Schaffung einer Parallelwährung. Dies ist ein konsistentes Programm, das einen fundamentalen Bruch mit den europäischen Spielregeln beinhaltet, aber keinen a priori Ausstieg aus dem Euro." Was die ökonomische Strategie zur Kontrolle über den Finanzsektor angeht, sind dies die gleichen Elemente, die in den Debatten der Anhänger des ‚Plan B' diskutiert werden.

Strategie der EL – eine Bilanz

Die Partei der Europäischen Linken (EL) hatte vor der Europawahl 2014 die Hypothese propagiert: „Griechenland könnte der Zündfunke werden, um die Austeritätspolitik in Europa zu beenden." Sie hob Alexis Tsipras als ihren Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten aufs Schild. In Italien gelang es, eine Liste ‚Für ein anderes Europa mit Tsipras' aufzustellen, die mit drei Abgeordneten ins EP einzog. In Slowenien schaffte das von Tsipras und dem ‚Modell Syriza' inspirierte Bündnis ‚Vereinte Linke' zwar nicht den Sprung ins EP. Doch in der darauf folgenden nationalen Wahl reichte es für 6 Prozent und sechs Abgeordnete im nationalen Parlament. Insofern hatte die EP-Wahl-Kampagne der EL mit Tsipras als ihrem ‚Gesicht' wahlpolitisch einige Teilerfolge zu verzeichnen.

Tsipras und die damalige Mehrheit der EL setzten auf eine Domino-Theorie der ‚Linkswende in Europa': zuerst fällt Griechenland an die ‚radikale Linke', dann kommen vielleicht Dänemark, Portugal, Spanien, Irland - mit einer ge-

[16] M. Husson: The good Drachma? A modest contribution to the debate, 27.08.2015, http://hussonet.free.fr/drachmuk.pdf

stärkten Linken, die in nationalen Regierungen den Kurs maßgeblich mitbestimmen kann. Dies werde wiederum die Mitte-Links-Kräfte in Frankreich (Hollande) und Italien (Renzi) soweit unter Druck setzen, dass sie zu Kompromissen und einer Aufweichung der von der EU verlangten Austeritätspolitik gegenüber der EU-Peripherie bereit seien.

„Europa nicht den Neoliberalen und Rechtspopulisten überlassen" – so ermahnte z.B. Harald Wolf nach dem Wahlsieg von Syriza die deutsche LINKE.[17] „Angesichts der deflationären Entwicklung und anhaltend schwächelnden Wirtschaft setzt sich zumindest in Teilen die Erkenntnis durch, dass Europa neue Wachstumsimpulse braucht und spekulatives Kapital in Realinvestitionen umgelenkt werden muss. Bei aller notwendigen Kritik am ‚Juncker-Plan' ist er ein Ausdruck dieser Entwicklung – nicht ohne Grund stieß er auf das Missfallen Angela Merkels." Lenin zitierend, plädierte Wolf dafür, selbst den kleinsten Riss im Lager der Gegner auszunutzen, um auch nur zeitweilige Verbündete zu finden. Ähnlich äußerte sich der Generalsekretär von Podemos, Pablo Iglesias: „ (...) nur eine Strategie auf europäischer Ebene, die Widersprüche innerhalb des Gegners schafft, und insbesondere innerhalb der sozialdemokratischen Kräfte, würde in der Lage sein, die Möglichkeit eines wirklich alternativen Paradigmas zur Austeritätspolitik aufzuwerfen, die es gegenwärtig nicht gibt."[18]

Es kam tatsächlich zu Rissen innerhalb der Eurogruppe – aber anders als die linken realpolitischen Strategen es erwarteten. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble drohte mit einem Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone, unterstützt von den Regierungen der osteuropäischen Staaten und anderen. Die vermeintlichen „sozialdemokratischen" Bündnispartner Matteo Renzi und François Hollande kuschten. Auch sie setzten Tsipras unter Druck, das Memorandum zu akzeptieren. Sie fürchteten vor allem, dass nach einem Grexit à la Schäuble die ‚Finanzmärkte' wieder daran zweifeln würden, dass der Euro unumkehrbar sei – und auch Italien und Frankreich wieder ins Visier nähmen. Die konservativen Regierungen Irlands und der Südländer (Zypern, Portugal, Spanien) – Länder, auf die Tsipras als Gegengewicht zu Merkel gehofft hatte – pochten mit am härtesten auf die Umsetzung des Diktats der Eurogruppe, schon um den Linken in ihren Ländern keinerlei Ansatzpunkte für eine Anti-Austeritätspolitik zu geben, die sich auf ein griechisches Beispiel stützen könnte. Die vorher so freundlich auf eine ‚Balance zwischen Wachstum und Konsolidierung' drängenden Sozialdemokraten wie der EP-Präsident Martin Schulz und der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ließen vor und nach dem griechischen Referendum ihre Masken fallen und positionierten sich rechts von Angela Merkel. Und auch der sich sonst so konziliant gebende EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker kofferte gegen

---

[17] Sozialismus Heft 5, Mai 2015; http://www.sozialismus.de/detail/artikel/europa-nicht-den-neoliberalen-und-rechtspopulisten-ueberlassen/

[18] Iglesias Interview „Spain on the Edge", New Left Review 93, May/June 2015, S. 29.

Tsipras. Ein Bündnis mit den angeblichen Freunden ‚neuer Wachstumsimpulse in Europa' ergab sich nicht. Diese trieben die griechische Regierung vielmehr mit in die Kapitulation.[19]

Die europäische Linke in ihren unterschiedlichen Facetten war nicht in der Lage, in den reicheren EU-Ländern eine reale Gegenmacht gegen die Erpressungspolitik gegenüber Griechenland aufzubauen. Über die Gründe dafür wäre – auch streitig – zu diskutieren. Man nahm an, dass allein Griechenland und die Hoffnung auf eine erstarkende Linke in Portugal, Spanien, Irland usw. – die Tsipras stets im Rahmen seiner Verhandlungsstrategie propagierte – die EU-Institutionen zum Kompromiss zwingen könnte. Die Linke unterschätzte von Anfang ihre Gegner. Sie sah potentielle ‚Freunde, wo keine waren. Die ‚Realpolitiker' der Linken sind m.E. halt keine Realisten.

Der monatelange Kampf um Griechenland hat einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt, mit welcher Brutalität die europäischen Institutionen vorgehen. Diesmal waren es nicht die Kontrolleure des Apparats der Troika (EZB, EU-Kommission, IWF), die im Scheinwerferlicht standen, sondern die Finanzminister der Eurogruppe und die EZB mit ihrer Entscheidung, der griechischen Zentralbank den Geldhahn abzudrehen – die ‚hohe Politik' der EU-Ebene.[20]

Die Domino-Theorie der EL hielt ich von Anfang an für illusorisch. Wahr ist, dass die Krise der politischen Systeme in der EU sich vertieft, das politische Spektrum sich weiter fragmentiert – nur in wenigen EU-Ländern auch zugunsten von Kräften aus der EU-Linken. Bei den Wahlen in Portugal kamen die linken Kräfte auf rund 20 Prozent der Stimmen. Der Funke des linken Widerstands ist dort keineswegs ausgetreten. Portugals Konservative haben die absolute Mehrheit im Parlament verfehlt, Sozialdemokraten, Bloco und PCP haben rechnerisch eine knappe Mehrheit.[21]. Podemos hat in Spanien deutlich

---

[19] Diese war in der Verhandlungsstrategie der griechischen Regierung von vorneherein angelegt, da sie einen ‚Plan B' stets ausgeschlossen hatte. Siehe auch Andreas Wehr: Putsch in der Syriza, junge Welt vom 28.07.2015.

[20] Vgl. Ronald Jansen: Questions for the Left from the Greek Debacle, Social Europe Journal, 30.07.2015.

[21] Das konservative Bündnis ‚Portugal voran' (PSD, CDS) hat 102 von 230 Abgeordneten; Sozialisten, Bloco und CDU zusammen 122. Portugals Parteien sind weiterhin im Wahlkampfmodus, weil Anfang 2016 schon Präsidentschaftswahlen anstehen. Bloco und PCP konnten keinen ‚Einheitskandidaten' für die ‚radikale Linke' finden. Sie treten dafür wieder getrennt an (Bloco: Marisa Matias MdEP; CDU/PCP: Edgar Silva). Portugals Präsident Cavaco Silva hat den ausgehenden Premier der konservativen Koalition (Passos Coelho) in einer sehr umstrittenen Rede wieder mit der Regierungsbildung beauftragt. Sozialdemokraten, Bloco, und PCP sind dagegen. Sie haben bereits den Sozialdemokraten Eduardo Ferro Rodriguez zum Parlamentspräsidenten gewählt. Der konservative Block hofft, die Sozialdemokraten wg. interner Probleme auf die Probe zu stellen und Stimmen aus deren ‚gemäßigter Strömung' zu sich hinüber zu ziehen. Deren Führer Antonio Costa plant, PCP und Bloco in eine ‚alternative Koalition' einzubinden, die zwar die EU-Regeln weiter einhält, aber den Austeritätskurs etwas lockert. PCP und Bloco pokern wiederum, ob die Sozialdemokraten diesen Kurs ihres Vorsitzenden einheitlich unterstützen. Was am Ende dabei herauskommt, wird man sehen ....

an Dynamik verloren. Bei den Regionalwahlen im Mai 2015 kam die Formation landesweit auf knapp 15 Prozent, deutlich hinter Konservativen und Sozialdemokraten. Die Wahl in Katalonien am 27. September 2015 hatte Pablo Iglesias zum Test für die nationale Parlamentswahl am 20. Dezember 2015 erklärt. In Katalonien erreichte die Bündnisliste von Podemos, IU und Grünen (‚Catalunya Si que es Pot') nur 8,9 Prozent – weniger als das Bündnis von IU und Grünen (ICV-EUIA) in 2012 mit 9,9 Prozent. Iglesias hat Anfang Oktober 2015 den Vorschlag von Alberto Garzón zu einer gemeinsamen Bündnisliste von IU und Podemos (‚Unidad Popular') für die Wahl im Dezember abgelehnt. Beide linke Formationen zusammen könnten m.E. bestenfalls ein Potenzial von 20 oder 25 Prozent der Stimmen mobilisieren. Mit dem Aufstieg der neoliberalen Ciudadanos steht sowohl den spanischen Konservativen wie den Sozialdemokraten ein potentieller Koalitionspartner bereit, um im Wesentlichen wie gehabt weiter machen zu können[22]. Für die von der EL erhoffte Linkswende in Europa gibt es m.E. also gegenwärtig keine wirklich tragfähige Basis, aber viele Anzeichen dafür, dass sie in absehbarer Zeit nicht kommen wird.

‚Hope' ...?

In den Umfragen zu den im Frühjahr 2016 erwarteten Wahlen in Irland liegt Sinn Féin derzeit zwischen 16 und 21 Prozent. Es ist sehr fraglich, ob eine Anti-Austeritätskoalition mit einer der beiden konservativen irischen Parteien (Fine Gael bei 28 Prozent; Fianna Fáil bei 20 Prozent) überhaupt machbar wäre. Die Wahl von Jeremy Corbyn als Vorsitzender der Labour Party gibt der britischen und europäischen Linken wieder Hoffnung.[23] Doch die Frage ist, ob er die Blairisten in seiner Partei in Schach halten und die nächste Wahl mit seinem Anti-Austeritätskurs gewinnen kann.

In Frankreich ist der Front de Gauche intern zerrüttet. Eine gemeinsame Strategie seiner Komponenten (PCF, PG, Ensemble) für die im Dezember 2015 anstehenden Regionalwahlen ist ebenso wenig erkennbar wie für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in 2017.[24] Die politische Dynamik geht weiterhin eher vom rechtspopulistischen Front National aus. In Italien werden

---

[22] In der Region Andalusien hat Ciudadanos z.B. gemeinsam mit den Sozialisten die alte und somit neue Ministerpräsidentin Helena Diaz (PSOE) ins Amt gehievt. Sollte es bei der nationalen Parlamentswahl am 20.12.2015 für Sozialdemokraten, Podemos, IU und linke Nationalisten im Parlament für eine rechnerische Mehrheit reichen, stellen sich die gleichen Probleme wie in Portugal (d.h. wie weit kann man sich auf einen Anti-Austeritätskurs gemeinsam verständigen, wie tragfähig ist eine solche Konstellation?).

[23] Corbyn ist aus meiner Sicht ein integrer linker Sozialdemokrat, seine Wahl als neuer Labour-Vorsitzender aus einer Außenseiterposition Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit vieler an der Parteibasis und darüber hinaus mit dem Bankrott von Blairs New Labour. Dass es auch außerhalb der Partei (Gewerkschaften, NGOs usw.) zu einer organisierten Unterstützungswelle für seinen Kurs kommt, ist ermutigend.

[24] Guillaume Liégard: Que reste-t-il du Front de Gauche?; 11.09.2015, http://www.regards.fr/web/article/vous-avez-dit-front-de-gauche

Beppe Grillo's 5-Sterne-Bewegung und die neuerdings italienisch-nationalistisch gewendete rechtspopulistische Lega Nord als die eigentliche Opposition wahrgenommen. Beide sind für den Austritt Italiens aus dem Euro.

Auf dem linken Spektrum gibt es diverse Versuche der Umgruppierung. Die Bürgerbewegung ‚Possibile' von Pippo Civati orientiert auf breite linke Bündnislisten für die nächsten Kommunalwahlen nach dem Muster von Ahora Madrid in Spanien. Kräfte der ‚traditionellen Linken' – die SEL von Nichi Vendola, die Rifondazione Communista von Paolo Ferrero, Dissidenten der Demokratischen Partei um Stefano Fassina, Kräfte aus dem Spektrum der Liste L'Altra Europa con Tsipras sowie Dissidenten der 5-Sterne-Bewegung – versuchen einen Anlauf, ein ‚neues politisches Subjekt' zu schaffen. Dies solle eine ‚linke Partei der Regierung' werden, und war ursprünglich inspiriert durch die ‚Modelle' Syriza und Podemos. Angesichts der internen Differenzen in diesem Spektrum zum ‚Plan B' – Fassina dafür, Vendola und Ferrero[25] dagegen – dürfte dieses Projekt nicht so einfach werden. Kräfte aus Rifondazione, dem PdCI und unabhängige Kommunisten haben sich wiederum zusammengeschlossen, um eine kommunistische Partei wieder aufzubauen. Ob und was sich im Hinblick auf die italienische Parlamentswahl in 2018 da auf der Linken zusammenschiebt oder nicht, bleibt abzuwarten.

‚Austerexit' – Plan C?

Während die Mehrheit der EL-Parteien weiter am Euro und der EU festhält (Plan A) und die diversen Strömungen und Gruppierungen des ‚Plan B' nach linken Wegen jenseits davon suchen, melden sich (wie schon zuvor seit etwa 2010) Gruppierungen und Personen aus der europäischen Linken mit dem Argument zu Wort, dass „die Währungsfrage" gar nicht wichtig sei. So z.B. das sich als harte Antikapitalisten verstehende Trio Olivier Besancenot (NPA Frankreich), Antonis Davanellos (DEA, linker Flügel von Syriza) und Miguel Urban Crespo MdEP (Podemos, Izquierda Anticapitalista) mit ihrem Aufruf für eine europaweite Kampagne zum ‚Austerexit'.[26] Die Ko-Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, hatte sich zuvor in einem Beitrag für das *Neue Deutsch-*

---

[25] Siehe Ferreros Ausführungen vom 2.8.2015: http://www.rifondazione.it/primapagina/?p=19136. Ferrero lehnt in seinem Beitrag den ‚Plan B' der (ehemaligen) Syriza-Linken klar ab: „Auch wenn die Europäische Union ein ‚Eiserner Käfig' ist, kann man aus ihr nicht so einfach aussteigen, nur weil man es will." Er sieht Italien im Status einer Halbkolonie Deutschlands, erinnert an das Komitee zur nationalen Befreiung (CLN) im Widerstand gegen Faschismus und die deutsche Besatzung Italiens im Zweiten Weltkrieg, fordert eine „Art CLN" auf europäischer wie nationaler Ebene im Kampf gegen den Neoliberalismus und pocht auf die Verteidigung der nationalen Souveränität und der Interessen des italienischen Volkes gegen die Europäische Union. Stefano Fassina hatte zuvor für eine ‚Allianz nationaler Befreiungsfronten' aus Linken und ‚demokratisch-souveränistischen Rechten' plädiert (http://yanisvaroufakis.eu/2015/07/27/for-an-alliance-of-national-liberation-fronts-by-stefano-fassina-mp/). Jaques Sapir in Frankreich schlug sogar ein Bündnis der Linken und des Front National gegen den Euro vor. Jede Art von ‚Querfront' mit der Rechten ist m.E. aber tödlich für die Linke.

[26] http://blogs.mediapart.fr/edition/les-invites-de-mediapart/article/050915/austerexit

land in ähnlicher Richtung (Austerix) geäußert[27]: „Die europäische Linke muss alle ihre Kräfte in der Konstitution eines Gegenmachtakteurs, eines europäischen Demos investieren statt ihre Strategie auf das stumpfe Schwert der nationalen Souveränität zu gründen. (...) Eine Suche nach einer gemeinsamen strategischen Option jenseits von Exit und jenseits von Stellungskrieg.[28]"

Die Mobilisierung gegen Austeritätspolitik – sowohl auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene – war bisher der wesentliche Kitt, der die in europapolitischen Fragen traditionell gespaltene europäische Linke zusammenhielt. Deshalb ist aus meiner Sicht der Versuch, Kräfte um einen ‚Austerexit' europaweit zu bündeln, immer richtig und notwendig – aber eben nichts Neues. Die europäische Linke (sowie Gewerkschaften und soziale Bewegungen) haben sich diesbezüglich vom Vorlauf zum Vertrag von Maastricht an engagiert und dabei manche Massenmobilisierung auf nationaler und europäischer Ebene von den 1990er Jahren bis heute auf die Beine gestellt.

Die Vorstellung, dass daraus ein ‚europäischer Demos' entstünde, der die EU-Eliten in gemeinsamer europäisch koordinierter Aktion hinwegfegt, halte ich heute für ebenso naiv wie die ‚Linkswende-Domino-Theorie' der EL. Die reale Ungleichzeitigkeit der Protestbewegungen ist nach wie vor im Wesentlichen an den Kontext einer nationalstaatlich verfassten politischen Öffentlichkeit gebunden.[29] DIE LINKE und die Gewerkschaften in Deutschland konnten keine Massenproteste im Kampf um Griechenland gegen die Politik von Schäuble und Merkel gegenüber Syriza auf die Beine stellen, sondern im Wesentlichen nur Solidaritätserklärungen auf dem Papier und Wahlkampfauftritte in Griechenland. Dies hängt vielleicht auch damit zusammen, dass die große Mehrheit auch der Lohnabhängigen in Deutschland durch die Kampagnen von BILD und den Mainstream-Medien – faule und korrupte Griechen – um ihre Ersparnisse und Steuergelder zitterten, die aus ihrer Sicht auf dem Spiel standen.[30]

Dass die ‚Währungsfrage' für linke Politik irrelevant sei, finde ich zumindest für die EU-Krisenländer nicht überzeugend. James K. Galbraith[31] hat dazu

---

27 http://www.katja-kipping.de/de/article/956.europa-revolutionieren.html

28 In Kippings Analyse steht Exit für ‚Plan B', was sie als Regression in ‚nationalstaatliche Lösungen' auffasst. Aus ihrer Sicht führt die erneute Syriza-Regierung einen ‚Stellungskrieg' (laut Gramsci), um der neoliberalen EU zu widerstehen und wenigstens Spielräume für eine ‚sozialere Ausgestaltung' des Austeritätsdiktats zu nutzen. Beide Optionen sieht sie skeptisch.

29 Vgl. Z-Redaktion: Griechenland: Aus Niederlagen lernen, Z 103 (September 2015), S. 8ff.

30 Die Versäumnisse der LINKEN und der Gewerkschaften sind m.E. in der Periode ab der ersten Griechenland-Krise 2010 zu verorten. Es gab keine breite Strategie, um wirksam der Propaganda der deutschen Massenmedien entgegen zu treten, noch nennenswerte praktische Solidarität mit Widerstandsprojekten der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Griechenland usw. Beim britischen Bergarbeiterstreik in den 1980er Jahren war dies z.B. – wenn auch nur von linken Minderheiten in den Gewerkschaften und linken Gruppen organisiert – noch anders gewesen.

31 Er war u.a. einer der Berater von Gianis Varoufakis während dessen Amtsperiode als Finanzminister in Griechenland. Siehe auch https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/james-galbraith-j-luis-martin/poisoned-chalice

unlängst erläutert, dass z.B. im Falle eines linken Wahlsiegs selbst in einem großen Land wie Spanien der gleiche plötzliche Stopp von Kapitalzuflüssen aus den Banken der Eurozone zu erwarten sei (wie in der jüngsten Griechenland-Krise), der zu der gleichen Kappung der Liquiditätszufuhr durch die EZB und einem inländischen Ansturm der Sparer auf die Banken führen werde, um in der gleichen Todesspirale für die inländische Wirtschaft zu münden.[32] Die Gehälter nicht nur der Staatsbediensteten, die Transaktionen der Unternehmen und ihrer Kunden usw. müssen halt in Euro bezahlt werden, solange ein Land Mitglied der Eurozone ist. Wenn die ‚unabhängige' EZB der entsprechenden nationalen Zentralbank den Geldhahn zudreht, weil ihr die politische Orientierung einer neuen Regierung nicht passt, geht dem inländischen Bankensystem das Geld aus und die inländische Wirtschaft den Bach runter – so einfach ist das. Die Einführung einer Parallelwährung wird dann bestenfalls eine vorübergehende Lösung darstellen. Kapitulation oder Exit (um ein ‚linkes Programm' auch nur halbwegs angehen zu können) sind die verbleibenden Alternativen.

Die linken Anhänger des ‚Plan A' beklagen zu Recht die deflationäre Wirkung des 3. Memorandums und die geringen Spielräume für Investitionen, um Griechenland aus der Krise zu führen. Als ‚Realpolitiker' hoffen sie, dass wenigstens eine Balance zwischen ‚Austerität, Wachstum und sozialer Gerechtigkeit' gefunden werden kann. Bei einigen ist dies inzwischen der gleiche Diskurs wie bei Renzi und Hollande früher. Das EU-Investitionsprogramm und schneller mobilisierbare EU-Strukturförderung würden es schon richten.[33] Der Retter Europas aus dieser Sicht ist dann also kein anderer als: Jean Claude Juncker.

---

[32] Zitiert nach Ambrose Evans-Pritchard: European ‚alliance of national liberation fronts' emerges to avenge Greek defeat; Telegraph, UK, 29.07.2015

[33] Zur Kritik siehe Z-Redaktion, a.a.O.; zur Kritik des Juncker-Plans siehe z.B. Fabio De Masi: http://www.fabio-de-masi.de/de/article/490.juncker-plan-efsi-%C3%B6ffentliches-investitionsprogramm-statt-renditegarantie.html

Nico Biver

Wieviel Rückhalt hat SYRIZA?

Betrachtungen über die soziale Basis der griechischen Linken

Innerhalb von acht Monaten gelangte die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) zweimal in Reichweite einer absoluten Parlamentsmehrheit. Bei der ersten Wahl im Januar 2015 war dieser Erfolg von der Hoffnung vieler Menschen getragen, dass SYRIZA die von der Troika diktierte Austeritätspolitik beenden könnte. Beim zweiten Mal kam der Wahlerfolg überraschend. Er stellte sich ein nach der Niederlage der Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras in der Auseinandersetzung mit den Kreditgebern und nach einer Parteispaltung, die zur Gründung der Volkseinheit (LAE) führte.

Allerdings ist der gesellschaftliche Rückhalt SYRIZAs erheblich geringer, als die Wahlergebnisse vermuten lassen. Er dürfte durch die Beobachterrolle, die der Partei seit Antritt der Linksregierung vom Führungskern um Tsipras zugewiesen wurde, und durch die Spaltung der Partei noch weiter zurückgegangen sein.

Ein Wahlsystem, das den Sieger belohnt

Mit 149 bzw. 145 von 300 Sitzen hat SYRIZA bei beiden Wahlen fast die absolute Mehrheit errungen. Dadurch entsteht ein falscher Eindruck, denn der Wählerwille wird durch das Wahlsystem verfälscht. In Griechenland wurde bis in die 1990er Jahre von jeder Regierung das Wahlrecht verändert, um es an die Bedürfnisse ihrer Parteien anzupassen.[1] Da es den beiden Großparteien Neue Demokratie (ND) und Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) zunehmend schwerer fiel, allein eine Mehrheit der Parlamentssitze zu erreichen, wurde die Regel eingeführt, dass die Partei mit den meisten Stimmen 50 Sitze zusätzlich bekommt. Diese Bestimmung kam jetzt SYRIZA zugute. Im September holte sie mit 35,5 Prozent der Stimmen 48,3 Prozent der Sitze.

Aber nicht nur die Sitzzahl von SYRIZA ist überhöht, sondern auch das Stimmenergebnis. Grund dafür ist ebenfalls die 50-Sitze-Regelung und eine Drei-Prozent-Hürde. Bei Kopf-an-Kopf-Rennen entsteht eine Polarisierung, durch die viele Wähler kleinerer Parteien sich für die ihnen am nächsten stehende führende Partei entscheiden. Davon profitierten bis Mai 2012 ND und PASOK, danach ND und SYRIZA (siehe Tab. 1).

Bei der Wahl im Juni 2012 brachen die kleineren Parteien sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite ein. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) fiel von 8,5 auf 4,5 Prozent, die Grünen von 2,9 auf 0,9 und diverse linksradikale Listen von 1,6 auf 0,8 Prozent.

---

[1] Vgl. Antonis Pantelis, Stephanos Koutsoubinas und George Gerapetritis, Greece, in: Dieter Nohlen und Philip Stöver, Elections in Europe. A Data Handbook, 2010, Baden-Baden, S. 808-872.

Tab. 1: Wahlergebnisse der linken Parteien (in Prozent der gültigen Stimmen)

	Parlamentswahlen						EU-Wahlen		Regional-wahlen	
	2007	2009	Mai 2012	Juni 2012	Jan. 2015	Sep. 2015	2009	2014	2010	2014
SYRIZA	5,0	4,6	16,8	26,9	36,3	35,5	4,7	26,6	5,1	17,8
KKE	8,2	7,5	8,5	4,5	5,5	5,6	8,4	6,1	10,9	8,8
sonst. Links-sozialisten[1]	0,0	0,0	7,1	6,3	0,5	2,9	0,1	1,5	2,2	6,7
Linksradikale	0,7	0,7	2,5	0,8	0,8	1,1	0,9	2,2	1,8	2,3
Grüne[2]	1,1	2,5	2,9	0,9	-	-	6,0	1,7	2,8	2,2
Piraten	-	-	0,5	0,2	-	0,3	-	-	-	-
Gesamt:	**15,0**	**15,4**	**38,3**	**39,6**	**43,1**	**45,3**	**20,0**	**38,0**	**22,8**	**37,7**
PASOK[3]	38,1	43,9	13,2	12,3	7,2	6,3	36,6	8,0	32,8	16,0
Gesamte Linke	**53,1**	**59,3**	**51,5**	**51,9**	**50,3**	**51,5**	**56,7**	**46,0**	**55,6**	**53,7**

Quellen: Eigene Berechnungen nach den Zahlen des Innenministeriums: http://www.ypes.gr/en/Elections

1 2012 bis Januar 2015 vor allem DIMAR, September 2015 LAE

2 2015 kandidierten die Grünen auf den Listen von SYRIZA

3 Im Januar 2015 inkl. Stimmen der Abspaltung KIDISO; im September 2015 im Bündnis mit DIMAR

Der abrupte Anstieg von SYRIZA in der Wählergunst zwischen dem 6. Mai und dem 17. Juni 2012 ist mit Sicherheit nicht auf veränderte politische Überzeugung, sondern auf taktisches Wählen zurückzuführen. Da SYRIZA im Mai mit 17 Prozent zur stärksten linken Kraft wurde, war sie als einzige in der Lage, die ND zu schlagen. Das machte ihre Attraktivität aus. Bereits in der ersten Umfrage in der Woche nach dem 6. Mai schnellte die Wahlabsicht für SYRIZA auf 27 Prozent hoch.

Im Januar 2015 war die Polarisierung etwas geringer, weil alle Umfragen auf einen Wahlsieg SYRIZAs hin deuteten. KKE und das linksradikale Bündnis ANTARSYA gewannen leicht dazu. Ebenso konnten kleinere bürgerliche Parteien wie die Zentrumsunion ihre Ergebnisse verbessern.

Die Septemberwahl führte – zumindest in den Umfragen – zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SYRIZA und ND, was wiederum die Entwicklungschancen kleiner Parteien einschränkte. Ein Opfer dürfte die LAE geworden sein.

Das Wahlsystem bedingt auch, dass Parteien, denen nicht zugetraut wird, die Drei-Prozent-Hürde zu erreichen, erst gar nicht zur Wahl antreten. Während im Mai 2012 noch elf linke Listen kandidierten, waren es im Januar und September 2015 nur noch sieben. Einige Parteien, die nicht kandidierten, riefen

zur Unterstützung von SYRIZA auf. Dazu zählten im Januar 2015 die Grünen Ökologen (Schwesterpartei der deutschen Grünen; 2,9 Prozent im Mai 2012), eine Abspaltung der Demokratischen Linken (DIMAR) und zwei Linksabspaltungen der PASOK – das Soziale Abkommen (0,9 Prozent im Mai 2012) und die Bewegung des jetzigen Außenministers Nikos Kotzias. Diese Parteien waren z.T. mit eigenen Kandidaten auf den Listen von SYRIZA vertreten.

Dies war im September ähnlich. Die Grünen Ökologen verblieben auf der Liste und ein Teil von DIMAR unterstützte SYRIZA. Seit Mai 2012 war der Stimmenanteil der kleineren Linksparteien von 21,0 auf 6,8 Prozent im Januar 2015 abgestürzt.[2] Im September überlagerte die Enttäuschung über die Regierung zum Teil den Polarisierungseffekt. Der Anteil der kleinen Linksparteien ist auf 9,8 Prozent angestiegen.

Dass bei den Wahlen zum griechischen Parlament die großen Parteien auf Leihstimmen von Anhängern anderer Parteien zählen können, zeigt sich auch im Vergleich mit den Europawahlen. Hier spielt taktisches Wählen eine geringere Rolle, weil weniger auf dem Spiel steht als bei nationalen Wahlen und weil es keine Bonussitze gibt. ND und PASOK bekamen jeweils deutlich weniger Stimmen als bei den Parlamentswahlen. PASOK erzielte von 1981 bis 2009 bei Parlamentswahlen durchschnittlich 42,6 Prozent aber nur 36,9 Prozent bei den EU-Wahlen. SYRIZA (bis 2009; inkl. Vorgängerorganisationen) und die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hingegen gewannen zwischen einem und sechs Prozent mehr Stimmen. Linksradikale Listen bekamen oft ein Mehrfaches ihrer nationalen Ergebnisse.

Der abrupte Aufstieg von SYRIZA

Vor vier Jahren hätte wohl niemand es für möglich gehalten, dass SYRIZA heute die Regierung stellen würde. Das Bündnis dümpelte bei 4 bis 5 Prozent in den Umfragen, etwa ebensoviel wie es in den Wahlen von 2007 und 2009 erzielt hatte. Und SYRIA war alles andere als eine Volkspartei. Unter ihren Wählern dominierten nicht Arbeiter und Bauern, sondern Lehrer, Selbständige, Rechtsanwälte und Studierende. 2009, als SYRIZA bei den Parlamentswahlen 5 Prozent erzielte, wählten sie nur 1 Prozent der Wähler mit geringer Bildung, aber 8 Prozent der Wähler mit Hochschulbildung. Überdurchschnittlich häufig stimmten Männer, Jugendliche unter 25 und Menschen, die in den 1970ern politisiert worden waren, für SYRIZA. Unterdurchschnittlich vertreten waren Rentner, Bauern, Hausfrauen (je 2 Prozent) und Landbewohner (3 Prozent), überdurchschnittlich dagegen Beschäftige im Öffentlichen Dienst (7 Prozent) sowie Studierende (9 Prozent). Etwas über dem Wahlergebnis lagen Stadtbewohner, Arbeitslose (je 6 Prozent) und Unternehmer.[3]

---

[2] Einschließlich der Demokratischen Linken (DIMAR), einer Rechtsabspaltung des SYRIZA-Vorläufers Synaspismos, aber ohne die PASOK-Abspaltung KIDISO von Giorgios Papandreou.

[3] Siehe: Ergebnisse der Wahltagsbefragung von Metron Analysis, MRB/ RASS, OPINION/GPO, ALCO und MARC; www.metronanalysis.gr/?download=2820

Die Wählerstruktur gleicht der der wichtigsten Vorgängerorganisationen Synaspismos (Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie) und Kommunistische Partei Griechenland (Inland) (KKEes). Bereits in den 1970ern wurde die KKEes, die 1968 aus einer Spaltung der KKE entstanden war, als eine Partei beschrieben, die vor allem in den städtischen Zentren gewählt wurde und dort am ehesten in den bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Vierteln.[4] Die Stimmenverteilung nach sozioökonomischen Kategorien war zwischen KKE und KKEes bei den Parlamentswahlen 1985 völlig gegensätzlich. Während die KKE in der Kategorie D/E (ungelernte und angelernte Arbeiter, Arbeitslose u.ä.) mit 15,1 Prozent den höchsten und in der Kategorie A/B (Unternehmer, Manager, Spitzenbeamten u.ä.) mit 3,3 Prozent den niedrigsten Wert erzielte, war es bei der KKEes genau umgekehrt. Sie erzielte in der Kategorie D/E 1,6 Prozent aber in A/B 5,9 Prozent. Beide erzielten damals bei Jugendlichen stark überdurchschnittlich Ergebnisse.[5]

Als die KKE sich 1968/69 spaltete, war der Flügel, der die KKEes gründen sollte, sogar in der Mehrheit. Aber binnen weniger Jahre verlor die neue Partei stark an Einfluss. Das lag u.a. daran, dass nach der Rückkehr zur Demokratie 1974 die dezidiert proeuropäische KKEes mehr auf Bündnisse mit Konservativen und Liberalen setzte, um einen weiteren Putsch zu vermeiden, als darauf, die Politik der ND-Regierung zu bekämpfen. Dies war schon deshalb selbstmörderisch, weil die Trennung zwischen rechts und links seit dem Befreiungs- und Bürgerkrieg 1942-49 tief im kollektiven Bewusstsein der Griechen verankert ist.[6]

Darüber hinaus hat die PASOK, die sich anfangs als sozialistische, antiimperialistische und Anti-NATO-Partei präsentierte, beiden KPs, aber vor allem der KKEes, viel Wasser abgegraben.[7] Die KKEes erzielte in den 1980ern nur noch Wahlergebnisse von unter 2 Prozent. Unter dem Eindruck von Glasnost und Perestroika schlossen sich 1989 die KKE und die Griechische Linke

---

4 Siehe: Stérios Varvaroussis, Le Parti Communiste Grec de l'Intérieur, in: Communisme, Paris, Nr. 17, 1988, S. 88-100.

5 Vgl. ebenda, S. 99.

6 Zur Geschichte der griechischen radikalen Linken siehe: Heinz A. Richter, Griechenlands Kommunisten, in: Heinz Timmermann (Hg.), Die kommunistischen Parteien Europas. Länderstudien und Queranalysen, Baden-Baden 1979, S. 257-308; Dimitri Kitsikis, Populism, Eurocommunism and the KKE, The Communist Party of Greece, in: Michael Waller und Meindert Fennema, Communist Parties in Western Europe. Decline or Adaption?, Oxford 1988, S. 97-113; Ole L. Smith, The Greek Communist Party in the Post-Gorbachev Era, in: David S. Bell (Hg.), Western European Communists and the Collapse of Communism, Providence/Oxford 1992, S. 87-99; Nicos Kotzias, Die Linke im politischen System Griechenlands und ihre Krise, in Z 9 (März 1992), S. 64-75; Julian Marioulas, Die Kommunisten und die radikale Linke in Griechenland, in: Z 75 (September 2008), S. 39-49; Heinz A. Richter, Die Entwicklung der griechischen Linken 1918-1996, in: Patrick Moreau, Marc Lazar und Gerhard Hirscher (Hg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, Landsberg/Lech, 1998, S. 131-166

7 Zur PASOK siehe: Dimitri A. Sotiropoulos, Greece, in: Jean-Michel De Waele, Fabien Escalona und Mathieu Vieira (Hg.), The Palgrave Handbook of Social Democratic Parties in the European Union, Basingstoke 2013, S. 185-205.

(E.AR), die 1987 aus der rechten Mehrheitsfraktion der KKEes entstanden war, mit anderen Kleinparteien zum Bündnis Synaspismos zusammen. Die Allianz beteiligte sich an einer Regierung mit der ND 1989, um der Korruption und Selbstherrlichkeit der regierenden PASOK ein Ende zu setzen – das und den Untergang des Realsozialismus überlebte sie nicht. Eine knappe Mehrheit der KKE verließ 1991 das Bündnis, das sich anschließend in die gleichnamige Partei Synaspismos umwandelte, eng mit der PASOK kooperierte und Mühe hatte, die Drei-Prozent-Hürde zu überwinden. Als sich der linke Flügel mit der Vorstellung durchsetzte, auf Abstand zur PASOK zu gehen und verstärkt nach Bündnispartnern auf der Linken zu suchen, was 2004 zur Gründung von SYRIZA führte, kam es zweimal zu Absplitterungen am rechten Flügel, 2004 und 2010. Der erste Splitter ging bald in der PASOK auf. Aus dem zweiten, der den Großteil der früheren E.AR unter Fotis Kouvelis umfasste, entstand die Demokratische Linke (DIMAR), die SYRIZA von 2010 bis 2014 viele Stimmen kostete.[8] Sie verfehlte im Januar 2015 den Einzug ins Parlament und schloss im September ein Wahlbündnis mit PASOK.

Der Aufstieg von SYRIZA wurde ausgelöst durch die Schuldenkrise, die hohe Arbeitslosigkeit und die Zerstörung der Sozialsysteme durch die PASOK-Regierung bzw. die 2011 gebildete „Regierung der Nationalen Einheit" die von PASOK, ND und der rechtsradikalen LAOS getragen wurde.[9] Bei der Wahl im Mai 2012 kam es zum Zusammenbruch des bisherigen Parteiensystems. PASOK verlor 30 Prozent und ND 12 Prozent. Der Stimmenanteil der Parteien links von PASOK stieg von 15,4 auf 37,8 Prozent. Größte Nutznießerin war SYRIZA, die mit 16,8 Prozent (+12,2 Prozent) zweitstärkste Partei knapp hinter ND wurde. Bei den Wahlen im Juni 2012 und Januar 2015 wuchs der radikal linke Stimmenanteil nur noch langsam auf 39,4 Prozent bzw. 43,1 Prozent. Aber SYRIZA hatte es verstanden, als bestplatzierte linke Partei und als einzige, die in der Lage war, die ND zu überholen, einen immer höheren Anteil der linken Stimmen auf sich zu vereinigen. Im Januar 2015 wählten zwei Drittel der Wähler, die sich als links bezeichneten, SYRIZA und über die Hälfte, die sich in der linken Mitte sahen. Ihr Stimmenanteil stieg von 26,9 Prozent im Juni 2012 auf 36,3 Prozent im Januar und sank auf 35,5 Prozent im September 2015.

Der Rückgang gegenüber Januar scheint gering. Dabei ist aber Zweierlei zu bedenken. Erstens: Die Umfragewerte SYRIZAs waren nach ihrem Wahlsieg im Januar auf bis zu 50 Prozent angestiegen und lagen Ende Juli, nachdem die Regierung der Erpressung der Troika nachgegeben hatte, noch bei über 40 Prozent. Zweitens: Die Politik der Altparteien hatte nicht nur zu einem Anwachsen SYRIZAs, sondern auch zu einer verstärkten Abkehr von der Parteipo-

---

8 Vgl. Stathis N. Kalyvas und Nikos Marantzidis, The two Paths of the Greek Communist Movement (1985-2001), in: Joan Botella und Luis Ramiro (Hg.); The Crisis of Communism and Party Change. The Evolution of West European Communist Parties, Barcelona 2003, S. 13-32.

9 Vgl. Michalis Spourdalakis, The Miraculous Rise of the „Phenomenon SYRIZA", International Critical Thought, London, Band 4, Nr. 3, 2014, S. 354-366; www.tandfonline.com/doi/pdf/ 10.1080/21598282.2014.931022.

litik geführt. Die Wahlbeteiligung sank von 72,2 Prozent 2009 auf 62,4 Prozent im Januar 2015. Nachdem die SYRIZA-Regierung ihre Reformpläne weitgehend aufgeben musste, hat die Parteienverdrossenheit auch die Linke erreicht. Die Wahlbeteiligung ging im September weiter auf 56,6 Prozent zurück. Allerdings litt darunter nicht nur SYRIZA; betroffen waren auch alle anderen im Parlament vertretenen Parteien.

Nachdem der Stimmenanteil SYRIZAs an allen Wahlberechtigten von 3,2 Prozent im Jahr 2009 auf 22,7 Prozent im Januar 2011 gestiegen war, sank er im September auf 19,6 Prozent. Das sind 320.000 Stimmen weniger als im Januar – ein Verlust, den LAE und kleinere Linksparteien nicht ausgleichen konnten, zumal auch die KKE fast 40.000 Stimmen einbüßte.

Der Stimmenanteil aller Parteien links von PASOK an den Wahlberechtigten ist nach dem Sprung vom Mai 2012 auf 24,1 nur noch leicht auf 26,9 Prozent im Januar 2015 gestiegen und im September auf 24,8 Prozent zurückgefallen.

Von der Intellektuellen- zur Volkspartei

Es ist bemerkenswert, wie sich die Wählerstruktur von SYRIZA im Zuge ihres Aufstiegs verändert hat (siehe Tab. 2).[10] Während Studierende konstant überdurchschnittlich SYRIZA wählen und bei den Altergruppen die 45-bis-55jährigen weiterhin stärker als der Rest vertreten sind, hatte sich bereits bei den Wahlen 2012 in einigen anderen Kategorien ein enormer Wandel vollzogen.

Der Wähleranteil bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Privatsektor lag im Juni 2012 bereits 6 bzw. 7 Prozent über dem Durchschnitt. Im Januar 2015 waren es dann 8 bzw. 3 Prozent. Die Zustimmung der Erwerbslosen für SYRIZA stieg auf 22 Prozent im Mai 2012, auf 37 Prozent im Juni und schließlich 44 Prozent im Januar 2015. Die Umwälzung der Wählerschaft wird vielleicht am deutlichsten beim Blick auf das Bildungsniveau der Wähler: Hier wurde die Reihenfolge umgekehrt. Im Januar 2015 waren unter den SYRIZA-Wählern jene mit der geringsten Bildung mit 39 Prozent (+20 Prozent) erstmals am stärksten vertreten.[11]

---

[10] Die hier verwendeten Daten für die Jahre seit 2012 stammen vom Meinungsforschungsinstitut Public Issue und wurden in den Wochen vor der jeweiligen Wahl erhoben. Zur Wahl vom September 2015 sind auch Angaben zu den kleineren Parteien vorhanden (www.publicissue.gr/en). Die Zahlen einer Wahltagsbefragung (Exit Poll) von fünf Meinungsforschungsunternehmen (http://www.metronanalysis.gr/?download=6710) dürften vor allem, was die kleinen Parteien angeht, präziser sein, weil mehr Personen (8.000 statt 3.000) und reale Wähler befragt wurden. Bis auf wenige Ausnahmen gleichen die Zahlen bzgl. SYRIZA denen von Public Issue. Der Abstand der Ergebnisse nach Geschlechtern ist geringer, das Ergebnis bei unter 25jährigen liegt ebenso über 40 Prozent wie bei Arbeitslosen. Bei Bauern wird kein Rückgang sondern ein Zuwachs auf 34 Prozent gemessen. Eine weitere Wahltagsbefragung wurde von KappaResearch durchgeführt. Sh. kaparesearch.com.

[11] Zahlen nach: Yiannis Mavris, The social forces of the anti-Memorandum alliance, 11. Februar 2015; www.mavris.gr/en/621/the-social-forces-of-the-anti-memorandum-alliance

Tab. 2: Wer wählte SYRIZA? (Anteil der Befragten in Prozent)											
Parlaments-wahlen	2009	Mai 2012	Jun. 2012	Jan. 2015	Sep. 2015	Parlaments-wahlen	2009	Mai 2012	Jun. 2012	Jan. 2015	Sep. 2015
Alter						**Geschlecht**					
18-24 Jahre	6,3	20,0	36,5	38,7	34,7	Männer	5,4	14,0	24,8	33,8	28,2
25-34 Jahre	5,0	16,0	33,4	31,7	35,7	Frauen	3,9	20,0	29,2	39,1	43,2
35-44 Jahre	5,6	20,0	31,5	37,9	36,1	**Bildungsniveau**					
45-54 Jahre	5,8	21,0	34,2	43,7	40,6	niedrig	1,2	10,0	18,5	39,0	40,8
55-64 Jahre	3,7	19,0	26,7	39,4	38,2	mittel	4,0	18,0	28,9	36,4	36,4
mind. 65 J.	1,8	9,0	12,6	28,2	29,7	hoch	8,4	19,0	27,7	35,1	32,1
Tätigkeit						**Region**					
Unternehmer	5,3	17,0	22,0	26,8	17,2	Athen		21,0	31,2	37,1	36,1
Bauern	1,8		20,0	36,8	22,8	Thessaloniki		21,0	24,2	34,8	34,2
Freiberufler			30,0	32,9	34,9	restl. Land		14,0	25,1	36,2	35,3
Händler			24,0	36,8	23,3	**Ideologische Position**					
Öff. Dienst	6,8	22,0	33,2	44,6	39,7	Links	17,5	38,0	58,9	67,1	58,5
Privatwirtsch.	5,8	18,0	34,4	39,5	36,4	Mitte links	7,1	23,0	39,4	55,2	60,5
Arbeitslose	5,6	22,0	37,4	44,3	39,8	Mitte	0,9	10,0	18,5	27,4	28,6
Rentner	2,3	12,0	17,7	31,6	33,5	Mitte rechts	0,6	4,0	4,3	8,1	6,5
Hausfrauen	1,7	16,0	22,9	35,3	43,9	rechts	0,4	3,0	3,5	5,8	5,1
Studierende	8,8	20,0	39,0	42,3	37,9	**ERGEBNIS**	4,6	16,8	26,9	36,3	35,5

Quellen: 2009: gemeinsame Wahltagsbefragung der Meinungsforschungsunternehmen MRB, RASS, Opinion, ALCO, GPO, MARC und Metron. www.metronanalysis.gr/?download=2820
Die Zahlen für 2012 und 2015 entstammen der Zusammenfassung mehrerer Meinungsumfragen des Meinungsforschungsinstituts Public Issue, die jeweils vor der Wahl durchgeführt wurden.
Februar bis Mai 2012: www.publicissue.gr/2011/koinwniko_profil-sunoxes
Mai bis Juni 2012: www.publicissue.gr/2043/koinwniko_profil_6_2012
November 2014 bis Januar 2015: Yiannis Mavris, The social forces of the anti-Memorandum alliance. Who voted for SYRIZA. Change in party support, 2012-2015; www.mavris.gr/en/621/the-social-forces-of-the-anti-memorandum-alliance
September 2015: www.publicissue.gr/en/2885/syriza-voter-demos-9-2015

Umfragen im Mai und Juni 2012 ergaben, dass SYRIZA bei Facharbeitern 30 Prozent und bei ungelernten Arbeitern 27 Prozent erreichen konnte. Während bei den Facharbeitern die ND die stärkste Konkurrentin war und PASOK nur noch bei einem Prozent lag, war bei den ungelernten die faschistische Goldene Morgenröte SYRIZA mit 25 Prozent auf den Fersen.[12] Die Werte SYRIZAs dürften sich

[12] Vgl. Christoforos Vernardakis, Die griechische Linke bei den Wahlen 2012: Rückkehr des klassenspezifischen Wahlverhaltens, in: Transform, Brüssel, Nr. 11, 2012, S. 91-99; www.transform-

im Januar 2015 weiter stark verbessert haben. Von den Wählern, die sich der Unterschicht zurechnen, wählten im Januar 2015 44 Prozent SYRIZA (+15,7 Prozent) und von denen aus der unteren Mittelschicht 39,1 Prozent.

Diese Rückkehr zu einem klassenmäßigen Wahlverhalten unter Krisenbedingungen wird auch in den urbanen Zentren deutlich. Hatten KKEes und Synaspismos früher ihre stärkste Zustimmung in den bürgerlichen Vierteln, ist es heute umgekehrt. In volkstümlichen Vierteln Athens wie Drapetsona, Peristeri, Nikaia und Aigaleo erreicht SYRIZA im Januar bis zu 45 Prozent der Stimmen, während in den Reichenvierteln Ekali, Filothei, Psychico nur 10 bis 15 Prozent erzielt wurden.

Im Januar 2015 wurden die letzten sicheren Hochburgen von ND und PASOK geschleift. Mit Zuwächsen von 12 bis 16 Prozent konnte SYRIZA erstmals Ergebnisse nahe am Durchschnitt bei ihren bisher schwächsten Wählergruppen erzielen: Rentnern, Hausfrauen und Bauern. Auch die Unterschiede in der geographischen Verteilung haben stark abgenommen. Der ländliche Stimmenanteil SYRIZAs liegt jetzt etwa auf gleicher Höhe wie der in urbanen und halburbanen Regionen.

Die Wahl vom September 2015 hat diese Entwicklung nicht wieder umgekehrt. SYRIZA konnte offenbar die Unterstützung, die sie in den unteren Schichten gewonnen hat, bewahren, auch wenn die Zahlen nicht frei von Widersprüchen sind. Einbrüche hat es bei Unternehmern, Handwerkern und Händlern gegeben, die anderen Werte blieben meist konstant oder sanken leicht. Die Stimmenanteile für Beschäftigte im öffentlichen Dienst oder in Privatunternehmen sowie für Arbeitslose blieben überdurchschnittlich.

Der Einfluss des Bildungsniveaus auf das Wahlergebnis von SYRIZA ist noch stärker als im Januar. Wähler mit Grundschulbildung entschieden sich zu 41 Prozent für SYRIZA, 9 Prozent mehr als die mit Hochschulbildung.

Werden die Wähler nach ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht befragt, deutet die Zustimmung für SYRIZA in eine andere Richtung. Zwar steigt der Stimmenanteil für SYRIZA in der Gruppe, die sich zur unteren Schicht zählt, leicht auf den Spitzenwert von 46 Prozent, aber in der Oberschicht und der mittleren Oberschicht erhöht er sich um 10 bzw. 16 Prozent auf 39 und 34 Prozent. Dazu passt, dass der Stimmenanteil bei denjenigen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, um 7 Prozent auf den Durchschnittswert gesunken ist und der derjenigen, die gut über die Runden kommen, auf diesen Wert gestiegen ist.

Betrachtet man das Stimmenverhalten in den Gemeinden rund um das Athener Zentrum, bleibt SYRIZA in denen mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen bei etwa 40 Prozent, während die Zustimmung in den reichen Vierteln sinkt. Allerdings sinkt in den armen Gemeinden die Wahlbeteiligung überproportional stärker als in den reichen.

---

network.net/uploads/media/transform_11-2012_dt_web.pdf

Die Abspaltung der Volkseinheit hat zur Folge gehabt, dass der Anteil der linken Wähler, die SYRIZA ihre Stimmen gaben, um 9 Prozent auf 59 Prozent, das Niveau von Juni 2012, gesunken ist. Der Anteil an den Mitte-Links-Wähler ist auf 61 Prozent gestiegen.

Regierungspartei auf wackeligen Beinen

Die Umwälzung in der Wählerschaft widerspiegelt sich kaum in der Parteientwicklung. SYRIZA war bei der Regierungsübernahme eine kleine Partei von 35.000 bis 36.000 Mitgliedern (siehe Tab. 3).[13] Auf ein Mitglied entfielen bei der Januar-Wahl über 60 Wähler. Der Organisationsgrad ist damit dreimal niedriger als im Durchschnitt der anderen westeuropäischen Linksparteien. Er ist vergleichbar mit dem der LINKEN in Westdeutschland, die es 2013 auf ein Mitglied pro 76 Wähler brachte. Der geringe Organisationsgrad hat mehrere Gründe.

Tab. 3: Mitgliederentwicklung (in Tsd.)

	1974	1978	1982	1987	1992	1996	1999	2004	2009	2014
SYRIZA*	*12*	12	12	4,5	23	19	19,7	16,4	16,1	35
KKE	*18*	73	73	62	35	34	*30*	*28*	*26*	*25*

* Bis 1982 KKEes, 1987 Griechische Linke, 1992-2009 Synaspismos. Kursiv: Schätzungen

Ein Teil der Wähler zählt nicht zu den Anhängern von SYRIZA, sondern hat sie aus taktischen Gründen gewählt. SYRIZA leidet ebenfalls unter der allgemeinen Parteienverdrossenheit. Obwohl Griechenland laut den Demoskopen zu den europäischen Gesellschaften mit dem höchsten Politisierungsgrad zählt, hatten in einer Umfrage Ende letzten Jahres nur 11 Prozent der Griechen Vertrauen in die politischen Parteien. Diese bildeten damit das Schlusslicht einer Liste, auf der an erster Stelle die Armee mit 80 Prozent steht, gefolgt von der Polizei (70 Prozent), dem Volk (67 Prozent) und der Kirche (57 Prozent).[14]

Das dritte Hindernis für die Parteientwicklung ist die Mitgliederstruktur, die weitgehend noch der Wählerstruktur vor der Krise entspricht, und die Partei für andere soziale Schichten als die in ihr dominierenden nicht attraktiv macht.

Eine Befragung von 1.800 Delegierten auf dem Parteitag von 2013 ergab, dass 73 Prozent von ihnen eine akademische Bildung und weitere 24 Prozent einen mittleren Bildungsgrad hatten. Die meisten waren im öffentlichen Dienst beschäftigt (28 Prozent), gefolgt von den Selbständigen und Unternehmern (27 Prozent). Mit 36 Prozent waren die 55-64jährigen, zwei Prozent vor den 45-54jährigen, die größte Altersgruppe.

---

[13] Sebastian Budgen und Stathis Kouvelakis Greece: Phase One, 22. Januar 2015; www.jacobinmag. com/2015/01/phase-one/

[14] Public Issue, The annual survey of Public Issue on Institutions, 13. November 2014; www.publicissue.gr/en/1938/institutions-2014/

Trotz Verdopplung der Mitgliedschaft im Vergleich zu Synaspismos 2008 (durch Neueintritte und die Vereinigung der 18 Mitgliedsparteien) hat sich an der Struktur der Partei wenig geändert. Bei den auf dem Parteitag 2008 befragten 1.200 Delegierten lag im Vergleich zu 2013 noch die Altersgruppe der 45-bis-54jährigen vorne. Das Durchschnittsalter der Delegierten blieb mit 50 Jahren (2008: 51) fast gleich. Die Beschäftigtenstruktur ist ähnlich geblieben. Lediglich der Frauenanteil ist von 26 Prozent auf 32 Prozent angestiegen.[15]

SYRIZA ist das Ergebnis einer Vereinheitlichung der griechischen Linken. Dieser Erfolg war aber auch gleichzeitig ihre Achillesferse. Die 18 Gründungsorganisationen hatten sich zum Teil nicht aufgelöst oder bestanden als Strömungen fort, die oft das Interesse ihrer Strömung über die Gesamtinteressen der Partei stellten. Als die Regierung sich dem Diktat der Troika fügte bzw. fügen musste, führten die Differenzen innerhalb SYRIZAs bezüglich der Schuldenkrise zum Bruch. Die Partei war zudem von der Partei- und Regierungsspitze bei wichtigen Entscheidungen derart ausgegrenzt und übergangen worden – zuletzt durch die Ausrufung von Neuwahlen und die Absage eines für September geplanten Kongresses –, dass viele Funktionäre und Mitglieder keinen Sinn mehr darin sahen, sich weiter für SYRIZA zu engagieren.

Die Hälfte des Sekretariats und 102 von 201 Zentralkomitee-Mitgliedern sind ausgetreten. Die Mehrheit der Gründungsorganisationen und Strömungen haben SYRIZA verlassen. Die Linke Plattform (30 Prozent des Zentralkomitees), die von der aus Synaspismos stammenden Linken Strömung dominiert wird, hat die LAE gegründet, der sich ein gutes Dutzend Organisationen, die innerhalb oder außerhalb SYRIZAs wirkten, angeschlossen haben. Alle trotzkistischen Gruppen haben SYRIZA verlassen, ebenso wie Teile der Mehrheit um Tsipras. Dazu gehören 14 von 46 ZK-Mitgliedern der Gruppe „53+", darunter ZK-Sekretär Tassos Koronakis. Sie haben mit Teilen der SYRIZA-Jugend die Linke Radikale Bewegung (ARK) gegründet. Zur Tsipras-Mehrheit zählte auch die zweitgrößte Gründungsorganisation, die Kommunistische Organisation Griechenlands (KOE), eine Schwesterorganisation der deutschen MLPD, die SYRIZA im Juli 2015 verließ. Erhebliche Mitgliederverluste sind zudem am Gewerkschaftsflügel zu verzeichnen.

Mangelnde gesellschaftliche Verankerung

Dass SYRIZA ihre soziale Basis seit Beginn der Schuldenkrise erheblich ausweiten konnte, steht außer Zweifel. Aber die soziale Verankerung bleibt erheblich hinter dem rasanten Stimmenzuwachs zurück. Dafür sprechen einige Fakten.

Bei den Kommunal- und Bezirkswahlen vom Mai 2014 konnte SYRIZA ihre

---

[15] Vgl. die Auswertung der Befragung der Delegierten des ersten SYRIZA-Parteitages unter https://left.gr/news/analysi-tis-ereynas-toy-1oy-synedrioy-toy-syriza. Für die Delegiertenbefragung 2008 siehe Julian Marioulas, Die griechische Linke, in: Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt und Anna Striethorst (Hg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 270-287, hier S. 272f.

Stimmenzahl zwar mehr als verdreifachen, aber mit 17,8 Prozent lag die Partei 10 Prozent hinter ihrem Parlamentswahlergebnis von Juni 2012 und dem der EU-Wahl zurück, die eine Woche später stattfand (siehe Tab. 1). Das Wahlergebnis entspricht etwa dem Parlamentsergebnis von Mai 2012. Der Gesamtstimmenanteil der Parteien links der PASOK ist aber bei den drei Wahlen (Mai 2012, EU 2014 und Kommunal 2014) fast identisch bei knapp 38 Prozent, jedoch in unterschiedlicher Zusammensetzung.

Der Abstand zu den Parlamentsergebnissen im Juni 2012 und im Jahr 2015 hat zum Teil damit zu tun, dass SYRIZA bei Legislativwahlen Leihstimmen anderer Linksparteien bekommt. Zum anderen spielen bei Lokalwahlen die Kandidaten und ihre lokale Vernetzung eine große Rolle. Hier hat SYRIZA offensichtlich Nachholbedarf, während die anderen Parteien noch von ihrer vergangenen Größe zehren können.

Tab. 4: Parteieneinfluss in den Gewerkschaften

Allgemeine Födereration der Griechischen Arbeiter (GSEE)
Anteil nach Parteien an den Kongressdelegierten in Prozent

Jahr	KKE	SYRIZA*	sonst. Linke	PASOK	ND
1975	16,0	4,8	1,2	8,6	44,0
1981	7,0	2,0	3,0	11,0	80,0
1989	37,0		4,0	38,4	18,0
1995	22,0	7,0	3,0	49,0	20,0
2001	22,4	4,3		47,7	20,1
2007	20,9	6,2		46,5	27,0
2013	22,2	10,4	8,6	34,5	24,4
Gewerkschaftsföderation der Öffentlichen Angestellten (ADEDY) Anteil nach Parteien im 85-sitzigen Generalrat in Prozent					
1983	15,3	2,4	2,4	52,9	29,4
1989	16,5	5,9	2,4	40,0	36,5
1995	8,2	7,1	2,4	50,6	31,8
2001	12,9	8,2	3,5	49,4	25,9
2007	10,6	9,4	4,7	42,4	32,9
2013	12,9	16,5	21,2	25,9	22,4

*inkl. Vorläufer KKEes und Synaspismos.

Es handelt sich jeweils um den Anteil von Strömungen (z.T. mit in der Zeit wechselnden Bezeichnungen), die von den politischen Parteien kontrolliert werden.
Die von der KKE kontrollierten Gewerkschaften sind zwar Teil der beiden Dachverbände, agieren nach außen unabhängig in der Allgemeinen Kämpferischen Arbeiterfront (PAME).

Ein Gradmesser für die gesellschaftliche Verankerung von SYRIZA ist auch ihr Einfluss in gesellschaftlichen Organisationen. Bei Gewerkschaften (Tab. 4) und Studierendengremien (Tab. 5) lässt sich der Einfluss der verschiedenen Parteien messen. Ihre Organisationen konkurrieren bei der Wahl der Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen ebenso wie bei den landesweiten Studentenwahlen, die jährlich stattfinden.

KKEes und Synaspismos gelang es nach der Rückkehr zur Demokratie nie, bestimmenden Einfluss in den Gewerkschaften zu erlangen. Diese wurden nach 1974 zuerst noch von den Konservativen und zum Teil von Faschisten kontrolliert. Grund war ein Delegiertensystem, das Kleinstgewerkschaften von wenigen Mitgliedern überproportional Delegierte zusicherte. Der Kampf für demokratische Delegiertenwahlen dauerte beim Dachverband der Gewerkschaften der Privatwirtschaft GSEE bis Ende der 1980er Jahre. In der entsprechenden Tabelle 4 sind deshalb die Stimmenanteile für die linken Fraktionen in den Jahren 1975 und 1981 stark unterbewertet, dürften aber die Größenverhältnisse untereinander einigermaßen korrekt wiedergeben.

Die Gewerkschaftsgruppen der KKEes in der GSEE erreichten weniger als ein Drittel der Delegiertenzahl der KKE. Höhepunkt des linken Einflusses war das Jahr 1989, als beide gemeinsam kandidierten und 37 Prozent der Delegiertenmandate errangen. Erst nach Beginn der Krise gelang der Gewerkschaftsfraktion von SYRIZA ein bescheidener Zuwachs der Delegiertenzahlen auf zehn Prozent. Das sind halb so viele wie die der Gewerkschaftsgruppierung der KKE. 2013 stellten die Delegierten von PASOK und ND trotz Troika-Politik noch 60 Prozent der Delegierten.

In der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes ADEDY lag der Einfluss von SYRIZA stets höher als im GSEE. 2013 konnte ihre Gewerkschaftsorganisation mit 17 Prozent der Mitglieder des Generalrates die KKE überrunden. Die Hegemonie von PASOK und ND ist erstmals angeschlagen.

Da META, der Zusammenschluss der SYRIZA-nahen Gewerkschaftsgruppen, sich gegen die Annahme des dritten Memorandums wandte, ist ein erneuter Rückgang des Einflusses SYRIZAS in den Gewerkschaften vorprogrammiert.

Der Austritt von zwei Dritteln der Leitungsmitglieder der SYRIZA-Jugend wird den Einfluss SYRIZAs im Studierendenbereich weiter unterminieren. Er ist noch geringer als in den Gewerkschaften, und das, obwohl SYRIZA bei Parlamentswahlen stets überdurchschnittlich von Studierenden gewählt wird und die Partei und ihre Vorgängerorganisation stark akademisch geprägt waren. Bei den alljährlichen Wahlen der Studierenden für ihre Vertretungen (siehe Tab. 5), an denen sich zuletzt etwa 60 Prozent der Studierenden beteiligten, ging der Einfluss des SYRIZA-nahen Studierendenverbandes Vereinigte Linke (AR.EN.) von 2012 bis 2014 sogar von 7,3 auf 6,3 Prozent zurück. Bei der ersten Wahl nach dem Regierungsantritt SYRIZAs am 13. Mai 2015 erzielte AR.EN. eine leichte Verbesserung auf 7,9 Prozent.

Der Stimmenanteil der KKE-Organisation ist seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich auf 19 Prozent angestiegen. Die linksradikale Vereinigte Unab-

hängige Linke Bewegung (EAAK), die heute ANTARSYA nahesteht, hat sich seit 1995 von 7 auf heute 15 Prozent verbessert. Bemerkenswert ist, dass die Ablehnung von PASOK und ND, wie sie bei den Parlamentswahlen zum Ausdruck kommt, an den Universitäten wesentlich schwächer ausfällt. Lediglich der Einfluss von PASOK ist stark geschwunden. ND verharrt auf dem hohen Niveau der letzten 25 Jahre. Die Gruppen links von PASOK haben seit 2010 von 30 Prozent auf heute 42 Prozent zugelegt. Profitiert davon haben vor allem die KKE und ANTARSYA.

Tab. 5: Parteieneinfluss in Studierendengremien. Ergebnis der landesweiten Wahlen (Stimmenanteil in Prozent[1])

	KKE	SYRIZA[2]	Linksradikale[3]	PASOK	ND
1975	22,7	16,4	8,0	25,6	16,4
1980	31,3	8,9	16,4	26,8	10,0
1985	27,2	12,1	3,7	26,3	26,9
1990	12,4		17,4	19,3	45,7
1995	6,3	-	7,4	21,7	38,7
2000	12,5	1,1	9,3	23,8	37,6
2005	15,5	2,2	11,2	24,9	40,5
2010	14,4	5,3	10,4	31,5	34,1
2012	14,1	7,3	13,3	20,2	38,7
2015	19,4	7,9	15,1	11,5	39,1

1 Seit den 1990er Jahren gibt es keine offiziellen Gesamtergebnisse der alljährlichen Studierendenwahlen mehr, sondern nur noch Bekanntmachungen der einzelnen Parteiströmungen, die in der Tendenz aber übereinstimmen.
2 Inkl. der Studierendenorganisationen der Vorgänger Kommunistische KKEes und Synaspismos.
3 Seit 1995 fast ausschließlich EAAK, das Bündnis aus Studierendengruppen, die meist Teil der Mitgliedsorganisationen von ANTARSYA sind.

Die radikale Linke war in den 1970ern bis 1982 vorherrschend an den Universitäten. Die KKE errang in den 1980ern allein jeweils 30 Prozent der Stimmen, bis sich 1989 (aufgrund der Koalition mit ND) die linke Mehrheit ihrer Jugendorganisation abspaltete.

Der KKEes war es bereits 1978 ähnlich ergangen. Bis dahin hatte ihr Jugendverband, der von seiner aktiven Rolle im Widerstand gegen das Obristenregime zehrte, bis zu 20 Prozent der Stimmen erreicht. 1987 verlor sie erneut den Großteil der Jugendorganisation, als dieser sich bei der Umwandlung der KKEes in die E.AR mit dem linken Flügel abspaltete. Damit waren beide Parteien Anfang der 1990er Jahre kaum noch in den studentischen Gremien vertreten, wo die Konservativen stark an Einfluss gewonnen hatten.

Fazit

SYRIZA und die von ihr gestellte Regierung befindet sich heute in folgender delikaten Lage: Sie muss nach der erpressten Zustimmung zum Memorandum die Austeritätspolitik der Troika umsetzen und sie will gleichzeitig versuchen, die verbliebenen Spielräume maximal für eine sozialere Politik auszuschöpfen. Sie hat es dabei mit einem Staatsapparat zu tun, der nach jedem Wahlsieg von ND und PASOK mit treuen Anhängern bestückt wurde, und mit Sicherheitsorganen, deren parteipolitische Präferenzen bis ins faschistische Lager reichen. Sie hat einen Großteil ihres Führungspersonals und sehr viele Aktivisten verloren und wird nicht nur von den Parteien der vorherigen Regierung und den Faschisten bekämpft, sondern auch von Linksradikalen, ihrem ehemaligen linken Flügel und einer Kommunistischen Partei (KKE), die seit langen ein Gleichheitszeichen zwischen SYRIZA und den alten Regierungsparteien macht.

SYRIZA steht vor der schwierigen Aufgabe, ihre Machtbasis zu verbreitern. Dabei könnte sie von den Erfahrungen anderer europäischer Parteien der radikalen Linken profitieren, die an Regierungen beteiligt waren. Diese stellten zwar alle (mit Ausnahme der zyprischen AKEL[16]) nicht den Regierungschef, aber die griechische Situation ist dennoch nicht unähnlich. SYRIZA muss sich ebenfalls mit einem größeren, wenn auch unerwünschten Koalitionspartner in Form der Troika abfinden.

Mit wenigen Ausnahmen haben die regierenden radikalen Linksparteien bei den jeweils folgenden Wahlen verloren und meist an Mitgliedern eingebüßt. Das lag nicht nur daran, dass die Regierungspolitik oft weit von der Parteiprogrammatik entfernt war, sondern auch daran, dass die Linksparteien darauf verzichteten, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, weshalb Kompromisse eingegangen wurden. Statt offensiv die eigenen Positionen zu vertreten und in der Gesellschaft dafür zu mobilisieren, wurden die Parteien i.d.R. zum Sprachrohr der Regierung.

Ob SYRIZA als Partei unter diesen Bedingungen gegenüber der Regierung eine eigenständige Rolle spielen und ihren nach wie vor reklamierten Charakter als antikapitalistische Partei wahren kann, bleibt abzuwarten. Es gibt keinerlei Indizien dafür, dass die Umsetzung des Memorandums und der aufgezwungenen Austeritätspolitik zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Griechenland führen könnte – im Gegenteil. Insofern stehen weitere innere Auseinandersetzungen und Auseinandersetzungen in der EU um Griechenland auf der Tagesordnung, in denen sich SYRIZA und die von ihr gestellte Regierung zu positionieren haben.

---

[16] Giorgos Charalambous/Gregoris Ioannou, No Bridge over Troubled Waters: The Cypriot Left Heading the Government 2008-2013, in: Capital and Class, 2015; http://works.bepress.com/giorgos/25

Mechthild Schrooten

Europäische Geldpolitik und Risiken einer Exitoption Griechenlands

Das Vorhandensein einer gemeinsamen Währung in der Eurozone verbindet ansonsten heterogene Mitgliedsstaaten. Das Beispiel der Eurozone zeigt, dass eine gemeinsame Währung nicht automatisch Identität und Solidarität bedeutet. In Europa dient das gemeinsame Geld vielmehr dazu, den Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten der Währungsunion zu schärfen. Mit der gemeinsamen Währung werden die Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften klarer. Denn das gemeinsame Geld ist ein Kommunikationsmittel.[1] Dieses Kommunikationsmittel trägt in sich selbst Informationen – es ist nicht neutral. Es ist ein wettbewerbsorientiertes Kommunikationsmittel.

Die in der Eurozone erkennbaren Produktivitätsunterschiede sind nichts anderes als Unterschiede in den erwarteten Renditen – Unternehmensrenditen. Die Geldwirtschaft lässt diese Renditen leicht berechnen und erklärt sie vielfach zum Nukleus des Wohlstandes. Ein möglicher Grexit würde daran nichts ändern. Auch nach einem Grexit bliebe Griechenland eine geldwirtschaftlich und damit renditeorientierte Volkswirtschaft. An keiner Stelle wurde ein möglicher Grexit der Implementierung eines umfassenden Sozialstaats – wie etwa in den nordischen Ländern – gleichgesetzt. Die Renditeorientierung würde in einem solchen Setting nur auf der Grundlage einer anderen Währung erfolgen. Auch die Hoffnung, Griechenland würde durch eine Abwertung konkurrenzfähiger, übersieht die Wirtschaftsstruktur. Angesichts der wenigen preiselastischen Exporte und der hohen Importabhängigkeit würde eine Abwertung Griechenlands Position eher verschlechtern.

Die Eurozone, aber auch die Europäische Union, weisen zunehmend Zerfalls- und Krisensymptome auf. Die so genannte Europäische Idee, in deren Mittelpunkt Frieden und Wohlstand für alle stehen sollten, verliert sich zunehmend in diffusen Politikdebatten. Hintergrund ist, dass die Europäische Idee im Kern auf Solidarität, Humanität und damit auf einer Gemeinwohlorientierung fußt. Die Europäische Union – insbesondere aber die Eurozone – setzt auf das gegenteilige Prinzip. Denn hier geht es um Wettbewerb, also renditeorientierte Konkurrenz des Kapitals. Im Wettbewerb gibt es immer nur einen Gewinner, aber viele Verlierer. Ökonomische Effizienz als Grundprinzip kann so auf der Ebene einer Gemeinschaft zu massiven und bedrohlichen Ineffizienzen führen.

Die Griechenlandkrise, die Krise Europas, die Bankenkrise, die internationale Finanzkrise – sie haben alle eine Gemeinsamkeit. In der Krisenbewältigungs-

---

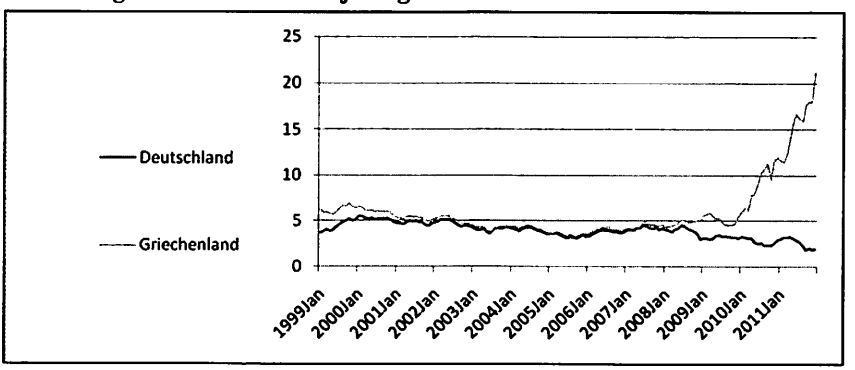
[1] Niklas Luhmann, Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M.1988.

strategie wird dem Renditeschutz ein prominenter Platz eingeräumt. Mit dieser Idee wird aber kein Problem gelöst, sondern nur der Grundstein für weitere Krisen gelegt. Renditeorientierung und Wettbewerb als Spielregeln haben gerade dann eine erhebliche Sprengkraft, wenn es um politische und soziale Gemeinschaften geht. Es wird klar, dass die Europäische Idee heute – und vielleicht inzwischen vor allem – eine geldwirtschaftliche Idee ist. Eine Exit-Option ist politisch nicht gewollt. Sie würde mehr als die europäische Idee in Frage stellen.

Beitritt Griechenlands zur Eurozone

Es klingt etwas abgedroschen, aber es ist wahr – am Beispiel Griechenlands lässt sich die europäische Identitätskrise komplett erfassen. Griechenland war nie ein Musterland der Eurozone. Warum es dennoch unbedingt in die Währungsunion mit teilweise wesentlich leistungsfähigeren Volkswirtschaften drängte und gedrängt wurde, erscheint heute wie eine offene Frage. Bei Gründung der Eurozone 1999 verpasste das Land die so genannten Konvergenzkriterien, die formal für den Beitritt zum Euro-Währungsraum qualifizieren. Griechenland aber wollte und sollte unbedingt zur Eurozone gehören. Die Statistik lieferte entsprechende Daten zur gesamtwirtschaftlichen, fiskalischen und monetären Entwicklung und so wurde das Land mit einem Jahr Verspätung Mitglied in der Währungsunion.

Abbildung 1: Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Nicht erst heute wird in Frage gestellt, ob die damals vorgelegten Statistiken einer kritischen Überprüfung standhalten.[2]. 2004 hat die griechische Regierung systematisch günstige Berechnungen des Haushaltsdefizits vorgelegt. Eurostat hat angeblich erst Jahre nach dem Beitritt nachgerechnet. Anfang des

[2] FAZ vom 16. November 2004.

neuen Jahrtausends hatte Griechenland ein massives Interesse an der Zugehörigkeit zur Eurozone. Für die Einführung der Gemeinschaftswährung sprachen zum einen die damit verbundenen sinkenden Transaktionskosten beim Außenhandel. Zum anderen sank beim Beitritt zur Eurozone die Zinslast, die die öffentlichen Haushalte zu tragen hatten. Denn die Zinsen, die etwa für zehnjährige Staatspapiere zu zahlen waren, konvergierten in der neu geschaffenen Währungsunion – und zwar auf das Zinsniveau, das Deutschland für seine zehnjährigen Staatsanleihen zu zahlen hatte. Diese Zinskonvergenz kam aus der Sicht Griechenlands einer unmittelbaren Entlastung der öffentlichen Haushalte und damit einer dank Eurozonenmitgliedschaft bedingten Zinssenkung gleich. Weitere Anpassungen waren nicht notwendig – der Beitritt reichte. Diese Entlastung dürfte eines der wirtschaftlichen Hauptmotive Griechenlands für die Mitgliedschaft in der Währungsunion gewesen sein. Es sanken zudem nicht nur die Zinsen für öffentliche Anleihen, sondern auch die für Unternehmenskredite. Dies dürfte ein weiteres, schlagkräftiges Argument für den Beitritt zur Währungsunion gewesen sein.

Der griechische Staatshaushalt, aber auch die Unternehmen profitierten also lange Zeit von der Mitgliedschaft in der Eurozone. Die Währungsunion ist aber keine Solidargemeinschaft; in der Europäischen Union, besonders in der Eurozone, geht es um Wettbewerb und Wettbewerbsvorteile. Die Einführung der gemeinsamen Währung zielte auch auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im Zuge der Globalisierung.

Gemeinsame Währung – gemeinsame Geldpolitik

Griechenland ist 1981 der EU beigetreten. Die Europäische Union ist ein mächtiger Spieler im Weltgeschehen. Dabei ist die Europäische Union weder mit den USA noch mit anderen Wirtschaftsräumen zu vergleichen. Zunehmend wird deutlich, dass ihre Institutionen eine erhebliche Macht gegenüber den Mitgliedsstaaten haben. Über die Jahre ist ein europäisches Recht entstanden, das in vielen Fällen Vorrang vor nationalen Regelsetzungen hat. Dabei wurden mit der EU keineswegs so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen. Vielmehr hat sich ein höchst komplexes Verhältnis zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und den EU-Gemeinschaftsinstitutionen herausgebildet.[3] Wichtige Entscheidungen auf EU-Ebene werden in der Europäischen Kommission getroffen. Im Grundsatz soll die EU-Kommission bei aller Heterogenität der Mitgliedsländer die gemeinsamen Interessen vertreten. In diesem Rahmen werden Entscheidungen über wirtschaftspolitische Weichenstellungen getroffen, die die gesamte Gemeinschaft betreffen. So verhandelt die EU-Kommission aktuell mit den USA um die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP).

Die Europäische Union ist in erster Linie eine Wirtschaftsunion. 1951 gründeten sechs Staaten, Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Ita-

---

3 Hans-Jürgen Wagener, Europäische Integration, München 2006, S. 350.

lien, Luxemburg und die Niederlande, die so genannte Montanunion – damit war der Grundstein für die wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt, die, so die öffentliche Begründung, den Frieden in Europa sichern sollte. 1957 folgten die Römischen Verträge. Die Mitgliedschaft in diesem Wirtschaftsraum bedeutet für Volkswirtschaften, dass die Zölle zwischen den einzelnen Ländern aufgehoben werden (Freihandel). Gegenüber Drittstaaten gilt ein einheitlicher Zolltarif. Die EU steht auf den drei Säulen der Freiheit des Güterverkehrs, der Freiheit des Kapitalverkehr und der Migrationsfreiheit. Derzeit hat die EU 28 Mitgliedsländer – zuletzt (2013) ist Kroatien der EU beigetreten. In der EU leben mehr als 500 Millionen Menschen. Das macht diesen Wirtschaftsraum aus der Sicht von Unternehmen vor allem als Absatzmarkt sehr interessant.

Ist aber die Eurozone als Kapitalanlageort auch so interessant? Genau das ist die Frage. Kapital ist heute im Überfluss vorhanden. Damit unterscheidet sich die aktuelle Situation in der Weltwirtschaft stark von den historischen Konstellationen. Tatsächlich wird von allen wichtigen Zentralbanken seit langer Zeit Tag für Tag Geld in ein System gepumpt, von dem angenommen wird, dass es ohne diese billigen Zentralbankkredite kollabieren würde. Das vagabundierende Geld sucht attraktive Anlagemöglichkeiten. Renditen auf dem Kapitalmarkt lassen sich im Grundsatz schnell und scheinbar sauber durch einfache Käufe und Verkäufe realisieren.

Die Mitgliedschaft in der EU ist eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Eurozone. Nicht alle Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) gehören zur Eurozone, aktuell sind neun Länder der EU nicht in der Eurozone (Bulgarien, Dänemark, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich). Mit dem Beitritt zur Eurozone werden die eigene Währung und damit die Möglichkeit zu einer eigenständigen Geldpolitik aufgegeben.

In der Eurozone ist die Geldpolitik zentralisiert. Eine einzige Zentralbank, die Europäische Zentralbank (EZB), wacht über das Funktionieren des grenz- und sprachraumüberschreitenden Kommunikationsmittels Euro. Die Geldpolitik der EZB ist auf Geldwertstabilität gerichtet; Inflationsbekämpfung ist ein zentrales Ziel. Aktuell liegt die Inflationsrate im Euroraum bei null Prozent; Deflationsgefahr macht sich breit.[4] Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand sind bestenfalls abgeleitete Zielgrößen der Zentralbankpolitik. Die Grundausrichtung der in Frankfurt ansässigen EZB ähnelt mit ihrer Preisniveaufokussierung der der Deutschen Bundesbank. Damit unterscheidet sich die EZB deutlich von der US-amerikanischen Zentralbank, die das gesamte konjunkturelle Geschehen im Blick hat.

Dabei hat sich in den letzten Jahren weltweit gezeigt, dass die ehemals unterstellten Zusammenhänge zwischen Geldmengenwachstum und Inflation nicht mehr so einfach stimmen. In der Eurozone, in Japan, aber auch in den USA las-

---

[4] Destatis: Jährliche Inflation im Euroraum auf 0,0 % gestiegen. Eurostat Pressemitteilungen. November 2015.

sen sich Wirtschaftswachstum und Inflation bestenfalls marginal durch Zinspolitik beeinflussen. Die gemeinsame Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion ist aber vor allem eine gemeinsame Zinspolitik. Am 1. Januar 1999, dem Tag der Euroeinführung als Buchgeld, lag der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bei 3 Prozent. Inzwischen liegt der Refinanzierungszins bei nahezu null. Es wird versucht, die anhaltende gesamtwirtschaftliche Krise im Euroraum mit dieser Politik des billigen Geldes zu bekämpfen. Trotz der extremen Niedrigzinspolitik kommt die Wirtschaft im Euroraum aber kaum in Schwung. Dies liegt auch daran, dass der Refinanzierungszins nur eine grobe Orientierungsgröße für den Marktzins ist. Der Marktzins, also der Zins der bei einer Kreditaufnahme zu zahlen ist, setzt sich mindestens aus dem Refinanzierungszins plus einem Risikoaufschlag plus einer Gewinnmarge zusammen. Genau diese Risikoprämie ist der Dreh- und Angelpunkt bei der Übertragung der geldpolitischen Impulse auf die Realwirtschaft, aber auch für den Finanzsektor.

Parallel zur Einführung der neuen europäischen Währung setzte sich in der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie die Idee durch, dass auf der Grundlage einer effizienten und risikoorientierten Organisation des Finanzsektors gesamtwirtschaftliche Wachstumsimpulse generiert werden könnten. Ein ganzes Set von wissenschaftlich fundierten Aufsätzen in renommierten Fachzeitschriften erklärte, dass dieser Zusammenhang statistisch evident und belastbar sei. Kurzum, es setzte sich die Überzeugung durch, dass die Leistungsfähigkeit des Finanzsektors einer Volkswirtschaft einen erheblichen Einfluss auf ihre gesamtwirtschaftlichen Aussichten hat. Dabei schien ein einfache Zusammenhang zu gelten: Je leistungsfähiger der Finanzsektor, desto höher das Wirtschaftswachstum.[5] (z. B. King/Levine 1993). Die Leistungsfähigkeit des Finanzsektors ist schwer zu bestimmen; daher wurde sich in der Regel mit Hilfsannahmen (Proxys) beholfen. So wurde vielfach vereinfachend angenommen, dass Finanzmarktregulierung die Leistungsfähigkeit des Finanzsektors behindere, d.h. je weniger reguliert desto leistungsfähiger.

Auf der praktischen Ebene ging in der Eurozone mit der gemeinsamen Geldpolitik keineswegs die Schaffung eines gemeinsamen Kapital- oder Finanzmarktes einher. Die historisch gewachsenen nationalen Regulierungen für Banken und sonstige Finanzintermediäre blieben erhalten. Das gilt für Deutschland mit seinem Drei-Säulen-System von Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Geschäftsbanken ebenso wie für Griechenland, Spanien, Italien und Portugal. Folglich entstand in der Eurozone ein Gefüge von höchst unterschiedlichen Finanzsystemen, die allesamt auf der Grundlage eines einzigen Kommunikationsmittels, dem Euro, funktionieren sollten. Der Banken- und Finanzsektor ist bis heute nicht „europäisiert" – sondern steht im Wettbewerb.

Ein Grexit, also ein Austritt aus der Währungsunion und damit aus der Eurozone, ist bislang institutionell nicht abgesichert. Vielmehr geht mit dem Bei-

---

5 R. G. King, R. Levine, Finance and Growth: Schumpeter might be right. Quarterly Journal of Economics, Vol. 108 (1993), Issue 3, S. 717-737.

tritt zur Eurozone gewissermaßen die Austrittsoption verloren – es sei denn, es wird gleich der Austritt aus der Europäischen Union erwogen.

Seit dem Beginn der internationalen Finanzkrise 2008 ist genug Zeit vergangen, um einen geordneten Prozess für einen (freiwilligen) Austritt aus der Währungsunion und damit aus der gemeinsamen Geldpolitik zu schaffen. Der viel diskutierte Grexit ist nicht nur nicht vorgesehen; er ist auch politisch nicht gewollt. Der Hintergrund ist relativ einfach. Die Krise hat an keiner Stelle die Existenz der Gemeinschaftswährung Euro gefährdet; es handelt sich also auf keinen Fall um eine so genannte Eurokrise. Die Krise hat bestenfalls zur Abwertung des Euro etwa gegenüber dem US-Dollar beigetragen und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Exporteure gestützt. So wurden die Gewinnmargen europäischer Exporteure befeuert – deren internationale Wettbewerbsfähigkeit wird durch Entsolidarisierung gestärkt.

Grexit löst keine Probleme

An dem Fall Griechenland zeigt sich das gesamte europäische Dilemma. Auf unterschiedlichen Ebenen werden die beiden Grundprinzipien „Wettbewerb" und „Solidarität" gegeneinander ausgespielt. Während sich in den ersten Jahren der Eurozone die gemeinsame Währung gerade für die heutigen Krisenländer als Zinsentlastung für die öffentlichen Haushalte entpuppte, drehte sich dieser Effekt im Zuge der internationalen Finanzkrise vollständig um. Zwischenzeitlich musste beispielsweise der an den Rand der Insolvenz gedrängte griechische Staat zur Finanzierung seiner vorhandenen Schulden zweistellige Verzinsungen anbieten. Die Risikoprämie, die der Markt verlangte, war und ist dramatisch gestiegen. Auch heute gilt, dass die Renditen, die der Markt heute für griechische Staatsanleihen hergibt (knapp 9 Prozent) immer noch weit über dem Refinanzierungssatz der EZB liegt – die Risikoprämie ist hoch. Das Risiko ist aber eine an Erwartungen geknüpfte Bewertung – objektiv lässt sich Risiko nicht fassen, es bleiben Wahrscheinlichkeiten. Im Falle von Krediten geht es um Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Die gemeinsame Geldpolitik und damit die gemeinsame Zinspolitik werden in der Eurozone nicht durch eine gemeinsame Fiskalpolitik ergänzt. Zwar gab und gibt es grundsätzliche fiskalpolitische Spielregeln etwa bei den Defizitobergrenzen für öffentliche Haushalte, jedoch wurde und wird gerade im Bereich der Fiskalpolitik auf Wettbewerb zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt. In der Vergangenheit konnten die einzelnen Mitgliedsländer auf eine relativ autonome Fiskalpolitik setzen. Das hat mit dem Europäischen Fiskalpakt ein Ende gefunden; die Politik hat sich selbst die Hände gebunden. Dieser neue Koordinationsmechanismus setzt auf ein statisches und mechanistisches Weltverständnis. In diesem sind Schulden und Defizite negativ und schuldbehaftet. In einer Geldwirtschaft besteht die Neigung, qualitative Größen in quantifizierbare Hilfsgrößen zu wandeln. Folglich haben sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union auf die Realisierung solcher quantitativer Eckdaten für die Staatshaushalte verständigt. Damit könnte man davon

ausgehen, dass sie sich damit eine vergleichbare, in Geldeinheiten zu fassende Zielfunktion geschaffen haben wie der inzwischen multinational organisierte Unternehmenssektor. Dies könnte gewissermaßen als Gegengewicht gegen ein allzu ungezügeltes Gewinnstreben von Unternehmen gelten, wenn auch die Einnahmeseite einbezogen würde..

Das trifft aber nicht zu. Vielmehr unterwerfen sich die Staaten mit dem Fiskalpakt der Unternehmenslogik. Die inzwischen mantramäßig wiederholte Argumentationskette lautet: Unternehmensrenditen sind gut und schützenswert. Sie schaffen gute Lebensbedingungen. Der Staat hat für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen. Der Staat wird so zum Helfershelfer. In jedem neoliberalen Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften wird davon ausgegangen, dass es neben Staat und Unternehmen noch eine dritte Gruppe gibt: die nutzenmaximierenden Menschen. Der Nutzen aber ist ein komplexer Begriff und lässt sich nicht so einfach durch Geldeinheiten abbilden, wenngleich er gerade aus dieser Not erwachsend gelegentlich dem Einkommen gleichgesetzt wird. In Bezug auf den Nutzen ist die Kommunikationsmittelfunktion des Geldes begrenzt. Damit wird der ursprüngliche Sinn der Geldwirtschaft ins Gegenteil verkehrt, das Geld wird vom Mittel zum Zweck: Es geht nicht mehr darum, die Vorteilhaftigkeit von Geld und Krediten für reibungslose Transaktionen zu nutzen. Die Vorteilhaftigkeit von Geld und Kredit liegt auch darin, dass Investitionen ohne Eigenkapital getätigt werden können. Der Kredit macht es möglich, Vermögenshaltung und Investition zu trennen. So entstehen Schuldner-/Gläubiger_innen-Beziehungen. Wird die Kreditvergabe mechanistisch, d.h. durch bestimmte, sachlich nicht begründbare Kennziffern begrenzt, so wird die Geldwirtschaft in einem ganz wichtigen Punkt beschnitten und auf Machtspiele zwischen Schuldner_innen und Gläubiger_innen reduziert. Im steten Macht- und Umverteilungskampf zwischen Gläubiger_innen und Schuldner_innen hatte Griechenland in der ersten Runde, die immerhin viele Jahre anhielt, gewonnen. Inzwischen werden ganze Staaten marktwirtschaftlich bewertet. Nicht irgendwelche staatlichen oder supranationalen Bewertungsinstanzen setzen hier Signale – es sind privatwirtschaftlich aufgestellte Agenturen, die ihren Sitz fast alle im anglo-amerikanischen Raum haben. Sie entscheiden über die Risikoprämie, die zu zahlen ist. Die Macht dieser Rating-Agenturen kommt aus der Regulierung. Staatliche Regulierung hat sie zu wichtigen Instanzen werden lassen.

Für Griechenland und die anderen Krisenländer gilt: Der Staatshaushalt, aber auch die Unternehmen wurden zu Beginn des Jahrtausends kräftig durch die Zinskonvergenz entlastet. Seit der Finanzkrise hat sich dieser Effekt umgekehrt, jetzt führt die Zugehörigkeit zur Eurozone zu extremen Zusatzbelastungen. Das Pendel ist in die andere Richtung ausgeschlagen. Ein einfacher Exit oder Grexit würde in dieser Situation der hohen Zinslast keinem Land nutzen. Schulden bleiben Schulden – viel intelligenter ist es dagegen, ihre Bedienung über einen möglichst langen Zeitraum zu strecken. Das ist zwar kein Schuldenschnitt, kommt diesem aber in den wichtigsten Aspekten sehr nahe. Zwar wäre ein Schuldenschnitt, wie ihn ursprünglich auch der IWF vorgeschlagen

hatte, sowohl ökonomisch wie politisch vorteilhafter. Angesichts der Festlegung der EU gegen einen solchen ‚hair cut' erscheint derzeit eine Schuldenstreckung und die damit verbundene Entlastung beim Schuldendienst aber als einzig realistische Option. Ein Grexit verbunden mit der Einführung einer eigenen Währung kann diesen Effekt nicht generieren. Die Idee der Schuldenstreckung ist nichts anderes als eine Solidaritätserklärung der Gläubiger_innen mit dem Land. Sie ist für beide Seiten rational. Denn ein einfacher Blick auf die Spieltheorie zeigt, dass Schuldner_innen und Gläubiger_innen in einem komplexen wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Im Falle eines Grexits würde dieses Spannungsverhältnis neu definiert – die Risikoprämie, die zu zahlen wäre, wäre mit Sicherheit hoch. Dazu käme nach der Einführung einer eigenen Währung ein nicht unerhebliches Wechselkursrisiko, welches die Finanzierungskosten weiter in die Höhe treiben würde. Ein Grexit ist also gerade in der aktuellen Lage keine sinnvolle Option.

Ursachen der griechischen Krise nicht bekämpft

Die Ursachen der griechischen Krise liegen zu einem erheblichen Teil in Strukturen und institutionellen Rahmenbedingungen der EU und der Eurozone. Kürzungsprogramme bei den öffentlichen Haushalten wie sie vielfach vorgeschlagen werden, sind nicht aus sich heraus zielführend, wenn es um die Veränderung von Rahmenbedingungen geht. Inzwischen ist klar, dass ein erheblicher Teil der aktuellen wirtschaftlichen Probleme des Landes gerade auf die verordneten Kürzungsprogramme in Kombination mit den strukturellen und institutionellen Schwächen zurückgeht. Denn so lässt sich die Investitionstätigkeit nicht anregen. Stattdessen greift Verunsicherung um sich.

Eine wesentliche und unstrittige Aufgabe des Staates in einer renditeorientierten Geldwirtschaft ist es, Rahmenbedingungen zur Renditeerwirtschaftung zu schaffen. Die dahinter stehende Logik ist einfach. Die eigentlichen Zielfunktionen des Staates – etwa Lebensqualität für alle, Marktversagen verhindern – sind wenig konkret und nicht auf Zahlen und damit auf Geld abbildbar. Abbildbar auf Geldeinheiten sind die Einnahmen, Ausgaben, Defizite und Schuldenstände und eben Renditen. Bis heute wird dabei von einem vereinfachten Wirkungsmechanismus ausgegangen: Je höher die Renditen, desto höher die Einkommen und desto besser die Lebensqualität.

Ein zentrales Problem, das bislang in keinem europäischen Land grundlegend und nachhaltig angegangen worden ist, ist die stabilitätsorientierte Organisation des Banken- und Finanzsektors. Während der internationalen Finanzkrise war deutlich geworden, dass gerade die fehlende europäische Finanzmarktarchitektur zur Destabilisierung der Eurozone beigetragen hat. Auch der Internationale Währungsfonds kommt zu dem Ergebnis, dass beispielsweise in Griechenland geldpolitische Impulse der EZB einen wesentlich geringeren Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben als in anderen Län-

dern der Eurozone.[6] Letztendlich geht bei all diesen Krisen um Verteilungskämpfe. Es treten Schuldner_innen gegen Gläubiger_innen an. Ist ein Verteilungskampf zwischen Finanzsektor und Staat. Die anhaltende Krise ist auch eine Umverteilung von unten nach oben.

Diese Umverteilungskrisen haben ihre Ursache in der renditeorientierten Geldwirtschaft. Sie sind nicht spezifisch für Griechenland oder andere Staaten; spezifisch und von den nationalen Spielregeln abhängig ist dagegen die Schärfe, mit der diese Umverteilung stattfindet. Der inzwischen hohe Schuldenstand des griechischen Staates geht zu einem erheblichen Teil auf Verteilungskämpfe etwa zwischen Banken und Staat zurück. Es ist davon auszugehen, dass der Schuldenstand des Staats 2018 die 200-Prozent-Marke in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt überschreitet. In einem solchem Setting ist es unverständlich, dass Kapitalflucht über einen langen Zeitraum nicht oder nicht ausreichend geahndet wurde.

Ausblick

Die Zukunft ist immer ungewiss. Trotzdem scheint heute klar, dass die Zukunft der Eurozone entscheidend davon abhängen wird, wie die anstehenden Verteilungskonflikte gelöst werden. Die Entwicklungen in Griechenland und ein theoretisch möglicher Grexit sind nur Symptome eines überforderten Systems. Im Kern wird in Europa um die Bedeutung zweier grundlegenden Entscheidungsmechanismen gerungen. Griechenlandkrise, Bankenkrise und auch die so genannte Flüchtlingskrise sind Zeichen eines umfassenden, hemmungslosen Verteilungskampfes. Bei aller Verschiedenheit der einzelnen Krisen haben diese vieles gemeinsam. Es steht Wettbewerb gegen Solidarität.

---

6 IMF, A Financial Conditions Index for Greece, 2015.

Christian Fuchs

Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit

Die globale Produktion digitaler Hard- und Software[1] (Teil II)

Arbeit in der indischen Software-Industrie

Nach der Ermordung Indira Ghandis 1984 übernahm Rajiv Ghandi den Posten des indischen Premierministers und ließ auf den Techno-Nationalismus seiner Vorgängerin eine Politik folgen, die auf die Deregulierung der Computerindustrie setzte, die Attraktivität des Landes für fremdes Kapital steigern sollte und sich auf den Export indischer IT-Produkte und Dienstleistungen konzentrierte (Chakravartty 2004; Upadhya & Vasavi 2008). In den Jahren 2000-2009 verstärkte sich diese Exportorientierung (Papola 2012; National Association of Software and Services Companies [NASSCOM], 2012). 2010 machten Dienstleistungen im Softwarebereich 54,4 Prozent aller indischen Dienstleistungsexporte aus (Ministry of Finance 2011: 166). Ein Jahr später stieg der Anteil auf 58 Prozent (NASCOMM 2012). Auch wenn die indische Softwareindustrie eine der höchsten Wachstumsraten aufweist und einen großen Teil des Exportaufkommens ausmacht, waren dort 2009 nur ca. 0,5 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung beschäftigt. 2012 waren es nur 0,1 Prozent mehr (NASSCOM 2012; Papola 2012). Indien ist nach China in Bezug auf die Einwohnerzahl das zweitgrößte Land der Welt und ist wegen seiner schieren Größe attraktiv für die Auslagerung von IT-Dienstleistungen westlicher Konzerne. Deren Ziel ist dabei die Steigerung der Profitraten durch die Möglichkeit, Lohnkosten generell senken zu können. Während der Beschäftigungseffekt – wie gezeigt – insgesamt nur moderat ist, lag der Anteil des Softwaresektor am indischen Bruttoinlandprodukt 2012 bei 7,5 Prozent (NASCOMM 2012).

Für D'Costa (2002) ist die Entstehung der indischen Softwareindustrie Teil eines ungleichen Entwicklungsmusters, das Gewinner und Verlierer produziert, indem es manche Regionen und Städte auf Kosten anderer aufblühen lässt. Die Studie Illavarasans (2007) kommt zu dem Schluss, dass unter den IT-Arbeitskräften ein großes Gefälle zwischen Stadt und Land bzw. den Ge-

---

[1] Zweiter Teil der Übersetzung von: Christian Fuchs, Theorising and analysing digitial labour: From global value chains to modes of production, in: *The Political Economy of Communication* 1 (2) 2013: 3-27. http://www.polecom.org/index.php/polecom/article/view/19. Teil I dieses Beitrags erschien in Z 103 (September 2015), S. 85-108. In ihm legte der Autor seine Ansicht vom Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise und dem Konzept der neuen internationalen Arbeitsteilung dar und berichtete über Formen der Sklaverei bei der Gewinnung von Metallen für die Herstellung von Waren der Informations- und Kommunikationstechnik in Bergbaubetrieben verschiedener afrikanischer Länder sowie die Arbeitsverhältnisse bei der Endmontage von IuK-Technik-Produkten bei dem taiwanesischen Foxconn-Konzern in China. (Redaktionell geringfügig gekürzt. Übersetzung aus dem Englischen: Sebastian Chwala und Alan Ruben van Keeken. Anm. der Red.)

schlechtern besteht und dass dies zur ungleichen Entwicklung in ganz Indien beiträgt. In einer Umfrage (Comander u.a. 2008) wurden 225 indische und 60 US-amerikanische Softwarefirmen untersucht. Die durchschnittlichen Löhne der indischen Firmen machten gerade 9,6 Prozent der US-amerikanischen aus. Folgerichtig sind „der wichtigste Grund für eine Wahl Indiens als Standort der Ausgliederung einer Produktion aus einem Industrieland die niedrigeren Arbeitskosten." (Dossani & Kenney 2007: 777).

Eine weitere Umfrage von Ilavarasan (2007) umfasste 62 Interviews in zwei großen indischen Softwarefirmen. Die Studie fand heraus, dass die meisten Beschäftigten flexible Arbeitszeiten hatten und oft auch in der Nacht vor den Rechnern saßen. So arbeiteten 56 Prozent laut Auskunft auch an Feiertagen, 86 Prozent teilten mit, dass ihre Überstunden nicht bezahlt würden. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit betrüge weit mehr als jene 40 Stunden, die formal in den Arbeitsverträgen festgelegt seien. Indische IT-Angestellte sind daher „High-Tech-Nomaden" (Upadhya & Vasavi 2008: 20). Das Phänomen des „globalen Körpereinkaufs" stellt eine „spezifisch indische Praxis dar, wobei eine indisch geführte Beratungsfirma (der Körper-Shop) überall in der Welt IT-Angestellte rekrutiert, meistens aber in Indien, die dann als projektbasierte Arbeitskräfte an verschiedene Klienten vermittelt werden (Biao 2007: 4; siehe auch: Aneesh 2006). Zudem unterstützen indische IT-Arbeiter/innen den nächtlichen technischen Support US-amerikanischer Firmen, da es in Indien zu dieser Zeit Tag ist (Aneesh 2006).

Die indische Strategie besteht laut Arundhati Roy (2003: 2) darin, ein neoliberales Programm der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung durchzuführen. In diesem Kontext betont sie, Indien sei „im Moment im Fokus des unternehmerischen Globalisierungsprojekts [...] Kapitalisierung und Privatisierung werden durch die indische Regierung und die gesellschaftliche Elite begrüßt". Innerhalb dieser neoliberalen Strategie hat die Software-Industrie eine ökonomische Schlüsselrolle eingenommen. Infolgedessen hat ihre Deregulierung, Export-Orientierung und Offenheit für ausländische Kapitalinvestitionen eine spezifische Form der Akkumulation in Indien hervorgebracht.

Lenin charakterisierte den Kapitalexport als einen wichtigen Baustein des Imperialismus. „Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von *Kapital* kennzeichnend geworden." (Lenin, 1917/1960: 244). Das Ziel in diesem Fall wäre eine höhere Profitrate, die dadurch erzielt wird, dass Kapital in Länder exportiert wird, wo es „wenig Kapital" gibt, wo „die Bodenpreise ... verhältnismäßig nicht hoch", aber „die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig" sind (Lenin 1917/1960: 245). Die Arbeitskraft in Ländern mit hoher Ausbeutungsrate zu nutzen, kann durch militärische Mittel (Annexion eines Landes) erreicht werden. Für David Harvey (2003) stellt sich der moderne, neue Imperialismus als Akkumulation durch Enteignung dar. In der indischen Softwareindustrie ist dies in eine spezifisch ökonomische Erscheinung gekleidet, wobei das Kapital die Industrie kontrolliert und im internationalen Vergleich niedrige Löhne zahlt (was durch die Deregulierung des

Sektors noch unterstützt wird). Dieses Arrangement erzeugt hohe Renditen, da die Löhne indischer Software-Entwickler deutlich unter denen ihrer US-amerikanischen Kolleg/inn/en liegen. Westliche Konzerne können ihre Profite steigern, indem sie die Softwareentwicklung nach Indien auslagern oder zeitweise Inderinnen und Inder in den USA oder anderen Ländern anstellen. Der Großteil des Werts, der durch die indische Softwareentwicklung geschaffen wird, verbleibt nicht im Land und kann so keinen Nutzen für die Allgemeinheit entfalten. Stattdessen eignen sich westliche Unternehmen diesen Wert an. Westliches Kapital verkauft Software, die auf der Enteignung von Wert basiert, der von indischen Software-Entwicklern geschaffen wurde, was ab einer gewissen Größenordnung zu sehr hohen Ausbeutungsraten führt. Die indische Software-Industrie ist Teil einer internationalen digitalen Arbeitsteilung (IDAT), geformt durch einen neuen Imperialismus, der eine solch hohe Ausbeutungsrate benötigt, um diese Werte von Indien in westliche Länder zu exportieren. Im Ergebnis führt das zu einer ungleichen Entwicklung in der IT-Industrie im globalen Maßstab und der Schaffung und Verstärkung solcher Disparitäten in Indien selbst. Schon Marx schrieb über Indien: „Die Aristokratie wollte es erobern, die Plutokratie ausplündern, die Millokratie verschleudern." (MEW 9: 222) Heutige Formen des Neoimperialismus basieren immer noch auf der Ausbeutung von Kolonien. Das westliche Kapital fungiert dabei als Klasse, die Indien und andere Länder des globalen Südens ausraubt. Dieser Raubzug findet in einer spezifischen Form statt: Die indische Software-Industrie dient als strategische Branche in der neuen imperialistischen IDAT. So wie Marx 1853 schrieb „ernten" die meisten Inder nicht „die Früchte der neuen [Informations-]Gesellschaftselemente" (MEW 9: 224).

Arbeit in Call Centern

Das Global Call Center Projekt (http://www.ilr.cornell.edu/globalcallcenter) ist ein Forschungsnetzwerk, das in über 20 Ländern die Arbeit in Call Centern untersucht hat. Die Umfrage erreichte die Arbeiter/innen aus 2.500 Callcenter in 17 Ländern. Frauen machten dabei rund 69 Prozent aus (Holmann u.a. 2007). In sozialpartnerschaftlich organisierten Volkswirtschaften betrug das durchschnittliche Jahresgehalt eines Call Center Mitarbeiters 23,599 US$, in liberalen US$ 32,925 und in industrialisierenden Ländern US$ 19,105. Die Rate der Kündigungen und Neueinstellungen lag im Durchschnitt bei 20 Prozent. Call Center machen in außerordentlichem Maße Gebrauch von Überwachungsmethoden, sei es in der Form von Telefonüberwachung oder sei es durch die Nutzung spezieller Software, um die Effizienz ihrer Mitarbeiter zu überprüfen (Holman u.a. 2007: 9–10). Die Studie ergab, dass 39 Prozent der analysierten Call-Center Jobs von niedriger oder sehr niedriger Qualität sind, verbunden mit sehr geringem Datenschutz und einer hohen Dichte an leistungsbewertenden Maßnahmen. Das bedeutet im Detail: 36 Prozent der Angestellten haben sehr schlechte Jobs, 67 Prozent müssen sich mit schlechten bis sehr schlechten Stellen herumschlagen und nur 14 Prozent werden in hoch bis sehr hoch qualitativen Arbeitsplätzen eingesetzt. Generell lässt sich sagen,

dass das Global Call Center Projekt einen hohen Grad der Standardisierung von Call Center Jobs feststellen konnte: Überall fanden sich die Überwachungsinstanzen der individuellen Leistung, niedrige Niveaus des Einflusses der Mitarbeiter auf Entscheidungen im Arbeitsprozess, eine niedrige Qualität der Jobs und eine hohe Rate weiblicher Beschäftigung.

Zillah Eisenstein (1979) argumentiert, dass die patriarchale Arbeitsteilung im Kapitalismus Frauen fünf Typen von Arbeit zuweist: Arbeit in der Reproduktion, der Erziehung, dem Haushalt, der Sexarbeit und der Organisation des Konsums (33). An der Call Center Arbeit lässt sich zeigen, dass die patriarchale Arbeitsteilung vom eigenen Zuhause bis an den kapitalistischen Arbeitsplatz reicht. In den eigenen vier Wänden sind Frauen dazu verdammt, sich der biologischen Reproduktion und der Erziehung der (Klein-)Kinder zu widmen. Die gleiche patriarchale Ideologie, die von den Frauen verlangt, in der Familie liebevoll zu ihren Kindern und dabei freundlich und sozial aktiv zu sein, prägt auch die formalen Anforderungen an die Arbeit im Call-Center, indem hier die gleichen Verhaltensweisen – nun gegenüber den Kunden am anderen Ende der Leitung – verlangt werden. Darüber hinaus wird die Forderung an die Frauen, zuhause beständig Ordnung zu halten, im Call-Center reproduziert. Dort ist den Frauen die Rolle zugedacht, die Kundendatenbank ordentlich zu führen, so dass diese weiterhin die angebotenen Waren kaufen. Im Haushalt weist das Patriarchat den Frauen die Rolle der Organisation des familiären Konsums zu – dazu gehören zum Beispiel das Einkaufen und Vorbereiten des Essens und die Sorgsamkeit darüber, welche neuen Produkte das familiäre Miteinander verbessern könnten. Ähnlich im Call-Center: Dort sind die Angestellten auch mit der Aufgabe der Organisation des Konsums betraut, indem sie auf die Wünsche der Kunden eingehen, ihnen Hilfe angedeihen lassen und ihnen beim Lösen von Problemen im Zusammenhang mit ihrem Konsum bzw. dem Verbessern der Konsumerfahrung stets zur Seite zu stehen haben. Zu guter Letzt erfährt Sexarbeit ihre Reproduktion im Call Center. Eine Frau am anderen Ende der Leitung zu haben, spekuliert auf die sexuelle Begierde gerade männlicher Anrufer. Ähnlich bezahlten Telefonsexangeboten haben Call Center Arbeiterinnen die Aufgabe, sexuelle Anziehungskraft zu versprühen. Weibliche Call-Center Angestellte werden Dienstleistungen und Produkte an Männer einfacher verkaufen können, wenn diese sich implizit an die sexuellen Konnotationen weiblicher Stimmen am Telefon erinnert fühlen. Alle fünf Typen von Hausarbeit, die Eisenstein identifiziert – Reproduktion, Kindeserziehung, Haushalt, Sexualität und Organisation des Konsums – werden in Call Centern reproduziert. Es ist daher kein Wunder, dass die Mehrheit der Angestellten in Call Centern weiblich ist. Der Kapitalismus nutzt die patriarchalen Vorurteile über Frauen, die als soziale, mitfühlende, emotionale, sexuell attraktive, beziehungsstarke und kommunikative Menschen betrachtet werden, um prekäre Arbeitsbedingungen zu konstituieren. In Call-Centern, so wie zuhause, werden die „biologischen Unterschiede Mann/Frau" ideologisch benutzt, um „soziale Rollen abzustecken und individuelle Macht auszuüben" (Eisenstein 1979: 17). Und der soziale Ort der Angestellten „als bezahlte Arbeiterin ist definiert unter den Bedingungen des Frau-seins" (Eisenstein 1979: 30).

Wie bei der Hausarbeit beruht die Arbeit in Call-Centern auf der temporären Verfügbarkeit und Flexibilität der Arbeiterinnen, die von anderen aufoktroyiert wird. Haushälterinnen haben oft über 24 Stunden für Kinder und die Familie zur Verfügung zu stehen. Call-Center haben meist 24 Stunden geöffnet, was von der ideellen Gesamt-Call-Center-Arbeiterin verlangt, rund um die Uhr verfügbar zu sein. Das kann Probleme für Gesundheit und das Familienleben mit sich bringen. Die Arbeit einer Call-Center-Angestellten (unsicher, prekär, stressig und gleichförmig) verlangt räumlich-zeitliche Flexibilität, die durch die Bedürfnisse des Kapitals bestimmt wird. Dies ist zur Blaupause einer ganzen Ökonomie von unsicherer Arbeit geworden, die vor allem Leben und Arbeit der jüngeren Generationen betrifft. Die Arbeitskosten durch Teilzeitarbeit zu senken stellt eine Form absoluter Mehrwertproduktion dar – der Teil des Tages, der Mehrwert und damit Profit schafft, wird verlängert. Ideologie wiederum definiert Frauen als „arbeitende Mütter", um für sie einen geringeren Lohn als für Männer zu rechtfertigen.

Die Arbeit in Call-Centern wird streng überwacht und standardisiert. Es handelt sich um eine Art tayloristisch organisierter Informationsarbeit, einer Art Grauzone zwischen Industrie- und Büroarbeit. Die Standardisierung und Überwachung am Arbeitsplatz, die begleitet wird von Prekarisierung, welche die Arbeiter unter sozialen Druck setzt, gehört zu den Methoden der relativen Mehrwertproduktion. Die konstante Kontrolle und der Druck zielen darauf, die Arbeiter/innen dazu zu bringen, Körper und Geist mehr Disziplin angedeihen zu lassen, sodass sie effektiver arbeiten. Sie werden mehr Kunden in kürzerer Zeit abarbeiten und die Produktivität steigern. Call Center Arbeit wird charakterisiert durch die formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Die Methoden der absoluten Mehrwertproduktion (die Arbeitskosten zurückstutzen) und der relativen Mehrwertproduktion (Standardisierung, Überwachung, Grauzone zwischen Industrie- und Büroarbeit) werden für die Ausweitung der Kapitalakkumulation nutzbar gemacht.

Software-Entwicklung bei Google. Das Silicon Valley der Albträume

Das Silicon Valley liegt im Santa Clara Valley, südlich von San Fransisco. 2011 waren dort die durchschnittlichen Löhne der Angestellten im Softwarebereich zweifach über dem Durchschnitt in den USA. Im Bereich des Internet-Publishings und der Web-Portale lagen sie sogar 5,6 mal so hoch.

Wie sehen die Arbeitsbedingungen in der Wissensökonomie, wie beispielsweise der Softwareprogrammierung, aus? Um diese Frage zu beantworten, lohnt ein Blick auf eine der bekanntesten Firmen im Valley – Google. 2014 machte der Konzern, der seit 2015 ALPHABET heißt, Profite in der Höhe von 14,4 Milliarden Dollar, ein Spitzenwert seit der Gründung 1998.

Für diesen Artikel habe ich Bewerbungsgespräche mit Google analysiert, die

in ihrer Beschreibung das Stichwort „Software" enthielten. Bei Glassdoor[2] ergab diese Suchanfrage 307 Einträge, die zwischen dem 5. Februar 2008 und dem 15. Dezember 2012 erstellt wurden. Zusätzlich untersuchte ich einen Thread auf Reddit[3], auf dem Menschen anonym dazu aufgefordert wurden, über die Arbeitsbedingungen bei Google zu berichten. Ich suchte nach und analysierte Einträge, in denen Angestellte über Themen wie die Arbeitszeit berichteten. Dies resultierte in einer Stichprobe aus 75 Einträgen, 10 aus dem Reddit-Thread und 65 von Glassdoor. In 58 dieser Posts wurden negative Aspekte einer Anstellung bei Google angeführt. Gemeinsam war diesen 58 Einträgen die Klage über zu lange Arbeitszeiten und die nachhaltige Störung der „Work-Life-Balance". Aus der Analyse ergibt sich folgendes Bild: Menschen, die bei Google arbeiten, tendieren dazu, Überstunden zu machen und sie haben das Gefühl, dass die „schöne neue Arbeitswelt" mit kostenlosem Essen, Sportangeboten, Restaurants, Cafés, Events, „Tech-Talks" und anderem „Zuckerbrot" die Beschäftigten dazu animiert, länger zu bleiben. Trotzdem sind Überstunden nicht Teil der offiziellen oder geäußerten „Erwartungshaltung" des Managements. Viel eher fungieren sie als fester Bestandteil der Unternehmenskultur, sodass auf den Beschäftigten oftmals ein enormer Gruppenzwang lastet, länger zu arbeiten.

Im frühen Kapitalismus, wie ihn Marx im ersten Band des „Kapital" (MEW 23) beschreibt, wurde die Verlängerung des Arbeitstages durch Kontrolle, Überwachung, Disziplinarmaßnahmen und Gesetze erreicht. Das ging nur zum Preis eines verschärften Klassenkampfes, der zur Reduzierung der Arbeitsstunden führte. Ersteres macht Google nicht anders: Der Konzern versucht, die Mehrwertproduktion durch die Ausdehnung des Arbeitstages zu steigern. Allerdings verfolgt der Internetriese einen anderen Ansatz: Der Zwang ist ein ideologischer und sozialer. Es gibt eine Unternehmensphilosophie und -strategie, die Spaß, „playbour" (Kofferwort aus Spiel [Play] und Arbeit [Labour]), Dienstleistungen für Angestellte und Gruppenzwang betont. Im Ergebnis tendieren die durchschnittliche Gesamtarbeitszeit und die unbezahlten Zusatzstunden per Beschäftigten nach oben. Marx würde diesen Fall als spezifische Methode für die absolute und relative Mehrwertproduktion anführen, in welcher die Produktivität und die Arbeitsintensität konstant bleiben, während die Länge des Arbeitstages variabel ist (MEW 23: 548-549).

Im Vergleich zur kalifornischen Halbleiter-Verarbeitung, in der man 2012 im Durchschnitt 36.584 $ verdiente, lag das Gehalt der Softwareentwickler bei Google mit 112.915 $ 3,1 mal so hoch. Im gleichen Jahr verdiente ein kalifor-

---

2 Eine Plattform, auf der Angestellte und ehemalige Angestellte die Unternehmen, für die sie arbeiten, begutachten.

3 Bei Reddit handelt es sich laut Selbstbeschreibung um die „frontpage of the internet". Im Grunde genommen werden auf dieser unglaublich häufig frequentierten Seite Links und Inhalte zwischen Nutzer/innen im Forumsformat geteilt, die durch „upvoting", also ein Punktesystem, das die Beiträge aktuell und sichtbar hält, oftmals virale, die Medien erreichende Hypes produzieren. Ein regelmäßiges Event auf diesen Seiten ist ein AMA, ein Ask me anything, in dem sich verschiedene Experten für einige Stunden im Forum den Fragen der Nutzer/innen stellen.

nischer Monteur von elektronischem Equipment durchschnittlich 33.179 $. Im Durchschnitt war das Google-Gehalt also 3,4 mal höher (Quelle:glassdoor.com, Januar 13, 2013). Diese Zahlen belegen deutlich die Spreizung der Gehälter innerhalb der IT-Industrie zwischen Monteur/inn/en und Softwareentwickler/inne/n. Eine weitere Ungleichheit ergibt sich zwischen den Fließbandarbeiter/inne/n auf der einen und den Professionellen (besonders den Managern) auf der anderen Seite (Benner 2002; Carnoy u.a., 1997). Weiße stellen in Silicon Valley den Großteil der administrativen Kräfte, Manager und Experten, während die an- und ungelernten Arbeitskräfte sich vornehmlich aus hispanischen und asiatischen Arbeiter/inne/n zusammensetzen. Pellow und Sunhee Park (2002) untersuchten die Arbeitsbedingungen in Silicon Valleys IKT-Industrie. Ihre Untersuchung zeigte, dass der Reichtum der Industrie und ihrer Profiteure mit der „überbordenden Ausnutzung undokumentierter und dokumentierter Personen durch die Arbeitgeber" in Zusammenhang steht (Pellow and Sun-hee Park 2002: 6). Darüber hinaus sind Arbeitsplätze, an denen mit giftigen Substanzen gearbeitet wird, hauptsächlich mit nicht-weißen Frauen besetzt, die sich durch die Verseuchung von Trinkwasser, Boden und Luft an ihrem Arbeitsplatz erhöhten Gefahren von Krebs, Atemwegserkrankungen sowie Fehlgeburten und Geburtsfehlern ausgesetzt sahen.

Wie ausgeführt besteht ein großer Unterschied zwischen den Gehältern von Monteur/inn/en und Softwareentwickler/inne/n in der IKT-Industrie. Beide Arten von Arbeit werden ausgebeutet und sind notwendig für die Akkumulation von Kapital. Software-Entwickler/innen bei Google (und anderen Unternehmen) sind dabei das, was Engels einst als „Arbeiteraristokratie" bezeichnete. In einem Artikel über die Arbeitsbedingungen im Jahr 1885 schrieb Engels (MEW 22: 274): „Aber was die große Masse der Arbeiter betrifft, so steht das Niveau des Elends und der Existenzunsicherheit für sie heute ebenso niedrig, wenn nicht niedriger als je". Er beobachtete jedoch auch eine „Aristokratie in der Arbeiterklasse" (Maschinenschlosser, Zimmerleute, Schreiner, Bauarbeiter), deren Mitglieder „es fertiggebracht" haben, „sich eine verhältnismäßig komfortable Lage zu erzwingen" (MEW 22: 274). Auch Lenin (1921/1960: 198) schrieb, ausgehend von Engels Gedanken von einer solchen Aristokratie, von „verbürgerten Arbeitern", „die in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert" sind. Diese Arbeiter würden als „wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung*" wahrgenommen, als „Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class)". Google-Mitarbeiter verdienen mehr und genießen mehr Privilegien als ihre Pendants in der IKT-Montage. Das bedeutet auch, dass es weniger wahrscheinlich wird, dass sie sich zur Wehr setzen. Typisch für die Arbeiteraristokratie, schreibt Engels: „...sie sind in der Tat sehr nette, traktable Leute für jeden verständigen Kapitalisten im besondern und für die Kapitalistenklasse im allgemeinen" (MEW 22: 274).

Slavoj Žižek (2012) beschreibt die soziale Basis der Occupy-Aktivist/inn/en unzutreffend als angestellte Bourgeoisie, die sich aus „privilegierten Arbeitern mit garantierten Jobs" zusammensetze und von „der Angst um den Verlust ih-

res Mehrwert-Lohns" beseelt seien (Žižek 2012: 12). Was er in diesen Zeilen tatsächlich beschrieb waren die Professionellen bei Google, im Vergleich zu den Arbeitern in der Hardware-Montage. Marx begründete die Kategorie des Surplus-Lohns in den *Grundrissen*, wo er Produktionsbedingungen beschreibt, in denen durch eine hohe Nachfrage in einer bestimmten Industrie die Möglichkeit entsteht, dass gewisse Arbeiter einen „Surplusarbeitslohn" erhalten, der einen kleinen Anteil am Mehrwert repräsentiert (MEW 42: 351). Wenn die IKT-Industrie als eine kombinierte Industrie und ihre Profite ebenso als zusammengesetzte Profite angesehen werden, bedeutet das für die höher bezahlten Wissensarbeiter/innen, dass sie ein Gehalt beziehen, das um einen bestimmten Mehrwertteil höher liegt im Vergleich zu den Löhnen der schlecht bezahlten IKT-Arbeiter/inn/en. Dieser relative Extralohn wird allerdings teuer bezahlt: Mit Überstunden, hohem Stress, einer hohen Personalfluktuation, einer schlechten Work-Life-Balance und der Tendenz, kein Leben außerhalb der Firma mehr zu haben. Softwareentwickler/innen bei Google sind für diese Art von Wissensarbeiteraristokratie das Paradebeispiel.

Der Begriff „Arbeiteraristokratie" muss eher objektiv als subjektiv verstanden werden. Die Wissensarbeiter/innen von Google haben relative Surplus-Löhne im Vergleich zu den Arbeiter/inne/n in der Hardware-Montage. Ob dieser Status sich in einem bürgerlichen Bewusstsein niederschlägt, das dem von Manager/inne/n und Eigentümer/inne/n ähnelt, müsste empirisch eruiert werden. Google und ähnliche IT-Riesen erheben einen fast totalen Anspruch auf die Arbeitszeit ihrer Angestellten. Sie zahlen relativ hohe Löhne als Anreiz, um viele unbezahlte Arbeitsstunden ausbeuten zu können. Dies zeigt die internen Widersprüche der globalen Arbeiterklasse. Nick Dyer-Witheford und Greig de Peuter (2009) haben diese Widersprüche in der Computerspielindustrie analysiert. Deren Existenz hängt von der Arbeit von Spiele-Entwickler/inne/n, Tester/inne/n, sogenannten „Goldgräber/inne/n" (Gold Farmers) in China, Coltan-Bergleuten in Afrika und Elektroschrottsammler/inne/n ab.

Marx (MEW 23) argumentiert im „Kapital", dass der Exploitationsgrad der Arbeit durch das Verhältnis E = Profite/Löhne berechnet werden kann (Kapitel 7 und 16). Daraus folgt nicht, dass Softwareentwickler/innen höhere Löhne erhalten, weil sie weniger ausgebeutet werden. Die Rate der Ausbeutung hängt nicht nur vom Lohnniveau, sondern auch von der Höhe der Profite ab.

Das Silicon Valley ist das Tal der Träume für die Klasse, welche die Profite in den IKT-Industrie abpresst, es ist das Tal des Todes für die Arbeiter/innen in der Hardware-Montage und das Tal des Stresses für die Arbeiteraristokratie. Die gesellschaftliche Geographie dieses Tales ist eine von Ungleichheit, Tod, Stress und der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen. Dies ist die Basis der kapitalistischen IKT-Industrie und ihrer Profite.

Digitale Arbeit und Online-Prosumption

Soziale Medien, die Konzernen gehören (Facebook, Youtube, Twitter, Weibo, Blogspot, Linkedln, usw.) nutzen alle ein Geschäftsmodell, dessen Grundlage

die Verwandlung von Nutzerdaten (Inhalte, Profile, soziale Netzwerke und Onlineverhalten) in Ware ist. Waren entstehen durch Produzenten, sonst könnten sich nicht existieren. Da es sich bei diesen Internetwaren um Daten handelt, muss der Prozess der Erzeugung dieser Daten als mehrwertschaffende Arbeit angesehen werden. Diese Art der Internetnutzung kann als produktive Konsumtion oder als Prosumption betrachtet werden, da sie Wert schöpft und Waren erzeugt. Dallas Smythes (1977) Konzept der Publikumsware, das annimmt, dass bei werbefinanzierten Medien die Aufmerksamkeit des Publikums als Ware verkauft wird, wurde wieder mit Leben erfüllt und zum Konzept der Datenware bei der Internetprosumption weiterentwickelt (für eine detaillierte Diskussion der Aktualität von Smythes Arbeit siehe Fuchs 2014, Kapitel 4). Digitale Arbeit auf sozialen Medien schafft den Warencharakter der internetbasierten Prosumption. Diese Datenwaren werden von Internetplattformen an Werbekunden verkauft. Diese bieten im Gegenzug auf die Nutzer/innen zugeschnittene Werbung an.

Digitale Arbeit auf „sozialen Medien" ähnelt der Hausarbeit, da keine Löhne gezahlt werden, sie außerhalb der Lohnarbeit stattfindet, keine gewerkschaftliche Vertretung vorhanden ist und es schwierig ist, sie als überhaupt als Arbeit wahrzunehmen. Wie bei der Hausarbeit werden Kosten externalisiert oder exterritorialisiert, die sonst von den Kapitalisten abzudecken gewesen wären (Mies 1986:110). Der Begriff „crowdsourcing" (Howe 2009) beschreibt genau jenen Ausgliederungsprozess, der dem Kapital hilft, Kosten zu sparen. Wie bei der Hausarbeit auch, ist die digitale Arbeit eine Quelle unkontrollierter, unbegrenzter Ausbeutung (Mies 1986:16). Sklaven werden mit allen Arten physischer Gewalt zur Arbeit gezwungen: Sie werden gefoltert, geschlagen oder getötet, wenn sie die Arbeit verweigern. Auch Hausarbeitende erleben Formen physischen Zwanges, so zum Beispiel durch häusliche Gewalt. Allerdings werden sie eher durch Emotionen, wie Liebe, Hingabe oder Verantwortung für die Familie, zur Arbeit gezwungen. Der größte Zwang innerhalb der patriarchalen Hausarbeit entsteht durch affektive Gefühle. Im Falle der digitalen Arbeiter ist der Zwang hauptsächlich sozialer Natur. Große Plattformen wie Facebook haben erfolgreich das Angebot an etlichen Online-Dienstleistungen – so etwa der sozialen Netzwerke im Internet – monopolisiert und haben mehr als eine Billion Nutzer. Dies erlaubt es ihnen, einen sanften und kaum sichtbaren sozialen Druck auszuüben, der Nutzer/innen an kommerzielle Plattformen kettet, da alle ihre Freunde und Freundinnen und wichtige Kontakte ebenfalls dort registriert sind und man diese nicht verlieren möchte. Logischerweise ist es deshalb nicht so einfach möglich, diese Plattformen zu verlassen. Sklavenarbeit, Hausarbeit und digitale Arbeit auf sozialen Medien sind unterschiedlicher Natur, vor allem, was die dabei angewendete Form der Gewalt betrifft. Dennoch haben sie gemeinsam, dass es sich um unbezahlte Formen der Arbeit handelt, die es dem Kapital ermöglicht, Kosten zu externalisieren, um Profite zu steigern.

Alle Arbeiter, die ausgebeutet werden, sind vom Produkt ihrer Arbeit entfremdet. In den sozialen Medien der Konzerne nimmt die Entfremdung eine spezifische Form an. Nutzer sind objektiv entfremdet, weil sie subjektiv in den Zu-

stand der Isolation und der sozialen Benachteiligung gezwungen werden, wenn sie die monopolkapitalistischen Plattformen (wie Facebook) verlassen. Ihre Beziehung zu den Arbeitsgegenständen ist durch die Unterordnung unter das Kapital gekennzeichnet. Auch die Arbeitsinstrumente, die Onlineplattformen, gehören nicht den Nutzer/inne/n, sondern privaten Unternehmen, die die Daten in Waren verwandeln. Ebenso wird das Ergebnis des Produktionsprozesses, der monetäre Profit, von individuellen Eigentümer/innen/n und Aktienhalter/inne/n der Plattform kontrolliert. Diese vier Formen der Entfremdung bilden zusammen die Grundlage für die Ausbeutungsstrategien von digitaler Arbeit in konzerngesteuerten sozialen Medien.

Sowohl kongolesische Bergarbeiter/innen, Foxconn-Arbeiter/innen, indische und kalifornische Softwareprogrammierer/innen, als auch Callcenter-Arbeitende und Prosument/innen/en der sozialen Medien sind alle deshalb als entfremdet zu bezeichnen, da sie weder in den Besitz der Profite noch der von ihnen hergestellten Produkte gelangen. Im Fall der Nutzer/innen der sozialen Medien ist die Situation dennoch etwas anders. Sie schaffen durch dieselbe digitale Arbeit zwei verschiedene Gebrauchswerte: Einen, der zur Kommunikation benötigt wird, und einen für die öffentliche Sichtbarkeit. Die Weiterentwicklung dieser unterschiedlichen Gebrauchswerte erhöht die Aussichten, dass die Nutzer/innen mit gezielter Werbung konfrontiert werden können. Wir können deshalb davon sprechen, dass in den sozialen Medien ein Doppelcharakter der Gebrauchswerte vorliegt. Auf der einen Seite produzieren die Nutzer/innen einen Gebrauchswert für sich selbst und andere. So schaffen sie eine soziale Beziehung zwischen Nutzer/inne/n und öffentliche Sichtbarkeit. Auf der anderen Seite schaffen sie Gebrauchswerte für das Kapital (z.B. Raum für die Werbeindustrie). Der Doppelcharakter der Gebrauchswerte macht Facebooks Produkte zu einer merkwürdigen Ware, die den sozialen Bedürfnissen der Nutzer und den kommerziellen Interessen der Werbenden nützt. Gleichzeitig wird der kommerzielle Gebrauchswert zuerst einmal von den konzerneigenen Plattformen kontrolliert. Sie ermöglichen den Tauschwertcharakter und die Kommodifizierung der Nutzerdaten. Es existiert auch eine spezifische soziale Form von Zwang. Eine kommerzielle Plattform zu verlassen ist nicht so einfach, wenn man dort viele „Kontakte" hat. Es besteht die Gefahr der kommunikativen Verarmung.

In der Welt der digitalen Arbeit ist der Fetischcharakter der Ware auf den Kopf gestellt. Wir können von einem umgekehrten Warenfetisch sprechen, der in den Produkten der sozialen Medien zum Ausdruck kommt. Der Warencharakter der Facebookdaten versteckt sich hinter dem sozialen Gebrauchswert von Facebook (z.B. den sozialen Kontakten und den Funktionen, die durch die Nutzung der Plattform ermöglicht werden). Dieser umgekehrte Fetischcharakter zeigt sich in Aussagen, wie „Facebook beutet mich nicht aus, da ich von den Kontaktmöglichkeiten, die es mir bietet, profitiere". Die objektive Stellung des Nutzers, die darin besteht, den Profitinteressen von Facebook zu dienen, ist hinter den Möglichkeiten der sozialen Vernetzung, die durch Facebook ermöglicht wird, verschleiert. Die Vorstellung aber, dass Facebook den Nutzer/inne/n nur in sozialer Hinsicht nützt, ist einseitig. Die so-

zialen Vorteile, die durch die Onlinebeziehungen und die Onlineöffentlichkeit auf Facebook geschaffen werden, bilden die Grundlage von Facebooks Tauschwert und Warenform. Der Facebook-Tauschwert wird durch den Gebrauchswert verschleiert. Auf der Objektebene ist Facebook gekennzeichnet durch die Beziehung zwischen Facebook, Werbekund/inn/en und Nutzer/inne/n. Die Austauschbeziehungen zwischen Facebook und Werbenden ist gebunden an die Werbebeziehungen zwischen Werbenden und Nutzer/inne/n. Beide Beziehungen lassen für Facebook und seine Kund/inn/en Profit entstehen. Die kommerziellen Beziehungen werden für die Nutzer/innen nicht unmittelbar deutlich, da diese hauptsächlich sich und die anderen Nutzer/innen wahrnehmen. Facebook profitiert also von diesem auf den Kopf gestellten Fetischcharakter, indem es sich als Vermittler von sozialen Beziehungen darstellt.

Schlussfolgerung

Wie nachgewiesen wurde, existiert also eine neue internationale Teilung der digitalen Arbeit (NITDA). Diese ist gekennzeichnet durch verschiedene präals auch originär-kapitalistische Produktionsweisen, die interagieren. Somit ist ein weltweites Netz der Ausbeutung entstanden, dass aus doppelt freier Lohnarbeit, unbezahlter „freier" Arbeit, prekärer Arbeit und Sklavenarbeit besteht und Profite für eine Vielzahl von Unternehmen der Informations- und Kommunikationsindustrie schafft. Die Stufen kapitalistischer Entwicklung und historischer Produktionsweisen und die Organisationsformen der Produktivkräfte sind nicht einfach aufeinander folgende Zeitperioden kapitalistischer Entwicklung. Sie stehen in einer dialektischen Beziehung. Der Kapitalismus hat die Sklaverei nicht aus der Welt geschafft. Die Sklaverei besteht als Lohnsklaverei fort, während gleichzeitig die antike und feudale Form der Sklaverei weiterhin anzutreffen ist. Wie das Beispiel der Sklaverei in der Bergbauindustrie zeigt, profitieren davon ganz direkt die westlichen Konzerne der Informations- und Kommunikationsindustrie.

Die früheste Form von Privateigentum entstand in der patriarchalen Familie. Die patriarchale Produktionsweise existiert heutzutage weiter. Sie findet zum Beispiel in der Form prekärer Arbeit in Call-Centern oder der unbezahlten Onlinearbeit der Nutzer/innen von Google, Facebook, Youtube, Twitter und Co. statt. Sie ist ebenso offensichtlich vorhanden in der totalüberwachten Callcenterbranche und den Fabriken der Informations- und Kommunikationsindustrie. Klassische und feudale Formen der Sklaverei, in denen Arbeiter/innen nicht doppelt frei, sondern das Eigentum von Sklavenbesitzern sind, die sie physisch drangsalieren und grenzenlos ausbeuten, wirken in der Bergbauindustrie, die die physische Grundlage der Kommunikations- und Informationsindustrie produziert, fort. Der Kapitalismus beruht nicht nur auf der Kapitalakkumulation, sondern auch auf der Arbeit, der unbezahlten und der doppelt freien Arbeit. Dies bedeutet, dass Menschen ihre Arbeitskraft, um nicht vor Hunger zu sterben, als Ware an Kapitalisten verkaufen. Diese Arbeiter werden vom Prozess und dem Produkt ihrer Arbeit entfremdet. Diese lässt ein spezifisches Verhältnis der Ausbeutung der Arbeitskraft entstehen. Die doppelt freie Arbeit nimmt ver-

schiedene Formen in der NITDA an. So gibt es jene Arbeiter, die unter Bedingungen werken, die den Zuständen der frühesten Phase des Industriekapitalismus ähneln. Diese Arbeiter sind in der Montage von IKT-Hardware beschäftigt und riskieren Gesundheit und Leben während der Arbeit. Sie sind am Arbeitsplatz massiver Kontrolle, Überwachung und Standardisierung ihrer Tätigkeiten unterworfen. Somit lebt auch die fordistisch-tayloristische Fabrik im Informationszeitalter fort. Auch die Beschäftigten der Callcenter sind einer Art tayloristischem Regime unterworfen. Ihre Arbeit ist aber nicht primär körperlich, sondern durch Kommunikation geprägt. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, zu reden, zu überzeugen, zu tippen, Telefonsysteme und Datenbanken zu benutzen. Die digitale Arbeit umfasst aber auch neue Formen von Arbeit, die mit hohen Löhnen vergütet werden (z.B. Googles IKT-Arbeiteraristokratie), die sich aber durch ein Übermaß an Stress und Arbeitsdruck auszeichnen.

Digitale Arbeit wurde in der Vergangenheit vor allem als Begriff verstanden, mit dem unbezahlte Arbeit von NutzerInnen der sozialen Medien beschrieben wurde (dazu: Scholz 2013). Dieser Artikel lässt uns berechtigterweise zu dem Schluss kommen, dass die Prosumption, die in den sozialen Medien stattfindet, nur eine Form von digitaler Arbeit ist, die mit anderen Formen verbunden ist. Alle gemeinsam ermöglichen ein globales Netzwerk der Ausbeutung, das die Existenz der digitalen Arbeit ermöglicht. Es ist Zeit, das Verständnis des Begriffes digitale Arbeit zu verbreitern, um alle Formen von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die für ihre Produktion, Ausbreitung und Nutzung der digitalen Medien notwendig sind, zu erfassen. Bei der digitalen Arbeit handelt es sich um ein doppeltes Verhältnis. Erstens, jenes zwischen Kapital und Arbeit. Zweitens, Verhältnisse innerhalb der neuen internationalen Arbeitsteilung (NIAT), die digitale Arbeit als Netzwerk der neuen internationalen Teilung der digitalen Arbeit (NITDA) organisieren. Die NITDA ist geprägt durch flexibel ausgestaltete Produktionsweisen und Organisationsformen der Produktivkräfte, die durch die Einbeziehung der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise stattfindet.

Um Arbeit und den digitalen Kapitalismus im 21. Jahrhundert zu verstehen, bedarf es aus mehreren Gründen einer auf Marx beruhenden politisch-ökonomischen Analyse (siehe Fuchs 2016 für eine kapitelweise organisierte Leseanleitung des „Kapital. Band 1" aus einer medien- und kommunikationswissenschaftlichen Perspektive). Marx sah den dynamischen und historischen Charakter des Kapitalismus, der sich verändert, um seine grundlegenden Ausbeutungsstrukturen beibehalten zu können. Marx betonte die Bedeutung der Technik und der Kommunikationsmittel im Kapitalismus und sagte die Entstehung des Informationskapitalismus als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte voraus. Er beschrieb die Globalisierungstendenz und den imperialistischen Charakter des Kapitalismus, der sich heute in der NITDA in einer spezifischen Weise äußert. Marx war nicht nur ein kritischer Theoretiker, sondern auch ein Alternativjournalist. Er betonte die Bedeutung sozialer Kämpfe für gesellschaftlichen Fortschritt. Wir brauchen Alternativen zum Kapitalismus und zur Ausbeutung der digitalen Arbeit und aller anderen Arbeitsformen. Dies kann nur durch gesellschaftliche Kämpfe erreicht werden, die eine alter-

native, demokratisch-sozialistische Gesellschaftsordnung anstreben. Als Teil solcher Kämpfe sollte auch der Kampf um nichtkapitalistische, alternative Medien, Software, Hardware und Internetplattformen angesehen werden.

Literatur

Aneesh A (2006) Virtual migration: The programming of globalization. Durham, NC.

Benner C (2002) Work in the new economy: Flexible labor markets in Silicon Valley. Malden, MA.

Biao X (2007) Global body shopping: An Indian labor system in the information technology industry. Princeton, NJ.

Carnoy M, Castells M und Benner C (1997) Labour markets and employment practices in the age of flexibility: A case study of Silicon Valley. International Labour Review 136(1): 27–48.

Chakravartty P (2004) Telecom, national development and the Indian state: A postcolonial critique. Media, Culture & Society 26(2): 227–249.

Commander S, Chanda R, Kangasniemi M und Winters LA (2008) The consequences of globalisation: India's software industry and cross-border labour mobility. The World Economy 31(2): 187–211.

D'Costa A (2002) Uneven and combined development: Understanding India's software exports. World Development 31(1): 211–226.

Dossani R und Kenney M (2007) The next wave of globalization: Relocating service provision to India. World Development 35(5): 772–791.

Dyer-Witheford N und de Peuter G (2009) Games of empire: Global capitalism and video games. Minneapolis, MN.

Eisenstein Z (1979) Developing a theory of capitalist patriarchy. In: Eisenstein Z (Ed) Capitalist patriarchy and the case for socialist feminism. New York, pp. 5–40.

Fuchs C (2014) Digital labour and Karl Marx. New York.

Fuchs C (2016) Reading Marx in the information age: A media and communication studies perspective on "Capital Volume 1". New York.

Harvey D (2003) Der „neue" Imperialismus. Hamburg.

Holman D, Batt R und Holtgrewe U (2007) The global call center report: International perspectives on management and employment. Report: The Global Call Center Project. http://www.ilr.cornell.edu/globalcallcenter/upload/GCC-Intl-Rept-UK-Version.pdf

Ilavarasan V (2007) Is Indian software workforce a case of uneven and combined development? Equal Opportunities International 26(8): 802–822.

Lenin W. I. (1917/1960) Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 189-309 (Erstveröffentlichung 1917)

Marx K und Engels F (1956-1990) Marx-Engels Werke (MEW). Berlin.

Mies M (1986) Patriarchy & accumulation on a world scale. London.

Ministry of Finance (2011) Economic survey 2009–2010. Report: Government of India, New Dehli, India. http://indiabudget.nic.in/es2009-10/esmain.htm

National Association of Software and Services Companies (NASSCOM) (2012) The IT-BPO sector in India: Strategic review 2012. Executive summary. Report: NASSCOM, New Dehli, India. http://www.nasscom.in/sites/default/files/ researchreports/SR_2012_Executive_Summary.pdf

Papola TS (2012) Structural changes and employment in the Indian economy: Emerging patterns and implications. Report: Institute for Studies in Industrial Development, New Delhi, India. http://isidev.nic.in/pdf/WP1202.pdf

Pellow DN und Sun-Hee Park L (2002) The Silicon Valley of dreams: Environmental injustice, immigrant workers, and the high-tech global economy. New York

Scholz T (Ed) (2013) Digital labor: The Internet as playground and factory. New York

Smythe, DW (1977) Communications: Blindspot of Western Marxism. Canadian Journal of Political and Social Theory 1(3): 1-27.

Upadhya C und Vasavi AR (2008) Outposts of the global information economy: Work and workers in India's outsourcing industry. In: Upadhya C und Vasavi AR (Eds) In an outpost of the global economy. Work and workers in India's information technology industry. New Dehli, India, pp. 9–49.

Žižek S (2012) The year of dreaming dangerously. London

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt, Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch, David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 31.10.2015.

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt ein Prospekt des VSA-Verlages bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Stephan Krüger

Die Probleme der Marxisten mit dem Geld und die begriffslosen Anleihen der Keynesianer bei Schumpeter

Zur Debatte um Geld und Zentralbanken in „prokla" und „Z"

Die Werttheorie von Marx war seit jeher Gegenstand der Kritik sowohl von Marxisten als auch Marxismus-Gegnern. Die Formbestimmungen des Geldes wurden lange Zeit unter den Topoi der Problematisierung des Werts als Realabstraktion und der Wertformanalyse debattiert; mit dem in den Fokus rückenden Finanzmarktkapitalismus und der Geldpolitik der Zentralbanken zur Krisenbewältigung gewann auch die Beschäftigung mit den Formen des zinstragenden Kapitals und seiner Ausgestaltung im Kredit- und Bankensystem sowie im Börsenwesen an Bedeutung und schloss an die Thesen der 1920er Jahre vom Finanzkapital an. Vor dem Hintergrund des bestehenden entwickelten kapitalistischen Geld- und Kreditsystems sind daher auch geldtheoretische Fragen neu zu thematisieren.[1]

1. Die ‚monetäre Werttheorie' als Ursache für das Unverständnis des Geldes

Die Beobachtung des Siegeszuges goldinkonvertiblen Geldes nach der gänzlichen Aufhebung formell-gesetzlicher Konvertibilitätsvorschriften nicht nur im Binnen-, sondern auch im internationalen Verkehr seit Anfang der 1970er Jahre kontrastiert prima facie mit einem tragenden Grundpfeiler der Marxschen Wert- und Geldbestimmung: der notwendigen *gegenständlichen* Ausdrucksweise des Warenwerts im Gebrauchswert einer anderen Ware, d.h. schließlich des zur Geldware aus der Warenwelt ausgeschlossenen Goldes. Die fundamentale Bestimmung des Geldes als Maß der Werte setzt danach systematisch den Warencharakter und Selbstwert der Geldware als Basis der Äquivalenzbeziehung voraus; denn Wert kann nur ausgedrückt und gemessen werden durch eine Geldware mit Selbstwert – auch wenn das Geld in der Funktion als Wertmaß (und Maßstab der Preise) nur als vorgestelltes oder Rechengeld fungiert.

Wenn in der heutigen Wirklichkeit diese Wertmaßfunktion des Geldes nicht (mehr) durch eine Ware mit Selbstwert ausgeübt wird, ergeben sich grundsätzlich zwei verschiedene Herangehensweisen zur Analyse und Erklärung dieses Umstandes: entweder wird eine zu Marx alternative Fassung der Wertform ent-

---

[1] Dieser Aufgabe sind die Schwerpunkte der jüngsten, im Juni erschienenen Hefte der Prokla (Nr. 179, Illusion und Macht des Geldes) und der Zeitschrift Z (Nr. 102, Geldpolitik und Zentralbanken) gewidmet, mit denen sowohl grundlegende Fragen des Geldes im Kapitalismus thematisiert als auch die Rolle der Zentralbanken vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise von 2007/08 und ihrer Weiterungen erörtert werden. Neben der Marxschen Theorie liegt dabei der Zugang in einigen Aufsätzen auch bei Keynes, insbesondere seinen in der ‚Treatise on Money' (vgl. Keynes 1930) getroffenen Aussagen.

wickelt, welche die Gegenständlichkeit des Wertausdrucks – grundsätzlich oder zumindest für heutige Verhältnisse – für obsolet erklärt, ohne (intentional) den Wertbegriff selbst über Bord zu werfen, oder es werden die Vermittlungsglieder aufgezeigt, die von der – systematisch und historisch – ursprünglichen Bestimmung der Wertmaßfunktion durch eine Geldware mit Selbstwert zum modernen Geld als de jure sowohl in der Binnenwirtschaft als auch im Außenwert goldinkonvertiblem Repräsentativgeld führen. Die Vertreter der sog. ‚monetären Werttheorie' wählen den ersten Weg und rekurrieren dabei regelmäßig auf eine Analogie, die Marx zur Verdeutlichung der allgemeinen Wert- und Geldform in der I. Auflage des I. Bandes des ‚Kapital' angeführt hatte: „Es ist *als ob* neben und außer Löwen, Tigern. Hasen und allen andern wirklichen Tieren, die gruppiert die verschiednen Geschlechter, Arten, Unterarten, Familien u.s.w. des Thierreichs bilden, auch noch das Thier existirte, die indivdiuelle Incarnation des ganzen Thierreichs." (MEGA II.5: 37; Hervorh. / S.K.) Diese Analogie aus der Tierwelt muss dann für die Begründung eines ökonomischen Zusammenhangs herhalten: „Erst mit Geld können die Waren unabhängig von ihrem Gebrauchswert ihren Wertcharakter geltend machen (so weit, so gut / S.K.) und vor sich hertragen. Damit (!) ergibt sich ein gesellschaftlicher Zusammenhang zwischen abstrakter Arbeit und Geld." (Stützle 2015: 178) Lassen wir die unpräzise Formulierung bezüglich des ‚gesellschaftlichen Zusammenhangs zwischen abstrakter Arbeit und Geld' beiseite, so wird dennoch klar: Stützle hat mit dem Verweis auf das Tier als abstrakt Allgemeines neben den besonderen Tieren das Geld als etwas bestimmt, welches keine Gegenständlichkeit mehr besitzen muss, also nicht mehr dem Umkreis der Warenwelt angehört, sondern auch von außen, d.h. durch den Staat bzw. die Zentralbank gesetzt werden kann. Es muss jetzt nur noch von den Akteuren an den Märkten als Geld anerkannt werden, wobei die Akzeptanz dieses Geldes durch den Staat bei der Steuerzahlung der Wirtschaftssubjekte eine wichtige Rolle spielt.[2]

---

[2] Vgl. Stützle 2015: 192: „Als Steuerstaat verleiht der Staat dem Geld in Form der Zwangsabgabe eine besondere gesellschaftliche Geltung, weil er es als Steuerabgabe akzeptiert." Ganßmann kritisiert bei Keynes zu Recht, dass dieser sich nicht um die gesellschaftstheoretischen Grundlagen der Geldverhältnisse schert, sondern Geld einfach anhand der Funktionen von Rechengeld (‚money of account') und real fungierendem Geld (‚money itself') – zudem in dieser Reihenfolge – einführt (vgl. Ganßmann 2015: 200f.). Seine eigene Lösung ist aber enttäuschend: Geld als soziale Tatsache setzt staatlich verordnete Geltung voraus und muss Stabilität aufweisen. Diese wird nicht durch Bezug zu einer Naturbasis (= Gold) gewährleistet, sondern im inkonvertiblem Repräsentativgeld durch ‚Good Governance': „Die Stabilität von Kaufkraft und Wechselkursen muss durch politisch eingesetzte Organisationen aufrechterhalten werden, die in das Marktgeschehen intervenieren, nicht mehr durch Bezug zu einer Naturbasis. ... Wenn man das Publikum nicht mehr zu dem Glauben bringen will, dass ‚green cheese' praktisch das Gleiche sei wie eine Goldwährung, weil das Vertrauen in eine Goldwährung schon immer fehlgeleitet war, geht es anders als noch für Keynes lediglich (sic!) darum, ihm die Vorzüge einer politisch basierten, gut konstruierten und regulierten Geldordnung nahezubringen." (Ib.: 215) Der Schluss ist ein ‚typischer Ganßmann': „Dazu gehört nicht zuletzt die Einsicht, dass auch eine solche Ordnung keine durchgängige Stabilität gewährleistet. Ein Geldsystem ohne Krisen ist nicht machbar." (Ib.) Wohl wahr!

2. Geldschöpfung der Zentralbank (Zentralbankgeld) und Kreditschöpfung der Geschäftsbanken (Bankdepositen)

Von Keynesianern wird unter Rückgriff auf Schumpeter bestritten, dass unter Bedingungen eines modernen Geldwesens mit inkonvertiblem Repräsentativgeld (fiat money) die von Marx herausgestellten Beziehungen zwischen Waren- und Geldzirkulation, dass nämlich Warenzirkulation und Kapitalumschlag die bestimmende Basis der Geldzirkulation sind, noch Gültigkeit beanspruchen können.[3] Vielmehr sei kennzeichnend für eine moderne Geldwirtschaft mit entwickeltem Kreditsystem, dass das Bankensystem anstoßgebend für die Kapitalakkumulation wird. Damit werden die Kausalbeziehungen zwischen ökonomischen Variablen im Hinblick auf die Wertschöpfung (Einkommensentstehung) umgekehrt; zugleich wird diese Umkehrung als das Spezifikum der Keynesschen Theorie gegenüber klassisch-neoklassischen Ansätzen herausgestellt – wobei Marx unter die letzeren subsumiert wird; wir kommen hierauf zurück.

Es ist in dieser Perspektive konsequent, wenn Produktion nur noch als stofflicher Vorgang der Herstellung von Gebrauchswerten aufgefasst wird; diese Gebrauchswerte erhalten ihren Preis erst aufgrund von Konstellationen innerhalb der Finanzsphäre, d.h. dem Verhältnis zwischen Geldvermögensbesitzer ('Investor') und Unternehmer ('Vikar') sowie dem dazwischen geschalteten Bank- und Kreditsystem.[4] Letzteres generiert durch seine Geldschöpfung die Mittel, die die Investoren den Unternehmern vorschießen, um Güterproduktion in Gang zu setzen. Damit sind wir bei Schumpeter: „Woher kommen die Summen, die zum Ankauf der für die neuen Kombinationen nötigen Produktionsmittel gebraucht werden, wenn sie das betreffende Wirtschaftssubjekt nicht – grundsätzlich – zufällig schon hat? Die konventionelle Antwort darauf ist einfach: aus dem jährlichen Zuwachs des volkswirtschaftlichen Sparfonds plus den jährlich freiwerdenden Teilen desselben. (...) (Die) andere Art der Geldbeschaffung ist die Geldschaffung durch die Banken. Gleichgültig, welche Form sie annimmt, ob das durch Einzahlung entstandene Kassaführungsguthaben dem Kunden wie Bargeld dient, während doch ein Teil des eingezahlten Betrages zur Grundlage einer weiteren Gutschrift an jemand anderen wird, der dieses Guthaben ebenfalls verwendet wie Bargeld, oder ob Noten emittiert werden, die nicht voll gedeckt sich durch Münzsorten, die gleichzeitig aus der Zirkulation treten, oder ob Bankakzepte kreiert werden, die im Großverkehr Zahlungen erledigen können wie Geld: immer handelt es sich nicht um Transformation von Kaufkraft, die bei irgendwem schon vorher existiert hätte, sondern um die Schaffung neuer aus dem Nichts – auch

---

3 In einem wohltuenden Gegensatz zu diesem ‚Keynes-Schumpeter-Mix' steht der Beitrag von Klaus Müller (vgl. Müller 2015), der den Zugang zur Analyse der Geldpolitik der Zentralbank korrekt von der Marktseite her bestimmt, den Transformationsprozess der geldpolitischen Einflüsse mit seinen indirekten und offenen Flanken auffasst und daher auch zu einer deutlichen Relativierung der Macht der Zentralbanken gegenüber den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation kommt. Teilweise bei Müller noch fehlende Differenzierungen und Ergänzungen versuche ich mit dem vorliegenden Text anzudeuten.

4 Vgl. dazu ausführlich Herr 1986: 26ff. sowie ders. 1991: 49ff. im Anschluss an Riese 1986.

dann aus Nichts, wenn der Kreditvertrag, zu dessen Erfüllung die neue Kaufkraft geschaffen wird, sich auf irgendwelche reale Sicherheiten, die nicht selbst Zirkulationsmittel sind, stützt –, die zur Zirkulation, die es vorher gab, hinzutritt. Und das ist die Quelle, aus der die Durchsetzung neuer Kombinationen typisch finanziert wird ..." (Schumpeter 1934/1964: 107ff.)

Die Vorstellung ist also eigentlich ganz simpel. Engpass der kapitalistischen Produktion ist die Größe des Geldkapitalvorschusses, der auf der Grundlage eines inkonvertiblen Geldes mit einem Banksystem, welches dieses Geld aus dem Nichts schaffen kann, beseitigt werden kann. Bei Schumpeter überlistet diese Geldschöpfung aus dem Nichts, wenn sie auf innovationsfähige und risikobereite Unternehmer in entsprechender Zahl trifft, die inneren Gegensätze der kapitalistischen Akkumulation in der aufsteigenden Phase eines Kondratieff-Zyklus, die eine ganze Reihe von sog. Juglar-Zyklen, d.h. ‚klassische' industrielle Zyklen umfasst. Erst die Erschöpfung der innovativen Kombinationen/Produkte und das vermehrte Auftreten von Imitatoren bedingen dann den oberen Wendepunkt einer ‚Langen Welle'.

In erster Näherung ist mit Bezug auf diese Geldschöpfung aus dem Nichts durch das Bankensystem aber zu unterscheiden zwischen Zentralbankgeldschöpfung und Kreditschöpfung durch die Geschäftsbanken. Dies hatte Keynes in seiner ‚Treatise on Money' klar herausgestellt. Die Höhe der Reserve der Geschäftsbanken in Abhängigkeit von den gegebenen Zahlungsusancen, d.h. der Barabhebungsquote ihrer Kunden sowie vom Umfang der Geschäfte der Bank, d.h. der Höhe ihrer Depositen setzt die Grenze für ihr Kreditangebot, auf welches die Zentralbank einen bestimmenden Einfluss ausübt. Eine Vermehrung der Depositen in gesamtwirtschaftlicher Dimension, d.h. eine sog. endogene Steigerung der Geldmenge und in diesem Sinne eine Geldschöpfung durch das Geschäftsbankensystem ist nur unter extremen Modellvoraussetzungen entwickelbar: „Wenn wir von einem geschlossenem Banksystem ausgehen, das keine Beziehungen zum Ausland unterhält, und in einem Land betrieben wird, in dem alle Zahlungen mittels Schecks beglichen werden und Bargeld unbekannt ist, und wenn wir weiter annehmen, daß die Banken es unter diesen Umständen für unnötig halten, Barreserven zu halten, vielmehr jede zwischenbankliche Verschuldung durch Übertragung anderer Aktivposten regeln, so ist klar, daß der Betrag an Bankgeld, den die Banken bei Beachtung solider Bankgrundsätze schaffen können, unbegrenzt ist, *vorausgesetzt, daß sie sich im Gleichschritt vorwärts bewegen.* Die gesperrt gedruckten Worte enthalten den Schlüssel für das Funktionieren des Systems." (Keynes 1930: 20f.)[5] Abgesehen von den restriktiven Voraussetzungen, ist diese Bewegung im Gleichschritt eine sich selbst aufhe-

[5] Es ist davon auszugehen, dass einige Verfechter der Abschaffung von Bargeld nicht nur die bei vollständiger Depositenzahlung der Möglichkeit nach totale Transparenz der Geldbewegungen für die Steuerbehörden im Visier haben, sondern auch die Erschließung zusätzlicher Geldschöpfungsmöglichkeiten durch die – im Gleichschritt erfolgende – Kreditschöpfung des Bankwesens. Jedoch bleibt auch bei vollständiger Abwicklung des Zahlungsverkehrs durch Depositenübertragung die qualitative Differenz zwischen Zentralbankgeld als Bankreserve und Bankdepositen erhalten.

bende Voraussetzung, denn es ist klar, „daß nicht für die einzelnen Banken ein Zwang besteht, sich im Gleichschritt vorwärts zu bewegen, sondern auch die Gesamtheit der Banken in dieser Bewegung gehemmt ist." (Ib.: 23) Conclusio: „Somit bestimmt die Gesamtmenge der vorhandenen Reserven das ‚Tempo', in dem sich das Banksystem als Ganzes bewegt. (...) Nehmen wir an, die Zentralbank sei ... die Stelle, der das Notenausgaberecht zusteht, dann werden die gesamten Reservemittel der Mitgliedsbanken unter der Kontrolle der Zentralbank stehen, vorausgesetzt, diese besitzt die Kontrolle über ihre gesamte Notenausgabe und ihre Depositen. In diesem Falle ist die Zentralbank der Dirigent des Orchesters und gibt den Takt an." (Ib.) Die ‚Endogenität der Geldmenge' als Ergebnis einer zusätzlichen Geldschöpfungsaktivität des Geschäftsbankensystems ist also, wenn überhaupt, nur eine modifizierende Rückwirkung, zeitlich begrenzt und quantitativ nachgeordnet gegenüber der Zentralbank-Geldschöpfung.

Es ist also falsch, Zentralbank und Geschäftsbanken gleichermaßen eine Geldschöpfung und damit einen überragenden Einfluss auf die Geldmenge zu vindizieren. Die Geschäftsbanken hängen an der Leine der Zentralbank (sowie der Kreditnachfrage der ‚Nichtbanken'); aber auch die Zentralbank ist nur ein Dirigent unter Bedingungen, die die Märkte setzen, ausgedrückt durch die marktbestimmten Daten der Schöpfung und Vernichtung der Wertzeichenzirkulation in Abhängigkeit von Zahlungsbilanz und Wechselkurs sowie der Marktzinssätze, an denen sich die Geldpolitik zu orientieren hat. Erst wenn ggf. unerwünschte Geldmengenentwicklungen der Wertzeichenzirkulation durch gegengerichtete Geldmengenentwicklungen der Kreditgeldzirkulation kompensiert sind (Sterilisationspolitik), erschließt sich ein aktiver Steuerungseinfluss der Zentralbank-Geldpolitik für die Geldmenge sowie das Kreditangebot der Geschäftsbanken.[6] Insgesamt gilt also: es sind die Marktver-

---

[6] Für das heutige Repräsentativgeld ist für den aus Zentralbankgeld bestehenden Teil (Banknotenumlauf) folgende Unterscheidung wesentlich, die grundsätzlich auf Marxsche Geldbestimmungen zurückgeht, obwohl er zu seiner Zeit noch unentwickeltere Formen der Umlaufsmittel und seiner Zirkulationskanäle sowie des Bankensystems vor Augen hatte. Die Zentralbanknoten sind von ihrer Genesis her Kreditgeld, welche sich als inkonvertible Noten Merkmale des bloßen Wertzeichens assimiliert haben. Dies zeigt sich anhand ihrer Zirkulationsformen: Das Zentralbankgeld besteht erstens aus der Wertzeichenzirkulation, deren Umfang bestimmt ist zum einen durch die sog. Erstausstattung bei Währungsreformen und/oder Neuschöpfungen auf Basis von Währungsreserven. Sodann variiert diese Wertzeichenzirkulation in Abhängigkeit von Saldo der nationalen Devisenbilanz als Gegenbuchung der gesamten Außenwirtschaftstransaktionen eines Landes, wodurch dessen zentrale Währungsreserven zu- oder abnehmen. Der zweite Teil der Zentralbankgeldmenge wird durch die Kreditgeldzirkulation dargestellt; er wird beständig auf- und abgebaut durch die Offenmarktgeschäfte als Pensionsgeschäfte der Zentralbank mit den Geschäftsbanken. Die Haupt- und Spitzenrefinanzierungsfazilitäten der Europäischen Zentralbank haben regulär eine Laufzeit von 1 bzw. 3 Monaten; die Kreditgeldzirkulation gehorcht dem sog. Refluxgesetz und stellt somit im Unterschied zur Wertzeichenzirkulation einen revolvierenden Fonds dar. Über die Leitzinsen sowie Mengenkontingentierungen und Ankaufsbedingungen der Offenmarkttitel wirkt die Geldpolitik der Zentralbank auf den Umfang dieser Kreditgeldzirkulation ein und versucht somit die gesamte Zentralbankgeldmenge und weiter die Gesamtgeldmenge (M1 bis M3, d.h. inkl. der Bankdepositen verschiedener Fristigkeiten) zu steuern (vgl. dazu sowohl theoretisch wie empirisch-statistisch für die BRD/Bundesbank (1950-1998) sowie die EZB (ab 1999) Krüger 2012: 82ff., 440ff., 491ff.).

hältnisse, d.h. die der Geldzirkulation durch die Akkumulation des produktiven, Geld- und fiktiven Kapitals erteilten Bedingungen nach Umfang der Geldmenge und ihrer Umlaufsgeschwindigkeit, in die die Geschäftsbanken mit ihrer Kreditvergabe einbezogen sind, auf die die Zentralbank mit dem Instrumentarium ihrer Geldpolitik steuernd einzuwirken versucht. Es geht dabei sowohl um Zinsbeeinflussung (am Geldmarkt) wie um Mengenkontingentierung bzw. Sterilisationsmaßnahmen.[7]

Die Geschäftsbanken fungieren als Vermittler des Zahlungsverkehrs der Marktakteure; auf Basis ihrer Geldhandelsfunktionen betreiben sie die Sammlung alles augenblicklich unbeschäftigten Geldes durch Angebot zinstragender Anlagen und bewerkstelligen die Funktionen des Bankkredits (Betriebsmittel-, Investitionskredit, öffentlicher Kredit, privater Konsumkredit). So sehr nun die Geschäftsbanken als Geschäftsziel die Verlängerung ihrer Bilanz durch Kreditvergabe betreiben mögen, sie bleiben abhängig sowohl von der Nachfrage des Publikums sowie vom Depositenrückfluss durch gutgeschriebene Überweisungen etc. ihrer Kunden. Als Saldo verbleibt die Kassenreserve, die hinreichend sein muss, unter ‚normalen Bedingungen' die jederzeitige Barauszahlungsnachfrage des Publikums zu gewährleisten. Nur wenn die Zentralbank zuschüssige Refinanzierungen anbietet, ist die Kreditvergabekapazität der Banken zu erhöhen, vorausgesetzt es besteht eine bonitätsadäquate Nachfrage. Die Geschäftsbanken betreiben somit Kreditschöpfung unter Bedingungen der Zentralbankrefinanzierung sowie der Nachfrage der Nichtbanken, d.h. des Marktes. Diese Kreditvergabe oder -schöpfung erscheint nur dann als Geldschöpfung, wenn man den Standpunkt des Banksystems und der Verwertung des Bankkapitals einnimmt; deshalb sprach Marx bei der Behandlung des Bankkapitals übrigens von ‚fiktivem Geldkapital' (vgl. MEW 25: 488f.) und meinte damit nicht wie sonst Wertpapiere (Effekten) als Anlageformen des Leihkapitals in Geldform, d.h. (eigentliches) fiktives Kapital, sondern Depositen des Publikums als Bestandteile des durch Kreditschöpfung konstituierten Bankkapitals, die Geldfunktionen übernehmen und dadurch den Bargeldumlauf ökonomisieren.[8]

---

7 Dies ist die Gegenthese zu der von Zeise vertretenen Auffassung, die die Geldpolitik einseitig an Zinspolitik bindet und die Refinanzierungspolitik mit direkter Mengenbeeinflussung der (neu geschöpften) Zentralbankgeldmenge (Kreditgeldzirkulation) sowie ein etwaiges nachträgliches Einsammeln von Zentralbankgeld negiert. Abgesehen von den Sonderbedingungen des Quantitative Easing (s.u.) ist es falsch, dass die Notenbanken *„in der Regel und grundsätzlich ... den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken (erfüllen), also den Bedarf an gerade fälliger Liquidität."* (Zeise 2015: 15) Im Ergebnis ergibt sich eine deutliche Relativierung der Steuerungspotenz der Zentralbank. Die Titulierung der Geldpolitik, ob als ‚Geldmengensteuerung' (Deutsche Bundesbank) oder Refinanzierungspolitik mit Zins- oder Mengentender (Europäische Zentralbank) ist dabei nachgeordnet.

8 Jedes Repräsentativgeld bedarf einer Denomination als Geld, wodurch allererst seine Funktion als Wertmaß hergestellt wird. Dies ist, wenn man Marx folgt, d.h. auf Basis der Werttheorie, keineswegs identisch mit dem staatlichen Zwangskurs, mit dem die gesellschaftliche Akzeptanz des Geldes befestigt wird, wie der oben zitierte Stützle nahegelegt hatte (vgl. Fn 2). Die ursprüngliche Denomination jedes Repräsentativgeldes erfolgt(e) durch die Geldware Gold in Gestalt ihres

3. Wertschöpfung durch produktive Arbeit und Zentralbank-Geldpolitik

Die Waren treten als preisbestimmte Waren in die Zirkulation; dies gilt sowohl in jedem einzelnen Fall als auch für die Gesamtwirtschaft. In der Zirkulation erhält also nicht der ‚Warenbrei' (Marx) allererst seinen Preis, sondern der Angebotspreis der Waren, bestimmt durch ihre Produktionskosten bzw. Kostpreis plus Profitaufschlag, der die Bedingungen der Wertschöpfung im Produktionsprozess ausdrückt, erhält seine nachfrageseitige Bestätigung, die ein quantitatives Mehr oder Minder sein kann. Eingeschlossen in die nachfrageseitigen Einflussfaktoren des Warenpreises sind zugleich genuin monetäre Einflüsse, die aus der Geldmenge herstammen.[9]

Schumpeters zusätzliche Kaufkraft aus dem Nichts ist im Monetärkeynesianismus im Anschluss an Hahn (vgl. Hahn 1930) im Kreditangebotsprozess über die Verschuldung der Geschäftsbanken bei der Zentralbank sowie über Kredite der Banken an Unternehmen lokalisiert worden. Das Aktivgeschäft der Banken dominiert dabei das Passivgeschäft, da sich erst als Reflex einer Kreditexpansion Depositen bei den Banken erhöhen. Es ergibt sich ein ‚Kredit – Investitions – Einkommens – Mechanismus', der „Güter aus dem Nichts heraus(zieht), in dem sie ohne Kreditvermehrung unproduktiv verbleiben wären." (Hahn 1930: 125)[10]

Repräsentationsverhältnisses als Goldzeichen. Mit der Goldinkonvertibilität des Repräsentativgeldes wird dieses ursprünglich wertbestimmte Repräsentationsverhältnis als Preisgröße über die Geldpolitik der Notenbank fortgeschrieben; Ziel ist die Sicherung der Kaufkraft einer Geldeinheit am Warenmarkt (ggf. inkl. einer Zielinflationsrate). Die jeweils aktuelle Einjustierung der Wertmaßfunktion des Repräsentativgeldes erfolgt sodann über den Außenwert der nationalen Währung und mengenmäßig über die Wertzeichenzirkulation in Abhängigkeit vom Stand der nationalen Zahlungsbilanz. Das Zentralbankgeld der Wertzeichenzirkulation wiederum denominiert den anderen Teil der Zentralbankgeldmenge, der Kreditgeldzirkulation darstellt und über den die Geldpolitik der Zentralbank exekutiert wird. Das so gesamthaft denominierte Zentralbankgeld wiederum denominiert die Bankdepositen, die es ersetzen. Eine auf der Werttheorie gegründete Geldtheorie enthält somit eine Menge von Vermittlungsgliedern und ist um einiges komplizierter als die bloße Beschreibung oberflächlicher Erscheinungsformen.

9 Die auf Irving Fisher zurückgehende Quantitätsgleichung des Geldes $Q \times P = M \times v$ (mit Q als ‚Realprodukt', P allgemeinem Preisniveau, M als Geldmenge und v als Geldumlaufgeschwindigkeit) ist somit als $\sum WP = M \times v$ zu reformulieren, wenn $\sum WP$ die Summe der in einer Periode (1 Jahr) zu zirkulierenden Warenpreise bezeichnet. Zugleich wird mit dieser Gleichung eine Kausalbeziehung ausgedrückt, die grundsätzlich ‚von links nach rechts' verläuft. Erst auf dieser Grundlage spielt eine genuin monetäre Wirkung ‚von rechts nach links', die durch die Wertzeichenzirkulation hervorgerufen wird, weil sie ihren Umfang nicht kurzfristig an die Größe der zu zirkulierenden Warenpreissumme anpasst – im Unterschied zur Kreditgeldzirkulation, die dem Refluxgesetz unterliegt bzw. den durch Kreditschöpfung konstituierten Bankdepositen. Um die Umsätze in fiktivem Kapital an den Finanzmärkten zu berücksichtigen, ist die gegebene Gleichung um $\sum P_{FK}$ und auf der rechten Seite die Geldmenge um die von Keynes so genannte Spekulationskasse zu erweitern.

10 Herr geht dabei so weit, dass das Aktivgeschäft der Banken den ökonomischen Expansionsprozess selbst unter der Extrembedingung einer Bargeldabflussquote von 100 Prozent dominieren würde (vgl. Herr 1992: 55).

Die Umkehrung von ökonomischen Funktionszusammenhängen ist aus der Konjunkturtheorie bekannt, wenn in einem kumulativen Expansionsprozess der Kapitalakkumulation sich das Verhältnis von Ersparnis und Investitionen, Profiten und Investitionen und schließlich von Revenueausgaben und Investitionen (Witwenkrug-Theorem) umkehrt (vgl. Krüger 2010: 348f.). Diese einen kumulativen Aufschwung beschreibenden Kreislaufeffekte sind vorliegend um eine unterstellte Kreditangebotsexpansion durch die Geschäftsbanken erweitert worden, die allerdings einer Tolerierung durch eine expansive Zentralbank-Geldpolitik bedarf. Was vorliegend aber wichtiger ist: die Umkehrung der ökonomischen Funktionszusammenhänge zwischen Ersparnis, Profiten, Revenueausgaben und Investitionen beschreibt genuin zyklische Phänomene. Dies bedeutet: der Prozess der Kapitalakkumulation muss sich erstens bereits in einem zyklischen Aufschwung befinden, d.h. auf allgemeine Expansion umgestellt worden sein – nur dann kommen die die einkommensinduzierten Erweiterungsinvestitionen beschreibenden Multiplikatoreffekte zum Zuge. Die Umkehrung von Ersparnis, Profiten, Revenueausgaben und Investitionen kommt zweitens immanent-endogen zum Ende, wenn die zyklische Krise hereinbricht. Dann macht sich nämlich wieder die Abhängigkeit der Investitionen bzw. des laufenden Geschäfts von (realisierten) Profiten und (konsumtiver) Nachfrage geltend.

Die Verkehrung nur zeitweilig möglicher ökonomischer Funktionszusammenhänge zum allgemeinen Fall verabsolutiert also genuin zyklische Phänomene – zumal Phänomene eines industriellen Zyklus unter Bedingungen einer langfristig beschleunigten Kapitalakkumulation (Prosperitätszyklus) – unzulässig auch für überzyklisch-langfristige Entwicklungen. Langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation sind aber aus der Verschiebung der innerhalb der Konjunkturzyklen erst hergestellten Wertverhältnisse zu erklären. Die Nicht-Neutralität des Geldes für die Kapitalakkumulation im Sinne der Steigerung der Wertschöpfung durch Kredit und Zentralbank-Geldschöpfung ist daher auf die zyklische Dimension beschränkt; nur das jeweils zyklisch erzeugte (theoretische) Delta an Wertschöpfung durch eine expansive Zentralbankpolitik generiert auch für die lange überzyklische Entwicklung der Kapitalakkumulation eine Steigerung der Wertschöpfung – vorausgesetzt, die Entwertungen und Wachstumsverluste von Krise und Abschwung, die wiederum durch eine zu restriktive Geldpolitik verstärkt werden können, wirken nicht nachträglich konterkarierend und kompensierend.

Die fundamentalen Zusammenhänge zwischen Produktion und Wertschöpfung monieren die Vertreter der ‚monetären Werttheorie' als ‚prämonetäre' Werttheorie und setzen an die Stelle der materiellen, wertbestimmenden Grundlagen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses mit der Geldschöpfung durch den Finanzsektor einen gänzlich anderen Bezugspunkt und Wertschöpfungsfaktor. Dementsprechend kennen sie auch keine Wertbestimmung mehr, sondern lösen dieselbe in Preise auf. Das Bedingungsverhältnis zwischen Wert und Preis, dass nämlich *rückwirkend* als wertbildend nur diejenige Arbeit zählt, die im Preis anerkannt wird, bedeutet dann für sie, dass der Wert erst im Austauschprozess hergestellt wird. Mit dieser Ineinssetzung von Wert und Preis

bzw. der Auflösung der Wertbestimmung in Preise ist ein Regulationszusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit als quantitativ bestimmter Größe (in Std.), dem Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts als Wertpreis, den Produktionspreisen der Sphärenprodukte sowie den zyklisch schwankenden Marktpreisen der einzelnen Waren nicht mehr anzugeben. Es gibt nur noch Preise, daher auch die Verabsolutierung des Kredits bzw. der Geldschöpfungsprozesse (von Zentralbank sowie Geschäftsbanken). Dies ist nach dem Marxschen Diktum Vulgärökonomie (vgl. MEW 23: 93 Fn 32).

4. Geldpolitik des Quantitative Easing und Zentralbank als Lender of last Resort

Die Notwendigkeit der Analyse der Geldpolitik der Zentralbank von der Marktseite aus scheint ihrer Funktion als Lender of last Resort zu widersprechen, wird ihr doch mit dieser Bestimmung die Fähigkeit zugewiesen, durch Bereitstellung von Zentralbankgeld Liquidität für das Bankensystem, notfalls unbegrenzt, bereitzustellen. Tatsächlich würde eine derartige Fähigkeit der Zentralbank eine qualitative Veränderung der Produktionsweise implizieren, die dann entweder keine kapitalistische mehr wäre oder als solche letztlich über die internen Mittel verfügt, jedwede Krise durch Geldschöpfung zu lösen. Damit ist die historische Relativität der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr immanent ökonomisch begründbar.

Eine auf maximale Geldschöpfung angelegte Geldpolitik der Zentralbank schlägt im Prosperitätszyklus ab eines gewissen Ausmaßes in inflationäre Preissteigerungen um – wenn nämlich die die zyklische Wertschöpfung forcierenden Spielräume der Nicht-Neutralität des Geldes ausgeschöpft und zyklische Kapazitätsgrenzen des fixen Kapitals erreicht sind. Im Überakkumulationszyklus stößt eine solche Geldpolitik auf verwertungsbestimmte Grenzen der Kreditnachfrage von Unternehmen (sowie Einkommensgrenzen der Privathaushalte) und wird an die Finanzmärkte umgeleitet, wo sie Vermögenspreisblasen finanziert und teilweise induziert. Genau dies hat sowohl im Konjunkturaufschwung um die Jahrtausendwende als auch vor Ausbruch der Finanzmarktkrise 2007/08 stattgefunden und baut sich auch gegenwärtig wieder auf. Eine derartige ‚asset-based wealth driven accumulation', d.h. eine rückwirkende Beschleunigung der produktiven Kapitalakkumulation durch geldpolitisch unterstützte oder gar induzierte Vermögenspreissteigerungen, welche die gesamtwirtschaftliche Nachfrage befördern, ist ein wirtschaftspolitischer Versuch, die Überakkumulationskrise des Kapitalismus durch ein Mehr an Kapitalismus zu lösen. Sie ist dann von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn die vermögenspreisinduzierte produktive Kapitalakkumulation durch private Konsumkredite die Verwertungsblockaden der strukturellen Überakkumulation nicht aufzulösen vermag.[11]

[11] Anstatt den privaten Konsumkredit für laufende Anschaffungen über Kreditkarten, für Auto- oder Häuser- und Wohnungskäufe der Privathaushalte zu mobilisieren, wäre es viel naheliegender und

Der eigentliche Lackmustest für die Funktion der Zentralbank als Lender of last Resort entspringt aber nicht aus ihrer Beihilfe für eine vermögenspreisgetriebene Kapitalakkumulation, sondern aus ihrer zum Quantitative Easing fortentwickelten Geldpolitik zur Stützung eines von Bankenzusammenbrüchen, Börsencrashs und Staatsfalliten bedrohten Finanzsystems. Die Politik des Quantitative Easing ist fokussiert auf die Erhöhung der Bankenliquidität sowie der Zentralbankgeldmenge insgesamt durch Käufe von Staatsschuldpapieren am Sekundärmarkt der Wertpapierbörse als finale Ausbaustufe[12] der ultralockeren Geldpolitik; bereits zuvor hatte bspw. die Europäische Zentralbank für die Euro-Zone ihre Refinanzierungspolitik gegenüber den Geschäftsbanken durch Niedrigstzinsen, Erweiterung des Umkreises der beleihungsfähigen Papiere, Vollzuteilung der Mengentender sowie Programme zur Verlängerung des Refinanzierungszeitraums für die Geschäftsbanken gelockert.[13] Durch Ankaufsprogramme von Staatsschuldtiteln über einen längeren Zeitraum in einem vorher bekannt gegebenem Umfang wird nicht nur Zeit für die Banken ‚gekauft', in der sie ihre toxischen Portfolios wertberichtigen bzw. ihre Solvenz durch Rekapitalisierung verbessern sollen, sondern zugleich soll bei niedrigen Basiszinsen sowohl am Geld- wie am Kapitalmarkt ihr Kreditvergabepotential durch Zufluss von Zentralbankgeld erhöht werden, um produktive Investitionen zu stimulieren und der überakkumulationstypischen Deflationstendenz an den Warenmärkten entgegenzuwirken. In der Euro-Zone wird die diesen Leitlinien folgende EZB-Politik aber konterkariert durch eine gleichzeitige Austeritätspolitik der öffentlichen Haushalte, erzwungen durch die Schuldenbremsen der Fiskalunion. In den USA kommt diese Politik des Federal Reserve Systems tatsächlich stärker bei der produktiven Kapitalakkumulation an, weil die Fiskalpolitik einem weniger restriktiven Kurs folgt. In beiden Fällen erhöht aber diese Geldpolitik des Quantitative Easing die in der Spekulationskasse gebundene Liquidität, die als individuelle Absicherung der einzelnen Marktakteure sowie als monetäres Schmier-

---

erfolgversprechender, wenn über den öffentlichen Kredit eine staatliche Stützung und teilweise Übernahme von Investitionen direkt Wertschöpfungsprozesse ohne Rücksicht auf zunächst bestehende Verwertungsblockaden für privates Kapital bewerkstelligen oder in Gang gesetzt würde. Dies setzt aber ein Konzept von makroökonomischer Strukturpolitik voraus, welches den Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere ihrer Ausprägung als Finanzmarktkapitalismus, überschreitet.

12 Als einzige weitere Steigerungsmöglichkeit ergäbe sich für die Geldpolitik nur noch die direkte Staatsfinanzierung durch Übernahme öffentlicher Schuldtitel nicht am Sekundär-, sondern am Emissionsmarkt. Diese teilweise bei Vertretern (bastard-) keynesianischer Auffassung beliebte Form der Staatsfinanzierung stuft nicht nur die Zentralbank zu einer staatlich nachgeordneten Währungsbehörde herab, sondern schafft auch alle vorliegend aufgeführten Problemtatbestände in Bezug auf ein funktionsfähiges Geldwesen, nur noch schneller als die im bisherigen Rahmen bleibende Politik des Quantitative Easing.

13 Mit diesen Maßnahmen stellt die Zentralbank (EZB) den Geschäftsbanken entweder direkt durch langfristige Offenmarktoperationen oder Wertpapierankäufe am Kapital-Sekundärmarkt Zentralbankgeld zur Verfügung. Zwar geschieht dies unter der Form der Kreditgeldzirkulation, faktisch handelt es sich jedoch um längerfristig in der Zirkulation verbleibendes Zentralbankgeld, welches als Quasi-Kreditgeld monetär die gleichen Wirkungen entfaltet wie die Wertzeichenzirkulation.

mittel zugleich die Kurse des fiktiven Kapitals sowie sonstige Vermögenspreise treibt. Damit droht eine erneute Preisblase, ohne dass die Akteure am Finanzamt heutzutage wirklich besser aufgestellt wären als 2006/07; zwar wurde die vorgeschriebene Eigenkapitalquote für Banken heraufgesetzt, weitergehende Regulationen und Eingriffe gegenüber den sog. Finanzinnovationen bei Produkten und Geschäftsmodellen sind jedoch ausgeblieben.[14]

Nicht nur volkswirtschaftliche Sektoren mit Konsumtionsstatus wie öffentliche und private Haushalte, sondern auch die wertschöpfenden Einheiten (Einzelkapitale) des Privatsektors können eine durch die Geldpolitik der Zentralbank alimentierte Verschuldung nicht ad infinitum fortführen, zumal wenn überakkumulationstypische Verwertungsblockaden die Steigerung der Wertschöpfung hemmen. Der Zwang zum Schuldenabbau (‚De-Leveraging') trifft alle Wirtschaftsbereiche früher oder später mit der Konsequenz von Nachfrage- und Kreditrestriktionen und dadurch erzeugten Deflationstendenzen (an den Warenmärkten). Damit steht der Zentralbank die schlechteste aller Welten gegenüber: verlangsamte produktive Kapitalakkumulation mit latenter oder manifester Deflationsgefahr an den Warenmärkten und zugleich eine Inflation der Kurse an den Wertpapierbörsen sowie anderer Vermögensgegenstände mit steigender Unsicherheit, volatilen Kurs- und Preisbewegungen und einem mit jedem Tag näher kommenden Zeitpunkt des allfälligen Platzens dieser Vermögenspreisblasen. Wie die Geldpolitik auch reagiert, sie befindet sich in einem Dilemma: betreibt sie den Ausstieg aus dem Quantitative Easing, um die Spekulation an den Finanzmärkten nicht weiter anzuheizen und den Vermögenspreisen eine sanfte Landung zu ermöglichen, verschärft sie die Probleme der produktiven Kapitalakkumulation und riskiert ggf. eine Preisdeflation an den Warenmärkten, die in aller Regel nicht kurzfristig wieder aufgelöst werden kann. Setzt sie die ultralockere Geldpolitik fort, um die Sanierung der Bilanzen der Geschäftsbanken zu unterstützen und eine Kreditdeflation im Zuge der Entschuldungsmaßnahmen zu verhindern, befördert sie die Inflation der Vermögenspreise weiter und damit den allfälligen Krach. Die Chance, dass die produktive Kapitalakkumulation gewissermaßen in das steigende Vermögenspreisniveau ‚hineinwächst', bricht sich an der kapitalistischen Systemgrenze, die eine für diesen Entwicklungspfad notwendige Entkoppelung der Investitionen von ihrer Profitbestimmtheit ausschließt.

Die Geldpolitik des Quantitative Easing bleibt unter Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital also ohne nachhaltige Perspektive und dem Krisenmodus verhaftet; sie ‚kauft' nur Zeit, ohne die unterliegenden fundamentalen Widersprüche und Probleme der Kapitalakkumulation und Wertschöpfung zu lösen. Der jeweilige Grad der Betroffenheit der verschiedenen Länder (und Regionen) von dieser Konstellation muss sich in dem resp. Außenwert ihrer Währungen, d.h. der Verschiebung ihrer bilateralen Wechselkurse gegeneinander bzw. auch in dem Außenwert ihrer Währungen gegenüber der Geldware Gold als Verkörperung des gemeinsamen Dritten Ausdruck verschaffen.

---

[14] Vgl. für die USA hierzu den instruktiven Aufsatz von Scherrer (2015).

Marx hat in diesem Zusammenhang bemerkt, dass „nie vergessen werden (muß), daß ... das Geld – in der Form der edlen Metalle – die Unterlage bleibt, wovon das Kreditwesen *der Natur der Sache nach nie loskommen kann.*" (MEW 25: 620; Hervorh. S. K.) Oder auch: „Das Banksystem zeigt ... durch die Substitution verschiedner Formen von zirkulierendem Kredit an Stelle des Geldes, daß das Geld in der Tat nichts andres ist als ein besondrer Ausdruck des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und ihrer Produkte, der aber als im Gegensatz zu der Basis der Privatproduktion *stets in letzter Instanz als ein Ding, als besondre Ware neben andren Waren sich darstellen muß.*" (Ib.: 621; Hervorh. S.K.) Es lässt sich vor diesem Hintergrund ein kaskadenförmiger Umschlag des von Marx so genannten Umschlags des Kredit- in das Monetarsystem auffächern. Historisch hat es nicht nur bis auf den heutigen Tag Zusammenbrüche und Teilzusammenbrüche von nationalen Banksystemen gegeben, sondern ebensosehr Zusammenbrüche nationaler Geldsysteme; letztere konnten oftmals aufgefangen werden durch die Substitution alternativer Währungen (zumeist US-Dollar) mit anschließender nationaler Währungsreform. In der Finanzmarktkrise 2007/08 konnte die Zerstörung einer international bedeutenden Reserve- und Transaktionswährung verhindert werden, weil trotz massiver Solvenzprobleme auch von systemisch bedeutenden Bankinstituten das politische Garantieversprechen plus die Zentralbankintervention den Umschlag des Kreditsystems in das Monetarsystem vermeiden konnten. Eine Verabsolutierung der Funktion der Zentralbank als Lender of last Resort würde aber implizieren, dass ein derartiger Umschlag generell nicht (mehr) stattfinden kann.

Der Zweifel daran führt uns zu theoretischen Fundamentalbestimmungen zurück. Ein Zusammenbruch der Zentralbankfunktion des Lender of last Resort kann in letzter Instanz und im worst case, wenn nicht eine andere, ausländische Zentralbank einspringen kann, auf die Einforderung der ursprünglichen Denominationsbasis von Repräsentativgeld hinauslaufen, d.h. die Rückbindung des von mir so genannten ‚losen Endes' des Denominationsprozesses an die Geldware Gold.[15] Dies wäre, wenn es in einer größeren Weltregion stattfände, ein Zivilisationsbruch für die betroffenen Menschen, d.h. der Umschlag des Kapitalismus in Barbarei. Die Emanzipation der Gesellschaft vom Gold als ‚barbarischem Relikt' (Keynes) setzt die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse voraus, international durch Fortentwicklung des Internationalen Währungsfonds zu einer Welt-Zentralbank mit Emission eines internationalen Geldes, national durch Überwindung der kapitalistischen Systemgrenzen zunächst in Form einer sozialistischen Marktwirtschaft. Diese zeichnet sich u.a. durch die Relativierung des Einflusses der Profitrate sowohl für die Akkumulation der einzelnen Unternehmen als auch die Steuerung der ganzen Volkswirtschaft im Rahmen einer sozialistischen ‚Corporate Governance' sowie der Überwindung des Kapitalcharakters des zinstragenden Kapitals aus. Erst mit der schließlichen Transformation einer derartigen sozialistischen Marktwirtschaft in

---

[15] Vgl. zur ausführlichen Darstellung in Krüger 2012: 191ff. und passim. Damit wird der alternative Zugang gegenüber dem Ansatz der ‚monetären Werttheorie' expliziert.

Richtung kommunistischer Verteilungsformen und der tendenziellen Überwindung der Ressourcenknappheit würde das Geld zu dem, was ihm die bürgerliche Ökonomie seit jeher angedichtet hat, nämlich zu einem technischen Hilfsmittel des gesellschaftlichen Verkehrs; ein Bezug zu einem gegenständlichen Äquivalent mit Selbstwert ist erst dann endgültig obsolet geworden (vgl. Krüger 2015).

Literatur

Ganßmann, H. (2015): Geld als Fiktion? Warum Geld kein Kredit ist und das Publikum so schwer von seiner Stabilität zu überzeugen ist; in: Prokla 179, 45. Jahrgang, Nr. 2/2015

Hahn, A. (1930): Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen

Herr, H. (1986): Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien – die Vision einer Geldwirtschaft, München

Herr, H. (1992): Geld, Währungswettbewerb und Währungssysteme. Theoretische und historische Analyse der internationalen Geldwirtschaft, Frankfurt/New York

Keynes, J.M. (1930): A Treatise an Money; deutsch: Vom Gelde, Berlin 1931

Krüger, S. (2010): Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Langfristige Entwicklung und industrieller Zyklus, Hamburg

Krüger, S. (2012): Politische Ökonomie des Geldes, Gold, Währung, Zentralbankpolitik und Preise, Hamburg

Krüger, S. (2015): Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus, Hamburg (erscheint Oktober/November 2015)

MEGA II.5: K. Marx, Das Kapital, Zur Kritik der politischen Ökonomie, I. Bd.: Der Produktionsprozeß des Kapitals, I. Auflage, Berlin

MEW 23: K. Marx, Das Kapital, Zur Kritik der politischen Ökonomie, I. Bd.: Der Produktionsprozeß des Kapitals, in: MEW, Bd. 23, Berlin (DDR) 1971

MEW 25: K. Marx, Das Kapital, Zur Kritik der politischen Ökonomie, III. Bd.: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, herausgegeben von F. Engels, in: MEW, Bd. 25, Berlin (DDR) 1970

Müller, K. (2015): Zentralbanken: Überschätzte Steuerungsfähigkeit? In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 102, Juni 2015

Riese, H. (1986): Theorie der Inflation, Tübingen

Scherrer, C. (2015): Auspolierte Kratzer. Das US-Finanzkapital: Durch mehr Regulierung weiter hegemonial? in: Prokla 179, 45. Jahrgang, Nr. 2/2015

Schumpeter, J. (1934/1964): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, Berlin

Stützle, I. (2015): Der Gott der Waren. Die ökonomische Theorie und ihr Geld; in: Prokla 179, 45. Jahrgang, Nr. 2/2015

Zeise, L. (2015): Die Macht der Notenbanken; in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 102, Juni 2015)

Friedrich Carl/Paul Oehlke

Kritische Impulse aus der neo-schumpeterschen Innovationsökonomie

Die wissenschaftspolitische Forschungsstelle *Science Policy Research Unit (SPRU)* in der Universität Sussex, 1966 von Christopher Freeman (1921-2010) gegründet, stellt bis heute ein Zentrum europäischer Innovationsforschung dar. Es hat vergleichbare Einrichtungen wie das von ihm mit Luc Soete (geb. 1950) Mitte der 1990er Jahre ins Leben gerufene *Maastricht Economic Research Institute on Innovation and Technology (MERIT)* beflügelt. Hier entstanden in interdisziplinärer Zusammenarbeit zahlreiche wissenschafts- und forschungspolitisch bedeutsame Studien zu den Wechselbeziehungen von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen Akteuren bis hin zu regionalen und nationalen Innovationssystemen („systems of innovation"), die in ihrer historisch-evolutionären Perspektive eine Herausforderung für die neoklassischen Lehrmeinungen darstellen.[1] Überdies kulminieren die Vorschläge einiger Autoren in einer „grünen" Innovationsstrategie auf informationstechnischer Grundlage, die eine Zurückdrängung der ökonomischen Finanzialisierungs- und sozialen Polarisierungsprozesse einschließt. Wir geben eine Einführung in einige konzeptionelle Beiträge aus der in der BRD wenig beachteten Sussex-Schule, die begründete Alternativen aus der Krise des gegenwärtigen Kapitalismus eröffnen.

1. Joseph A. Schumpeter: Ideengeber für neuere Innovationskonzepte

Für Schumpeter (1883-1950) stand die kapitalistische Dynamik im Mittelpunkt, in der kreative Unternehmer neue Kombinationen von Produktionsfaktoren oder Innovationen durchsetzen. Er insistierte darauf, dass die wirtschaftliche Expansion von verfügbaren Innovationspotentialen als Motor für profitable Investitionen vorangetrieben wird.[2] Im Unterschied zu Nikolai Dmitrijewitsch Kondratieffs (1892-1938) Orientierung an längerfristigen Bewegungen von Preisen, Zinsraten und Handelsbilanzen führte er die Einzigartigkeit jedes längeren Zyklus auf ein Spektrum technischer Innovationen mit neuen Antriebskräften wie der Dampfmaschine, der Eisenbahn oder elektrischen Energie zurück. Nicht Subventionen und Steuergeschenke, sondern steigende Profiterwartungen lösen nach ihm jenes Investitionsfieber aus, für das Keynes den metaphorischen Ausdruck der „tierischen Instinkte" („animal spirits")

---

1 Dosi, G; Freeman, C.; Nelson, R.; Silverberg, G.; Soete, L. 1988: *Technical Change and Economic Theory*. London and New York. Freeman, C. 1995: *The "National 'System of Innovation' in Historical Perspective"*. In: Cambridge Journal of Economics 19, Nr. 1, 5-24. Freeman, C.; Soete, L. 1997: *The Economics of Industrial Innovation*. London.

2 Schumpeter, J.A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin.

fand. Schumpeters besondere Aufmerksamkeit galt den kreativen Unternehmern als entscheidenden Akteuren in den „aufeinander folgenden industriellen Revolutionen". Diese zerstören die etablierten, an ihre Grenze stoßenden Produktionsformen durch radikale Innovationen, sich weit verbreitende Basistechnologien, die über ein halbes Jahrhundert Wachstum und Niedergang bestimmen.[3] Schon in den 1910er/1920er und dann wieder in den 1970er/1980er Jahren gab es intensive Bemühungen zur statistischen Erfassung langer Zyklen oder Wellen anhand verschiedener Indikatoren, die bis heute umstritten blieben.[4] Die hier vorgestellten Autoren verschoben die Akzentsetzung jedoch von quantitativen Nachweisen zur qualitativen Diskussion komplexer technisch-ökonomischer und politisch-institutioneller Wechselbeziehungen im historischen Verlauf der technologischen Revolutionen.[5]

In einer an Joseph A. Schumpeter anknüpfenden gemeinsamen Studie zu langen Wellen und ökonomischer Entwicklung zeigte Freeman mit John Clark und Luc Soete[6], dass längere technisch-ökonomische Entwicklungszusammenhänge organisatorische Innovationen in den Unternehmen und Qualifizierungsprozesse der Beschäftigten bis hin zu institutionellen Anpassungen, insbesondere der Ausbildungssysteme und Arbeitsmärkte, einschließen. Solcherart systemische Sichtweisen erweiterten Schumpeters Innovationstheorie um die vorhergehende Phase der wissenschaftlichen Entdeckungen und technischen Erfindungen sowie um die folgende Phase der Diffusion neuer Produkte und Prozesse mit kleinschrittigen Verbesserungen und Lerneffekten zwischen Produzenten und Nutzern in der breiteren Anwendung.[7] Es handelt sich um vielfältige Interaktionsprozesse, die sich schließlich zu einem vorherrschenden technisch-ökonomischen Entwicklungspfad bündeln. Schumpeter dagegen interpretierte technologische Revolutionen vorwiegend im Kontext dynamischer Marktgleichgewichte, in denen gesellschaftliche Einflüsse und politische Interventionen nur eine marginale Rolle spielen.

---

3 Schumpeter, J.A. 1961: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, 2 Bde. Göttingen 1961 (Business Cycles: 2 vols. 1982).

4 So fand in den 1980er Jahren nicht nur in den angelsächsischen Ländern, sondern auch in der Bundesrepublik eine kontroverse Diskussion statt. Hierfür stehen zwei Argumentationen pro und contra mit umfangreichen Literaturnachweisen: Kleinknecht, A. 1984: *Innovationsschübe und Lange Wellen: Was bringen „neo-schumpeterianische" Kriseninterpretationen?* In: Prokla 57, Dez., 55-57. Goldberg, J. 1985: *Das Konzept der ‚Langen Wellen der Konjunktur'. Eine Kritik theoretischer Aspekte.* Informationsbericht 41 des IMSF, Frankfurt/M., 51-96. Ferner ein diskursiver Austausch der Zeitschriften Prokla, SPW und Sozialismus sowie der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen zu ökonomischen Tendenzen und gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven: *Kontroversen zur Krisentheorie,* Hamburg 1986.

5 Ausführliche methodologische Überlegungen bei Freeman, C.; Louça F. 2001: *As Time Goes By: From the Industrial Revolutions to the Information Revolution.* Oxford, 9-135.

6 Freeman, C.; Clark, J.; Soete, L. 1982: Unemployment and Technical Innovation. A Study of Long Waves and Economic Development. London.

7 Lundvall, B.-A. (Ed.) 1992: National Systems of Innovation. Towards a Theory of Innovation and Interactive Learning. London.

Die Autorengruppe führt aus, dass zu Beginn einer technologischen Revolution die rasche Expansion neuer technischer Anwendungen mit dem Ziel von Extraprofiten und größeren Marktanteilen im Vordergrund steht. Im Zuge steigender Reife verlagert sich infolge intensiverer Konkurrenz der ökonomische Druck jedoch zu kostensparenden Prozessinnovationen, insbesondere durch Mechanisierung, Automatisierung und Computerisierung. Diese technischen Leitpfade bringen mit wachsender Kapitalintensität und sinkenden Profiten einen Umschlag der Akkumulationsbedingungen mit sich, die eine Phase geringeren Wachstums, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Spannungen einläuten.[8] Nunmehr sollte gegenüber monetärer Zurückhaltung oder die Nachfrage stimulierender Fiskalpolitik, so schlagen die Autoren vor, die öffentliche Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovationen und Investitionen ein größeres Gewicht gewinnen.

Auch wenn Schumpeter im Unterschied zu den beschriebenen Tendenzen einer Vergesellschaftung der Innovationsfunktion grundsätzlich von dem schöpferischen „Entrepreneur" ausging, reflektierte er bereits die zunehmende Vorherrschaft großer bürokratisch geführter Kapitalkomplexe, mit denen bei hoher technokratischer Leistungsfähigkeit zugleich die kreativen unternehmerischen Innovationsfunktionen erlahmten.[9] Diese drohen dann in wirtschaftliche Sackgassen zu führen, wenn angesichts sinkender Nachfrage infolge verstärkter Polarisierung der Einkommen bei einsetzender Finanzialisierung die Profitvermehrung durch Finanztransaktionen an Gewicht gewinnt. Mit der Finanzspekulation gerät die Balance mit der Realökonomie aus dem Lot.

2. Christopher Freeman: sozio-institutionelle Bedingungen kapitalistischer Innovationssysteme

Was Marx bereits in seiner These der künftigen Verwissenschaftlichung der Produktion angedeutet hatte, sollte später J.D. Bernal anhand der Entwicklung der modernen Naturwissenschaften empirisch herausarbeiten.[10] Bernals optimistische Vorstellung ihrer grenzenlosen Möglichkeiten als entscheidender menschlicher Lebensäußerung zur Lösung sozialer Probleme brach sich jedoch, wie er selbst zeigte, immer wieder an ihrer militärischen und herrschaftlichen

---

[8] Hier zeigt sich eine gewisse Nähe zu Marxens Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, aber auch zu Keynes' Vorstellung einer sinkender Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals.

[9] Schumpeter, J.A. 3. Aufl. 1972: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.* München (*Capitalism, Socialism and Democracy.* New York 1942). Achtes Kapitel: *Monopolistische Praktiken*, 143-175. In diesem Zusammenhang weisen Freeman et al. (a.a.O. 78) die Kritik Ernest Mandels an Schumpeters Vernachlässigung des Profitmotivs zurück, würdigen aber zugleich Mandels Beiträge zu Tendenzen gespaltener Profitraten (Mandel, E. 1972: *Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung.* Frankfurt/Main, 70-100).

[10] Marx, K. 1953: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Berlin. Bernal, J.D. 1986: Die soziale Funktion der Wissenschaft, Köln (London 1939); Bernal, J.D. 1961: Die Wissenschaft in der Geschichte (London 1954; Taschenbuchausgabe Reinbek bei Hamburg 1970).

Indienstnahme. Umso mehr Gewicht legte sein Schüler Freeman auf gesellschaftliche und wissenschaftliche Institutionen, die kritische Debatten auf der Grundlage von Fakten, Experimenten, Erfahrungen und logischen Argumenten befördern. In den Untersuchungen zu Forschung und Entwicklung, Innovation und Diffusion in forschungsintensiven Branchen wie der Chemie und Elektronik gewann Freeman ein erweitertes Verständnis von wirksamen Zusammenhängen zwischen radikalen und kleinteiligen Innovationen, komplexen technologischen Systemen und Innovationskonstellationen bis hin zu technisch-ökonomischen Paradigmen.[11] Die Wechselwirkungen zwischen technisch-industriellen und sozial-ökonomischen wie auch politisch-institutionellen Faktoren konstituieren zugleich einen historisch nichtlinearen Prozess, der als Gegenstand der Analyse den Übergang zur „evolutionären Ökonomie" markiert.[12]

Freeman lässt mit Marx und Schumpeter keinen Zweifel daran, dass bei allen technisch-ökonomischen Interaktionen eine vorherrschende Rolle den Gewinnerwartungen der Unternehmen zukommt, die Extraprofite in einem quasi sozialdarwinistischen Wettbewerb erzielen wollen.[13] Die hierdurch angetriebenen Diffusionsprozesse neuer Technologien in der gesamten Wirtschaft haben schließlich sinkende Profite mit Zusammenbrüchen, Konzentrationsprozessen und Rationalisierungsschüben zur Folge, die den Ausgang für einen neuen innovationsgestützten Wachstumszyklus bilden können. Auch wenn starke Gewerkschaften und soziale Regelwerke die „Profitimperative des kapitalistischen Wettbewerbs" dämpfen, schließt Freeman, rückblickend in die USA des frühen 20. Jahrhunderts, die Möglichkeit einer Verhinderung der Einführung des Fließbandsystems und des Verbrennungsmotors als Grundlage der Massenproduktion aus. Angesichts der komplementären organisatorischen Innovationen und institutionellen Anpassungsprozesse im sich herausbildenden Fordismus stellt Freeman eine entscheidende politisch-strategische Frage für Gestaltungsoptionen: „Wie viel Freiheit haben wir wirklich, eine große Welle technischer und organisatorischer Innovationen zu modifizieren und anzupassen, wenn sie entscheidende ökonomische Vorteile für konkurrierende Unternehmen in einer kapitalistischen Wirtschaft bieten?"[14]

---

[11] Freeman, C. 1992: *The Economics of Hope. Essays on Technical Change, Economic Growth and the Environment.* London and New York. Die Essaysammlung umfasst ein breites Spektrum des Wirkens von Freeman zu wissenschaftlichen und technischen, vor allem innovations- und evolutionstheoretischen Aspekten, aber auch zu Fragestellungen ökologischen Wachstums, der Lebensqualität und des gesellschaftlichen Fortschritts. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

[12] Die Ausführungen Freemans können hier nicht weiterverfolgt werden. Schon Schumpeter spricht, sich auf Marx beziehend, vom „evolutionären Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses" (1972 [1943], 136) Siehe das 1982 veröffentlichte Standardwerk von R.R. Nelson und S.G. Winter: *An Evolutionary Theory of Technical Change.* (Cambridge), das in seiner Stoßrichtung gegen die Neoklassik zugleich Grundlagen für die neo-schumpetersche Innovationsökonomie liefert.

[13] Siehe auch Keynes, J.M. 1930: *Treatise on Money.* Volume 2. London, 86.

[14] Freeman, C. 1992*: Innovation, changes of techno-economic paradigm and biological analo-*

Ausgehend von der Erschöpfung der fordistischen Betriebsweise der Massenproduktion, ihrer technisch-organisatorischen Grundlagen, einer allgemeinen Marktsättigung und der Erosion der Profitraten beginnt sich seit den 1980er/1990er Jahren ein weitgehend informationstechnisch bestimmter Paradigmenwechsel abzuzeichnen. Mit den hierbei auftretenden Brüchen und Disproportionen, Reibungen und Konflikten im Widerstreit unterschiedlicher Interessen, den Bremsspuren des überkommenen institutionellen Rahmens erklärt Freeman die zunächst relativ geringe oder gar sinkende Arbeitsproduktivität („Solow's Paradox"), die er auf nicht ausreichende organisatorische Innovationen, betriebliche Lernprozesse und institutionelle Anpassungen, die „Fesseln bisheriger Produktionsverhältnisse", zurückführt. Diese Deutung sieht er durch die Produktivitätsstudie des MIT zur Situation der amerikanischen Wirtschaft bestätigt.[15] Schon Jahre zuvor hatte er in dem Aufsatz „*Prometheus unbound*" (160-174) für ein Zusammenspiel des zu erneuernden sozio-institutionellen Rahmens mit einem durch Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) geprägten neuen ökonomischen Paradigma plädiert. Mit der Abkehr von material-, energie- und kapitalintensiven Produktionspfaden sowie der Orientierung an einem kapitalsparenden und Beschäftigung schaffenden Wachstum könnten, so seine optimistische Perspektive, entgegen den „*Grenzen des Wachstums*" ökologisch und sozial nachhaltige Wirkungen erzeugt werden, die breite, sich wechselseitig bedingende Partizipations- und Qualifizierungsmöglichkeiten einschließen.

Das aktivierte demokratische Potenzial stellt, so Freeman, einen Geburtshelfer für transformative gesellschaftliche Entwicklungsprozesse dar, denen die IKT eine technisch-organisatorische Grundlage bieten könnten.[16] Entsprechend schlug er 1992 ein langfristiges Wachstumsprogramm zur Verringerung der weltweiten sozialen Polarisierungsprozesse vor, das zugleich als ein „*Environmental Bretton Woods*" auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden müsste (190-211).[17] Hiermit sollten die erforderliche Rekonstruktion nationaler und vor allem internationaler Institutionen im Rahmen der UN, der Weltbank und des Weltwährungsfonds sowie die Gründung einer neuen *Internationalen Technologieagentur* einhergehen.

---

gies in economics. In: *The Economics of Hope*...., hier 131. Hierauf haben arbeits- und technikpolitische Programme seit den 1970er Jahren in Europa entsprechend ihren jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine unterschiedliche Antwort gegeben (Siehe Oehlke, P. 2013: *Arbeitspolitische Impulse für soziale Produktivität. Fallstudien zu regionalen, nationalen und europäischen Aktivitäten*. Hamburg)

15 Dertouzos, M.L.; Lester, R.K.; Solow, R.M. 1989: *Made in America: Regaining the Productive Edge*. Cambridge/Mass.

16 Die gesellschaftliche Aktivierung im Interesse einer sozialen Integration neuer Technologien, sozialer Innovationen und demokratischer Werte wird explizit in der OECD-Studie *New Technologies in the 1990s. A Socio-economic Strategy* (Paris 1988) einer Expertengruppe unter Vorsitz von Ulf Sundqvist angesprochen, in der Freeman and Soete mitgewirkt haben.

17 A green techno-economic Paradigm for the world economy. In: The Economics of Hope ..., 190-211.

3. Carlota Perez: Die wechselnde Rolle des Finanzkapitals bei techno-ökonomischen Paradigmenwechseln

Carlota Perez (geb. 1939) hat, gestützt auf Erkenntnisse ihres Lehrers Freeman, eine Theorie der „techno-ökonomischen Paradigmenwechsel" ausgearbeitet, die in „gewaltigen Wogen" („huge surges") die letzten 240 Jahre des Industriekapitalismus bestimmten. Wo Kondratieff ein langfristiges Auf und Ab von Preisen entdeckte, Schumpeter eine qualitative Abfolge von technologischen Revolutionen herausstellte, zeigt Perez darüber hinaus ein komplexes Zusammenspiel von neuen Technologien, Märkten und Institutionen: „Jede technologische Revolution bringt nicht nur eine komplette Umstrukturierung der Produktion, sondern letzten Endes eine Transformation der Institutionen, der Regierung, der Gesellschaft und sogar der Ideologien und Kulturen mit sich, die so tief gehen, dass man von der Konstruktion aufeinanderfolgender und verschiedener Wachstumsmodi in der Geschichte des Kapitalismus sprechen kann" (24f).[18] Zugleich zeigt sie auf, dass jede „gewaltigen Woge", bei aller historischen Individualität in ihrem Verlauf, wiedererkennbaren Mustern folgt.

In diesem Kontext arbeitet sie die unterschiedlichen Existenzformen des Produktions- und Finanzkapitals sowie die unterschiedlichen Funktionen des letzteren im Verlauf längerer Zyklen heraus. Während das nicht gegenständlich gebundene und flexibel agierende Finanzkapital sich auf die Re-Allokation des Produktivkapitals mit dem Ziel kurzfristiger Profitmaximierung orientiert, ist das letztere eingebettet in Produktions-, Arbeits- und Organisationsstrukturen, externe Netzwerke aus Zulieferern, Verkäufern und Kunden, aber auch Forschungs- und Wissens-, Bildungs- und Erfahrungsbestände. Während diese Unterschiede im ökonomischen Mainstream wenig beachtet werden, spielen sie, so die Autorin, eine entscheidende Rolle in den Aufschwung- und Abschwungphasen der Zyklen. Perez gibt eine differenzierte Analyse der Rolle des Finanzkapitals, das quasi als Geburtshelfer den finanziellen Brennstoff für die Einführung radikaler Innovationen als Motoren wirtschaftlicher Entwicklung liefert – eine zunächst progressive Rolle, die mit der von ihm im Ablauf des Zyklus bewirkten Verschärfung sozio-ökonomischer Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse ins Gegenteil umschlägt, bevor ruhigere Fahrwasser durch erfolgreich erneuerte Regulationsformen erreicht werden können, mit denen das Produktionskapital wieder in veränderter Gestalt instandgesetzt wird.

In der regulationstheoretisch angereicherten Fortschreibung der Theorie langer Wellen identifiziert Perez fünf Zeitalter, die geprägt sind durch technologische Cluster: die industrielle Revolution (mit Werkzeug-, Textil- und Dampfmaschinen) ab 1771; Dampfkraft und Eisenbahn ab 1829; Stahl, Elektrizität und Schwermaschinenbau ab 1875; Öl, Auto und Massenproduktion ab

---

[18] Perez, C. 2002: Technological Revolutions and Financial Capital: *The Dynamics of Bubbles and Golden Ages*. London. Seitenzahlen im Text beziehen sich auf dieses Buch. Siehe auch Perez, C. 2004: Finance and technical change: A long-term view. In: Hanusch, H; Pyka, A. (Eds.): The Elgar Companion to Neo-Schumpeterian Economics. Cheltenham.

1908; die Informations- und Telekommunikationstechniken ab 1971 (11). Die Jahreszahlen verweisen auf einen technischen „Big Bang" am Beginn jeder „gewaltigen Woge", der vorausschauenden Zeitgenossen die neuen Potentiale vor Augen führt. Das galt für Arkwrights wasserbetriebene Spinnmaschine im ersten Zyklus, die „Rocket"-Dampflokomotive im zweiten ebenso wie im vierten für das Model T der Ford Motor Company und im letzten für den Intel-Microprozessor in Santa Clara, der die Ablösung der fordistischen Massenproduktion durch die Informationsökonomie einläutete. Jede technische Revolution ermöglicht ein höheres Produktivitätsniveau, das im Verlauf jeder Woge in den zentralen Wirtschaftsbereichen der Kernländer nach und nach realisiert wird – zunächst in Großbritannien, dann auch in den USA und Deutschland, schließlich in weiteren europäischen und asiatischen Ländern.

Doch um die Potentiale erschließen zu können, braucht es Menschen, die sich damit auskennen und unterstützende Infrastrukturen. Ein Auto nutzt nicht viel ohne Straßen, Tankstellen und Menschen, die es fahren oder reparieren können. Und damit nicht genug. Wo stände die Autoindustrie heute ohne die Erfindung des Konsumentenkredits? Eine technologische Revolution erfordert also, um wirken zu können, massive und anhaltende Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur, in menschliches Wissen und Können, aber auch Geld- und Kreditgeber, ein entfaltetes Banken- und Finanzsystem wie staatliche und heute transnationale Förderprogramme. Somit erweisen sich Perez' techno-ökonomische Paradigmen als ein begriffliches Pendant zur regulationstheoretischen Dialektik von „Akkumulationsregimen und Regulationsweisen". Zugleich steckt in der impliziten Analogie zu Thomas Kuhns Theorie der wissenschaftlichen Revolutionen auch der Hinweis, dass die Abfolge der Paradigmen kein linearer, friedlicher Vorgang ist, sondern eher „kreative Zerstörung", wenn das Neue sich in erbitterten Kämpfen gegen das widerständige Alte durchsetzt. Hierbei unterscheidet Perez vier Phasen: Die beiden ersten, der „Ausbruch" und die „Raserei" (engl. frenzy) bilden zusammen die „Installationsperiode", die folgenden Phasen der „Synergie" und der „Reife" die „Verbreitungsperiode".

Während des „Ausbruchs" aus dem alten Paradigma muss das Neue erste Wurzeln schlagen und seine praktische Tauglichkeit erweisen. In dieser Phase gewinnen die Financiers eine progressive Funktion, indem sie Unternehmern zu innovativen Investitionen und zu förderlichen Rahmenbedingungen verhelfen, denen sich die ökonomischen Schwergewichte, aktuell im Energiesektor zu beobachten, mit aller Macht widersetzen. Je klarer sich das anfänglich enorme Profitpotential abzeichnet, desto näher rückt jedoch die Stunde des Umschlags in spekulative Blasen, ob es sich um die Eisenbahnen in den 1840er oder die Dotcom-Blase um die 2000er Jahre handelt. So kommt es in der zweiten Hälfte der Installationsperiode des neuen Paradigmas zur „Raserei", in der das Finanzkapital sich vom Produktionskapital entkoppelt und die Börse in ein Kasino verwandelt. Während einzelne Personengruppen sich extrem bereichern, spitzen sich die sozialen Unterschiede zu: Menschen, Klassenfraktionen, Unternehmen, Regionen und Länder, die sich des neuen Para-

digmas erfolgreich bedienen, stehen einer schrumpfenden Mehrheit gegenüber, die noch an das alte Paradigma gebunden ist.

Meist markiert ein Finanzcrash einen sozial-ökonomischen „Wendepunkt" mit folgenden instabilen gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen der sozio-institutionelle Rahmen für die anschließende Synergiephase restrukturiert wird. Gegenüber den sozialdarwinistischen Auswüchsen der „tierischen Instinkte" gewinnen soziale Belange mit ersten Schritten zur Regulation des Finanzkapitals wieder an Gewicht. In einer veränderten gesellschaftlichen Einbettung kann das wieder an Reputation gewinnende Produktionskapital in erweiterten Produkt- und Prozessinnovationen mit erneuerten materiellen und immateriellen Infrastrukturen einen Aufschwung befördern.[19] Im Zuge des langfristigen Übergangs in die „Reife" beginnen sich die Möglichkeiten für weitere profitable Investitionen wieder zu erschöpfen , die wirtschaftliche Dynamik geht zurück, und es öffnet sich in einer längeren Inkubationszeit („gestation period") der soziale Raum für eine neue technologische Revolution, die wiederum eine „gewaltige Woge" vorbereitet.

Von großem Interesse ist der „Wendepunkt" mit dem Übergang zur Phase der „Synergie". An dieser Stelle des Zyklus bieten sich unter dem neuen Paradigma unterschiedliche Wege in die Zukunft an. Angesichts sich verschärfender sozialer Widersprüche prallen in einem krisenhaften und unübersichtlichen Prozess gegensätzliche Interessen und Vorstellungen in aller Härte aufeinander. So zitiert Perez aus Keynes' Essay „The Grand Slump of 1930": „Aber meines Erachtens kann es keine wirkliche Erholung geben, wenn die Vorstellungen der Kreditgeber und produktiven Kreditnehmer nicht wieder zusammengebracht werden ... Selten in der modernen Geschichte ist die Kluft zwischen beiden so weit und so schwierig zu überbrücken gewesen." (167)

Im „Wendepunkt" der 1930er Jahre gelang es in den USA (aber auch in Norwegen und Schweden), durch die Politik des „New Deal" den sich widersetzenden, durch die Weltwirtschaftskrise geschwächten Großkapitalen gewisse Grenzen zu setzen und damit zugleich neue Wege der Kapitalreproduktion zu eröffnen. Die Regulierung des Finanzsektors und Kaufkraftstärkung der Bevölkerung erschlossen im „New Deal" Roosevelts der vorher stagnierenden industriellen Massenproduktion erweiterte Absatzchancen, zusätzlich angefacht durch die Kriegskonjunktur und später durch den Nachkriegs-Wiederaufbau in Westeuropa – eine Grundlage für den jahrzehntelangen Aufschwung der Weltwirtschaft. Ein historischer Vergleich mit der heutigen Situation verdeutlicht, welches Krisen-, aber auch Handlungspotential die IKT-geprägte „Synergie"-Phase möglicherweise noch in sich birgt.

---

[19] Diese Übergangsphase kennzeichnet die gegenwärtige Situation, in der nach der Finanzkrise unter dem Leitbegriff der „digitalen Revolution" in der Bundesrepublik Deutschland versucht wird, die industrielle Wertschöpfung mit Hilfe öffentlicher Programme zu verstärken. Entsprechend werden gegenwärtig von der Europäischen Kommission in Pilotprojekten multinationale Konsortien von KMU und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen gefördert: „*Fast Track to Innovation*" http://www.nks-kmu.de/foerderung-fti.php

Perez diagnostiziert strukturelle Ungleichgewichte in technisch-ökonomischen Übergangsperioden, mit denen eine Zerrüttung der sozio-institutionellen Sektoren einhergeht. Sie stellt die Frage, ob ein sich vertiefendes Verständnis der Finanzkrisen gangbare Wege für weniger sozial schmerzvolle Lösungen eröffnet: angesichts der sich ausbreitenden Arbeitslosigkeit, der hiermit verbundenen Qualifikationsverluste, der fortschreitenden Zerstörung der sozialen Lebensbedingungen, der geographischen Entwurzelung und vor allem der Polarisierung zwischen Armut und Reichtum.

Entsprechend benannte sie schon in ihrem Hauptwerk drei strukturelle und krisenverursachende Spannungsbereiche (167-171), die in der Gegenwart in verstärktem Maße als Widersprüche hervortreten und Gegenmaßnahmen verlangen:

- einmal Widersprüche zwischen wachsenden Papierwerten und realem Reichtum, die eine entschiedene Regulation und Zurückdrängung der Praktiken einer kurzfristig orientierten Kasinoökonomie mit überzogenen Profiterwartungen erfordern;
- zum anderen Diskrepanzen zwischen dem Potenzial der ökonomischen Expansion und dem verteilungspolitischen Profil der Nachfrage, die eine gezielte Förderung der neuen Wachstumsmärkte und der sich „entwickelnden Welt" notwendig machen;
- schließlich die sich verschärfende Kluft zwischen reicher werdenden und in Schulden gefangenen Ländern mit aufbrechenden Konflikten und massiven Migrationsbewegungen, die effektive Aktivitäten zur Lösung dieser Probleme dringlich werden lassen.

Neben der Eindämmung militärischer Konflikte im Kontext imperialer Ambitionen kommt den einzelnen Ländern, ihren transnationalen Verbünden und internationalen Institutionen – im Gegensatz zu den derzeit in der Europäischen Union vorherrschenden Austeritätsstrategien – eine zentrale Rolle in der Förderung von technischen und sozialen Innovationen und Investitionen in die materiellen und immateriellen Infrastrukturen zu. Hierfür sind demokratische Staaten und entsprechend legitimierte supranationale Institutionen als Regulatoren, wirtschaftliche Akteure und politische Richtungsgeber unerlässlich.

4. Mariana Mazzucato: Plädoyer für den Staat als Innovationspionier

In den meisten westlichen Ländern dominiert das Bild eines bürokratischen, inkompetenten, trägen Staates, mit dem Senkungen von Steuern, Sozialleistungen und öffentlichen Investitionen legitimiert werden. Die neoliberal kodierten Vorstellungen politischer Repräsentanten und internationaler Institutionen vom „schwachen Staat" entlarvt Mariana Mazzucato (geb. 1968) als interessengebunden und stellt der Marktideologie in ihrem aktuellen Bestsel-

ler[20] das Leitbild eines dynamischen und gestaltenden, unternehmerische und innovative Funktionen wahrnehmenden, ja eines Märkte schaffenden Staates entgegen (1-24, 243-245).

Mazzucato weist im Einzelnen nach, dass in der gegenwärtigen Entwicklungsphase die Grundlagen für Basisinnovationen überwiegend öffentlich finanziert und anschließend zur Verwertung privaten Händen überlassen werden. Somit komme für die Entwicklung neuer Technologien weniger dem privaten Sektor, sondern mehr dem Staat eine in der öffentlichen Diskussion kaum wahrgenommene dynamische Rolle zu. Er liefere den Konzernen zu Vorzugskonditionen neue Profitchancen, während diese ihre Forschungsausgaben und ihre vermeintliche Risikobereitschaft im Zuge der Finanzialisierung weiter zurückfahren, aber mit ihren teilweise exorbitanten Gewinnen verstärkt eigene Aktien rückkaufen. In einer Reihe von aktuellen Fallstudien – von den Informationstechnologien über Bio- und Nanotechnologien bis hin zu den erneuerbaren Energien – deckt sie auf, dass der Privatsektor die Bereitschaft zu investieren erst findet, nachdem mit Hilfe des „unternehmerisch" agierenden Staates in riskanten und kostspieligen Innovationsprojekten der Weg geebnet worden ist, d.h. kostenaufwendige Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen gesellschaftlich vorfinanziert worden sind.

Es handelt sich um einen bekannten Tatbestand[21], den Mazzucato offensiv und publizitätsmächtig gegen die neoliberale Ideologie des ineffizienten Staates und hochinnovativer Privatunternehmen, insbesondere im Bereich der gefeierten Silicon Valley-Konzerne, wendet. So enthüllt Mazzucato, dass alle bedeutenden technischen Innovationen, die das iPod, iPhone, iPad u.a. „smart" machen, über öffentliche Programme finanziert worden sind, darunter das Internet, GPS, der Multi-Touchscreen und das Spracherkennungssystem Siri. Die teilweise exklusive, durch Patente geschützte Nutzung wurde dem hochprofitablen Konzern Apple fast unentgeltlich ermöglicht, obwohl dieser als hartnäckiger Steuervermeider gilt. Die neun Spitzenleute bei Apple verdienten im Jahre 2012 mit 411,5 Mio. $. so viel wie 89.000 Arbeiter bei seinem chinesischen Zulieferer Foxconn, die durchschnittlich 4.622 $ erhielten (218).[22]

---

[20] Mazzucato, M. 2014: Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München (The Entrepreneurial State. London, New York). Seitenangaben im Text dieser Ausgabe. Siehe auch: A mission-oriented approach to building the entrepreneurial state, November 2014, 27 (http://marianamazzucato.com/wp-content/uploads/2014/11/ MAZZUCATO-INNOVATE-UK.pdf)

[21] Dieser ist in unterschiedlichen theoretischen Kontexten schon in der Vergangenheit nachgewiesen worden; so u.a. von Leisewitz, A. 1976: *Staatliche Forschungspolitik und Monopole.* In: *Das Monopol – ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus.* Frankfurt/M., 278-283. Siehe unter theoretischem Blickwinkel Hirsch, J. 1974: *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals.* Frankfurt/Main, hier 173-205. Alternative Konzepte bei Ahrweiler, G.; Döge, P.; Rilling, R. (Hg.) 1994: *Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/1995. Gestaltung statt Standortverwaltung. Für eine sozial-ökologische Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik.* Marburg/Lahn.

[22] Einen plastischen Eindruck über die Arbeitsbedingungen bei Foxconn gibt Christian Fuchs:

In Analogie zu den Missbräuchen auf den Finanzmärkten erkennt Mazzucato im Innovationsgeschehen eine systematische Sozialisierung von Risiken bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne. Nach ihrer Beobachtung gestalten sich die „Partnerschaften" zwischen der öffentlichen Hand und den Privatunternehmen eher parasitär als symbiotisch (242). Sie fordert, dass Unternehmen bei staatlichen Unterstützungsleistungen wie Krediten und Bürgschaften oder finanziellen Zuwendungen Inhalte und finanzielles Volumen ihrer Kooperationen offenlegen und bei wirtschaftlichem Erfolg einen Rückfluss aus ihren Gewinnen garantieren müssen: „Diese Einnahmen ... sollten in einen ‚nationalen Innovationsfonds' fließen, aus dem der Staat dann weitere Innovationen finanzieren kann." (240) Entsprechend sei bei öffentlich finanzierten Patenten sicherzustellen, dass der Patentinhaber anderen Marktteilnehmern Lizenzen umfassend und gerecht anbietet.

Ganz in der Tradition Freemans fordert Mazzucato, den „kollektiven" Charakter von Innovationen" (243) anzuerkennen. Gestützt auf eine demokratische Legitimation sollten die öffentlichen Hände bewusst die Führungsrolle im Innovationsprozess übernehmen und den risikolosen Verzehr öffentlicher Budgets in den High-Tech-Branchen durch einen sich finanziell selbst tragenden Prozess der Innovationsförderung ersetzen. Sie plädiert für einen aktiven Staat als richtungsweisenden *Innovationspionier* (19), der nicht nur förderliche Rahmenbedingungen für Märkte setzt, sondern diese selbst schaffen muss.[23] Dies gilt mit einem Mix von angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen in besonderem Maße für die von ihr propagierte „grüne Revolution" (147-180).[24] Gegenüber versickernden Steuererleichterungen favorisiert sie gerade für die erneuerbaren und sauberen Energien öffentliche Investitionen und Entwicklungsbanken, die mit langem Atem größere Risiken tragen, langfristige Kredite vergeben, den gesellschaftlichen Nutzen maximieren und einen positiven Kreislauf etwa durch öffentliche Güter in Gang setzen könnten, ohne Dividenden zahlen zu müssen (178-180).

Auf der Grundlage einer kritischen Einschätzung parasitärer Innovationsstrategien, in denen Schumpeters „kreative Unternehmer" zwar noch eine in der Öffentlichkeit ideologisierte, aber realiter keine entscheidende Rolle mehr spielen, bieten Mazzucatos Analysen und Argumente auch einen Ansatz für sozial-ökologische Transformationsprozesse. Diese setzen freilich ganz andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und demokratische Regulationsformen voraus, die entgegen den jahrzehntelangen Rückbildungsprozessen erst wieder

---

Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit. Die globale Produktion digitaler Hard- und Software. In: Z 103 (September 2015), 85-95, hier 91-93.

[23] Mazzucato, M. 2015: The Innovative State. Government Should Make Markets, Not Just Fix Them. In: Foreign Affairs, Jan.-Febr. Siehe auch Karl Polanyi 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main, 192-195.

[24] So auch Perez, C. 2013: Financial bubbles, crises and the role of government in unleashing golden ages. In Pyka, A.; Burghof, H.P. (Eds.): Innovation and Finance. London, 11-25.

zu erringen sind – ein bei Mazzucato weitgehend ausgeblendeter Fragenkomplex, der eine politisch-soziologische Analyse der gesellschaftlichen Kräfte- und Herrschaftsverhältnisse, der Interessenbindung und funktionalen Abhängigkeiten staatlichen Handelns erforderlich macht.[25]

5. Aktuelle Vorschläge für sozial-ökologische Innovationsstrategien in Europa

Mariana Mazzucato und Carlota Perez haben vor einem Jahr Vorschläge zur Lösung der europäischen Krisensituation vorgelegt.[26] Als entscheidend betrachten sie, die Abkopplung des Finanzsektors von der realen Produktion umzukehren und die kurzfristigen finanzmarktdominierten Profitorientierungen in langfristig wirksame Zielsetzungen gesellschaftlicher Entwicklung zu transformieren. Nur so könnten die stagnativen Tendenzen der herrschenden Kasinoökonomie überwunden werden. Dies verlange im Rahmen einer umfassenderen Alternativstrategie jedoch u.a. zielorientierte öffentliche Investitionen für neue Technologien, während die gegenwärtige Überflutung der Märkte mit billigem Geld keine Investitionen, sondern eine andauernde Überbewertung der Kapitalgüter und Bereicherung des Finanzkapitals erzeugt.

Die gegenwärtige Krise erfordert laut Mazzucato und Perez tiefgreifende institutionelle Umgestaltungen, um den gravierenden Missständen einer finanzialisierten Wirtschaft und der Einkommensungleichheit in der Gesellschaft gegenzusteuern. Hierzu müssten das vorhandene Innovationspotenzial ebenso profitabel genutzt wie die erzielten Gewinne „fair" mit den öffentlichen Geldgebern geteilt werden. Das erfordert u.a. Innovationsstrategien mit abgestimmten Maßnahmenpaketen, die Anreize für öffentliche und private Investitionen in langfristige Wertschöpfungsbereiche setzen, also die Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, der Infrastruktur und zur Transformation des fossilen Kapitalismus. Dazu stellen sie folgende Kriterien auf:

- öffentliche, zielorientierte Investitionen in strategisch zentralen Bereichen wie Klimawandel, Ressourcenverbrauch und „Humankapital";
- direkte öffentliche Investitionen insbesondere zur Stärkung wirtschaftlich schwächerer Länder in Europa gekoppelt mit indirekten Investitionsanreizen in der Steuerpolitik;
- restrukturierte Fiskalpakte, in denen der vorherrschenden Schuldenfixierung durch Investitionsförderung gegengesteuert wird;
- eine grüne Transformation der gesamten energie- und materialintensiven Wirtschaft der Massenproduktion mit Hilfe der Informationstechnologien;

---

[25] Zur aktuellen Diskussion über die demokratische „Involution" (Agnoli) siehe u.a. Crouch, C. 2008: *Postdemokratie.* Frankfurt am Main. Deppe, F. 2013: *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand.* Hamburg. Streeck, W. 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus.* Berlin.

[26] *Innovation as Growth Policy: the challenge for Europe,* July 2014, hier 21-24 (http://www.sussex.ac.uk/spru/documents/2014-13-swps-mazzucato-perez.pdf).

- qualitativ orientierte Finanzhilfen für stärker ökologisch und sozial orientierte Investitionen mit anhaltenden Beschäftigungseffekten;
- positive Anreize für wertschaffende Produktion und negative Anreize (Sanktionen) für spekulative Formen der Geldvermehrung ;
- intelligente Regulationsformen, die Gewinnerwartungen in Bereiche öffentlicher Güter und allgemeiner Wohlfahrt lenken;
- redistributive Steuersysteme, die weniger die Arbeit und stärker den Verbrauch von Ressourcen und kasinokapitalistische Verwerfungen belasten.

Das wäre so etwas wie ein europäischer „New Deal", der den Weg für einen sozial-ökologischen Umbau des europäischen Kapitalismus öffnet. Wenn die Autorinnen einen solchen Weg kapitalistischer Entwicklung unter stärkerer Akzentuierung staatlicher Aktivitäten vorschlagen, dann werden zu entscheidenden Herausforderungen die politische Eindämmung der die Wirtschaftsentwicklung und das Innovationsgeschehen weitgehend bestimmenden Export-, Rüstungs- und Finanzinteressen durch national und transnational sich organisierende Gegenkräfte, die Durchsetzung der demokratischen Qualität – im Sinne gesellschaftlich getragener und öffentlich-parlamentarischer Entscheidungsfindung – regionaler, einzelstaatlicher und europäischer Innovationspolitik sowie die Stärkung öffentlicher Entwicklungsaufgaben vor allem in den schwächeren Ländern Europas. Dies könnten auch Ansatzpunkte für eine weiterreichende Demokratisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in einer ökologischen Perspektive sein.

Die Autorinnen befassen sich zwar nicht explizit mit den hegemonialen Umbrüchen in der kapitalistischen Welt: den geografischen Reallokationen des Kapitals, den Veränderungen der Sozialstrukturen, den aufbrechenden Klassenkämpfen und Kriegen sowie den hiervon ausgelösten Migrations- und Fluchtwellen, auch bleiben in ihrer eher objektivierenden Darstellung die Akteure zur Realisierung der eingeforderten Maßnahmenpakete außen vor; dennoch eröffnen sie ein tieferes Verständnis der kapitalistischen Entwicklungszyklen einschließlich der gegenwärtig krisenverschärfenden Rolle der Finanzmärkte, ohne einem historischen Pessimismus im Kampf um sozial-ökologische Transformationserfordernisse zu verfallen. Christopher Freemans ultimative Botschaft für die emanzipatorischen gesellschaftlichen Kräfte bis hin zu den einzelnen Akteuren bleibt hochaktuell mit den Worten von Gabriel Garcia Marquez' in seinem Roman „Liebe in den Zeiten der Cholera": „Weiche niemals zurück vor Zynismus und Verzweiflung. Bleibe den Idealen der Jugend treu." („Never give way to cynism or despair. Remain true to the ideals of youth.")

Klaus Steinitz

25 Jahre deutscher Vereinigungsprozess im Spiegel von Sozialanalysen

Befragungen der Bürgerinnen und Bürger zu den seit der Vereinigung eingetretenen Veränderungen in den neuen Bundesländern und zum erreichten Stand der Angleichung der Lebensverhältnisse können interessante Einsichten und Erkenntnisse darüber geben, wie sich diese Prozesse im Bewusstsein der Menschen widerspiegeln. Die Mitte 2015 von der Volkssolidarität herausgegebene und von Gunnar Winkler, ihrem langjährigen Präsidenten, verfasste Studie „25 Jahre Sozialanalysen. Die deutsche Vereinigung 1989 bis 2015. Positionen der Bürgerinnen und Bürger" gibt hierfür eine sehr gute Grundlage. Die mit dieser Studie vorgelegten Ergebnisse beruhen auf jährlichen Befragungen von 38.000 Menschen der neuen Bundesländer und Ostberlins und beziehen auch Befragungen (2005, 2010, 2014) im alten Bundesgebiet inkl. Westberlin ein. Die Ergebnisse von 25 Wellen empirischer Bevölkerungserhebung, zu der auch spezielle Erhebungen zum Leben von Frauen, älteren Menschen, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen gehören, wurden in jährlich publizierten Sozialreporten „Leben in den neuen Ländern" zusammengefasst und der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ermöglichen damit nicht nur einen Vergleich der vorgenommen Bewertungen über einen langen Zeitraum, sondern auch einen Ost-West-Vergleich.[1]

Hintergrund der Befragungsergebnisse bildet die reale ökonomische und soziale Entwicklung in den vergangenen 25 Jahren. Für ihre Beurteilung ist es daher zweckmäßig, eine kurze, stark zusammengefasste Charakterisierung dieser Entwicklung in den neuen Bundesländern voranzustellen.

Zur Entwicklung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland

25 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik kann davon ausgegangen werden, dass die Transformation Ostdeutschlands in das kapitalistische System der Bundesrepublik sowie ihre Integration in die gesamtdeutsche Wirtschaft im wesentlichen abgeschlossen ist, ohne dass allerdings eine befriedigende Angleichung der Wirtschaftskraft erreicht und gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt wurden.

Die Entwicklungsphasen im Zeitraum der vergangenen 25 Jahre können wie folgt charakterisiert werden: Infolge vor allem der überstürzten Währungsunion und der Treuhandpolitik erlebte Ostdeutschland in den Jahren 1990/91 einen tiefen, in Friedenszeiten noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Einbruch,

---

[1] Vgl. Volkssolidarität Bundesverband (Hrsg.), 25 Jahre Sozialanalysen. Die deutsche Vereinigung 1989 bis 2015. Positionen der Bürgerinnen und Bürger, Berlin 2015, S.151 f.

der besonders die Industrie traf. Das relative Niveau des BIP je Einwohner in Ostdeutschland (Westdeutschland = 100) sank von 55 Prozent im letzten DDR-Jahr 1989 auf 33 Prozent 1991. Danach folgte bis 1995/96 eine Periode raschen ökonomischen Wachstums mit einer spürbaren Verringerung der Ost-West Niveauunterschiede im BIP je Einwohner, die aber mit einem relativen Niveau von 62 Prozent 1996 noch beträchtlich blieben. Nach 1996 verlangsamte sich die Konvergenz und kam seit etwa 10 Jahren bei einem Niveau des BIP je Einwohner von knapp 67 Prozent faktisch zum Stillstand.

Auch bei fast allen anderen wichtigen Indikatoren für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das Lebensniveau der Bevölkerung blieben bis heute wesentliche Ost-West Unterschiede in einer Größenordnung von rund 30 Prozent bestehen. Sie weisen bei den einzelnen Indikatoren jedoch recht starke Unterschiede auf.

Tab.: Ausgewählte Indikatoren des wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozesses und des gegenwärtigen Standes der ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin; alte Bundesländer = 100)

Indikator	1989	1991	2001	2013
BIP je Einwohner[a]	54,9	33,3	62,0	67,1
BIP je Erwerbstätigen[a]	44,2	35,1	72,0	76,4
Arbeitnehmerentgelt[b]	.	59,0	75,0	76,0
Pro-Kopf-Einkommen in privaten Haushalten[b]	.	53,0	62,0	67,1
Lohnstückkosten[a]	.	140,6	103,3	101,6

Quelle: Daten nach: a) Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2015, Köln 2015, S. 179 und 182; b) Udo Ludwig, Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Gesamtwirtschaftliche Befunde, in: Berliner Debatte Initial, 26 (2015) 2, S. 35 und 37.

Bei einigen anderen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren stößt man auf starke Abweichungen von dem in der Tabelle deutlich zum Ausdruck kommenden allgemeinen Trend der Annäherung und des folgenden Abbruchs der Konvergenz.

Zu den abweichenden Prozessen gehören vor allem:

- Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur. In Ostdeutschland ist nach der Treuhand-Privatisierung das Fehlen von Groß- und leistungsstarken Mittelbetrieben und die damit zusammenhängende kleinteilige Betriebsstruktur prägend. Diese Tendenz fand nach 1991/92 nicht ihr Ende, sondern setzte sich auch danach fort. Der Anteil der größeren Betriebe (ab 250 Beschäftigte) an den Beschäftigten im gesamten Unter-

nehmensbereich ging von 33 Prozent Mitte 1995 auf 22 Prozent 2014 zurück.[2]

- Die Entwicklung der Investitionen, die für einen Aufholprozess bestimmend sind. Die Investitionen wurden nach einer starken Erhöhung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ab 1997 fast kontinuierlich sowohl relativ als auch absolut reduziert. Das relative Niveau der Anlageinvestitionen – Anlageinvestitionen je Erwerbstätigen – in den neuen Bundesländern veränderte sich im Vergleich zu Westdeutschland (= 100) wie folgt: Es stieg zunächst von 68,5 Prozent 1991 auf 153,2 Prozent 1997 und sank danach ständig ab, auf 105,4 Prozent 2001, 94,7 Prozent 2005 und 86,1 Prozent 2011.[3]
- Der Anteil der in der Wirtschaft eingesetzten Mittel für Forschung und Entwicklung (FuE) am Umsatz, der die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in hohem Grade widerspiegelt, schmolz nach der Liquidierung der großen Forschungszentren der Kombinate Anfang der 1990er Jahre auf ein Niveau im Vergleich zu den alten Bundesländern von unter 40 Prozent. In den westdeutschen Großbetrieben betrug 2009 der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP 1,88 Prozent, in den ostdeutschen weniger als ein Viertel davon, nur 0,40 Prozent.[4]
- Die Ost-West-Vermögensunterschiede haben sich im Gegensatz zu den Einkommensunterschieden nur geringfügig verändert und liegen beim Nettovermögen je Person (Altersgruppe 18 Jahre und älter) im Durchschnitt in Ostdeutschland (2012) bei nur 39 Prozent des westdeutschen Niveaus.[5]

Die in der Studie enthaltenen Ergebnisse bilden eine wichtige, unverzichtbare Grundlage für die Beurteilung der Zusammenhänge zwischen der objektiven ökonomischen und sozialen Entwicklung und den subjektiven, individuell differenzierten Meinungen und Bewertungen durch die Bürgerinnen und Bürger. Sie zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass sie *erstens* einen langen Zeitraum von 25 Jahren erfassen und durch die jährlich wiederholten Befragungen eine hohe Kontinuität aufweisen, *zweitens* umfassend und komplex angelegt sind – neben zusammenfassenden Bewertungen werden Daten in 10 Komplexen dargelegt, von Wohlstand und Armut, Erwerbstätigkeit, über Wohnen, Gesundheit/Pflege, kulturelle Vielfalt und Umwelt bis zur Demokratie, *drittens* einen Ost-West Vergleich in der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der seit 1990 vollzogenen Änderungen ermöglichen, *viertens* bei vielen Komplexen eine differenzierte Auswertung nach sozialen Gruppen, nach Einkommenshöhe, Qualifikationsgrad, Alter ermöglichen und *fünftens* eine gelungene Verbindung

---

2 IAB Betriebspanel Ostdeutschland, Ergebnisse der 19. Welle 2014, Berlin, S.14.

3 Udo Ludwig, Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Gesamtwirtschaftliche Befunde, a.a.O., S. 37

4 Ebenda, S. 46

5 Berechnet nach Ulrich Busch, Zwischen Konvergenz und Divergenz. Zur Entwicklung privater Vermögen in Ost- und Westdeutschland, in: Berliner Debatte Initial, 26 (/2015) 2, S. 56.

zwischen den Befragungsergebnissen und den von der Statistik erhobenen Gesamtdaten herstellen.

Eine umfassende Auswertung dieser in ihren zeitlichen und inhaltlichen Dimensionen herausragenden Befragungen kann hier nicht vorgenommen werden. Ich werde mich im Folgenden auf ausgewählte Komplexe und einige spezifische Fragestellungen konzentrieren.

Bewertungen zum erreichten Stand der Einheit und zur weiteren Perspektive

Hier bestehen gravierende Unterschiede in den Befragungsergebnissen zwischen Ost und West. 2014 waren 27 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern der Meinung, dass Ost und West im Wesentlichen zusammengewachsen sind bzw. nur noch geringe Ost-West-Unterschiede bestehen. Der Anteil der positiven Bewertungen im früheren Bundesgebiet war dagegen etwa doppelt so hoch. Der Anteil der positiven Bewertungen hat sich im Osten von 2002 bis 2014 von 6 Prozent auf 27 Prozent erhöht. Im Osten ist jedoch nicht nur die Meinung stark verbreitet, dass die Ost-West-Unterschiede noch relativ groß sind (48 Prozent), sondern ebenso die, dass es auch nach 50 Jahren noch gravierende Unterschiede geben wird. Die Bewertung durch die jüngeren Altersgruppen unterscheidet sich erheblich von der Bewertung der Älteren – fast 40 Prozent der Jüngeren, aber nur 25 Prozent der Älteren (über 50 Jahre) bewerten den Stand der Einheit für sich positiv. (13ff.)[6]

Die bestehenden Ost-West-Unterschiede in den Lebensverhältnissen können 25 Jahre nach der Herstellung der Einheit nicht mehr primär auf die DDR Vergangenheit zurückgeführt werden, sondern sind vor allem Ergebnis der herrschenden Politik der vergangenen 25 Jahre, der es nicht gelungen ist, die Währungsunion durch eine Wirtschafts- und Sozialunion in der erforderlichen Qualität zu ergänzen. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass sich im Osten ein spezifisches Gemisch aus Zustimmung zum Erreichten und individuell empfundener Ausgrenzung herausgebildet hat. (10)

In 2014 äußerte die Mehrheit der Ostdeutschen (54 Prozent), dass sie weder die alte DDR wiederhaben möchten noch sich in der BRD richtig wohl fühlten. Die Mehrheit der Westdeutschen (46 Prozent) vertrat die Meinung, dass sie sich nach der Vereinigung nicht anders fühlen als vorher. (19) Auf die Frage „Sind fast 25 Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt vor allem Gewinn bzw. mehr Gewinn als Verlust" antworteten in 2014 fast die Hälfte der Ostdeutschen (48 Prozent) zustimmend. Nur jeder Fünfte sah sich als Verlierer der Einheit. Die Anteile der Gewinner der Einheit waren bei Frauen und Bewohnern kleinerer Gemeinden deutlich niedriger. Während sich 54 Prozent der Männer eher als Gewinner der Einheit sehen, beträgt dieser Anteil bei den Frauen nur 39 Prozent. Maßgeblich wird hierfür sein, dass der zur DDR-Zeit

---

6 Alle Seitenangaben beziehen sich auf die angeführte Studie.

vorhandene Gleichstellungsvorsprung weitgehend verloren gegangen ist. In kleineren Gemeinden liegt der Anteil derjenigen, die sich als Gewinner der Einheit sehen, mit 44 Prozent beträchtlich unter dem entsprechenden Anteil in Großstädten mit 60 Prozent. Es ist insgesamt charakteristisch, dass bei allen Gruppen sowohl Gewinne als auch Verluste der Einheit empfunden werden, natürlich in unterschiedlichen Relationen. (23ff.)

Bei der Frage nach den wichtigsten Kriterien für die Angleichung steht in Ost und West mit über 90 Prozent die Chancengleichheit an erster Stelle. Danach folgt mit 78 Prozent Ost und 59 Prozent West die beiderseitige Angleichung von Ost und West. Mehr als die Hälfte der Befragten, bei etwas höheren Anteilen in Ostdeutschland, ist der Meinung, dass kulturelle und regionale Unterschiede beibehalten werden sollten. (25)

Wandel und Ost-West Differenzierung in den Wertestrukturen

Charakteristisch für die Menschen in Ostdeutschland ist eine sich wandelnde Wertestruktur, die aber noch stark von der Sozialisation in der DDR geprägt bleibt. Sie halten sowohl soziale Sicherheit und Gerechtigkeit als auch Freiheit und Demokratie in einem hohen Grad für sehr wichtig. Die Befragungsergebnisse des Jahres 2014 weisen folgende Ergebnisse auf: An der Spitze stehen in Ost- und Westdeutschland die Grundwerte „Freiheit", „soziale Sicherheit" und „Gerechtigkeit", allerdings mit deutlichen Ost-Westunterschieden. Im Osten gab es in der erwähnten Reihenfolge Zustimmungswerte für „sehr wichtig" von 45 Prozent, 41 Prozent und 39 Prozent, im Westen von 65 Prozent, 25 Prozent und 31 Prozent. Diese Unterschiede können nicht nur auf die unterschiedliche Sozialisation zurückgeführt werden, sondern widerspiegeln auch den höheren Grad der Verunsicherung in Ostdeutschland, die sich in einem höheren Stellenwert der „sozialen Sicherheit" niederschlägt. Bei der Befragung 2014 hat die „Freiheit" zum ersten Mal in den neuen Bundesländern einen höheren Wert erreicht als die soziale Sicherheit. Problematisch ist der niedrige Wert von „sehr wichtig" für „Solidarität" und „Gleichheit" von 13 Prozent und 12 Prozent im Osten und noch etwas geringeren Werten im Westen (10 Prozent und 9 Prozent). (109)

Im Verlauf der Zeit seit 1990 haben sich einige Veränderungen in der Bewertung vollzogen. Die Umwelt wurde 1990 von 82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger im Osten als sehr wichtig angesehen. Dieser Wert ist bis 2014 infolge vor allem der Deindustrialisierung und des damit verknüpften Verlustes von Arbeitsplätzen auf 52 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang der Bewertung der Demokratie als „sehr wichtig" auf 29 Prozent in 2014 hängt in hohem Maße damit zusammen, dass die vorhandenen Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Menschen als unzureichend empfunden werden Allein die Teilnahme an freien Wahlen wird nicht als ausreichend angesehen. Bei der Bewertung der verschiedenen Bereiche (Familie, Arbeit, Einkommen, Wohnung, Bildung ...) gibt es eine weitgehende Übereinstimmung in der Reihenfolge und in der Höhe der Bewertungen mit „sehr wichtig". Ausnahmen sind

„Demokratie" (29 Prozent Ost, 45 Prozent West) und Religion (5 Prozent Ost, 11 Prozent West). (112)

Insgesamt haben die Menschen in Ostdeutschland recht unterschiedliche Erwartungen zur zukünftigen Entwicklung der für ihr Leben wichtigen Komplexe. Bei Erwerbsarbeit, Bildung, Gesundheit werden eher Verbesserungen erwartet, während bei der finanziellen Absicherung im Alter, der sozialen Gerechtigkeit und den Umweltverhältnissen eher Verschlechterungen erwartet werden. (11f.) Die größte Ost-West Übereinstimmung gibt es im geringen Vertrauen in die sozialen Sicherheitssysteme. Auf die Frage, „„Wie groß ist Ihr Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, wenn Sie an die nächsten 5-10 Jahre denken", antworteten 55 Prozent (Ost) bzw. 56 Prozent (West) mit „teils/teils" und 26 Prozent (Ost) bzw. 23 Prozent (West) mit „klein/keins". (125)

Zufriedenheit mit Zukunftsaussichten nach sozialen, Geschlechter- und Altersstrukturen

In den Befragungsergebnissen zeigt sich größtenteils eine starke Abhängigkeit der vorgenommenen Wertungen vom Geschlecht, vom Alter und von sozialen Strukturmerkmalen. Zur Charakterisierung dieser Abhängigkeiten können die Ergebnisse bei der Bewertung der Zufriedenheit mit den Zukunftsaussichten als repräsentativ angesehen werden. Für die Bewertung dieser Zufriedenheit gibt es bei insgesamt relativ hohen Werten – 2014 waren 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger (18 Jahre und älter) in den neuen Bundesländern mit ihren Zukunftsaussichten „zufrieden" und 37 Prozent" teilweise zufrieden" – auch beträchtliche Differenzierungen. Diese beziehen sich vor allem auf:

- Geschlecht: 44 Prozent der Männer gegenüber 35 der Frauen waren mit ihren Zukunftsaussichten zufrieden;
- Alter: Die Jüngeren im Alter zwischen 18 und 25 Jahren wiesen mit 54 Prozent die höchste Zufriedenheit auf gegenüber 36 Prozent der Gruppe im Alter zwischen 50 und 60 Jahren.
- Erwerbsstruktur: An der Spitze der Zufriedenheitswerte stehen die Beamten mit 64 Prozent, gefolgt von den Selbständigen mit 55 Prozent, den Angestellten mit 39 Prozent und den Arbeitern mit dem niedrigsten Wert von 32 Prozent.
- Soziale Schichtung: Hier reichen die Zufriedenheitswerte von der „obere Mittelschicht" (76 Prozent), über die „Mittelschicht" (52 Prozent) sowie die „untere Mittelschicht" (28 Prozent) bis zur „Unterschicht" mit nur 12 Prozent.
- Einkommenshöhe: Die Zufriedenheitswerte steigen mit der Einkommenshöhe. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen pro Haushaltsmitglied bis zu 1.000 Euro sind 24 Prozent mit ihrer Zukunft zufrieden, bei 1.000 bis 1.500 Euro sind es 32 Prozent, bei 1.500 bis 2.000 Euro 47 Prozent und bei über 2.000 Euro 67 Prozent.
- Längere Erwerbstätigkeit: Durchgängige Erwerbstätigkeit ist schon allein Grundlage für eine hohe Zukunftszufriedenheit. (32).

John Lütten

Struktur, Handlung, Herrschaft

Zur Diskussion über Herrschaftsverhältnisse in der Kritik der politischen Ökonomie

Im Zuge jüngerer Debatten um die Marxsche Ökonomiekritik bleibt auch die Frage der Herrschaftsverhältnisse nicht unumstritten. Mehrere Strömungen und Interpretationsansätze bemühen sich dabei um scharfe Abgrenzung von einem u.a. als ‚traditionell' aus der Mode gekommenen ‚Arbeiterbewegungs-' oder ‚Klassenkampfmarxismus', der den Klassenkonflikt als einen Zentralbegriff der Marxschen Kritik versteht und das Ausbeutungsverhältnis von Bourgeoisie und Proletariat zum Ausgangspunkt politischer Intervention macht. Stattdessen wird die ‚Anonymität' oder ‚Subjektlosigkeit' bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse betont und die Kritik mystifizierter Vorstellungen über den gesellschaftlichen Zusammenhang ins Zentrum gerückt.

Denn der vor allem am Klassenkampf orientierte Marxismus, so der Vorwurf, reduziere Herrschaftsverhältnisse letztlich auf die verschleierte, personale Herrschaft einer herrschenden Klasse und mache Konflikte um Arbeits- und Produktionsverhältnisse auf unzulässige Art und Weise zum Ausgangspunkt für Gesellschaftskritik und eine politische Praxis, die sich in der Konsequenz bloß auf das Schaffen von Klassenbewusstsein und politische Organisation beschränke. Damit würden jedoch die spezifischen Bedingungen bürgerlicher Vergesellschaftung verkannt: Zentral sei weniger das Klassenverhältnis von Produktionsmittelbesitzern und Lohnabhängigen, sondern der Umstand, dass diese sich als freie und gleiche Eigentümer ihrer Waren auf einem von unmittelbaren Herrschaftsverhältnissen befreiten Markt gegenüber treten. Aus diesen Tausch wiederum würden ökonomische Verkehrsformen – Wert, Geld, Kapital, Mehrwert etc. – hervor gehen, die sich gegenüber den Akteuren dergestalt verselbständigen würden, dass vielmehr von der Herrschaft des Strukturzusammenhanges über das Handeln der Menschen gesprochen werden müsse. Bürgerliche Herrschaftsverhältnisse seien daher insofern „subjektlos" (Kurz), „anonym" (Elbe) oder „unpersönlich" (Heinrich), als diese Verselbständigung nicht auf den Willen oder das Interesse einzelner Akteure zurückgehe, sondern sich hinter deren Rücken vollziehe. Einzelne für die Konsequenzen dieser Systematik verantwortlich zu machen sei daher eine ‚Personalisierung' gesellschaftlicher Verhältnisse, sprich eine unzulässige Komplexitätsreduktion. Als Personifikationen ökonomischer Kategorien seien schließlich auch die ökonomisch Herrschenden zur Ausführung struktureller Imperative gezwungen.

Die Frage nach dem Zusammenhang von Struktur, Handlung und Herrschaft tangiert antikapitalistische Politik wesentlich, und für die politische Arbeit hat Konfusion über den Stellenwert von Herrschaftsverhältnissen in der Ökonomie fatale

Konsequenzen. So gibt es mittlerweile zahlreiche Stimmen, die Proteste etwa gegen den G7-Gipfel oder gegen die Austeritätspolitik der Europäischen Zentralbank unter Verweis auf deren angeblich ‚verkürzte' und ‚personalisierte' Kapitalismuskritik ablehnen. Statt nach einzelnen Verantwortlichen zu suchen, so der Tenor, solle Kapitalismus als ‚abstraktes' und ‚apersonales' Herrschaftssystem kritisiert werden. Unterstellt wird eine ökonomische Systematik, die sich offenbar weitgehend vom Handeln der Menschen entkoppelt hat. In der ‚Antifa'-Bewegung gehören derlei Prämissen längst zum Common Sense (Sommer/Witt-Stahl 2014), und auch in gewerkschaftliche Bildungsarbeit hält so ein Kapitalismusverständnis zusehends Einzug: Bei Bildungsseminaren zum Thema Antifaschismus etwa ist zu erfahren, dass die ‚personalisierte' und am Handeln der einzelnen Kapitalisten ansetzende Kapitalismuskritik nicht nur falsch, sondern vor allem maßgeblicher Bestandteil einer rechten, ‚regressiven' Kapitalismuskritik sei.

Thesenartig und auf Grundlage einer logisch-systematischen Lesart von Marx' Ökonomiekritik sollen hier einige Einwände gegen die populärsten solcher Annahmen formuliert werden. Mit Blick auf die Einheit von Struktur und Handlung wird erst diskutiert, was mit der ‚Verselbständigung' ökonomischer Formen gemeint ist (1.); zweitens wird die Bedeutung des Klassenverhältnisses für die Konstitution ökonomischer Verkehrsformen herausgestellt (2.) und argumentiert, dass dieses ein Herrschaftsverhältnis beinhaltet, welches von seiner politischen Form mystifiziert wird (3.). Schließlich wird das Verhältnis von Personifikation, Trägerschaft und individuellem Willen diskutiert (4.). Es wird dabei nicht darum gehen, den Nachweis einer bewussten Steuerung der Gesellschaft durch die Bourgeoisie zu erbringen. Vielmehr soll dort eingehakt werden, wo das Verhältnis von Struktur und Handlung ungenau gefasst und der zentrale Stellenwert des Klassenverhältnisses verkannt werden.

1. Einheit von Struktur und Handlung

Verschiedentlich wird die These vertreten, Marx zeige in den ersten vier Kapiteln des *Kapital*, dass sich ökonomische Verkehrsformen dergestalt gegenüber dem Handeln der Menschen verselbständigten, dass von einer eben ‚apersonalen' usw. Herrschaft ökonomischer Strukturen gesprochen werden müsse. Es kommt aber darauf an, was mit ‚Verselbständigung' gemeint ist.

Marx' Kritik der politischen Ökonomie beansprucht, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen" (*Kapital*, 15f.). Sie untersucht die ökonomischen Verkehrsformen der bürgerlichen Gesellschaft, stellt ihre inneren Widersprüche dar und kritisiert sie somit, und sie unterzieht die klassische Nationalökonomie einer entsprechenden Kritik. Zugleich legt sie damit den für die bürgerliche Gesellschaft spezifischen Zusammenhang von Struktur und Handlung dar, indem sie in der Rücknahme mehrerer Abstraktionsstufen darlegt, wie die Menschen unbewusst im bewusst vollzogenen Warentausch Verkehrsformen hervor bringen, die ihnen als apriori gegebene erscheinen. Sie zeigt damit nicht nur, *dass* es die Menschen sind, die ihren gesellschaftlichen Zusammenhang produzieren, sondern auch, *wie* sie dies tun

und *warum* ihnen dieser Zusammenhang als verselbständigter gegenübertritt (Wolf 2002).

Am Beispiel der Ware-Geld-Beziehung lässt sich das grob nachvollziehen. So sind es zu jedem Zeitpunkt die Menschen selbst, die die Strukturen ihres gesellschaftlichen Zusammenhanges produzieren, indem sie die Produkte ihrer privat und unabhängig von einander verrichteten Arbeit miteinander gleichsetzen. Sie bringen so den *Wert* hervor und mit ihm schließlich die *Geldform* bzw. das *Geld* als allgemeines Äquivalent. Da mit der Geldform auch die Wertbeziehung eine der Ware scheinbar äußerliche wird, erscheinen den Menschen die von ihnen selbst produzierten Strukturen als ihrem Handeln entzogene, apriori gegebene. Sie handeln zwar zu jedem Zeitpunkt intentional, wenn sie ihre Produkte auf dem Markt miteinander in Beziehung setzen; dass sie damit strukturelle Notwendigkeiten schaffen, aus denen die genannten Strukturen hervor gehen, entzieht sich hingegen dem alltäglichen Verständnis. Man muss nicht begriffen haben, was etwa Geld ist, um es gebrauchen, wollen oder horten zu können. Ihr eigener gesellschaftlicher Zusammenhang erscheint den Menschen als Bewegung von Sachen, auf die sie keinen Einfluss haben – die ökonomischen Strukturen samt ihrer Imperative scheinen nicht das Produkt der Menschen zu sein, sondern anonym zu herrschen.

Inwieweit lässt sich nun also von einer ‚Verselbständigung' ökonomischer Verkehrsformen sprechen? Tatsächlich zeigen die ersten Kapitel des *Kapital*, dass die ökonomischen Verkehrsformen aus dem Handeln der Menschen ähnlich den klassisch soziologischen ‚nicht intendierten Handlungsfolgen kollektiven Handelns' hervor gehen. Die Entstehung von Wert oder Geld geht nicht auf die Entscheidung eines Souveräns oder das Interesse konkreter Akteure zurück – sie entstehen notwendig aus dem Warentausch. Insofern ist es richtig, von einer Verselbständigung im Sinne *logischer bzw. struktureller Notwendigkeit* zu sprechen, die sich aus dem Tausch ergibt: Die Konstitution ökonomischer Formen beinhaltet ‚selbständige' und ‚subjektlose' *Momente*, die nicht aus dem Willen der handelnden Menschen hervor gehen. Doch von einer *Verselbständigung der ökonomischen Formen selbst* kann hier nicht gesprochen werden, insofern ihre Konstitution wie auch Bewegung zu jedem Zeitpunkt an das Handeln der Akteure gebunden bleiben. Marx abstrahiert zwar stellenweise vom Handeln der Menschen bzw. der Warenbesitzer – er führt sie erst im zweiten Kapitel des *Kapital* in die Darstellung ein –, doch es bleiben zu jedem Zeitpunkt die handelnden Menschen, die den gesellschaftlichen Zusammenhang produzieren und aufrecht erhalten.

Von jenen, die in den ersten vier Kapiteln des *Kapital* einen Beleg für die Verselbständigung des ökonomischen Strukturzusammenhanges sehen, wird diese Unterscheidung nicht getroffen. Von der Feststellung ‚verselbständigter' und unbewusster Momente in der Konstitution ökonomischer Verkehrsformen wird direkt auf die Verselbständigung der Verkehrsformen selbst geschlossen. Der Rede von der ‚subjektlosen' etc. Herrschaft ökonomischer Strukturen liegt dann die implizite Annahme einer Auflösung der Einheit von Struktur und

Handlung zu Grunde. Nur so lässt sich nämlich von der ‚Herrschaft' eines ‚verselbständigten' Strukturzusammenhanges sprechen.

2. Klassen- und Kapitalverhältnis

Marx macht deutlich, dass die „Selbstverwertung des Werts" nur im Verhältnis von Kapital und Arbeit besteht: „Der Konsumtionsprozess der Arbeitskraft", schreibt er, sei „zugleich der Produktionsprozess von Ware und von Mehrwert" (*Kapital*, 189). Kapital ist keine positivistisch fixierbare und fest vorliegende Entität, sondern ein soziales Verhältnis zwischen Geld und Arbeitskraft, das nur in actu existiert, und als dessen soziale Träger sich Kapitalisten und Arbeiter gegenübertreten. Von einer ‚subjektlosen' Herrschaft ökonomischer Strukturen kann indes nur die Rede sein, wenn dieser Zusammenhang von Klassen- und Kapitalverhältnis zum Kapitalverhältnis hin aufgelöst wird.

Wird das Klassenverhältnis theoretisch unter ein als eigenständiges und vom Klassenverhältnis gelöst unterstelltes Kapitalverhältnis subsumiert, kommen auch Klassenkonflikte und das Handeln der Akteure bloß in ihrer das Kapitalverhältnis reproduzierenden Funktion in Betracht. Gesellschaftliche Strukturen erscheinen dann als dem Handeln der Akteure entzogene, Klassenkonflikte sinken hinab zur ausschließlich funktionalen Binnenkategorie eines übermächtig erscheinenden Kapitalverhältnisses. Dass die von Menschen produzierten Strukturen dann als sie anonym beherrschende erscheinen müssen, ist nicht verwunderlich. Eine solche *strukturfetischistische* Position versteht denn auch den Marxschen Begriff des *automatischen Subjekts* nicht mehr auch als kritische Beschreibung eines von Menschen produzierten Zusammenhanges, der, fetischistisch mystifiziert, eine scheinbar eigengesetzliche und verselbständigte Bewegung vollzieht. Vielmehr nimmt sie den Schein für bare Münze und hält das ‚automatische Subjekt' ausschließlich für eine eigenständige Struktur, welche Kapitalisten und Arbeiter gleichermaßen setzt, beherrscht und zum Handeln zwingt (vgl. Sommer/Wolf 2008: 55–85).

Am konsequentesten ist diese Position von Robert Kurz vertreten worden. Das von Geld- und Arbeitskraftbesitzern eingegangene Tauschverhältnis gilt ihm als „bloße Erscheinungsform" des „subjektlosen Fetischs" „an" den handelnden Subjekten. Ihr Verhältnis sei nicht das „Wesen der Sache", denn sie würden nur einen „überindividuellen, subjektlosen Zweck" an sich selbst vollziehen, nämlich die „Selbstbewegung (Verwertung) des Geldes". Werde dies nicht begriffen, drücke sich die Argumentation „um das Fetischproblem herum" und müsse das versachlichte Verhältnis der Menschen letztlich immer „in eine subjektive Veranstaltung" auflösen. Die Konsequenz: „Der Begriff des ‚automatischen Subjekts' (Marx), die eigentlich subjektlose Ebene des fetischistischen Verhältnisses, wird so grundsätzlich verfehlt." (Kurz 1993) Kurz macht den Fetischismus bürgerlicher Verhältnisse zum zentralen Ausgangspunkt für die Frage nach Struktur, Handlung und Herrschaft. Den „gemeinen Marxismus" kritisiert er darum wie folgt:

„[F]ür den gemeinen Marxismus ist die Selbstbewegung des Geldes, die Verwertung des Werts, gerade jener *Schein*, der auf die Zwecke, den Willen, das

subjektive Handeln der Menschen zurückzuführen und also in (‚falsche', herrschaftliche) Subjektivität aufzulösen ist. Eine radikale, konsequente Fetischismuskritik müsste dagegen genau umgekehrt die empirische Subjektivität selber als den Schein denunzieren, d.h. die Zwecke, den Willen und das subjektive Handeln der warenproduzierenden Menschen in ihre wahre Subjektlosigkeit als bloße Exekution einer allen Subjekten vorausgesetzten Fetischform auflösen. Nicht etwa, um sich dem ‚automatischen Subjekt' zu unterwerfen, sondern im Gegenteil, um es als solches angreifen und überwinden zu können." (Ebd.)

Der Fetischbegriff gilt Kurz als Zentralbegriff der Gesellschaftskritik, weil er für ihn den Schlüssel zum Verständnis einer den Menschen vermeintlich äußerlichen Gesellschaftlichkeit überhaupt darstellt. Dabei geht er so weit, Geschichte nicht mehr als Geschichte von Klassenkämpfen, sondern als „Geschichte von Fetischverhältnissen" bestimmen zu wollen. Klassenkonflikte sinken so zur reinen „Binnenkategorie von etwas Übergeordnetem" herab: „Die Klassenkämpfe (und andere Formen sozialer Auseinandersetzung) verschwinden dadurch natürlich nicht, aber sie werden herabgesetzt zu einer Binnenkategorie von etwas Übergeordnetem, nämlich der subjektlosen Fetisch-Konstitution und ihren jeweiligen Codierungen bzw. Funktionsgesetzen." (Ebd.)

Kurz' Mystifizierung des Kapitalverhältnisses gründet in der Annahme, dass sich das Kapital als voll entfaltetes „Weltverhältnis" dergestalt vom Handeln der Menschen gelöst habe, dass ihr Tun nunmehr allein im Sinne der Reproduktion des Kapitalverhältnisses relevant sei. Er unterstellt, dass es einen Moment geben könne, bzw. schon gegeben habe, in dem sich das Kapitalverhältnis vom Klassenverhältnis entkoppelt und die ökonomische Form Kapital über das Verhältnis von Produktionsmittel- und Arbeitskraftbesitzern erhoben hat. Davon ausgehend stellt er das Verständnis der Konstitution des Kapitals radikal von den Füßen auf den Kopf: Es ist für Kurz nicht mehr das Handeln der Menschen, welches das Kapital konstituiert, sondern es ist das Kapital, welches das Handeln der Menschen konstituiert. Konsequent löst er deshalb alles Handeln in ein vom *automatischen Subjekt* diktiertes Determinationsverhältnis auf und übt Kritik an vermeintlich subjektivistischen Herrschaftstheorien, die das Herrschaftsverhältnis von Kapitalist und Arbeiter mit individuellem Willen, konkreten Interessen oder Entscheidungen in Verbindung bringen. Dabei überdehnt er auch den Begriff der *Charaktermaske* bzw. der *Personifikation* ökonomischer Kategorien: Während Marx damit eine Formbestimmung des Handelns meint, die wirksam wird, sobald die Menschen Teil des ökonomischen Geschehens werden – der Geldbesitzer aus freien Stücken, der Arbeiter, weil er muss –, versteht Kurz das gesamte individuelle Handeln als von strukturellen Zwängen determiniertes; nicht nur das ökonomisch bestimmte Handeln, sondern das ganze Subjekt geht bei ihm also in der Diktion der Charaktermaske auf. Da es folgerichtig kein Außerhalb des Kapitalverhältnisses mehr geben kann, sinkt nicht nur der Klassenkampf zur rein funktional bestimmten „Binnenkategorie von etwas Übergeordnetem" herab, sondern auch die vollends als vom Kapital produziert verstandene Subjektivität der Menschen kann kein Bezugspunkt für politische Intervention sein. Dass

bürgerliche Herrschaftsverhältnisse dann nur noch als ‚subjektlose' Herrschaft ökonomischer Formen erscheinen können, nimmt nicht wunder.

3. Form und Inhalt des Klassenverhältnisses

Bis hierhin ist das Klassenverhältnis nur seiner Form nach betrachtet worden. Als solches ist es ein Tauschverhältnis von freien Warenbesitzern, zwischen denen keinerlei Herrschaftsbeziehung vorliegt. Es beruht jedoch auf einem Verhältnis der Klassenherrschaft, das von seiner politischen Form verschleiert wird; es bleibt verborgen, wenn die egalitäre Form vom herrschaftsförmigen Inhalt getrennt wird.

Dass die Mehrwertproduktion eines innerbetrieblichen Herrschaftsverhältnisses bedarf, der ‚anonyme' Zwang zur Verwertung des Werts also auf ein Herrschaftsverhältnis konkreter Personen angewiesen ist, ist klar. Hier soll es um den *Umschlag im Aneignungsgesetz* gehen, den Marx im *Kapital* darstellt (vgl. *Kapital*, 609) und in dessen Folge das Tauschverhältnis von Kapitalist und Arbeiter in einem anderen Licht erscheint: „Das Verhältnis des Austausches zwischen Kapitalist und Arbeiter wird also nur ein dem Zirkulationsprozess angehöriger Schein, bloße Form, die dem Inhalt selbst fremd ist und ihn nur mystifiziert. Der beständige Kauf und Verkauf der Arbeitskraft ist die Form. Der Inhalt ist, dass der Kapitalist einen Teil der bereits vergegenständlichten fremden Arbeit, die er unaufhörlich ohne Äquivalent aneignet, stets wieder gegen größeres Quantum lebendiger fremder Arbeit umsetzt." (*Kapital*, 609)

Mit der entwickelten Darstellung des Produktionsprozesses „zerrinnt der Schein des bloßen Verhältnisses von Warenbesitzern", schreibt Marx (*Resultate*, 87). Der frei vollzogene Kauf und Verkauf von Arbeitskraft erscheint nur noch als „vermittelnde Form seiner [des Arbeiters, JL] Unterjochung unter das Kapital". Was der Form nach ein Vertragsverhältnis von Warenbesitzern ist, offenbart ein Abhängigkeitsverhältnis, in dem die Lohnabhängigen ihre Abhängigkeit und die Herrschaft der Produktionsmittelbesitzer immerzu reproduzieren. Marx kritisiert die „Vulgärökonomie", die das Klassenverhältnis bloß in der Zirkulationssphäre ansiedelt und mit der Produktionssphäre auch das ihr inhärente Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis ignoriert: „Um also zu *beweisen*, dass das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter durchaus nichts als ein Verhältnis zwischen Warenbesitzern ist, die zu ihrem wechselseitigen Vorteil und durch einen freien Kontrakt Geld und Ware mit einander austauschen, genügt es den ersten Prozess [des Kaufs und Verkaufs des Arbeitsvermögens, JL] zu isolieren [von der Konsumtion der Ware Arbeitskraft, JL] und an seinem formellen Charakter festzuhalten. Dies einfache Kunststück ist keine Hexerei, aber es bildet den ganzen Weisheitsvorrat der Vulgärökonomie." (*Resultate*, 29)

Dass sich Arbeiter und Kapitalist jenseits ihres Herrschaftsverhältnisses als freie Warentauschende gegenüber treten, gilt ihm nur der Form nach als von vorigen, „mehr direkteren Formen der Knechtung der Arbeit" unterschieden. Das Geldverhältnis vertusche dieses Abhängigkeitsverhältnis: „Es ist dies eine dieser Produktionsweise immanente *Form* der Vermittlung, diese Verewigung des Verhältnisses des Kapitals als Käufers und des Arbeiters als Verkäufers von

Arbeit; aber es ist eine Form, die sich nur der Form nach von andern mehr direkten Formen der Knechtung der Arbeit und des *Eigentums an sie* auf Seiten der Besitzer der Produktionsbedingungen unterscheidet. Sie *vertuscht* als blosses *Geldverhältnis* die wirkliche Transaktion und die perpetuierliche Abhängigkeit, die beständig erneuert wird, durch diese Vermittlung des Kaufs und Verkaufs." (*Resultate*, 87. Herv. u. Grammatik i. O.)

Es irre sich darum, schreibt Marx weiter, wer „in diesem oberflächlichen Verhältnis, in dieser *wesentlichen Formalität*, *Schein* des Kapitalverhältnisses, sein *Wesen* selbst" finden wolle. Arbeiter und Kapitalist gleichermaßen unter das Verhältnis von Warenbesitzern zu subsumieren, hieße, ihr Verhältnis zu „apologisieren" und „seine differentia specifica" auszulöschen (*Resultate*, 88).

Damit ist nicht gemeint, dass der Arbeiter auf den Stand des Leibeigenen zurückfalle oder bürgerliche Freiheiten eine Einbildung seien – die Existenz des juristisch freien Lohnarbeiters ist ja gerade eine notwendige Bedingung für die gesellschaftliche Durchsetzung des Kapitals (vgl. *Kapital*, 183). Doch so richtig es ist, dass bürgerliche Herrschaftsverhältnisse keine personalen sind, insofern politische und ökonomische Macht nicht unmittelbar im Willen eines Souveräns zusammenfallen, so wenig lässt sich damit der Nachweis erbringen, dass das Herrschaftsverhältnis von Kapitalist und Arbeiter nicht absolut zentral für die Verwertung des Werts sei. Vielmehr offenbart die hier eingeholte Stufe der Darstellung bürgerliche Herrschaftsverhältnisse wesentlich als versachlichte und dinglich vermittelte Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Diese ist nicht nur Voraussetzung des gesellschaftlichen Zusammenhanges, sondern zugleich ein fortwährend neu produziertes Resultat. Als ‚subjektlose' Herrschaft ökonomischer Verkehrsformen kann sie nur erscheinen, wenn die egalitäre, tauschvermittelte Form des Klassenverhältnisses gegenüber ihrem Inhalt hypostasiert wird. Man bewegt sich dann aber auf der Darstellungsebene der *einfachen Warenzirkulation*, die Marx im ersten Abschnitt des *Kapital be*schreibt und auf deren Grundlage nicht abschließend über Herrschaftsverhältnisse geurteilt werden kann (Hanloser/Reitter 2008).

4. Personifikation, Trägerschaft und Wille

Marx' Hinweis auf Kapitalist und Arbeiter als „Charaktermasken" und „Personifikationen ökonomischer Kategorien" wird mitunter als Beleg für eine vom individuellen Willen unabhängige, ‚subjektlose' usw. Herrschaft ökonomischer Strukturen interpretiert. Dabei werden der Stellenwert dieser Begriffe und das Verhältnis von Trägerschaft und individuellem Willen jedoch ungenau gefasst. In der Folge wird der Begriff der Personifikation gegen seine politischen und historischen Voraussetzungen ausgespielt.

Kapitalist ist der Geldbesitzer als „bewusster Träger" der Verwertung des Werts, er ist „personifiziertes, mit Willen und Bewusstsein begabtes Kapital" (*Kapital*, 167f.). Sein Tun und Lassen sind „nur Funktion des in ihm mit Willen und Bewusstsein begabten Kapitals" (*Kapital*, 619) und er kommt als Person nur soweit in der Darstellung vor, wie er diese Funktion erfüllt. Marx macht ferner deutlich, dass – anders als in vorbürgerlichen Gesellschaften – der

individuelle Konsum nicht der unmittelbare Zweck kapitalistischer Produktion ist: Der Kapitalist verzehrt den Mehrwert nicht selbst, sondern muss ihn zum größten Teil rekapitalisieren. Mit dem Schatzbildner teile er den „absoluten Bereicherungstrieb", doch was bei ersterem als individuelle Manie erscheine, sei beim Kapitalisten „Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist", nämlich der *Konkurrenz* (*Kapital*, 618).

Der Begriff der *Personifikation* benennt innerhalb der Marxschen Darstellung ein Verhältnis der Formbestimmung. Strukturelle Imperative beeinflussen das Handeln ab dem Zeitpunkt, zu dem der Einzelne in das ökonomische Geschehen eintritt und darin eine Funktion einnimmt, und es handelt sich dabei um ein fortwährendes, dauerndes Ineinandergreifen von individuellem Willen und Formbestimmung des Handelns. Die Personifikation benennt also das Übersetzen jener Imperative in das Handeln des Einzelnen und lässt sich mit dem Begriff der *Trägerschaft* genauer fassen: Dass der Kapitalist „bewusster Träger" der Kapitalverwertung ist, drückt einerseits aus, dass er sich die Erfordernisse der Kapitalakkumulation – aus welchem Motiv heraus auch immer – zu eigen macht und sein Handeln in den Dienst der Verwertung des Werts stellt; der Hinweis, dass der Kapitalist ja ‚nur' als Charaktermaske handele, drückt also lediglich aus, dass er als jemand handelt, der die Zwänge der Kapitalverwertung zu seinem subjektiven Zweck gemacht hat. Andererseits wird darin erneut deutlich, dass sich strukturelle Notwendigkeiten nur im Handeln eines konkreten Trägers verwirklichen. Das meint Marx, wenn er schreibt, das Kapital sei „wohl vom einzelnen Kapitalisten trennbar", nicht aber „von *dem* Kapitalisten, der als solcher *dem* Arbeiter gegenübersteht" (*Grundrisse*, 211, zit. n. Rosdolsky 1968: 251).

Insofern ist der u.a. von Michael Heinrich gebrachte Hinweis, dass sich das Kapitalverhältnis nicht auf ein *Willensverhältnis* reduzieren lasse, nicht falsch (vgl. Heinrich 2005: 89). Wird der persönliche Wille aber erst an der Stelle ins Spiel gebracht, an der die Positionen von Kapitalist und Arbeiter bereits eingenommen sind, droht der Hinweis auf systemische Zwänge auch das realpolitisch bewusst aufrecht erhaltene Klassenverhältnis völlig hinter dem Verweis auf die Formbestimmung des Handelns verschwinden zu lassen. Dass der Klassenantagonismus nicht nur ein Resultat, sondern auch eine willentlich aufrecht erhaltene *Voraussetzung* der Kapitalakkumulation ist, kann dann nicht mehr adäquat nachvollzogen werden, weil die Formbestimmung gegen ihre eigene Voraussetzung angeführt wird. Man ist demnach, zugespitzt ausgedrückt, offenbar aus Versehen oder gegen den eigenen Willen zum Ausbeuter und Besitzer von Produktionsmitteln geworden. In der Folge wird ein Kapitalist präsentiert, der wie der Arbeiter auch als Getriebener von strukturellen, seinem Zugriff entzogenen Zwängen erscheint. Dabei gerät der entscheidende Unterschied aus dem Blick: Die Rolle des Kapitalisten wird willentlich und immer aus freien Stücken eingenommen, zur Rolle der personifizierten Arbeitskraft ist der Großteil der Gesellschaft durch den Nichtbesitz an Produktionsmitteln verdammt. Kapitalist und Arbeiter haben daher auch nicht gleichermaßen an den Erfordernissen ihrer Charaktermasken zu leiden: „Überhaupt ist zu bemerken, daß da, wo Arbeiter und Kapitalist gleich leiden, der

Arbeiter an seiner Existenz, der Kapitalist am Gewinn seines toten Mammons leidet." (*Manuskripte*, 473)

Um etwas Ähnliches scheint es auch den Autoren des *Gegenstandpunkt* (*GSP*) zu gehen, die auf den Willen des Kapitalisten zu Herrschaft und Ausbeutung verweisen und gegen Heinrich einwenden, dass kapitalistische Konkurrenz und ihre Intensivierung auf den Beschluss einzelner Kapitalisten zur Teilnahme am Wettbewerb zurückgingen (vgl. Gegenstandpunkt 2008, zit. n. Heinrich 2012: 28). Konsequent zu Ende gedacht, erwidert Heinrich, laufe dies auf eine Vorstellung von Gesellschaft hinaus, die Marx bereits in den *Grundrissen* kritisiert habe. Heinrich und die *GSP*-Autoren sprechen jedoch auf unterschiedlichen Ebenen über den individuellen Willen. Während Heinrich den *in der ökonomischen Funktion* bestimmten Willen vor Augen hat, geht es den *GSP*-Autoren um den Willen als *Voraussetzung* zur Einnahme ökonomischer Funktionen. Es geht ihnen also auch um den Willen desjenigen, der Kapitalist *werden* will. Heinrich hingegen hat allein den Willen *innerhalb* der Personifikation vor Augen – also den Willen desjenigen, der bereits Kapitalist *ist* und es *bleiben* will. Während der *GSP* also zu Recht auf die Voraussetzungen des gesellschaftlichen Zusammenhanges verweist, beharrt Heinrich auf der Formbestimmung des Handelns innerhalb der Personifikation, und er wirft den *GSP*-Autoren vor, dass ihnen der Wille des Kapitalisten „als etwas gilt, das ganz unabhängig vom gesellschaftlichen Mechanismus der Konkurrenz existiert" (Heinrich 2012: 29). Damit führt er den Begriff der Personifikation aber gegen den Hinweis auf dessen realpolitische und bewusst aufrecht erhaltene Voraussetzungen ins Feld und überstrapaziert ihn. Den Verweis auf den Willen als Voraussetzung der Kapitalakkumulation rückt er daher in die Nähe eines voluntaristisch überdehnten Moralismus.

Schluss

Von einer ‚subjektlosen' usw. ‚Herrschaft' verselbständigter Strukturen über die Menschen lässt sich nur sprechen, wenn das Verhältnis von Struktur, Handlung und Herrschaft an wesentlichen Punkten ungenau gefasst wird: So wird von der Konstitution ökonomischer Verkehrsformen direkt auf deren Verselbständigung selbst geschlossen, die konstitutive Bedeutung des Klassenverhältnisses verkannt, das ihm zu Grunde liegende Verhältnis der Klassenherrschaft ausgeblendet und die Begriffe der *Charaktermaske* und der *Personifikation* werden so überdehnt, dass sie gegen ihre politischen Voraussetzungen angeführt werden. Die Kritik des als reduktionistisch verrufenen ‚Arbeiterbewegungsmarxismus' schüttet so das sprichwörtliche Kind mit dem Bade aus.

Am mittlerweile populären Vorwurf der ‚personalisierten' Kapitalismuskritik lässt sich das verdeutlichen. Dieser meint, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse nicht auf den Willen oder die persönliche Verantwortung einzelner Funktionsträger reduzieren lassen, jene also nicht voluntaristisch für ihre individuelle Gier oder schlechten Absichten kritisiert werden sollten. Passiert dies, wäre der Vorwurf berechtigt. Praktisch wird er mittlerweile jedoch immer dort gebracht, wo in irgendeiner Form auf konkretes Handeln Bezug genommen wird und Kapitalisten über-

haupt als einflussreiche Funktionsträger der Kapitalakkumulation benannt werden. Ganz so, als seien Lohnabhängige und Unternehmer gleichermaßen für die Folgen und den Fortbestand kapitalistischer Wirtschaft verantwortlich, wird eine nebulöse und vom Handeln entkoppelte Systematik unterstellt, an der wir alle irgendwie gleichermaßen teilhaben. Und weil ein solches Kapitalismusverständnis keinerlei Hebelpunkte zur politischen Einflussnahme aufzeigen kann, müssen Ideologiekritik und die Kritik mystifizierter Denkformen notwendig als primäres oder gar alleiniges Anliegen linker Politik ausgegeben werden.

In ihrer vollends popularisierten Form sind die hier kritisierten Theoriefragmente anschlussfähig an postmoderne und neoliberale Ideologie, der zufolge nur noch Strukturen oder Denkformen herrschen und die Kritik an handelnden Akteuren per se als Komplexitätsreduktion gilt. Eine Vielzahl junger Linker nimmt genau das zum Anlass, jedwede antikapitalistische Politik praktisch einzustellen und die entsprechenden Proteste mit marxistisch klingendem Jargon über ihre angeblich ‚verkürzte' oder ‚personalisierte' Kapitalismuskritik zu behelligen. Wichtige Projekte – etwa der Widerstand gegen das europäische Austeritätsregime, gegen Freihandelsabkommen oder die Macht multinationaler Unternehmen – bleiben so auf der Strecke. Mehr noch: Der Kapitalismus wird mit Marx gegen seine Opfer verteidigt und die ohnehin schon schwache Linke wird weiter demontiert.

Literatur

Bischoff, Joachim (1973): Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Berlin (West).

Hanloser, Gerhard/Reitter, Karl (2008): Der bewegte Marx. Eine einführende Kritik des Zirkulationsmarxismus. Münster.

Heinrich, Michael (2005): Kritik der politischen Ökonomie (3. Aufl.) Stuttgart.

Heinrich, Michael (2012): Individuum, Personifikation und unpersönliche Herrschaft in Marx' Kritik der politischen Ökonomie, in: Elbe, Ingo/Ellmers, Sven/Eufinger, Jan (Hrsg.): Anonyme Herrschaft. Zur Struktur moderner Machtverhältnisse. Münster, S. 15–34.

Kurz, Robert (1993): Subjektlose Herrschaft. Zur Aufhebung einer verkürzten Gesellschaftskritik, in: Krisis, Nr. 13. Online: http://www.exit-online. org/text. anz1.php?tabelle=autoren&index=16&posnr=135&backtext1=text1.php

Marx, Karl (1966): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, in: MEW, Band 23 [Kapital]. Berlin.

Marx, Karl (1967): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [Grundrisse]. Frankfurt/Main.

Marx, Karl (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses [Resultate]. Frankfurt/Main.

Marx, Karl (1985): Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Band 40 [Manuskripte]. Berlin.

Rosdolsky, Roman (1968): Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ›Kapital‹, Bd. 2. Frankfurt/Main.

Seppmann, Werner (2011): System und Subjekt. Der lange Schatten des Objektivismus. Hamburg.

Sommer, Michael/Wolf, Dieter (2008): Imaginäre Bedeutungen und historische Schranken der Erkenntnis. Eine Kritik an Cornelius Castoriadis. Hamburg.

Sommer, Michael/Witt-Stahl, Susann (2014): »Antifa heißt Luftangriff!« Regression einer revolutionären Bewegung. Hamburg.

Wolf, Dieter (ohne Datum, a): Semantik, Struktur und Handlung im „Kapital". Online: http://dieterwolf.net/pdf/Semantik_Struktur_und_Handlung_im_Kapital.pdf

Wolf, Dieter (ohne Datum, b): Abstraktionen in der ökonomisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit und in der diese Wirklichkeit darstellenden Kritik der politischen Ökonomie. Online: http://dieterwolf.net/pdf/Abstraktion.pdf

Wolf, Dieter (2002): Der dialektische Widerspruch im Kapital. Ein Beitrag zur Marxschen Werttheorie. Hamburg.

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Frank Deppe

DER STAAT

Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

118 Seiten | € 9,90
978-3-89438-595-8

Frank Deppe behandelt den Begriff des ›modernen Staates‹ sowie die Grundzüge bürgerlicher und marxistischer Staatstheorien. Und er zeigt, wie die Widersprüche des Finanzmarktkapitalismus und die Kämpfe gegen die Austeritätspolitik Funktion und Tätigkeit der Staaten beeinflussen.

Sebastian Chwala

DER FRONT NATIONAL

Geschichte, Programm, Politik und Wähler

143 Seiten | € 12,90
978-3-89438-592-7

Sebastian Chwala belegt den Aufstieg der extremen Rechten in Frankreich mit der Furcht der ›neuen Mittelschichten‹ vor sozialem Abstieg. Sie sind es, die in erster Linie anfällig sind für die Mystifizierungen und die Fremdenfeindlichkeit des Front National.

Tel. (0221) 44 85 45 | Fax (0221) 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Wulf D. Hund

‚Jüdische Weltverschwörung' unter dem ‚roten Stern'

Marginalie zu Fritz Langs ‚Metropolis'

Fritz Langs ‚Metropolis' gilt als „one of the inexhaustible texts of world cinema" (Brockmann 2010, 95). Doch trotz der vielseitigen Auslegungsmöglichkeiten ist es erstaunlich, dass bis heute ganze Sammelbände zum Film erscheinen können, in denen noch nicht einmal das Wort ‚Antisemitismus' vorkommt (wie etwa Minden/Bachmann 2010). Schließlich soll Adolf Hitler über den Regisseur gesagt haben: „Das ist der Mann, der uns den nationalsozialistischen Film schenken wird" (Töteberg 1985, 78). Zwar ist dieser Ausspruch unbelegt. In jeder Hinsicht gesichert ist jedoch die Einschätzung Siegfried Kracauers (1984, 172), dass die volksgemeinschaftliche Klassenversöhnung am Ende des Films „ohne weiteres von Goebbels" hätte stammen können.

Die Handlung von ‚Metropolis' ist so banal wie wirkungsmächtig. Sie erzählt vom Elend einer futuristischen Stadt, in der Arbeit und Kapital durch eine zum Moloch gewordene Technologie getrennt werden. Deren Rhythmus knechtet und zermürbt die Arbeitenden, deren Ausbeuter nur noch über Zahlen informiert sind und nichts vom Elend der Unterdrückten wissen. Die Zustände geraten in Bewegung, als sich der Sohn des Beherrschers der Stadt in Maria, die Fürsprecherin der Armen, verliebt und sein Vater versucht, dieses Verhältnis zu unterbinden. Dabei will er sich der Unterstützung des für Technik wie Magie zuständigen Erfinders Rotwang bedienen. Dieser jedoch verfolgt, indem er die sanfte Maria gegen eine intrigante Maschinenfrau austauscht, seine eigenen Pläne. Sie führen zum sozialen Aufruhr, der die Stadt beinahe zerstört. Über diese Katastrophe hinweg finden die sozialen Klassen am Ende gleich doppelt zueinander. Der Kapitalistensohn und die Arbeitermaria blicken in eine gemeinsame Zukunft und der Stadtherr besiegelt mit dem Vorarbeiter per Handschlag die kommende Volksgemeinschaft.

Der dieser Geschichte gegenüber geäußerte Antisemitismusverdacht sieht, wie Uwe Wiedleroither in seinem als ‚Filmprogramm' veröffentlichten Szenenprotokoll (1993, 24 u. 19), einen „Davidstern", wo keiner ist: an der Haustür des erfinderischen Wissenschaftlers Rotwang und an der Wand seines Laboratoriums. Der Davidstern ist aber ein Hexagramm, während der Stern in ‚Metropolis' nur fünf Ecken hat. Über seine Bedeutung für den Film hat sich dessen Drehbuchautorin, Thea von Harbou, in einem als Grundlage für das Filmprojekt geschriebenen Roman (1984, 42 f.) langatmig ausgelassen:

„Es gab ein Haus in der großen Metropolis, das war älter als die Stadt. Viele sagten, daß es älter sei als selbst der Dom, und bevor der Erzengel Michael noch seine Stimme als Rufer im Streite für Gott erhob, stand das Haus in seiner bösen Düsterheit und trotzte den Dom aus trüben Augen an [...].

Ins schwarze Holz der Tür eingedrückt stand kupferrot, geheimnisvoll, das Siegel Salomonis, das Pentagramm.
Es hieß, ein Magier, der aus dem Morgenlande gekommen war (in den Spuren seiner roten Schuhe wanderte die Pest), habe das Haus in sieben Nächten gebaut [...]. Kein Meisterspruch und kein gebänderter Strauß hatten nach frommem Brauch das Richtfest geheiligt. Die Chronik der Stadt berichtete nichts davon, wann der Meister gestorben war und wie. Eines Tages [...] drang [man] in das Haus ein und fand keine lebende Seele darin. Doch schienen die Räume [...] in Schlaf versenkt auf ihren Meister zu warten [...].
In alle Türen eingedrückt stand kupferrot, geheimnisvoll, das Siegel Salomonis, das Pentagramm.
Dann kam eine Zeit, die Altes niederriß. Da wurde der Spruch gefällt: Das Haus muß sterben! Aber das Haus war stärker als der Spruch, wie es stärker war als die Jahrhunderte. Es erschlug die Menschen, die Hand an seine Mauern legten, mit jählings niederbrechenden Steinen. Es öffnete den Boden unter ihren Füßen und riß sie in einen Schacht hinunter [...]. Es war, als hockte die Pest, die einst den roten Schuhen des Magiers nachgewandert war, noch in den Winkeln des schmalen Hauses und spränge den Menschen von rückwärts ins Genick. Sie starben und kein Mensch erkannte die Krankheit. Es wehrte sich das Haus so hart [...] gegen seine Zerstörung, daß [...] sich zuletzt kein redlicher Mann mehr fand, der es gewagt hätte, den Kampf mit ihm aufzunehmen [..., mit der] Gewalt dieser hämischen Mauern, dieser klinkerlosen Türen, die mit dem Siegel Salomonis versiegelt waren [...].
Da kam eines Tages ein Mann von fernher in die Stadt, der sah das Haus und sagte: ,Das will ich haben'. [...] Er kaufte das Haus um sehr geringen Preis, bezog es sogleich und ließ es unverändert.
Der Mann hieß Rotwang. [...] Wenn Rotwang, was selten geschah, das Haus verließ und über die Straße ging, so gab es viele, die heimlicherweise nach seinen Füßen sahen, ob er vielleicht in roten Schuhen schritt."

Der Stern an Rotwangs Haus ist ein Pentagramm, das von der Autorin aber in einen orientalistischen und antisemitischen Zusammenhang gerückt wird. Das Haus, errichtet von einem ‚Magier aus dem Morgenland', ist ‚böse', wurde nie ‚geheiligt' und ‚trotzt' dem Christentum. Seine ‚geheimnisvolle Macht', die es über die Jahrhunderte der Zerstörung widerstehen lässt, wird durch das ‚Siegel Salomonis' symbolisiert. Die Autorin kennzeichnet damit ihren Orient als jüdisch und verbindet ihn mit politisch-religiöser Macht wie geheimwissenschaftlicher Magie. Die eine wird repräsentiert durch den König des vereinten Israels und Erbauer des ersten Tempels. Die andere spielt auf eine okkultistisch verstandene Kabbala an.[1]

Um hinsichtlich ihrer Intentionen nicht missverstanden zu werden, verknüpft die Autorin diese Erzählung zusätzlich mit einer der großen antisemitischen Legenden des Abendlandes. Im Gefolge des jüdischen Magiers lässt sie die Pest nach Europa kommen. Vor dem Hintergrund einer rassistischen Verschwörungstheorie, die Moslems, Juden und Aussätzige beschuldigte, die Christenheit durch heimlich in die Brunnen geschüttetes Gift vernichten zu

---

1 Es ist daher irrig, wie Anton Kaes (1994, 24 f.) anzunehmen, daß „Thea von Harbou's novel wrongly identifies the pentagram as 'the seal of Solomon', i.e. the Star of David". Sie stellt die Möglichkeit der Verwechslung oder Gleichsetzung beider Zeichen vielmehr bewußt her.

wollen (Graus 1994, 302 ff.), kam es Mitte des 14. Jahrhunderts im Zuge der großen Pestwelle in deutschen Städten zu Pogromen, die ganze jüdische Gemeinden auslöschten. Von da an zieht sich die Beschuldigung der Juden als Krankheitsverbreiter durch die antisemitischen Diskurse des Abendlandes. Noch im ausgehenden 19. Jahrhundert wurden sie bezichtigt, in Berlin die Pocken zu verbreiten, weswegen die ‚Staatsbürger Zeitung' vom 16. November 1895 verlangte, den „Zuzug russisch-galizisch-ungarischer Juden in das Pestnest" des „Scheunenviertels" zu unterbinden (Thießen 2014, 21). Zu diesem Zeitpunkt war die Bezichtigung, Krankheiten zu verbreiten, in der antisemitischen Rhetorik schon lange mit dem Stereotyp des Juden verschmolzen worden. Am 30. Dezember 1922 forderte der ‚Völkische Beobachter', die „jüdische Pest" müsse „unschädlich gemacht" werden (Hambrock 2003, 192).

Diese Maxime galt auch im Bereich der Wissenschaft. Seit 1920 setzten sich die beiden Protagonisten einer ‚deutschen' Physik, die Nobelpreisträger Philipp Lenhard und Johannes Stark, für die „Erhaltung reiner Wissenschaft" und die „Judenreinheit der deutschen Wissenschaft" ein (Grundmann 1998, 152). Wenige Jahre später hatte einer ihrer Hauptgegner, Albert Einstein, ebenfalls den Nobelpreis bekommen, wogegen sie in einem Beitrag in der ‚Großdeutschen Zeitung' vom 8. Mai 1924 unter dem Titel „Hitlergeist und Wissenschaft" das ‚arisch-germanische Blut' und seinen ‚einzigartigen Geist' beschworen (Hentschel 1996, 7 ff.).

Selbstverständlich überlagern sich in der Figur Rotwangs zahlreiche Züge von ‚mad scientists' – über Faust und Frankenstein bis Jekyll-Hyde und Moreau einschließlich ihrer Vorfahren aus den Zeiten der Alchimisten und Zauberer. Aber es bedürfte schon eines gehörigen Maßes an Geschichtsverachtung, um die öffentliche Auseinandersetzung um die Relativitätstheorie als Hintergrund der Denunziation von Wissenschaft in ‚Metropolis' zu ignorieren. Schon früh hatte Albert Einstein im Berliner Tageblatt (1920) bemerkt, die Debatte liefe wohl anders, wenn er „Deutschnationaler mit oder ohne Hakenkreuz statt Jude von freiheitlicher, internationaler Gesinnung" wäre. Einer der Beteiligten an der Auseinandersetzung meinte, die Losung der Stunde wäre ‚Einsteinianer oder Antisemit' (Wazeck 2009, 287).

Im Film wurde die Verknüpfung von Judentum und verhängnisvollem wissenschaftlichen Schöpfertum mit dem magischen Zeichen des Pentagramms optisch unterstrichen.[2] Dazu bediente Lang sich einfach zweier Bildzitate. Sowohl die Architektur des Rotwangschen Hauses als auch das Zeichen an dessen Tür waren den Kinogängern geläufig (vgl. Abb. 1). Sie stammten aus dem Ghetto von Prag, wie es Paul Wegener wenige Jahre zuvor in seinem ungemein erfolgreichen und viel gesehenen Film ‚Der Golem' inszeniert hatte (Dolgenos 1997, 71). Dort erschafft ein Rabbi (der sich dazu mit einem Dämon verbündet und als Magier betätigt) einen künstlichen Menschen, der durch ein

---

[2] Lang hatte mit Alberich bereits in seinen ‚Nibelungen'-Filmen eine „stereotype Judenfigur" auf die Leinwand gebracht (Hoklas 2013, 72).

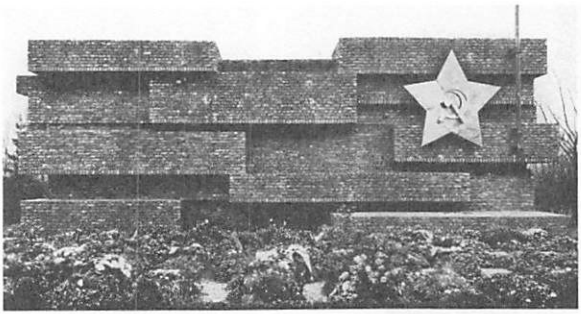
Pentagramm auf seiner Brust zum Leben erweckt wird. Anschließend verliert der Rabbi die Kontrolle über sein Geschöpf. Der Golem wird zum Mörder und setzt das Ghetto, das er eigentlich beschützen sollte, in Brand.

(Abb. 1: Künstlicher Mensch mit Pentagramm – der Golem im Ghetto)

Der Stern an Rotwangs Haus hat aber nicht nur magische Eigenschaften, sondern auch eine Farbe: Er ist rot. 1926, als Thea von Harbou ihre Romanversion schrieb, konnte sie bei der Kombination dieser Farbe mit einem Pentagramm auf die dadurch bewirkte Assoziation vertrauen. Kurz zuvor war der utopische Roman ‚Der rote Stern' von Alexander Bogdanov (1923)[3] in deutscher Übersetzung erschienen – zu eben der Zeit, zu der die Initiatoren des ‚Hamburger Aufstands' versuchten, die ihrer Auffassung nach unvollendete Revolution in Deutschland im Zeichen des roten Sterns weiter zu treiben (Hund 1983 u. 1992). Dieser war damals bereits Teil eines Staatswappens und

3 Alexander Bogdanov leitete nach der Revolution nicht nur die Proletkult-Organisation, sondern auch ein Institut für Bluttransfusion, das durch den Austausch des Blutes junger und alter Menschen den Prozess des Alterns verzögern wollte. Er selbst hat sich dieser Prozedur ebenfalls unterzogen und ist schließlich an ihr gestorben (Groys 2005, 18). Über seinen Roman ‚Der rote Stern' notierte Maxim Gorki kurz nach Erscheinen, „Bogdanows Der rote Stern" sei „interessant als erster russischer Versuch, eine sozialistische Utopie zu schaffen" (Möbius 2011, 187). Den Leserinnen und Lesern Lenins (1970) ist Bogdanov als Zielscheibe der Kritik in ‚Materialismus und Empiriokritizismus' bestens, aber nur bedingt bekannt.

auf der Fahne der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu sehen, deren Geschichte er symbolisch mit der internationalen Arbeiterbewegung verband (Stites 1989, 87).



(Abb. 2: Das Pentagramm der Revolution – Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg)

Im selben Jahr, in dem sich Thea von Harbou ihre antisemitisch-antikommunistische Urszene von der verderblichen Kraft jüdischer Geheimwissenschaft ausdachte, wurde das von Ludwig Mies van der Rohe geplante Denkmal für die ermordeten Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht errichtet (vgl. Abb. 2). Eine der Entwurfszeichnungen zeigt die prominente Position des Sterns, der den markanten Backsteinbau politisch zuordnete (Drexler 1986, 342 ff.). Er charakterisiert eine politische Agenda, der gegenüber die Autorin von ‚Metropolis' buchstäblich rot sieht. Nicht nur ist ‚rot' die Farbe des verderblichen Pentagramms. Auch sein Benutzer kommt in ‚roten' Schuhen einher. Und dessen Nachfolger ‚Rotwang' trägt die Farbe schließlich sogar im Namen. Sie wäre aber im Schwarzweiß des anschließenden Films auch sonst nicht verblaßt. Dafür bürgen zwei miteinander verflochtene Handlungsstränge, deren einer durch die Topographie der Stadt geprägt wird, während der andere davon erzählt, wie diese in Unordnung gerät.[4]

Der Ort Metropolis ist als Pyramide entworfen, deren Spitze vom kapitalistischen Machtzentrum im Turm Babel gebildet wird und deren Basis die tief unter der Erde liegenden Wohnquartiere der arbeitenden Klasse abgeben. Zwischen beiden liegen die als gigantische Maschinenhallen gezeigten Produktionsstätten, in denen die Technik den Rhythmus der Arbeit so vollständig bestimmt, dass sie zum Martyrium wird, das sinnbildlich zum Kreuzestod an den Zeigern einer riesigen Uhrmaschine führt (vgl. Abb. 3). Entfremdung ist hier als Trennung von Kapital und Arbeit durch seelenlose Technik inszeniert,

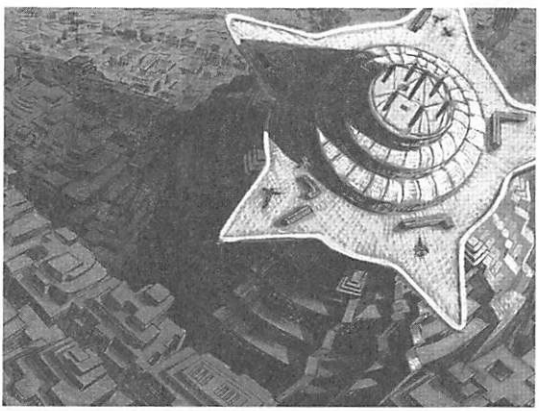
---

4 Vor diesem Hintergrund ist es mehr als erstaunlich, dass ausgerechnet eine Studie mit dem Titel ‚The Dialectic of Enlightenment in Metropolis' (Abrams 2008) oder Überlegungen, die behaupten, sie seien „viewed through a Marxist lens" (Williams 2013, 38), weder auf die antisemitischen noch die antikommunistischen Tendenzen des Filmes eingehen.

für deren Konstruktion ein Erfinder verantwortlich gilt, dessen Charakteristika ihn zur Projektionsfläche für antisemitische Zuschreibungen machen.

(Abb. 3: Entfremdung durch Technik – Martyrium der Arbeit)

Die gehen so weit, dass sie selbst die alarmistische Botschaft ins Bild setzen, die schon Wilhelm Marr, dem die Erfindung des Begriffs Antisemitismus zugeschrieben wird, in einer Schrift mit dem Titel ‚Der Sieg des Judentums über das Germanentum' verbreitet hat. In Langs Film trägt das Hauptquartier des technokratisch-autoritäten Systems, der Turm ‚Babel', auf seiner Spitze ein riesiges Pentagramm (vgl. Abb. 4). Der hinterhältige Erfinder Rotwang hat das Zeichen seines unheilvollen Wirkens selbst dem Machtzentrum der metropolitanischen Gesellschaft aufgeprägt.



(Abb. 4: Machtzentrum mit Pentagramm – Turm ‚Babel')

Im übrigen halten Drehbuchautorin und Regisseur für all jene, die Zeichen nicht lesen können oder ihnen misstrauen, noch einen zweiten Handlungsstrang bereit. Die ausgebeuteten proletarischen Massen hoffen auf Veränderung. Dabei werden sie von einer Frau namens Maria gleichzeitig unterstützt und vertröstet. Sie predigt zu ihnen in den Katakomben der Stadt von einem kalvarienbergförmigen, mit Kreuzen bestückten Podest herab und verheißt dabei das Kommen eines ‚Erlösers'. Rotwang bemächtigt sich ihrer mit Gewalt und überträgt ihre Züge vor einem in seinem Labor überdimensional an die Wand gemalten Pentagramm auf einen von ihm konstruierten Roboter. Anschließend schickt er diese Maschinenmaria zu den Arbeiterinnen und Arbeitern, um sie aufzuhetzen. Während diese der Täuschung erliegen, ist sie für die Zuschauer unübersehbar. Die falsche Maria predigt nicht nur Aufruhr, sie macht das auch mit erregter Gestik und verzerrter Mimik. Die Arbeiter reagieren entsprechend emotional. Viele von ihnen zeigen das Symbol des sozialen Aufstands, die erhobene Faust (vgl. Abb. 5).

(Abb. 5: Aufhetzung zum Klassenhaß – Agitation in Metropolis)

Für eine Frau, die Arbeitermassen zur Revolution aufputscht, hatte das reaktionäre zeitgenössische Bewusstsein einen Namen: Rosa Luxemburg. Daß ihr zur Zeit der Konzipierung von ‚Metropolis' ein Denkmal gesetzt wurde, verzahnt Film und Zeitgeist zusätzlich. Interpreten konstatieren deswegen bis heute: „Maria in Metropolis [...] is modeled after [...] Rosa Luxemburg" (Kaes 2015, 310). Auch wenn die Figur der Maschinenfrau noch andere Züge trägt, ist diese Konnotation von enormer symbolischer wie politischer Bedeutung. Hinsichtlich der Suche nach den Schuldigen an sozialem Elend und politischer Gefährdung der Gesellschaft nährt sie antisemitisch-antikommunistische

Unterstellungen und Verdächtigungen. Dadurch eröffnet sie gleichzeitig die Perspektive auf ein rassistisches Weltbild und eine faschistische Lösung sozialer Probleme.

Der Rassismus des Filmes liegt nicht in der rassischen Kennzeichnung von Figuren, sondern in seiner Inszenierung negativer Vergesellschaftung (Hund 2014 a). Zwar behauptet die zeitgenössische Filmtheorie, der Stummfilm brauche ‚Typen', denen sich ihr ‚Charakter' auf den ersten Blick ansehen läßt: „Da der Filmschauspieler alles, Rassecharakter sowie individuellen, mit seinem Äußeren darzustellen hat, muß sein Spiel dadurch entlastet werden, daß man einen Schauspieler wählt, der den Rassecharakter nicht erst zu spielen braucht, sondern ihn besitzt" (Balázs 2001, 70). Doch diese Unterstellung bewegt sich im trüben Fahrwasser des physiognomischen Rassismus und wird von der cinematischen Dramaturgie spielend widerlegt.

Das demonstrierte schon ‚Birth of a Nation', David Wark Griffiths' rassistische Gründungssaga der modernen Vereinigten Staaten. Die übelste ‚schwarze' Figur des Films ist ein potentieller Vergewaltiger, der seine Schandtat nur deswegen nicht verüben kann, weil sich die von ihm verfolgte weiße Tugend in einen Abgrund zu Tode stürzt und so ihre Unschuld bewahrt. Der Schauspieler, der diese Figur verkörperte, besaß nicht etwa deren ‚Rassencharakter', sondern war weiß und spielte seine Rolle in Blackface (Gubar 1997, 57 f)). In ‚Metropolis' geht es ähnlich zu. Die Schauspielerin Brigitte Helm hat keine Probleme, sowohl die sanfte Maria wie die megärische Maria-Rosa darzustellen. Deren ‚Rassencharakter' entspringt nicht Physiognomie oder Schauspielkunst, sondern ist Resultat einer Konstruktion, die in ihrer filmischen Variante ideologische Unterstellungen und ikonographische Zeichen zu einem rassistischen Schaustück verarbeitet. Dessen wesentlichste Funktion besteht in der Erzeugung illusorischer Gemeinschaftlichkeit auf Kosten rassistisch diskriminierter anderer (Hund 2007).

Das Elend der Klassengesellschaft von ‚Metropolis' kann auf diese Weise zur Folge fremder Ingenieurskunst deklariert werden. Der schließlich gewaltsame Widerstand der arbeitenden Massen erscheint als unbedachte Reaktion auf fremde Einflüsterungen. Beide Operationen greifen auf einen verbreiteten Antisemitismus und auf von diesem skandalisierte zeitgenössische Ereignisse zurück. Die rassistische Lösung der Klassenfrage erfolgt schließlich als Opferfest, bei dem die antisemitisch konnotierten Figuren zur Projektionsfläche sozialen Unrechts wie sozialen Aufruhrs werden. Indem der magische Wissenschaftler durch die Fügung einer höheren Macht vom Dach der Kathedrale stürzt, auf deren Vorplatz zuvor sein zur Rebellion anstachelndes Geschöpf von den Volksmassen als Hexe verbrannt worden ist, sind die wahren Schuldigen an der gesellschaftlichen Schieflage gefunden und bestraft. Damit ist der Weg frei für einen wegweisenden Handschlag zwischen den Repräsentanten von Kapital und Arbeit. Er deutet unverhohlen in Richtung einer Volksgemeinschaft, für die Antisemitismus und Antikommunismus die zentralen ideologischen Bindemittel sind.

Geliefert werden sie durch die Konstruktion der Juden als „Gegenrasse". Ob Theodor W. Adorno die mit diesem Konzept verbundenen Implikationen, die er zusammen mit Max Horkheimer (1947, 199) analysiert hat, je mit Fritz Lang, seinem „Freund aus Amerika" (Claussen 2003, 198 ff), erörtert hat, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich hätte das auch nichts bewirkt. Noch wahrscheinlicher war es ohnehin nicht der Fall. Es dürfte auch schon deswegen schwer gewesen sein, weil Adorno nach einer Unterstellung Alexander Kluges (2007, 108) zwar durchaus ins Kino ging, dort allerdings am liebsten die Augen schloss. Das mag der einzige Gestus sein, mit dem sich ‚Metropolis' ertragen lässt. Die Kritik des Films wie seiner antisemitischen und antikommunistischen Demagogie ersetzt er nicht.

Pornopolitische Beilage

Zu der Zeit, als ‚Metropolis' gedreht wurde, hatte Max Weber den Stand der Rassentheorien schon länger beargwöhnt und entschieden, deren zentrale Kategorie für seinen soziologischen Rassismus überhaupt nicht zu benötigen. Der „godfather of cultural racism" (Blaut 1992, 293) setzte statt dessen auf die Differenzierung von Orient und Okzident. Letzterer galt ihm als einzige Weltgegend, in der sich die Menschheit zur Höhe ihrer Möglichkeiten entwickelt hatte (Hund 2014 b, 46 ff).

Das hätten Thea von Harbou und Fritz Lang nicht bestritten. Ihr Orient war allerdings darüber hinaus (nicht zufällig) afrikanisch angereichert. Außerdem zerfiel er in zwei Teile. Aus beiden kam das Böse, einmal in Form des Strebens nach Weltherrschaft, das andere Mal als (von vergangener kultureller Blüte übriggebliebene) pure Dekadenz. Beide zusammen versinnbildlichten die Gefährdung und den Untergang von ‚Metropolis'. Die Frage nämlich, warum sich die Männer der herrschenden Klasse dem Anschlag auf das Funktionieren ihrer Stadt nicht in den Weg gestellt haben, beantwortet der Film mit dem Hinweis auf ihre Verführbarkeit durch orientalische Laster. Während des Anschlags der Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Maschinen sind sie in einem Etablissement namens ‚Yoshiwara' dabei, sich zu vergnügen und an den erotischen Tänzen der falschen Maria zu delektieren.

‚Yoshiwara' war gleichzeitig ein phantastischer und ein realer Ort: er trug den Namen des Vergnügungsviertels von Tokio (was der Besitzer des gleichnamigen Etablissement im Metropolis-Roman mit seinem „Japan-Lächeln" bestätigt – von Harbou 1984, 74). Das Viertel war im Westen vor allem seiner in Käfigen zur Schau gestellten Prostituierten wegen berühmt wie berüchtigt. Sie hatten schon den ‚Punch' (Nr. 104 vom 27. Mai 1893) dazu bewogen, in einem Gedicht mit dem Titel ‚O Sino San!' den Frauen in ihren „Yoshiwara cages" als „ancestor an ape" zuzulegen (Townsend 2015). Ins deutsche öffentliche Bewusstsein wurde der Bezirk unter anderem durch den (posthum erschienenen) Roman ‚Yoshiwara' von Hermione von Preuschen (1920)[5] ge-

[5] Im Vorwort erklärte freilich ein Professor aus Tokio, die Gitter, hinter denen die Frauen säßen,

rückt (dessen Umschlag wie zufällig von zwei Hakenkreuzen geziert wurde, von denen eines nach japanisch buddhistischer Tradition nach links, das andere aber wie das im selben Jahr erstmals auftauchende Symbol der NSDAP nach rechts gewinkelt war).

Im ‚Yoshiwara' von Metropolis war, wie die berühmte Szene mit den in Mehrfachbelichtung übereinander geblendeten aufgerissenen Augenpaaren zeigte, der Voyeurismus nicht weniger ausgeprägt als in Tokio. Seine Vergnügungen indessen waren nach der Dramaturgie des europäischen Rassismus und Sexismus inszeniert. Überzogen mit jeder Menge zusätzlicher apokalyptischer Symbolik, stieg die falsche Maria dabei, wie Enno Patalas in seinem Filmprotokoll (2001, 103 u. 111) beschreibt, aus „eine[r] Art chinesischer Räucherschale", die von „muskulösen Schwarzen" getragen wurde.

Bedrohung und Verworfenheit werden hier gleich mehrfach konnotiert. Einmal schreibt der Filmkritiker unter der Hand die wilhelminische Phrase von der ‚gelben Gefahr' fort und kombiniert dabei unbesehen chinesische Räuchertechnik mit japanischer Verführungskunst. Das zeitgenössische Publikum wusste die Filmsymbolik freilich mit Namen wie Tshushima und Sun Yat Sen zu verbinden. Der eine stand für den Schock, der durch die westliche Welt lief, nachdem eine ‚weiße' Großmacht von einer ‚gelben' Armee geschlagen und dadurch die rassistische Weltordnung gehörig durcheinandergebracht worden war (Kowner 2007). Der andere signalisierte, wie August Wittvogel (1926) es in einem während der Dreharbeiten von ‚Metropolis' erscheinenden Buch nannte, ‚das erwachende China', mit dem verbunden ein neuer ‚roter' Stern am politischen Firmament auftauchte.

Daneben verweist Patalas unfreiwillig auf eine weitere Dimension des zeitgenössischen Rassismus, als ihm wenige Seiten später die politisch korrekte Semantik entgleitet und er beschreibt, wie die Schale im Fortgang der Szene nicht länger von „Negern", sondern von den „sieben Todsünden" gehalten wird. Das dem vermeintlich bloß referierenden Betrachter hier fast ein dreiviertel Jahrhundert nach der Uraufführung des Filmes in den Sinn geratende N-Wort verdeutlicht die nachhaltige Penetranz rassistischer Bilder. Freilich hätten selbst zeitgenössische Zuschauer angesichts der zahlreichen Überblendungen des Films kein schlichtes ‚Verschwinden' der ursprünglichen Träger gesehen. Tatsächlich findet im Verlauf der Szene eine Verwandlung statt, welche Schwarze und Todsünden verknüpft. Die einen werden als Sünder markiert und die anderen rassisiert (vgl. Abb. 6).

---

wären kein Käfig, sondern dienten ihrem Schutz vor Übergriffen. Auch wären „die Kurtisanen Yoshiwaras" weitaus moralischer als „die Freudenmädchen europäischer Bordelle" und arbeiteten dort überwiegend nur, um ihren Eltern oder Liebhabern über finanzielle Nöte hinwegzuhelfen (von Preuschen 1920, 9 ff).

(Abb. 6: Sünde in Schwarzweiß – Tanz im ‚Yoshiwara')

In der Figur der falschen Maria überlagern sich mehrere zeitgenössische Diskurse, die sich durchaus ergänzen. Zu den antisemitischen politischen Verdächtigungen treten die antifeministische Denunzierung der neuen Frau als herzloser Maschine und die sexistische Warnung vor der teuflischen Verführerin und Hexe. Alle drei Invektiven zusammen verwandeln die sanfte Predigern Maria in eine ‚Eve of Destruction', der die Stadt beinahe zum Opfer gefallen wäre. Indem sie ihr schändliches Treiben mit einem an Salome orientierten Schleiertanz krönt, schließt die falsche Maria den Kreis zwischen dem orientalistischen Sexismus und dem politischen Antisemitismus des Films.

Dabei wird seine rassistische Botschaft durch die ikonographische Verbindung von weißer Frau, schwarzem Mann und sündhaftem Tun zusätzlich verstärkt. Sie hatte in der damaligen deutschen Öffentlichkeit einen symbolischen Ort, an dem sich konservative bis sozialdemokratische Kreise trafen: die sogenannte ‚schwarze Schmach'. So nannte eine internationale Kampagne den Einsatz von Kolonialtruppen bei der Besetzung des Rheinlands durch Frankreich. Sie richtete sich gegen die Stationierung von ‚Wilden' im ‚kulturellen Zentrum' Europas und gegen die davon ausgehende ‚Mulattisierung' und ‚Syphilitisierung' der

‚weißen Rasse'. Das wurde vor allem in der Beschwörung ‚weißer Frauenehre' und der Anklage ‚schwarzer Vergewaltiger' zum Ausdruck gebracht. Dabei war sie in eine umfassende Perspektive auf die angebliche rassische Bedrohung eingebettet. So mahnte und forderte ein Flugblatt: „Deutsche Frauen! Deutsche Mädchen! Haltet Euch fern von Juden, Negern, Russen, Mongolen und von allen fremd- und niederrassigen Männern!" (Wigger 2007, 129). Solches Gebräu verdichtete Adolf Hitler (1932, 357) zu völkischen Phantasien, die gerade erschienen waren, als Thea von Harbou mit ihrer Arbeit an ‚Metropolis' begann. Zu ihnen gehörte die rassistische Gewissheit, dass es „Juden waren [...] und sind", „die den Neger an den Rhein bringen", um durch die „zwangsläufig eintretende Bastardisierung die ihnen verhaßte weiße Rasse zu zerstören".

Vor dem vermeintlichen Hintergrund einer jüdisch-kommunistisch-fremdrassigen Gefahr zeigt sich, dass der Schluss von Fritz Langs ‚Metropolis' nicht minder pornographisch ist, als seine orientalische Tanzorgie. Wenn sich über die Leiche Rotwangs und die Asche der Maschinenmaria hinweg Arbeiterführer und Chefkapitalist die Hand reichen, bekunden sie ihren obszönen Willen zur rassistischen Volksgemeinschaft.

Literatur

Abrams, Jerold J., „The Dialectic of Enlightenment in Metropolis", in: The Philosophy of Science Fiction Film, hg. v. Steven M. Sanders, Lexington 2008, 153-170

Balázs, Béla, Der sichtbare Mensch oder die Kultur des Films, Frankfurt 2001

Blaut, James M., „The Theory of Cultural Racism", in: Antipode, 24, 1992, 4, 289-299

Bogdanov, Alexandr A., Der rote Stern. Ein utopischer Roman, aus dem Russ. von Hermynia zur Mühlen, Berlin 1923

Brockmann, Stephen, A Critical History of German Film, Rochester 2010

Claussen, Detlev, Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie, Frankfurt 2003

Dolgenos, Peter, „The Star on C. A. Rotwang's Door. Turning Kracauer on Its Head", in: Journal of Popular Film and Television, 25, 1997, 2, 68-75

Drexler, Arthur (Hg.), The Mies van der Rohe Archive, Bd. 1, New York [et al.] 1986

Einstein, Albert, „Meine Antwort. Ueber die anti-relativitätstheoretische G.m.b.H.", in: Berliner Tageblatt, 27.8.1920 [zugänglich unter http://alberteinstein.info/vufind1/images/einstein/ear01/view/1/69950_00000 4316.pdf]

Groys, Boris, „Unsterbliche Körper", in: Die Neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hg. v. Boris Groys/Michael Hagemeister/Anne von der Heiden, Frankfurt 2005, S. 8-18

Grundmann, Siegfried, Einsteins Akte. Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik, Berlin 1998

Gubar, Susan, Racechanges. White Skin, Black Face in American Culture, Oxford [et al.] 1997

Hambrock, Matthias, Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921-1935, Kön 2003

von Harbou, Thea, Metropolis, mit einem Nachwort hg. v. Herbert W. Franke, Frankfurt [et al.] 1984 (1. Auflage 1926)

Hentschel, Klaus, Physics and National Socialism. An Anthology of Primary Sources, Basel 1996

Hitler, Adolf, Mein Kampf, zwei Bände in einem Band, 11. Aufl., München 1932 (1. Aufl. 1925 u. 1926)

Hoklas, Silke, „Alberich, Repräsentant der finsteren Mächte? Zum Bild des Jüdischen in Fritz Langs Nibelungen-Film", in: Bilder des Jüdischen. Selbst- und Fremdzuschreibungen im 20. und 21. Jahrhundert, hg. v. Juliane Sucker/Lea Wohl von Haselberg, Berlin 2013, 57-76

Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947

Hund, Wulf D., „Der Aufstand der KPD 1923", in: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie. Hamburg-Studien, Opladen 1983, 32-61

Hund, Wulf D., Heinrich Vogeler: Hamburger Werftarbeiter. Aus der Ästhetik des Widerstands, Frankfurt 1992

Hund, Wulf D., Rassismus, Bielfeld 2007

Hund, Wulf D., Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse, 2. Aufl., Münster 2014 (a)

Hund, Wulf D., „Racism in White Sociology. From Adam Smith to Max Weber", in: Racism and Sociology, hg. v. Wulf D. Hund, Alana Lentin, Berlin [et al.] 2014 (b), 23-67

Isenberg, Noah, „Of Monsters and Magicians. Paul Wegener's The Golem: How He Came into the World (1920)", in: Weimar Cinema. An Essential Guide to Classic Films of the Era, hg. v. Noah Idenberg, New York [et al.] 2009, 33-54

Kaes, Anton, „Cinema and Modernity: On Fritz Lang's Metropolis", in: High and Low Cultures. German Attempts at Mediation, hg. v. Reinhold Grimm/Jost Hermand, Madison [et al.] 1994, 19-35

Kaes, Anton: „A Stranger in the House. Fritz Lang's Fury and the Cinema of Exile", in: A Companion to Fritz Lang, hg. v. Joe McElhaney, Malden [et al.] 2015, pp. 300-321

Kluge, Alexander, Neonröhren des Himmels. Filmalbum, Frankfurt 2007

Kowner, Rotem (Hg.), The Impact of the Russo-Japanese War, Milton Park [et al.] 2007

Kracauer, Siegfried, Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films, Frankfurt 1984

Lenin, Wladimir Iljitsch, Materialismus und Empiriokritizismus, in: ders., Werke, Bd. 14, Berlin 1970

Minden, Michael /Holger Bachmann (Hg.), Fritz Lang's Metropolis. Cinematic Visions of Technology and Fear, Rochester 2000

Möbius, Thomas, „Eine Utopie für die Revolution", [Nachwort zu] Alexander A. Bogdanow, Der rote Stern, Bremen 2011, S. 185-212

von Preuschen, Hermione, Yoshiwara. Vom Freudenhaus des Lebens, Berlin 1920

Stites, Richard, Revolutionary Dreams. Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution, Oxford [et al.] 1989

Thießen, Malte, „Seuchen im langen 20. Jahrhundert. Perspektiven für eine europäische Sozial- und Kulturgeschichte", in: Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert, hg. v. ders., (Historische Zeitschrift, Beiheft 64), München 2014, 7-28

Töteberg, Michael, Fritz Lang. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1985

Townsend, Susan, „The Yellow Monkey. Simianizing the Japanese", in: Simianization. Apes, Gender, Class, and Race, hg. v. Wulf D. Hund, Charles W. Mills, Silvia Sebastiani, Berlin [et al.] 2015, 171-195 (im Erscheinen)

Wazeck, Milena, Einsteins Gegner. Die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920er Jahren, Frankfurt [et al.] 2009

Wiedleroither, Uwe, [Filmprogram von] Fritz Lang: Metropolis, 2. Aufl., Stuttgart 1993

Wigger, Iris, Die 'Schwarze Schmach' am Rhein. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse, Münster 2007

Williams, Alan, „Metropolis: Proletarian Triumph or Opiate of the Masses?", in: Marxism and the Movies. Critical Essays on Class Struggle in the Cinema, hg. v. Mary K. Leigh/Kevin K. Durand, Jefferson 2013, 29-39

Wittvogel, August, Das erwachende China, Wien 1926

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

313 Mensch-Natur-Verhältnisse

V.BRAUN: Die Putzfrauen von Athen
TH.SABLOWSKI: Die griechische Tragödie
Nancy Hartsock 1943-2015 (C.COCKBURN und F.HAUG)

W.F.HAUG: Mensch, Natur und Technik im Hightech-Kapitalismus. Teil I: Digitalisierung des Subjekts bei Bruno Latour
J.LOHEIT: Oliver Marcharts Latour-Rezeption
P.JEHLE: Über die wievielte Verabschiedung der Kritik
CH.OHM: Bietet Latours Ansatz ein Fundament für die Technowissenschaft?

S.PACKARD: Kommentar zu Haugs Latour-Kritik
R.CZESKLEBA-DUPONT: Karl Marx 1864: Soziale Ein- und Vorsicht als Prinzip
***
M.SEXL: Unsichtbarmachung des Kapitalismus
A.BRAUNEIS: Brechts Nutzung der marxschen Kapitalismustheorie
R.COHEN: Marxist ist man nicht allein
D.SUVIN: Lucio Magris Testament
W.ADOLPHI: Werner Nerlich – Deserteur und Ehrenbürger

Einzelheft 13 € (im Abo 10 €, zzgl. Versand)

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

www.inkrit.org/argument

Redaktion DAS ARGUMENT · I. Schwerdtner
Tel: 069-27244151 · argument@inkrit.org

Elisabeth Abendroth

Realismus? Krimis!

Hätt ich in diesen Tagen nicht
Kurellas Schrift gelesen
Von Kafka und der Fledermaus
Ich wär verlorn gewesen[1]

Ich gebe zu, wenn vom Realismus in der Literatur die Rede ist, werde ich regelmäßig heimgesucht von nicht sehr angenehmen Erinnerungen an Diskussionen der sechziger Jahre – als zweitem, drittem, viertem Aufguss in westdeutschen MSB-Spartakus-WGs auch der siebziger Jahre. Es waren Zeiten, in denen Stephan Hermlin sich selbst sarkastisch als „spätbürgerlichen Schriftsteller" denunzierte und in denen Anna Seghers angewidert an Georg Lukács schrieb: „Diese Leute sind gegen Kafka, also bin ich für ihn."[2] Die Gleichsetzung westdeutscher WG-Diskussionen mit Realismusdebatten überhaupt ist natürlich ungerecht, wie nicht zuletzt der Schwerpunkt „Literatur (in) der Krise" im Z-Märzheft zeigt. Indes, meine Skepsis gegenüber ästhetischen Reglementierungen aller Art, in wessen Namen auch immer, ist nicht ausgeräumt. Und Florian Kesslers wohlfeile Kolleg_innenschelte in der *Zeit*[3] wird durch noch so klug konnotierte Wiederholungen nicht richtiger. Auf Anhieb fallen mir einige in den letzten Jahren erschienene, lesenswerte Romane junger Autor_innen ein – unter ihnen sogar eine Absolventin des Deutschen Literaturinsitituts Leipzig! –, die sich mit der eigenen, keineswegs „spätbürgerlichen", sondern – wie Carolin Amlinger[4] präzise dargestellt hat –, prekären Situation und der Lage anderer Prekarisierter auseinandersetzen. Pars pro toto: *Die komische Frau* und *Die letzten warmen Tage* von Ricarca Junge sowie *Die Glücksparade* von Andreas Martin Widmann.[5] In den letzten Jahren sind glücklicherweise eine ganze Reihe von Erzählungen erschienen, die uns die Sozialgeschichte unserer (beiden) Republik(en) aufs Lehrreichste und zugleich Unterhaltendste erhellt. Auf die vielen bekannten Romane über das Leben in der DDR und danach (allen voran Ingo Schulzes *Adam und Evelyn*) will ich hier nicht eingehen, mit Ausnahme von Peter Richters *89/90*[6], aus dem ich mehr über Dresden und die Wurzeln von Pegida erfahren habe als aus mancher politologischen Studie. Die Romanzyklen *Das alte Jahrhundert* von

---

1 Wolf Biermann (damals, als er noch ziemlich gute Verse gemacht hat).

2 Vgl. Gunnar Decker, 1965: *Der kurze Sommer der DDR*, München 2015.

3 Florian Kessler, Lassen Sie mich durch, ich bin Arztsohn! In: Die Zeit, 4/2014.

4 Carolin Amlinger, Von der Schreibkrise zur Krise des Schreibens, in: Z 101 (März 2015), S. 16 ff.

5 Ricarda Junge, *Die komische Frau*, Frankfurt am Main 2010; dies., *Die letzten warmen Tage*, Frankfurt am Main 2014; Andreas Martin Widmann, *Die Glücksparade*, Reinbek 2012.

6 Ingo Schulze, *Adam und Evelyn*, Berlin 2008; Peter Richter, *89/90*, München 2015.

Peter Kurzeck und *Ortsumgehung* von Andreas Maier[7] zeichnen ein genaues Portrait der Provinz in der alten Bundesrepublik (War nicht die ganze alte Bundesrepublik eine einzige, große Provinz?). Jüngst hat Frank Witzel mit seinem Riesenroman – er hat lange daran gearbeitet und das Buch ist sehr dick geworden, aber es zu lesen, lohnt sich! – *Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969*[8] dem noch einen kräftigen Akzent hinzugefügt. Soviel zum Thema „Arschkriech-und-Winsel-Literatur" (Rolf-Dieter Brinkmann).

All dies vorausgeschickt, muss eine einigermaßen souveräne Leserin, die sich weit mehr dafür interessiert, was „Kunst kann", als dafür, was sie „soll"[9] doch einräumen, dass die gegenwärtige Realismusdebatte immerhin das Interesse an Literatur beflügelt, selbst in der Linken. Und sie kommt nicht umhin, Sven Gringmuth darin zuzustimmen, dass Literatur dahin zu gehen habe, „ wo es wehtut. Wo man sich nicht so masochistisch gerne aufhält wie im eigenen Inneren: ins Innere des Landes, dieses Landes."[10] – Ein kleiner Einwand gegen diese Maxime allerdings am Rande: Was ist dann zum Beispiel mit *Selina oder Das andere Leben*, Walter Kappachers hinreißender, gewiss die Zeiten überdauernder Erzählung von einer Reise in die Toskana und zugleich ins eigene Innere, dazu noch unternommen von einem Lehrer im Sabbatical?[11] Was ist mit den realitätshaltigen Märchen von Annika Scheffel?[12] Was ist mit den verträumten Geschichten von Franziska Wilhelm? Oder was ist mit Lyrik, etwa mit den an Vergessenes und Vergessene erinnernden Reflexionen von Harry Oberländer, mit Paulus Böhmers sprachmächtigen Langgedichten, mit Nancy Hüngers langsam geschriebenen und langsam zu lesenden Versen oder mit den singenden, klingenden Liebesgedichten von Safiye Can? – Die geschätzte Leserin möge diesen – zufällig zusammengestellten – Katalog als Appell verstehen, mehr Literatur zu lesen als Theorien über sie.

---

7 Zu Peter Kurzecks Lebzeiten sind erschienen: *Übers Eis*, Basel/Frankfurt am Main 1997; *Als Gast*, Basel/Frankfurt am Main 2003; *Ein Kirschkern im März*, Frankfurt am Main/Basel 2004; *Oktober und wer wir selbst sind*, Frankfurt am Main/Basel 2007; *Vorabend*, Frankfurt am Main/Basel 2011. Von Andreas Maier sind bisher erschienen: *Das Zimmer*, Berlin 2010; *Das Haus*, Berlin 2011; *Die Straße*, Berlin 2013; *Der Ort*, Berlin, 2015. Auch frühere Romane von Andreas Maier seien dringend zur Lektüre empfohlen!

8 Frank Witzel, *Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969*, Berlin, 2015.

9 Daniel Göcht, Realismus als Prinzip, in: Z 101 (März 2015), S. 41.

10 Sven Gringmuth, Das trunkene Schiff, in: Z 101 (März 2015), S. 31.

11 Walter Kapppacher, *Selina oder Das andere Leben*, Wien 2005.

12 Annika Scheffel, Ben, Berlin 2010; dies.; Bevor alles verschwindet, Berlin 2013; Franziska Wilhelm, *Meine Mutter schwebt im Weltall und meine Großmuter zieht Furchen*, Stuttgart, 2014; Harry Oberländer, *chronos krumlov*, Frankfurt am Main 2015; Von Paulus Böhmer zum Beispiel: *Am Meer. An Land. Bei mir*, Ostheim/Rhön 2010; Nancy Hünger, zum Beispiel: *Aus blassen Fasern Wirklichkeit*, Jena 2006; Safiye Can, *Rose und Nachtigall: Liebesgedichte*, Frankfurt am Main 2014.

II.

... hier im Innern des Landes, da leben sie noch.[13]

Von zwei Romanen, die ins „Innere des Landes" gehen, dahin, wo es wehtut – zuweilen aber durchaus auch ins „eigene Innere" –, soll nun die Rede sein: von Gila Lustigers *Die Schuld der Anderen*[14] und von Jan Seghers' *Die Sterntalerverschwörung*[15]. Beides große Gesellschaftsromane, beides zugleich spannende Krimis.

In Jan Seghers' *Die Sterntalerverschwörung* liegt das Innere des Landes in der Bundesrepublik des Jahres 2008, in Osthessen. In dem ideellen Gesamtkaff „Schwarzenfels" hat „der Baron" noch immer das Sagen, zumal er auch noch CDU-Landtagsabgeordneter ist – er entpuppt sich übrigens als ziemlich aufrechter Kerl, weshalb man ihm mit üblen Methoden zu Leibe rückt –, und ein sympathischer Callboy findet bei einem toten Motorradfahrer einen Umschlag mit kinderpornografischen Fotos, deren Brisanz er sofort erkennt. Er nimmt den Umschlag an sich; damit fängt der Ärger für ihn an. So liegt das Innere des Landes auch in einem pittoresken, südhessischen Museumsdorf, in dem der Callboy sich später einer mörderischen Verfolgungsjagd ausgesetzt sieht. Das Innere des Landes liegt bei Seghers aber auch in Frankfurt am Main, in einem etwas heruntergekommenen Hotel im noch immer nicht vollständig gentrifizierten Frankfurter Ostend, in dem eine bekannte, investigative Journalistin ermordet aufgefunden wird. Sie war einer brisanten Geschichte auf der Spur, die ein Bad Cop um jeden Preis verschleiern will, offenbar im Interesse höchster Strippenzieher. Keine Sorge, ein Good Cop, sein Team und seine Mitstreiterin, eine sehr neugierige Journalistin, werden allen Gefahren trotzen, das zunächst unentwirrbar scheinende Knäuel sorgsam auseinanderknüpfen und die Angelegenheit am Schluss aufklären, wie es sich gehört – nicht ohne dabei neue, selbst sie noch überraschende Erkenntnisse über das Zusammenspiel von Politik und „Wirtschaft" zu gewinnen. Das Innere des Landes liegt nämlich auch im „Weißen Haus", einem „alte(n) (...) Bürgerhaus in der (Frankfurter) Günthersburgallee", wo der unkonventionelle, zuweilen von Selbstzweifeln heimgesuchte Kommissar Robert Marthaler und seine Kolleg_innen „residieren" (Jan Seghers, a.a.O., S. 96), allesamt ziemlich erfreuliche Zeitgenoss_innen. Nicht zufällig liegt gleich auf der ersten Seite des Romans das Innere des Landes in einer Maschine im Anflug auf den Rhein-Main-Flughafen, in der ein abgewählter, aber noch geschäftsführender Ministerpräsident von seinem Freund, dem Dalai Lama, von Fastfood und von seiner Jugendliebe träumt. Das Innere des Landes liegt – zum Glück – auch auf dem Frankfurter Parkfriedhof Heiligenstock, auf dem ein deutscher Kommu-

---

[13] Franz-Josef Degenhardt (der zeitlebens nie aufgehört hat, ziemlich gute Verse zu machen).

[14] Gila Lustigers *Die Schuld der Anderen*, Berlin 2015.

[15] Jan Seghers' *Die Sterntalerverschwörung*, Reinbek bei Hamburg 2014.

nist, den viele von uns sehr gemocht haben, zu Grabe getragen wird: meine Lieblingsszene (wen 's interessiert: S. 367 f.), in der aufscheint, was sein könnte – wie zuweilen auch in der freundschaftlichen Kooperation des Marthaler-Kollektivs oder in Marthalers nicht unkomplizierter Liebesbeziehung zu Tereza, bei allem Kummer, den sie auch verursacht. Das Innere des Landes liegt schließlich in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden, im „Inneren Kreis", dem engsten Stab des Ministerpräsidenten, der gemeinsam mit dem leicht genervten Chef beratschlagt, wie man demokratische Wahlen aushebeln und eine neue Landesregierung unter Führung einer linken Sozialdemokratin mit griechischem Namen verhindern kann. (Während ich diese Zeilen schreibe, im Sommer 2015, geben sich in größerem Maßstab operierende Akteure alle Mühe, eine demokratisch gewählte, soeben durch ein Referendum unerwartet überzeugend legitimierte Regierung in Griechenland auszuhebeln. Die Reihenfolge von Tragödie und Farce scheint sich zuweilen umzukehren.)

Jan Seghers ist unter seinem Ursprungsnamen Matthias Altenburg ein kluger Essayist[16] und bekennender realistischer Erzähler[17]. Sein offenes Pseudonym als Krimiautor hat er gemixt aus den Namen eines deutschen Radsportlers und der eingangs zitierten Kafka-Befürworterin. Seinem fünften Kriminalroman hat er die Warnung vorangestellt: „Alle Ereignisse und Personen sind frei erfunden. Selbst der Vollmond scheint, wann er will." Aber natürlich erinnert die Romanhandlung nicht zufällig an die ganz reale Geschichte des früheren hessischen CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch, der 2008 in den Landtagswahlen 12 Prozent und damit die absolute Mehrheit verloren hatte. Abgejagt hatte ihm die Stimmen die SPD-Linke Andrea Ypsilanti, die im Wahlkampf – auf Druck ihrer Parteiführung, ist zu vermuten – eine Zusammenarbeit mit der Partei der Linken kategorisch ausgeschlossen hatte. Umwelt- und Wirtschaftsminister in Andrea Ypsilantis Schattenkabinett war der exponierte SPD-Umweltexperte Hermann Scheer, der für Hessen ein Konzept für eine gänzlich neue Energiepolitik entwickelt hatte. Das hatte SPD-Rechte schon vor den hessischen Landtagswahlen dazu bewogen, den Wahlkampf ihrer hessischen Genossin massiv zu behindern. Trotz des überraschenden SPD-Wahlsiegs brauchte eine rot-grüne Landesregierung die Tolerierung durch die Linke. Darüber wurde in der hessischen Sozialdemokratie monatelang debattiert. Roland Koch, der einige Jahre zuvor beinahe über den CDU-Parteispendenskandal und die Lüge von „jüdischen Vermächtnissen" gestolpert wäre (auf Plakaten wuchs Koch damals eine Pinocchio-Nase), und die Seinen entfesselten nun eine groß angelegte Propaganda-Kampagne gegen Andrea Ypsilanti, in der sie aufs Infamste der Lüge bezichtigt wurde. Bei Jan Seghers liest sich das so: „Es gab einen Artikel über die neue Referentin des Ministerpräsidenten. Bea Traub wurde mit den Worten zitiert, für sie stünden die Werte Wahrhaftigkeit, Bescheidenheit, Kompetenz und Fleiß

[16] Zum Beispiel: Matthias Altenburg, *Partisanen der Schönheit* , Münster, 2002; ders., Jan Seghers' *Geisterbahn: Tagebuch mit Toten* (Blog/Tagebuch), Reinbek bei Hamburg 2012.

[17] Zum Beispiel:Matthias Altenburg, *Landschaft mit Wölfen*, München 1999.

an vorderster Stelle. Auf die Frage, ob das eine Anspielung auf Sabine Xanthopoulos sei, lautete ihre Antwort: ‚Was diese Frau vor aller Augen getan hat, bedarf keines Kommentars. Jeder kann sich selbst ein Urteil bilden. Die meisten haben es bereits getan.' Zwei Seiten weiter prangte auf der unteren Hälfte eine Anzeige des Bundes Christlicher Gewerbetreibender. ‚Lügen haben kurze Beine' stand dort in fetten Lettern und: ‚Wahrheit ist Wirtschaftskraft: unser Land hat es verdient'." (S. 401)[18] Unterstützt wurde die abgewählte CDU-Regierung in der Realität von „der hessischen freien Wirtschaft", die gegen massive Proteste der Anwohner_innen für eine Erweiterung der „Jobmaschine Rhein-Main-Airport" votierte. Nach zahlreichen sozialdemokratischen Funktionärskonferenzen und Fraktionssitzungen wagte Andrea Ypsilanti endlich, sich im Landtag zur hessischen Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Eine SPD-Abgeordnete – von den bürgerlichen Medien zur tragischen Heroine stilisiert – hatte bereits öffentlich kundgetan, dass sie nicht „mit Kommunisten zusammenarbeiten" könne; aber die Mehrheit hätte ohne sie ausgereicht. Am Tag vor der entscheidenden Landtagssitzung entdeckten drei weitere SPD-Landtagsabgeordnete ihr „Gewissen" und „bekannten", dass sie ihre Parteichefin nicht zur Ministerpräsidentin wählen würden. Roland Koch blieb im Amt und wurde 2009 wiedergewählt. Hermann Scheer starb im selben Jahr. Die SPD-Stimmen stürzten ab ins Bodenlose – und die Flughafenerweiterung wurde durchgesetzt. 2010 wechselte Roland Koch an die Spitze eines Baukonzerns, der am Ausbau des Frankfurter Flughafens maßgeblich beteiligt war; dort ist er als Konzernchef gescheitert und vor einigen Monaten wieder abgetreten.

Ein Stoff, den Shakespeare und Brecht gemeinsam sich nicht besser hätten ausdenken können. Warum dem noch etwas hinzufügen? Weil einige entscheidende Fragen bis heute offen geblieben sind: War das zentral geplant und gesteuert, oder gab es mehrere, voneinander unabhängige Akteure? Wer genau hat wann, wo an welchem Strang gezogen? Und vor allem: Was hat die vier Abtrünnigen, damals zu ihrer Haltung bewogen? Besonders die drei, die zuvor bei allen Gelegenheiten und Probeabstimmungen beteuert hatten, sie würden Andrea Ypsilanti mitwählen? (Auch Volker Zastrows lesenswerte

---

[18] Der Psychoanalytiker Wolfgang Leuschner hat in der *Frankfurter Rundschau* vom 10. Februar 2009 die eruptive Vehemenz dieser Kampagne gegen die attraktive, sozial engagierte, eher zuhörend als dominierend auftretende SPD-Politikerin analysiert: „Es ist der Affekt, der beeindruckt, nämlich mit welcher Erregtheit und welcher Unerbittlichkeit bis auf den heutigen Tag auf Andrea Ypsilanti verbal eingeschlagen wird, trotz ihres nun schon länger zurückliegenden Rückzuges von ihren Führungspositionen und trotz ihrer vielfach wiederholten Schuldbekenntnisse. Wie oft haben ihre politischen Gegner, enttäuschte Wähler und Journalisten dabei jegliche Contenance verloren, erwiesen sich merkwürdig blind für ihre Häme, die Widersprüchlichkeiten, die ihre eigenen Argumente und ihre Vorwürfe aufwiesen. Das sind Hinweise darauf, dass es um mehr, um etwas anderes geht als um die Kritik eines Wortbruchs oder die Kooperation mit den Linken, sondern dass an ihr persönlich, wie beim ‚Schlagebub' etwas abgehandelt wird." Ich wünsche mir eine ebenso erhellende Analyse der gegenwärtigen, rabiaten Diffamierungskampagane gegen die Syriza-Regierung. Übrigens steht Andrea Ypsilanti heute an der Seite von Syriza, als eine von sehr wenigen bekannteren SPD-Politiker_innen.

Reportage *Die Vier: Eine Intrige*[19] hat das nicht völlig entschlüsseln können.) Matthias Altenburg/Jan Seghers hat dieser Stoff nicht losgelassen. Er hat jahrelang recherchiert – und sich für die Fiktion entschieden, wohl wissend, „dass das Wahrscheinliche nicht notwendig das Wahre sei und die Wahrheit nicht immer wahrscheinlich." (Sigmund Freud, zitiert bei Jan Seghers, S.7) Selbstverständlich hat er alle real existierenden Personen mit anderen Namen versehen – das „Entschlüsseln" macht beim Lesen sehr viel Spaß –, er hat einige neue Akteure ins Spiel eingeführt und ein Handlungstableau entworfen, das ihm erlaubt, zugleich einen rasanten Politthrillller und den perfekten Kriminalroman zu erzählen. Und erzählen kann Jan Seghers, knapp, dicht, mit intelligenten, zum Teil witzigen Dialogen. Ganz nebenbei löst er so auch das Problem des Verräter-Motivs: „Weißt du, was Kurt Tucholsky vor achtzig Jahren geschrieben hat?"" „Nein, Carlos." „Er schrieb, dass die Sozialdemokraten einen neuen Verrätertypus in die Geschichte eingeführt hätten, den Judas ohne Silberlinge. Wahrscheinlich sind die vier besoffen von ihrer eigenen Bedeutung. Vielleicht glauben sie selbst, was sie sagen." (S. 419f., vgl. auch S. 493.)

Obwohl die Handlung sich wie bei allen bisherigen „Seghers-Krimis" auf das Rhein-Main Gebiet konzentriert[20], nimmt *Die Sterntalerverschwörung* die Leser_innen mit auf eine weite Reise durch die Gesellschaft der Bundesrepublik. In „seiner großzügigen Altbauwohung in der Wiesbadener Innenstadt, die ihm als Praxis diente" (S. 183), begegnen wir dem gut situierten Psychiater Nikolaus Sänftig aus dem „immer größer werdenden Heer der (...) Consulting-Psychologen, die dafür bezahlt wurden, höheren Armeeangehörigen, Topmanagern, Börsenspekulanten, Bomberpiloten und Geheimdienstleuten das schlechte Gewissen zu nehmen und sie in die Lage zu versetzen, auch am nächsten Tag ihre schmutzigen Geschäfte weiterzuführen" (S. 185), mit all seinen gelegentlichen Skrupeln. Im Mosel-Eck, einer Kneipe im Frankfurter Bahnhofsviertel, treffen wir den „kleinen Dicken", der Marthaler fragt, wer er sei. „‚Polizist? Au Scheiße!' sagte der Dicke. ‚Schicksale gibt's, Schicksale gibt's' Er hingegen habe gerade eine Umschulung zum Informatikkaufmann in Freiburg im Breisgau hinter sich gebracht und als Jahrgangsbester abgeschlossen, sich dann aber beide Hände verbrüht, weshalb er schon wieder von Stütze leben dürfe, ob man darauf nicht einen trinken wolle, Eddy übrigens sei sein Name." (S. 443)

Mit *Die Sterntalerverschwörung* ist Jan Seghers nicht nur eine phantastische und damit wahre Geschichte gelungen, sondern zugleich ein großer Gesellschaftsroman, aus dem Nachgeborene mehr lernen werden über die bundesrepublikanische Gegenwart des beginnenden 21. Jahrhunderts als aus Geschichtsbüchern.

---

[19] Volker Zastrow, *Die Vier: Eine Intrige*, Berlin 2009.

[20] Frankfurts Topographie beschreibt der Flaneur auf dem Fahrrad so genau – übrigens ohne dabei ins possierlich-gemütliche Genre des „Regionalkrimis" abzurutschen –, dass, wie man hört, sogar schon Stadtführungen auf seinen Spuren angeboten werden.

III.

Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?[21]

Als Gila Lustiger [22], im Pariser Intellektuellenmilieu zuhause, das Land nicht mehr verstand, in dem sie seit fast dreißig Jahren gelebt hatte, machte sie sich auf, es verstehen zu lernen. Sie ging dahin, wo es weh tut: In die prekarisierten Milieus der Banlieues, in die deindustrialisierte, hoffnungslose Provinz. Zwei Jahre lang begleitete sie Polizeiteams, traf sich mit Journalist_innen, interviewte junge Dropouts mit „migrantischem Hintergrund", demoralisierte Kleinstädter_innen, „outgesourcte" Industriearbeiter, Ökonomen, Mediziner, Chemiker, Gewerkschafter. Sie entdeckte Frankreich in einer „Zeit, wo alles, was die Menschen bisher als unveräußerlich betrachtet hatten, veräußert wurde. (...) wo selbst Dinge, die bis dahin mitgeteilt wurden, aber nie ausgetauscht, gegeben, aber nie verkauft, erworben, aber nie gekauft: Tugend, Liebe, Überzeugung, Wissen, Gewissen etc., wo mit einem Wort alles Sache des Handels wurde." (Karl Marx, zitiert von Gila Lustiger, S. 5). So schrieb sie ihren ersten Kriminalroman.

Die Schuld der Anderen beginnt in Paris im Hochsommer. Wer kann, flieht vor der drückenden Hitze. Der Journalist Marc Rappaport sitzt in seiner Redaktion und bekommt mitten in der Saure-Gurken-Zeit die Meldung auf den Tisch, mithilfe der modernen DNS-Analyse sei es endlich gelungen, einen fast dreißig Jahre zurückliegenden Mord an einer Prostituierten aufzuklären. Marc Rappaport, neugierig und äußerst unabhängig, spürt, dass daran etwas faul ist – und beginnt zu recherchieren, mit langem Atem und gegen zunehmende Widerstände. Seine Recherchen führen ihn in das Innere Frankreichs, ins – gar nicht so – fiktive „Charfeuil", den Geburtsort der Ermordeten. Er stößt dort auf ein Kartell des Schweigens. Nutrissor, nahezu einziger Arbeitgeber am Ort, scheint das Zentrum dieses Kartells zu sein. Rasch stellt sich heraus: Die Tote war mitnichten ein x-beliebiges hübsches Callgirl, sondern eine zielstrebige, durch nichts und niemanden aufzuhaltende Rebellin, die dieses Kartell störte. Wurde sie deshalb ermordet? Je länger Marc Rappaport recherchiert, desto verwickelter wird die Geschichte, desto größer werden die Widerstände und desto näher rücken die Widersacher. Sein alter Freund und Chefredakteur Pierre, seine ebenfalls äußerst unabhängige, schöne Freundin Deborah, sein ebenso geliebter wie beargwöhnter Großvater – sie alle raten ihm davon ab, weiterzumachen. Marc Rappaport bleibt dran und kommt hinter einen großen Chemieskandal.

---

[21] Bertolt Brecht (oder wer auch immer).

[22] Gila Lustiger wurde als Tochter von Arno Lustiger, Überlebender des Holocaust, Chronist des jüdischen Widerstands und des Rettungswiderstands, in Frankfurt am Main geboren und ist dort aufgewachsen. Nach einem Germanistikstudium in Jerusalem zog sie 1987 nach Paris. Sie schreibt auf Deutsch. Besonders empfehle ich die autobiographische Erzählung *So sind wir* (Berlin 2005) und *Herr Grinberg & Co. Eine Geschichte vom Glück (Berlin 2008). Die Schuld der Anderen* ist ihr sechster Roman.

Auch diese Fiktion hat einen höchst realen Hintergrund: Seit 1981 benutzte der französische Futtermittelhersteller Adisso eine neue Substanz, um fortan Vitamin A für die Massentierhaltung billiger anbieten zu können: Chloracetal C5. Trotz der betriebsinternen Warnung eines Mediziners, der festgestellt hatte, dass Cloracetal C5 Krebs verursachen und das Erbgut verändern kann, hielten die Adisso-Oberen, unter ihnen durch Francois Mitterands „Reformen" in leitende Management-Positionen aufgerückte Absolventen von Elite-Unis, aus Profitgründen an der „modernisierten" Produktion fest. Viele Adisso-Arbeiter erkrankten, viele starben. Sie und ihre Angehörigen schwiegen lange, aus Angst um die nicht sehr zahlreichen, noch verbliebenen Jobs in der Region. Die Vitamin-A-Produktion mit Chloracetal C5 ging weiter. Dass die Wahrheit schließlich doch ans Licht kam, liegt an investigativen Journalist_innen, die nicht locker ließen (Gila Lustiger dankt in ihrem Nachwort Inès Béraud) und an den gewerkschaftlich organisierten Geschädigten, die es schließlich doch gewagt haben, gemeinsam für ihr Recht zu kämpfen. „Nicht zuletzt möchte ich dem Betriebsarzt Gérard Barrat dafür danken, dass er mir in seiner bescheidenen Art von seinem Kampf erzählt hat. Menschen wie er verdienen unsere Hochachtung. Und ganz besonders bedanke ich mich bei den an Krebs erkrankten Arbeitern, die ich habe treffen dürfen. Ihren Bemühungen um Anerkennung wie auch ihrem Leben sei dieser Roman gewidmet." schreibt Gila Lustiger ganz am Schluss (S. 494).

Nicht nur die Autorin, auch ihr Protagonist Marc Rappaport tritt am Ende seiner Reise ins Innere Frankreichs an die Seite derer, die „Tugend, Liebe, Überzeugung, Wissen, Gewissen" nicht für veräußerbare Güter halten, sondern an ihnen festhalten, allen Pressionen und Versuchungen zum Trotz. Damit wechselt er die Seiten. Denn seine geistige Unabhängigkeit verdankt Marc Rappaport zwar dem jüdischen Intellektuellenmilieu, dem sein Vater entstammt, seine äußerst angenehme, materielle Unabhängigkeit aber der französischen Industriellenfamilie seiner Mutter, deren Reichtum der imponierende Großvater zumindest zum Teil als Kriegsgewinnler in Afrika zusammengerafft hat. Der aufgeweckte Enkel war sein Wunschnachfolger und sitzt noch immer im Aufsichtsrat des Familienunternehmens, hat Politische Wissenschaften studiert und arbeitet jetzt für ein, gemessen an seinen familiären Möglichkeiten und seiner elitären Ausbildung, vergleichsweise lächerliches Gehalt als investigativer Journalist bei einer als linksliberal geltenden Zeitung. Dabei sind seine Lebensgewohnheiten die eines Sohnes aus gutem Hause geblieben: Die Dreizimmerwohnung in Paris, die Restaurantbesuche, die eher billigend in Kauf genommenen als goutierten, großbürgerlichen Partys, das gediegene Ferienhotel. Am Schluss seiner nervenaufreibenden, zuweilen gefährlichen Recherchen ist Marc Rappaport nicht nur dem Verbrechen hinter dem Verbrechen auf die Spur gekommen, er hat nicht nur „den Fall gelöst"; er hat nicht nur viel Neues erfahren über das skrupellose Zusammenspiel der politischen und ökonomischen Eliten, in das auch seine eigene Familie verwickelt ist, und über die Resignation der Expropriierten; dazu hat er noch etwas gelernt: „Er fühlte eine große Leere und Traurigkeit, als er langsam auf seinen Wagen zu-

ging. So viele zerstörte Leben. Die Arbeiter, ihre Familien, (...) so viele Menschen waren ins Getriebe dieses Systems geraten und von ihm zermalmt worden." (S. 473) Und der Lonesome Rider Rappaport hat entdeckt, was diese Trauer, dieses Mitgefühl produktiv verwandeln kann: Solidarität. Da ist er also, der – zwar zögerliche, sich der Tragweite seiner Einsicht vielleicht noch nicht bewusste – Akteur, der „für die Überwindung von Kapitalismus und Patriarchat gegen mediale Gleichschaltung, Entdemokratisierung und Entsolidarisierung (...)" eintritt[23], den Lothar Peter bei Michel Houellebecq vermisst.

Aber Marc Rappaport ist kein klassischer „positiver Held". Dazu ist er zu sehr ein – auch an sich selbst – zweifelnder Intellektueller. So wird der spannende Kriminalroman immer wieder unterbrochen durch seine Reflexionen, durch kleine, gut geschriebene Essays: „Fasste man, was er gelesen hatte, zusammen, so waren alle sozialen und wirtschaftlichen Experimente der letzten dreißig Jahre an dem Konzern durchexerziert worden. Verkauf, Kapitalöffnung, Umflaggung, Verstaatlichung, Reprivatisierung, die technologische Revolution, die Einführung des Euro. Es gab nichts, was dem Konzern erspart geblieben wäre. (...) Die zahlreichen Manager (...) hatten neue Führungsmethoden erprobt, aber das waren Finessen, bedachte man, dass die Produktpalette in all den Jahren die gleiche geblieben war: Tierfutterzusatz (...). Die andere Konstante hieß Angst. Und sie hatte die Arbeiter noch bei jedem angekündigtem Verkauf (...) gefügig gemacht. In einem Umfeld, wo die da oben entschieden, was mit denen da unten geschah, gehörte die Furcht, von irgendeinem Technokraten aus der Großstadt wegrationalisiert zu werden, zur täglichen Erfahrung." (S. 255f.)

Oder ein kurzer Ausflug ins eigene Innere: „Und natürlich dachte er (...), wie gleichförmig ihre Klagen doch waren. Er ließ sie zu, verteidigte sich nicht einmal, nahm die Schuld auf sich und verwandelte sich in den Mann, den zu sehen sie beschlossen hatte. Er füllte die Rolle, die sie ihm zuwies, aus Trägheit aus, und dass er das tat, dass er ihr einfach nur zuhörte, statt ihr zu widersprechen, beschämte ihn. Ich bin in dich verliebt, hätte er ihr sagen können, (...) und das bisschen Souveränität, das ich mir ab und zu ergattere, wird auch nicht viel daran ändern, dass ich meinem Begehren hilflos ausgeliefert bin. Was willst du aus mir machen? Ein Schoßhündchen? Aber sie legte so viel Enthusiasmus in ihre Worte, dass es einen mutigeren Mann gebraucht hätte, um ihr die komplexe Beschaffenheit ihrer Beziehung auseinanderzusetzen ..." (S. 107) Beziehungsstress gibt es also nebenbei auch – und der mutige Kämpfer für die Wahrheit erweist sich da als eher mutloser Zeitgenosse.

Oder: „Marc hatte nichts gegen ein bisschen aufgeklärten Ethnozentrismus einzuwenden, auch nichts gegen jüdische Selbstbezogenheit, schließlich trug jeder seine Scheuklappen, und diese Menschen (...) gehörten, wenn auch nicht zu den prickelnden, so doch immerhin zu den anständigen Geschöpfen (...). Sie arbeiteten hart, gründeten Familien, erzogen ihre Kinder, und wäre da nicht ihre

---

[23] Lothar Peter, „Unterwerfung" von Houellebecq – ein gesellschaftskritischer Roman? In: Z 101 (März 2015), S. 51.

Furcht, diese Furcht vor Verfolgung, die jedem europäischen Juden im Leib steckte, so hätten sie als gehobene Mittelklassefranzosen durchgehen können. Es war diese Angst, mehr als alle Prinzipien der Halacha – die wenigsten befolgten noch die Religionsvorschriften –, die das europäische Judentum auszeichnete. Die Angst machte sie hellhörig und dünnhäutig, paranoid machte sie sie dennoch nicht. Und seit 2006 der vierundzwanzigjährige Handyverkäufer Ilan Halimi als Jude zu Tode gefoltert worden war, beschäftigte der Antisemitismus der muslimischen Jugend in den Vororten jeden Einzelnen von ihnen. (...) Marc hatte damals darüber geschrieben. (...) Er (...) hatte jedes einzelne Gangmitglied portraitiert. Alle waren sie arbeitslos, Kinder von Immigranten aus afrikanischen Staaten, alle französische Staatsbürger, alle orientierungslos und frustriert, an den Rand gedrängt (...) und auf Juden fixiert, die zum Objekt von Wahnvorstellungen geworden waren. Und alle hatten sich mit ihrem selbstgebastelten Islam, der nichts mehr mit der Religion ihrer Väter zu tun hatte, die sie ihres Integrationswillens und ihrer Schwäche wegen verachteten, eine Ersatzidentität geschaffen, die ihnen eine Wichtigkeit vorgaukelte, die sie nur in der Ausübung von Gewalt ausleben konnten. Erbarmungsloser Gewalt." (S. 230 f.) Diese Sätze wurden geschrieben vor dem Januar 2015, vor den Anschlägen auf Charlie Hebdo und den koscheren Supermarkt.

Vielleicht hat auch die historisch fundierte „Angst, die das europäische Judentum auszeichnet", Gila Lustiger so „hellhörig und dünnhäutig" gemacht, dass sie eher als andere die immensen Gefahren aufspürt, die von der gegenwärtigen „multiplen Krise" (Ulrich Brandt) ausgehen für den seit jeher brüchigen Zusammenhalt nicht nur der französischen Gesellschaft, für jedes menschliche Zusammenleben. Dass sie dazu noch darin geübt ist, jene Verwerfungen akkurat zu beschreiben, denen Menschen in ihrem Zusammenleben, in ihren „ganz privaten" Beziehungen ausgesetzt sind, ist nicht von Nachteil für die Lesbarkeit von *Die Schuld der Anderen.* Die Deformation trifft übrigens beide: Herrschende wie Beherrschte verrohen und „gehen über Leichen", um ihr jeweiliges obskures Ziel zu erreichen, Profitmaximierung das der einen, die Konstruktion einer „Ersatzidentität" das der anderen. Aber es gibt einen Ausweg, wenn auch einen, der nicht leicht zu gehen ist: Solidarität.

Die Schuld der Anderen ist ein genaues Portrait der französischen Gesellschaft und weist zugleich über sie hinaus. Um so etwas auch noch spannend, unterhaltend zu erzählen, eignet sich, wie's scheint, besonders gut das Genre des Kriminalromans, jedenfalls wenn man damit so umgehen kann wie Gila Lustiger und Jan Seghers.

Patrick Ölkrug

Protest und innereuropäische Arbeitsteilung: Lissabon und Portugal im europäischen Kapitalismus

Portugal, das kleine iberische Land am westlichen Rand Europas gelegen, gerät in der deutschen Öffentlichkeit schon mal leicht in Vergessenheit. In seinem 2011 in den „Blättern für deutsche und internationale Politik" erschienenem Artikel „Portugal im Würgegriff" schreibt Michael R. Krätke: „Derweil sich ganz Europa voller Sorge über seinen Dauerpatienten Griechenland beugt, gerät ein anderes Land fast aus dem Blick: Portugal, das älteste europäische Imperium und der erste europäische Nationalstaat, ist als drittes Euroland (nach Griechenland und Irland, P.Ö.) unter den Rettungsschirm gelandet" (Krätke 2011). Ab diesem Zeitpunkt änderte sich das Interesse der JournalistInnen und BerichterstatterInnen an Portugal, das Land wurde nun als Teil der im Jargon des Finanzjournalismus so genannten PIGS-Gruppe (pigs, engl. Schweine) als ein vermeintlicher Verursacher der Krise behandelt.

Städtische Proteste in der EU-Krise

Im Zuge der von der Troika verordneten Austeritätspolitik und den von der Regierung geplanten Sparmaßnahmen kam es im Jahre 2011 zu einer ganzen Reihe von Protesten in Lissabon und anderen Städten, den so genannten „Märzprotesten" (Küpeli 2013: 51f.). Im November 2010 lähmte bereits ein Generalstreik das Land, bevor es am 12. März 2011 zu den massiven Protesten kam[1]. Gefordert wurde ein grundsätzlicher Politikwechsel der Regierung. In zwei Demonstrationszügen strömten tausende Menschen ins Zentrum Lissabons. Unter ihnen Lehrer, Professoren, Krankenschwestern, Hotelangestellte, aber auch Familien und Jugendliche nahmen teil (Hoffrogge 2011). Initiiert wurden die Proteste weder von Parteien noch Gewerkschaften. Die „Facebook-Revolution" hatte Europa über Portugal erreicht. Für die etablierten politischen Kräfte Portugals waren Spontaneität und Ausmaß der Proteste völlig überraschend. Ein Aufruf einer lediglich kleinen Zahl von AktivistInnen, der an die „Geração à rasca" (Generation in der Klemme) adressiert war und diese zum Protest aufrief, verbreitete sich rasch im Land. Die Menschen demonstrierten gegen die stetige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und die mittlerweile zur Norm gewordenen prekären Arbeitsverhältnisse (Steiniger: 2009). Im Rückblick betrachtet war es diese „Geração à rasca", die einen Protest- und Kampfzyklus eröffnete. Im Zentrum standen vor allem die Lebenswirklichkeiten von jungen ArbeiterInnen, die gefangen sind in Scheinselbständigkeit, Arbeitslosigkeit und Tagelöhnerdasein (Küpeli 2013: 64).

---

[1] Allein an diesem Tag demonstrierten mehr als 200.000 Menschen in Portugal. In Porto, der zweitgrößten Stadt des Landes, waren etwa 80.000 Menschen protestierend auf den Straßen unterwegs, und das bei einer Einwohnerzahl von 400.000 (Küpeli 2013: 51).

In Lissabon befindet sich bekanntlich der Sitz der portugiesischen Regierung und so ist es kein Zufall, dass sich dort die Proteste sehr stark entluden, denn Städte wirkten schon oft als Brennpunkt sozialer Bewegungen. Die Proteste waren in den folgenden Jahren mit deutlich steigendem Hass gegen die Austeritätspolitik der Regierung und der Troika gerichtet. Eric Hobsbawm schreibt: „Eine Großstadt kann vieles sein, jedoch ist sie immer auch ein Ort, an dem arme Leute sehr dicht beieinander wohnen; in den meisten Fällen ist sie gleichzeitig der Sitz einer Macht, die das Leben dieser Menschen beeinflusst" (Hobsbawm 1977: 302). In einer Stadt können sich gerade die ausgebeuteten Klassen und die ihr verbundenen organischen Intellektuellen (Gramsci) unvermittelt mit den Herrschenden auseinandersetzen. Die Menschen in Portugal erlebten und erleben eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage und viele von ihnen fühlen sich nicht (mehr) von den etablierten linken Oppositionsparteien vertreten. Es sind vor allem auch die sozialen Fragen, die sich in der Krise verschärft haben. Die bereits angeführte Metapher von „Portugal im Würgegriff" wurde von Jörg Kronauer 2015 aufgenommen. Unter der Überschrift „Südeuropa im Würgegriff" lautet es: „Berlin verursacht durch Spardiktat und ‚Arbeitsmarktreformen' die Zerstörung der betroffenen Gesellschaften." (Kronauer 2015) Besonders alarmierend ist hier die Jugendarbeitslosigkeit, in 11 EU-Ländern liegt sie über 25 Prozent – in den Peripherieländern offenbart sich eine „gesellschaftliche Tragödie". Gleichzeitig wird aber auch gnadenlos vom „Elend" im Süden Europas profitiert, wie die Integration von „produktiven Inseln" in die globalen Wertschöpfungsketten transnationaler Konzerne zeigt. Auch die Arbeitsplatzmisere in den Krisenländern wird von deutschen Unternehmen auf Fachkraftsuche profitmaximierend verwertet. (Mayer/Schmid 2013: 6f.).

Ungleiche Entwicklung und innereuropäische Arbeitsteilung

Die gegenwärtigen Probleme Portugals und die Krisenprozesse in Europa gehen auf eine ungleiche Entwicklung im europäischen Wirtschaftraum zurück und verweisen auf Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie (Becker 2010; 2011; 2012). Hinter dieser ungleichen Entwicklung verbergen sich die unterschiedlichen Akkumulationsregime in der EU, die im Rahmen einer innereuropäischen Arbeitsteilung fester Bestandteil der Wirtschaftsordnung sind. So hat sich mit den Jahren „ein äußerst heterogener, aber voneinander abhängiger Wirtschaftsraum unterschiedlicher, mitunter sogar widersprüchlicher Akkumulationsregime, Regulationsweisen und Technologien" entwickelt (Heinrich/Jessop 2013: 23). Joachim Becker analysiert die Akkumulationsdynamiken im Anschluss an die französische Regulationstheorie und identifiziert als grundlegende Unterscheidung produktive auf der einen und finanzialisierte Akkumulation auf der anderen Seite. Stehen die produktiven Sektoren eines Landes im Vordergrund, so kann von einer produktiven Akkumulation gesprochen werden, dominieren Finanzanlagen eine Akkumulation, so von einer finanziarisierten Akkumulation (Becker 2011: 10ff.). Im diesem Kontext lassen sich die Länder der EU grob in drei Gruppen einteilen.

Eine *erste Ländergruppe* der nord- und zentraleuropäischen Staaten (Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland, Schweden und Dänemark) gruppiert sich um Deutschland herum. All diese Länder erzielen substantielle Leistungsüberschüsse und zeichnen sich durch eine relativ hohe Produktivität aus. Großbritannien, Irland und Frankreich bilden eine *zweite Gruppe* mit einer fragilen Leistungsbilanz und einem Exportsektor, der weit weniger wettbewerbsfähig ist. Schließlich können große Teile der osteuropäischen und südeuropäischen Staaten (Portugal, Spanien, Griechenland und bedingt Italien) zusammen als *europäische Peripherie* gefasst werden. Hohe Leistungsbilanzdefizite und ein relativ hoher Stand der Verschuldung im privaten und/oder öffentlichen Bereich. Die eigenen nationalen Industrien sind schwach ausgebildet (Becker 2011: 12-18; Heinrich/Jessop 2013: 24). Daraus ergibt sich eine starke Abhängigkeit von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland. Die Kapitalzuflüsse und transnationalen Produktionsketten oder enge Finanz- und Handelsbeziehungen binden die europäische Peripherie an die erste Gruppe, zu der sie – als hochgradig finanziarisierte und importabhängige Staaten – einen Gegenpol bilden. Auch wenn diese Blöcke komplementär sind, so vertieften sich bereits vorhandene Ungleichgewichte in den außenwirtschaftlichen Beziehungen in den letzten Jahren (Becker 2011: 12f.).

Für die südeuropäischen Ökonomien ging bereits der Beitritt zur EU mit einer teilweisen Desindustrialisierung einher (Becker 2012: 467f.; Heilig 2012: 302ff.). Eine Ausrichtung der Wirtschaft in diesem Sinne war im Interesse der deutschen Exportwirtschaft und auch bei der Schaffung des Euro als Gemeinschaftswährung war dies so (Bellofiore et. al.: 2010). Der Beitritt der südeuropäischen Länder zur Eurozone verstärkte ebenfalls die Muster ungleicher Entwicklung, die sich in einer ungleichen Entwicklung der Leistungsbilanzen verdeutlichte – ab 2000 hoher Anstieg der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse und der Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Länder. Die südlichen Staaten waren gezwungen, die so entstehenden Lücken durch Schuldaufnahme im Ausland zu schließen, so war der „Finanziarisierungs- und Akkumulationsprozess [...] völlig vom Zufluss von Auslandskapital abhängig" (Becker 2012: 468). Anders sah das noch in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Diktatur aus. Ein arbeitsintensiver Exportsektor wurde bereits in den letzten Jahren der Salazardiktatur aufgebaut. Es war insbesondere die Textilindustrie, die in den 1980er und 1990er Jahren starke Wachstumsraten erzielte. Daneben steigerte sich die Produktion von Zwischenprodukten (z.B. für den Maschinenbau- und Automobilsektor). Bis es dem europäischen Kapital gelang noch billigere Produktionsstätten zu finden und neue Konkurrenz entstand, war ein Wachstum in Portugal zu beobachten. So steigerte sich in den 1990er Jahre etwa die Bedeutung der Türkei im Sektor der Textilindustrie. Entscheidend sind aber vor allem die EU-Osterweiterung 2004 und 2007, deren Beitrittsländer eine Vielzahl von neuen möglichen und günstigen Standorten bot (Küpeli 2013: 44f.). Hier besteht eine Kausalität zwischen der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der heutigen Krise der europäischen Staaten im Süden, denn der „europaweit aufgenommene Wettbewerb

der Beitrittsländer ging zu Lasten der schwachen Peripherieländer der alten EU, verfügten diese Volkswirtschaften doch über ein vergleichbares Produktionsniveau wie die neu Hinzukommenden" (Wehr 2012: 74).

Krisenerscheinungen: Selbstorganisation, Auswanderung und Favelas

Neben den Demonstrationen und Streiks kam es noch zu weiteren städtischen Krisenerscheinungen und -phänomenen, die sich entweder in der Krise verstärkten oder durch sie hervorgerufen wurden. So hatte sich ein Teil der an den Märzprotesten beteiligten Menschen weiter politisiert und radikalisiert, jenseits der linken Oppositionsparteien und Gewerkschaften. In Porto fand die Besetzung einer ehemaligen Grundschule im Stadtteil Fontinha durch linksradikale und anarchistische AktivistInnen statt. Das Gebäude wurde in ein selbstverwaltetes soziales Zentrum namens „Espaço Colectivo Autogestionado" (kollektiv selbstverwalteter Raum, Es.Col.A) umgewandelt. Bereits zu Beginn wurde dem Projekt viel Sympathie entgegengebracht und viele AnwohnerInnen brachten sich ein. Grund dafür war nicht zuletzt die Vernachlässigung des sehr armen Stadtteils durch die Politik. Die Räumlichkeiten wurden folglich für ein selbstorganisiertes Kultur- und Bildungsprogramm genutzt. Die Besetzung in Porto rief in Portugal eine größere Debatte hervor, die zu Besetzungen von Raum und Land in Lissabon und Coimbra führte (Küpeli 2013: 58-61). In Lissabon mietete eine Gruppe von Personen im Stadtteil Mouraria einen Raum für alternative Kultur und emanzipatorische Politik. Mouraria ist einer der letzten noch nicht gentrifizierten und von Tourismus und Kommerz beherrschten innerstädtischen Viertel Lissabons.

Zuletzt sollen noch zwei doch etwas ungewöhnlich erscheinende Phänomene Portugals im Zeichen der Wirtschaftskrise angeführt werden. Seitdem das iberische Land in die Wirtschaftskrise geraten ist, zieht es mehr PortugiesInnen in die frühere Kolonie Moçambique, als umgekehrt Afrikaner von dort nach Portugal.[2] Der Migrationsstrom aus Portugal aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit und Euro-Krise wirkt wie eine Umkehr der Geschichte, denn „früher waren es Afrikaner, die angesichts von Krieg und Verfall in den ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique nach Portugal drängten." (Scheen 2012) Aber auch in andere ehemalige Kolonien wie Brasilien und Angola wandern PortugiesInnen aus. Insgesamt ziehen jährlich mehr als 100.000 Menschen aus Portugal weg, das ist die größte Auswanderungswelle, die das Land jemals erlebt hat (Morasch 2015). Die meisten von ihnen sind jung und haben ein Studium absolviert, so dass Portugal dabei ist, die am besten ausgebildete Generation seiner Geschichte zu verlieren. Aber auch in Lis-

[2] Prinzipiell ist die portugiesische Gesellschaft durch zwei verschiedene Migrationsbewegung gekennzeichnet: Zum einen wandern PortugiesInnen nach Nordeuropa (vor allem Frankreich) aus und zum anderen wandern prekarisierte ArbeiterInnen insbesondere aus den ehemaligen Kolonien nach Portugal aus. So wurde das Land in den 1990er Jahren zu „einer Art migrationspolitischer Zwischenstation" (Küpeli 2013: 39ff.).

sabon finden sich weitere deutliche städtische Anzeichen für die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage Portugals. Cova da Moura liegt auf einem Hügel gleich nordwestlich von Lissabon. Das Stadtviertel ist planlos gewachsen, ein Bau kam mit den Jahren zu dem anderen und die Art der Besiedlung erinnert zwangsläufig an die brasilianischen Favelas (Fischer 2009). Die Hälfte der BewohnerInnen sind weniger als 20 Jahre alt, eine große Mehrheit ist afrikanischer Herkunft (etwa 75 Prozent kommen von den Kapverden). Armut, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Exklusion und Stigmatisierung prägen den Alltag. Dagegen kämpfen die AnwohnerInnnen und insbesondere die Bürgerinitiative „Moinho da Juventude" (Mühle der Jugend), die sich beharrlich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen einsetzt und der Stigmatisierung des bei vielen PortugiesInnen verrufenen Afro-Quartiers entgegenarbeitet. Daneben wurde der Tourismus als Einnahmequelle und als Möglichkeit, das schlechte Image des Viertels zu bekämpfen, entdeckt.

Aufgrund der zahlreichen Generalstreiks und der großen Massenproteste in den Jahren 2011-2013 konnte man leicht darauf schließen, dass die Wahlen im Oktober 2015 zu einem erfolgreichen Abschneiden der Linken führen müssten. Hinzu kommt, dass sich zu Jahresbeginn mit „Juntos Podemos" (Gemeinsam können wir es) eine neue linke Partei gebildet hat, die aus der „Empörtenbewegung" hervorging. Allerdings ist Juntos Podemos wie auch den anderen linken Parteien, dem Bloco de Esquerda (BE) und der Kommunistischen Partei Portugals (PCP), die Basis einer lebendigen Protestbewegung weggebrochen (Küpeli 2015). Insgesamt mangelt es an einer inneren Solidarität der linken Parteien, deren Fragmentierung für einen politischen Wechsel nicht förderlich ist. Bei deutlich zurückgegangener Wahlbeteiligung hat die Rechte bei den Wahlen nun die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament an Sozialisten, Linksblock (BE) und das Bündnis CDU aus Kommunisten und Grünen verloren, wurde aber trotzdem mit der Regierungsbildung beauftragt. Ob diese Regierung zustande kommt, ob es den linken Parteien gelingen wird, ein stabiles Linksbündnis zu schließen und im Parlament zusammenhalten und ob es in 2016 zu Neuwahlen kommen wird, das wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen.

Literatur

Becker, Joachim (2010): Bruchlinien in der Eurozone, in: Neues Deutschland (ND) vom 29.12.2010.

Becker, Joachim (2011): EU. Von der Wirtschafts- zur Integrationskrise, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 85 (März 2011), S. 10-30.

Becker, Joachim (2012): Blindstellen. Ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU, in: PROKLA 42 (3), S. 467-476.

Bellofiore, Riccardo/ Garibaldo, Francesco/ Halevi, Joseph (2011): The global crisis And the crisis of European neomercantilism, in: Panitch, Leo/Albo, Greg/ Chibber, Vivek (Hg.): Socialist Register 2011: the crisis this time, London u.a., S. 120-146.

Fischer, Thomas (2009): Die elfte Insel der Kapverden liegt bei Lissabon, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 28.07.2009, URL: http://www.nzz.ch/die-elfte-insel-der-kapverden-liegt-bei-lissabon-1.3216565, zuletzt abgerufen am 12.07.2015.

Heilic, Dominic (2012): Die Tragik der portugiesischen Linken ist die fehlende Solidarität, in: Baer, Willi/ Dellwo, Karl-Heinz (Hg.): 25. April 1974 – Die Nelkenrevolution. Das Ende der Diktatur in Portugal, Hamburg, S. 267-321.

Heinrich, Mathis/ Jessop, Bob (2013): Die EU-Krise aus Sicht der Kulturellen Politischen Ökonomie. Krisendeutungen und ihre Umsetzung, in: Das Argument 301, 55(1/2): Neugründung Europas als passive Revolution?, S. 19-33.

Hobsbawm, Eric (1977): Großstädte und Aufstände, in: Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., S. 302-321.

Hoffrogge, Ralf (2011): Proteste gegen Spardiktat in Portugal, in: Neues Deutschland (ND) vom 22.3.2011.

Krätke, Michael R. (2011): Portugal im Würgegriff, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2011, S. 16-19.

Kronauer, Jörg (2015): Südeuropa im Würgegriff, in: junge Welt vom 03.01.2015.

Küpeli, Ismael (2013): Nelkenrevolution reloaded? Krise und soziale Kämpfe in Portugal, Münster.

Küpeli, Ismael (2015): Não podemos: In Portugal ist kein linker Neuanfang in Sicht, in: analyse & kritik, Nr. 602, 17. Februar 2015.

Mayer, Leo/ Schmid, Fred (2013): Die Krise und die Spaltung Europas/ Europa am Scheideweg, ISW-Report Nr. 95, München.

Morasch, Victoria (2015): Es gibt keine Chance, aber wir nutzen sie, in: zeit-online vom 05.01.2015, URL: http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-01/portugal-arbeitsmarkt-auswanderung, zuletzt abgerufen am 12.07.2015.

Steiniger, Peter (2009): Aufstand des Prekariats, URL: http://petersteiniger.de/aufstand-des-prekariats/, zuletzt abgerufen am 08.07.2015.

Scheen, Thomas (2012): Moçambique: Die Rückkehr der Kolonialherren, in: FAZ vom 22.05.2012.

Wehr, Andreas (2012): Die Europäische Union, Köln.

Sophie Dieckmann

Kleine Geschichte der Wohnungspolitik in der VR China

Die Ausmaße der Verstädterung sind gewaltig. Bis 2020 sollen nach staatlichen Plänen etwa 60 Prozent aller Bewohner der VR China in Städten wohnen, bis 2050 rund 70 Prozent. Dann wären mehr als eine Milliarde Menschen allein in China Stadtbewohner. 1982 noch waren es nicht einmal 200 Millionen, also 20 Prozent der Bevölkerung, die nicht auf dem Land lebten.

2050 werden mehr als 50 Städte in China über zwei Millionen Einwohner haben. Das allein im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 neu urbanisierte Land (ca. 24.000 km²) umfasst mehr als die doppelte Fläche des gesamten urbanen Gebietes Indonesiens – welches selbst innerhalb Ostasiens zu den Ländern mit dem größten Anteil an urbaner Fläche gehört.

Die chinesischen Städte sind nicht nur Ausdruck eines enormen Stadt-Land-Gefälles (das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf ist in der Stadt 2,75 Mal so hoch wie in ländlichen Gebieten), sondern auch einer gewaltigen Produktivkraft: Die 35 größten Städte Chinas sorgen für rund die Hälfte des chinesischen Bruttoinlandsproduktes. Die meisten Städte befinden sich an der Südostküste, besonders im Perflußdelta. Dort ist ein gewaltiges städtisches Areal entstanden, das erst vor gut zehn Jahren als Fertigungsstätte von Exportwaren für die ganze Welt aus dörflichen Strukturen wuchs und heute größtes urbanes Gebiet der Welt ist. In der Perlflußdelta-Region nahmen auch die Wirtschaftsreformen Anfang der 1980er Jahre in den Sonderwirtschaftszonen ihren Anfang.

Sozialistischer Wohnungsbau – die Mao-Ära

Doch zunächst ein Blick zurück auf die Anfangsjahre der jungen Volksrepublik. Nach deren Ausrufung 1949 orientierte sich die KPCh beim (Wieder-)Aufbau an der Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild. Der Urbanisierungsgrad stieg in den sieben Jahren zwischen 1950 und 1957 von 11,2 Prozent auf 15,4 Prozent. Da die Geburtenrate durch die lange Friedensperiode und die verbesserte Lebensqualität rasch stieg, führte die Regierung Ende der 50er Jahre das bis heute bestehende Hukou-Registrierungs-System ein, das jeder Chinesin und jedem Chinesen bei dessen Geburt automatisch einen Wohn- und Arbeitsort zuweist. Diesen Ort kann man nicht einfach verlassen, will man nicht seine Ansprüche auf Krankenversicherung oder medizinische Versorgung verlieren, die nur dort geltend gemacht werden können. Die zunehmende Landflucht konnte dadurch in Grenzen gehalten werden, und auch heute noch ist eine Begrenzung der Binnenmigration durch das Hukou-System intendiert. Die vielen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, die sich trotzdem auf den Weg vom Land in die Stadt machen, um der Armut zu entfliehen, bezahlen dafür den hohen Preis der fehlenden Krankenversicherung und offiziellen Arbeitserlaubnis.

Um die Wohnsituation nach der Revolution zu verbessern, wurden sofort umfassende Enteignungsmaßnahmen bei Wohneigentum durchgeführt, was die Umstrukturierung der Städte ermöglichte. In den Städten wurde das sozialistische Wohnungsbausystem eingeführt, das mittels gesteuerter Vergabe durch staatliche Einrichtungen (Staatsbetriebe, Universität, etc.) funktionierte, anstatt über marktförmige private Konkurrenz. Die vergebenen Wohnungen waren den Bewohnern zum eigenen Gebrauch überlassen, sie durften nicht weiter vermietet oder verkauft werden. Die Bewohner zahlten sehr wenig und hatten darüber hinaus durch das langfristige Nutzungsrecht eine große Wohnsicherheit.

Die Kehrseite der Medaille war, dass die niedrigen Mieten einen Mangel an Mitteln für Investitionen in den Städtebau und die Instandsetzung alter Bausubstanz nach sich zogen. Oft waren selbst einfache Reparaturen nicht zu decken. Dazu kam Wohnungsnot vor allem in den Innenstädten. Statistisch stand jedem Stadtbewohner bis zum Jahre 1977 nur eine Wohnfläche von 2,8 m² zur Verfügung.

Paradigmenwechsel 1978 – Die Reform- und Öffnungspolitik

Mit der Reform- und Öffnungsperiode unter Deng Xiaoping begann auch eine neue Ära für den Wohnungsbau. Schrittweise wurden marktwirtschaftliche Elemente eingeführt. Das neue Bodenverwaltungsgesetz von 1988 verfügte die Trennung des Bodeneigentums (das weiterhin beim Staat liegt) vom Bodennutzungsrecht. Das vom Staat erworbene Bodennutzungsrecht durfte nun gehandelt, weiter verkauft, verpachtet und verpfändet werden im Rahmen der in der Regel mehrere Jahrzehnte umfassenden Pachtdauer. Zudem wurden Wohnungskäufe der Mieter stark gefördert. Im Zuge dessen bekamen Banken die Erlaubnis Baukredite zu vergeben, was die Gründung von Immobilienfirmen und -börsen nach sich zog. Seit 1990 dürfen sich auch ausländische Immobilienfirmen auf dem chinesischen Immobilienmarkt betätigen. 1999 wurde eine neue Vorschrift über die Vermarktung der öffentlichen Wohnungen erlassen, mit der sich die Wohnungen erstmals auf dem Immobilienmarkt handeln ließen.

In Folge dieser Neuregelungen setzte ab den 1990er Jahren ein Wohnungsbau- und Privatisierungsboom ein. Mittlerweile wurden schätzungsweise 80 Prozent der vormals öffentlichen Wohnungen privatisiert.

Ein großes Interesse an den Privatisierungen, Bodenübertragungen und wachsenden Investitionen haben nicht nur die Investoren, sondern auch die Kommunen, die die Einnahmen aus der Bodenverpachtung erhalten. Beispielsweise hat die Stadt Shanghai im Jahr 2003 21,6 Mrd. Billiarden Yuan aus Bodennutzungsentgelten eingenommen, was 24 Prozent der gesamten Finanzeinnahmen Shanghais entsprach.

Der Bauboom wird jedoch von einigen Problemen begleitet, die typisch sind für kapitalistisch verfasste Industrienationen. So öffnet sich die Schere zwischen Wohnungsangebot und -nachfrage wegen der in den letzten Jahren erheblich wachsenden Zahl an Zuwanderern in die Städte und wegen der über lange Zeit vernachlässigten Gebäudeinvestitionen immer weiter. Das verursacht entsprechende Bodenpreissteigerungen und fördert die Spekulation im

Wohnungsmarkt. Hochhausbebauung bringt den Immobilienfirmen riesige Gewinne, weswegen die alten Siedlungen weichen müssen. Solche Flächenabrisse in den Städten führen in einigen Gemeinden zu eskalierenden, massiven Unruhen. Denn im Zuge der flächenhaften Stadterneuerung wird die lokale Ökonomie, die unmittelbar mit dem alten Gebietszuschnitt und den ansässigen Bewohnern verbunden war, durch zahlungskräftigere Geschäfte, Banken, große Kaufhäuser oder Handelsketten ersetzt. Die altansässigen Bewohner verlieren dadurch nicht nur ihre Heimat, sondern auch ihre Beschäftigungsmöglichkeiten.

Zwar gibt es Sozialwohnungen mit niedriger Miete, die meistens aus öffentlichen Wohnungen bestehen und derer Zielgruppe die niedrigsten Einkommensschichten sind; doch die sind Mangelware. Die Politik orientiert sich vorrangig an den oberen und mittleren Einkommensschichten. Förderungsmaßnahmen, z.B. Kredite zu niedrigen Zinsen oder Steuervergünstigungen, eignen sich nur für Leute, die sich eine Eigentumswohnung überhaupt leisten können.

So gibt es einen beständigen Konflikt zwischen großer Wohnungsnachfrage und Wohnungsleerstand: Der Wohnungspreis steigt ständig wegen der steigenden Bodenpreise, der Entschädigungen der Altbewohner sowie der Spekulation der Investoren. Die durch Landflucht und Abriss alter Siedlungen vermehrte Nachfrage nach Wohnungen übersteigt aber die Kaufkraft der lokalen Mittel- und unteren Einkommensschichten und führt zu einem enormen Leerstand von Neubauwohnungen. Das führt zu der für moderne Großstädte so typischen sozialräumlichen Segregation der Einkommensschichten im Stadtgebiet: Slumbildung an den Stadträndern, während die Oberschicht in den Zentren lebt.

Man kann festhalten, dass die chinesische Regierung es geschafft hat, ab 1978 die Wohnfläche pro Einwohner in den Städten überproportional zu steigern. Gleichzeitig hat die Eigentumsrate pro Kopf enorm zugenommen und die Wohnbedingungen selbst sind verbessert worden. Der Preis für diese Verbesserungen sind jedoch steigende Mieten für die Bewohner, Verdrängung und Wohnungsknappheit. Die neue, an marktwirtschaftliche Bedingungen angepasste Wohnpolitik birgt jede Menge Konfliktstoff für die Zukunft. Absehbar werden sowohl gesellschaftliche Probleme durch die sozioökonomische Polarisierung innerhalb der Stadtgebiete zunehmen als auch Umweltprobleme und Ressourcenknappheit durch den Bauboom.

Quellen

Auswärtiges Amt: Länderinformation China/Wirtschaft, Oktober 2015, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos /China/ Wirtschaft_node.html, zuletzt aufgerufen am 26. 10. 2015.

Braun, Gerhard; Matthias Kracht; Xiaoli Lin: Stadtverkehr in Chinas aufstrebenden Millionenstädten, Geographische Rundschau 4/2014, S. 28-35.

Deutsche Bank Research: Chinas Wohnungsmärkte: Regulatorische Maßnahmen mindern das Risiko eines heftigen Einbruchs, Aktuelle Themen 516, Deutsche Bank Research, 2011.

Deutsche Bank Research: Megacities: Wachstum ohne Grenzen?, Aktuelle Themen 412, Deutsche Bank Research, 2008.

Lee, Felix: Die staatlich finanzierte Immobilienblase, ZEIT online, 22. Dezember 2010, http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-12/china-immobilienmarkt, zuletzt aufgerufen am 25.10. 2015.

Lin Cai: Strategien der Stadterneuerung in China am Fallbeispiel Yangzhou., Dissertation, Fakultät VI der Technischen Universität Berlin, 2011.

Steinberg, Johanna: Sozialer Wohnungsbau in den Städten Chinas, Hamburg, 2012.

World Bank Group: East Asia's Changing Urban Landscape. Measuring a decade of spatial growth, Urban Development Series, The World Bank, 2015.

Zhang Ning: Stadterneuerung in China. Von der Flächensanierung zur behutsamen Stadterneuerung, Dissertation, Städtebau-Institut der Universität Stuttgart, 2011.

Matthias Clausen

Ein Recht auf Kotti – und Co.

Wir, die Mieterinitiative Kotti & Co., sind seit Mai 2012 im Dauerprotest gegen die für uns unbezahlbaren Mieten im Sozialen Wohnungsbau. Wir fordern unser Recht auf Stadt ein. Im Folgenden soll es um die wichtigsten Eckpunkte dieses Kampfes gehen.

Die meisten Mitglieder von Kotti & Co. wohnen in den Hochhäusern am südlichen Kottbusser Tor. Sie wurden Ende der 1970er als Teil einer Großwohnsiedlung mit Fördermitteln des Sozialen Wohnungsbaus errichtet. Diese Förderprogramme sollten bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten schaffen. Sie machten den Bau von Sozialwohnungen für private Investor_innen zu einem sehr lukrativen Geschäft und bescherten dem Land Berlin ca. 30 Mrd. € Schulden, bevor Finanzsenator Thilo Sarrazin 2001 die Notbremse zog und das Programm beendete. Die „Anschlussförderung" wird jährlich gesenkt – und die Mieten erhöht. Denn an die Zukunft der Sozialmieter_innen wurde beim Förderausstieg nicht gedacht.

Jedes Jahr steigt unsere Miete um mindestens 13 Cent pro Quadratmeter. Mittlerweile liegen die Sozialmieten damit über dem Durchschnitt des freien Mietwohnungsmarktes. Gleichzeitig gehören wir zu den ärmsten Nachbarschaften in Berlin (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2013). Nur ein Fünftel der Bewohner_innen ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 40 Prozent bekommen ALG II. 72 Prozent der Kinder beziehen Sozialleistungen. 2011 verwendeten etwa die Hälfte der Sozialmieter_innen am „Kotti" 50 Prozent und mehr ihres Einkommens auf die Miete. Mehr als ein Drittel hat weniger als 200€ pro Person und Monat zum Leben übrig (eigene Erhebung). Diese gemeinsame Notlage hat zur Gründung von Kotti & Co. geführt und bestimmt maßgeblich unsere Strategie. Die Logik der Austerität, mit der uns die Politik konfrontiert, weisen wir zurück. Unsere Miete muss schnell sinken, wenn wir eine Zukunft in der Innenstadt haben wollen.

Zu Beginn erwies es sich jedoch bereits als Herausforderung, überhaupt Verantwortung und Handlungsmacht im komplizierten Geflecht aus Eigentümerin, Senat, Verwaltung und Investitionsbank Berlin zu identifizieren. Es gab keine öffentliche Diskussion um Sozialen Wohnungsbau – und erst recht keine, in der die Bewohner_innen selbst eine Stimme haben.

„Wir sind Kreuzberg – wir bleiben!"

In unserer so genannten Kerngruppe kommen sehr unterschiedliche Biographien zusammen. So stellte sich die Gruppe im Frühjahr 2012 in einem Flugblatt vor: „Wir sind Kreuzberg! – und nicht erst seit gestern. [...] Wir sind Azubi, Rentnerin, Arzthelferin, Krankenpfleger, Bauingenieurinnen auf Hartz IV, wir sind Versicherungsvertreter, die Soziologie studiert haben, wir sind Metallbauerinnen, die ihre Doktorarbeit in Politik schreiben, Marktverkäufe-

rinnen, Designer [...]. Einige von uns haben Namen, mit denen unsere Lehrer in der Schule nichts anfangen können, die glauben, wir schaffen keinen Schulabschluss. Wir kämpfen schon unser Leben lang mit dem Rassismus oder der sozialen Ausgrenzung, mit Hartz IV und Altersarmut in dieser Gesellschaft. [...] Wir glauben an Allah, Gott, oder einfach an eine gerechte Gesellschaft." (Kotti & Co. 2012)

Für viele (aber nicht für alle) Beteiligte ist Kotti & Co. das erste politische Projekt, sind die zig Lärmdemos durch den Kiez die ersten Demonstrationen. Mit dem Aufbau eines „Gecekondu" im Mai 2012, einer sich über die Jahre immer wieder erweiterten und umgebauten Protesthütte am Kottbusser Tor, gelang es, eine subalterne Perspektive in die Öffentlichkeit zu bringen. Den ganzen Sommer lang war das Haus rund um die Uhr besetzt, Produkt und Ausgangspunkt des Protestes zugleich. Auch heute noch ist es täglicher Nachbarschafts- und Initiativentreff, Veranstaltungsort, selbstorganisierte Sozial- und Mietberatung u.v.m. Die Aufmerksamkeit ist nach wie vor groß. Die Bewohner_innen des „Kotti" ermächtigten sich selbst, als Expert_innen ihrer Lage zu sprechen.

Von der eigenen Miete zur unternehmerischen Stadt

Das Problem der hohen Mieten am Kottbusser Tor ist unmittelbar mit dem gesamten System der Wohnungsbauförderung und staatlichen Strategien in der Stadtpolitik verbunden. Das Verständnis von diesem Zusammenhang und die Tragweite dieser Erkenntnis hat sich im Verlauf des Protestes entwickelt. Das bei Kotti & Co. angesammelte Wissen hat den Kampf getragen von der Frage der Miethöhe in den eigenen Wohnungen zu einem Volksentscheid zur Neuordnung der Berliner Wohnungspolitik[1], gemeinsam mit vielen anderen Aktiven. Dieser Prozess war nicht geplant. Jeder Schritt ergab sich aus der Notwendigkeit der Lösung des gemeinsamen Problems. Der ursprünglich enge Fokus konnte sehr unterschiedliche Erfahrungen miteinander ins Gespräch bringen, ohne eine große Deckungsgleichheit erzwingen zu müssen. So war es möglich, untereinander Situationen der „produktiven Verunsicherung" und damit ein vertrauensvolles und empathisches Verhältnis herzustellen. Diese Ausgangslage war wichtig im Prozess der Wissensproduktion, die die weiteren Schritte der Auseinandersetzung begleitet hat.

Dass es innerhalb des bestehenden Systems der sog. Anschlussförderung keine Sonderregeln für die Häuser am „Kotti" geben kann, war relativ schnell klar. Doch wie soll das ganze System des Sozialen Wohnungsbaus umgestaltet werden, wenn nur wenige Monate zuvor niemand auch nur darüber reden wollte? Eine Antwort war die Konferenz „Nichts läuft hier richtig", die im

---

1 Der Mietenvolksentscheid Berlin ist im März 2015 gestartet und hat eine grundsätzliche Umstrukturierung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und der sonstigen Förderung, auch der Mieter_innen im Sozialen Wohnungsbau, zum Ziel. Einzelheiten auf www.mietenvolksentscheid.de.

November 2012 im Abgeordnetenhaus Berlin stattfand. Hier präsentierten Kotti & Co., sozialmieter.de und Unterstützer_innen nicht nur eine umfassende Darstellung des Problems, sondern diskutierten mit der Politik unsere Lösungswege, die auf (Re-)Kommunalisierung und Dekommodifizierung sowie Veränderungen im System der „Kosten der Unterkunft" abzielten.[2]

Bezahlbar für wen?

Kurz nach der Konferenz beschloss die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Aussetzung des Rückbaus des Subventionssystems (und damit der automatischen Mietsteigerungen) für 16 so genannte Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus (ca. 35.000 Haushalte). Verbunden mit einer Mietminderungskampagne, die gleichzeitig die Vernachlässigung der Gebäude thematisierte und eine Entlastung der beteiligten Mieter_innen bedeutete, sorgte der Protest nun für eine konkrete, wenn auch befristete, Verbesserung.

Auch der Diskurs um die „Stadt von morgen" kam in Fahrt. Verbunden mit anderen Kämpfen, etwa gegen Zwangsräumungen, wurde die Politik des Ignorierens abgelöst durch eine Politik der Dialogveranstaltungen[3], Neubausubventionen und „Bündnissen" mit den landeseigenen Gesellschaften.

Ein wirksamer Schock war dabei der gewonnene Volksentscheid gegen die Bebauung des ehemaligen Flughafen Tempelhofs. Dort sollte Kreativwirtschaft angesiedelt und auf „Bezahlbarkeit" runtersubventionierter Wohnungsneubau entstehen. Damit verkörperte das Bauvorhaben die Erzählung von der Wohnungsnot durch den Senat und die Immobilienbranche: Es gäbe nun doch ein Problem; die Ursache läge im Missverhältnis von Angebot und Nachfrage und dessen Lösung in mehr Wohnungsbau. Der „Sickereffekt" würde dann für sinkende Mieten für die Armen der Stadt sorgen. Diese Strategie ermöglicht weitere Kapitalflüsse in den finanzialisierten Immobiliensektor und vergrößert die Verwertungsmöglichkeiten des Berliner Wohnraums. Die sozialpolitische Wirkung wäre ein Nebeneffekt. Diese Argumentation sollte bereits in den 1980er Jahren Förderungen des Immobilienkapitals rechtfertigen – damals wie heute erwiesenermaßen[4] keine Lösung des Problems der Wohnungsnot, sondern des „Problems" der Profitmaximierung.

Die mittlerweile allseits formulierte Forderung nach „bezahlbarem Wohnraum" erweist sich dabei als wirksames Mittel, diesen Interessengegensatz zu verdecken. Denn was heißt „bezahlbar"? Der Senat warb für die Tempelhof-Bebauung mit „bezahlbaren" Anfangsmieten von sechs bis acht Euro pro

---

2 Die Konferenzbroschüre stellt die hier nur angerissenen Zusammenhänge detailliert dar, einsehbar unter www.nichts-laeuft-hier-richtig.de.

3 Damit sind nicht nur öffentliche Partizipationsinszenierungen gemeint, sondern auch bspw. ein Expertengremium, das durch Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure wie Kotti & Co. wenn nicht Zustimmung so doch Akzeptanz der offiziellen Stadtentwicklung erreichen soll (vgl. Kotti & Co. 2014).

4 Vgl. grundsätzlich Krätke (1995, 200ff.), zu Berlin: Gude (2014).

Quadratmeter. Kotti & Co. hatte ihren Dauerprotest bei „unbezahlbaren" sechs Euro gestartet und vier Euro gefordert. Ohne präziser zu werden kann die Forderung der „Bezahlbarkeit" zwar unterschiedliche soziale Gruppen im Protest gegen eine neoliberale Stadtentwicklung zusammenbringen, aber auch umgekehrt die marginalisierten Interessen bis zum Zeitpunkt der konkreten Festsetzung immer „mitmeinen" und am Ende ignorieren. Kotti & Co. hat deshalb früh deutlich gemacht, das Bezahlbarkeit sich an den Mietobergrenzen der sozialen Sicherungssysteme messen lassen muss.

Wessen Recht auf wessen Stadt?

260.000 Berliner Haushalte (!) liegen unter der Armutsgrenze und können weniger als 5,50€ pro Monat und Quadratmeter für die Kaltmiete aufbringen (Holm 2014, 12). Die Dimension des Problems ist selbst in den urbanen sozialen Bewegungen oft nicht präsent. Das hat auch etwas mit der Zusammensetzung dieser Bewegungen zu tun.

Zusammenarbeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen sind die Bedingung von Bewegung für ein Recht auf Stadt. Sie bildet sich um das gemeinsame Interesse am Gebrauchswert der Stadt und an ihrem Versprechen auf Entfaltung, Versorgung, Kultur etc. Dem entgegen steht ein Prozess der Verwertung der Stadt, der sich am Tauschwert orientiert. Dabei betrifft der Ausverkauf der Stadt die Bevölkerung sehr unterschiedlich. Bei Kotti & Co. verbindet sich die Erfahrung von rassistischer Ausgrenzung und Marginalisierung mit Prekarisierung und Armut. Das sind andere Ausgangsbedingungen als z.B. in der bedrängten (Sub-)Kulturszene oder bei Gegner_innen der privatisierenden Bebauung des Mauerparks. Dabei bleibt die Möglichkeit und Notwendigkeit der Zusammenarbeit gegen diese unterschiedlichen Zugriffe des Kapitals auf den urbanen Raum. Gefährlich sind jedoch Versuche der Politik oder Wirtschaft, den utopischen Überschuss dieser Kämpfe um eine solidarische Stadt von morgen in ein positives Bild der diversen, nachhaltigen usw., aber dennoch neoliberalen Stadt umzuwandeln. Das betrifft nicht nur das Gerede von der „Durchmischung" (vgl. Hamann 2014), sondern auch die Verwandlung von Mietprotesten in staatliche Impulse für Bauindustrie und Immobilienkapital. Für die Beteiligten an urbanen sozialen Bewegungen bedeutet das, den Aspekt der Klassenallianz nicht als Uneindeutigkeit misszuverstehen. Das gleiche Recht auf Stadt wird von ungleichen Akteuren erkämpft – und kennt nicht nur die Solidarität untereinander, sondern auch den Interessensgegensatz nach außen.

Quellen

Gude, Sigmar, 2014: Neubau ist nicht die Lösung. In: Nichts läuft hier richtig. S. 14-18.

Hamann, Ulrike, 2014: „Soziale Mischung" – Begleitmusik der Verdrängung. In: Nichts läuft hier richtig. S. 50-51.

Holm, Andrej, 2014: Wohnungsnotbericht Berlin. In: Nichts läuft hier richtig. S. 10-13.

Kotti & Co., 2012: Merhaba, Salam und schönen guten Tag. http://kottiundco.net/2012/08/03/merhaba-salam-und-schonen-guten-tag/ (26.04.2015)

Kotti & Co., 2014: Sozial geht anders. Ein Expertengremium für den Sozialen Wohnungsbau? http://kottiundco.net/2014/12/11/nachhalig-und-sozial-geht-anders-ein-expertengremium-fur-den-sozialen-wohnungsbau/ (26.04.2015)

Kotti & Co, sozialmieter.de (Hg.), 2012: Nichts läuft hier richtig. Konferenz zum Sozialen Wohnungsbau in Berlin. Berlin: o.V.

Kotti & Co., berliner bündnis sozialmieter.de, Selbstuniversität e.V. (Hg.), 2014: Nichts läuft hier richtig. Informationen zum Sozialen Wohnungsbau in Berlin. Berlin: o.V.

Krätke, Stefan, 1995: Stadt – Raum – Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel: Birkhäuser.

Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, 2013: Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013.

Utopie

500 Jahre nach Thomas Morus' Utopia

Holger Wendt **500 Jahre Utopia – eine Würdigung mit ökonomischer Schlagseite** ★ Martin Küpper **Die Aufhebung der Utopie durch Ernst Bloch** ★ Thomas Metscher **Von der Notwendigkeit der Utopie in finsteren Zeiten** ★ Claudius Vellay **Warum der Marxismus keine Utopien verkündet** ★ Helga E. Hörz und Herbert Hörz **Ist der Transhumanismus eine Real-Utopie?** ★ Nina Hager **Verlorene Träume**

Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Weitere Themen u. a.:
Phillip Becher **»Original kommunistische Revolutionäre« – Zum 85. Geburtstag von Willi Gerns** | Hermann Klenner **Jürgen Kuczynski zu ehren** | Thomas Gebauer **Verblendung – Von Griechenland bis zur Entwicklungspolitik** | Klaus Wagener **Dieselgate bei VW** | Thomas Böhm **Krankenhaus-Strukturgesetz** | Norbert Heckl **Kongress einer kämpferischen Gewerkschaft** | Ferdinand Ostrowsky **Der neue Labour-Vorsitzende** | Heide Janicki **Verbot der Prostitution – ein Anachronismus** | Hans-Peter Brenner **Genosse Papst? Franziskus und die katholische Soziallehre(n)** | Ekkehard Lieberam **Errungenschaften und Defizite der DDR**

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

www.marxistische-blaetter.de

Ernest Kaltenegger

In Graz auf schmalem Grat

Eine Linkspartei zwischen Regierung und Opposition

Nach der Gemeinderatswahl 1998 stand die KPÖ Graz plötzlich vor einer neuen Herausforderung: In der Folge des Wahlergebnisses hatte unsere Partei nicht nur vier Sitze im Gemeinderat (Stadtparlament), sondern auch einen Sitz im Stadtsenat (Stadtregierung). Möglich wurde dies durch eine Regelung in unserer Verfassung, welche auf kommunaler Ebene allen Wahlparteien mit einem entsprechenden Ergebnis Regierungssitze einräumt. Etwas, was in der KPÖ Graz nicht nur ungetrübte Freude auslöste.

Es gab eine Reihe von Stolpersteinen, die wir klar sahen, denen auszuweichen aber trotzdem sehr schwer werden würde:

- Die KPÖ verfügte über keinerlei Regierungserfahrung. Sieht man von einem kurzen Zeitraum unmittelbar nach Kriegsende ab, war die KPÖ weder im Bund, noch in einem Bundesland und auch in keiner nennenswert größeren Stadt mehr in der Regierung vertreten. Wir hatten Jahrzehnte ausschließlich als kleine Oppositionspartei agiert.
- Uns war bewusst, dass viele unserer Vorschläge und Forderungen nur bei einem völligen Politikwechsel, der auch teilweise die Grenzen unseres Gesellschaftssystems sprengen müsste, realisierbar sind. Ein solcher Politikwechsel lässt sich aber nicht mit vier von 56 Abgeordneten in einem lokalen Parlament herbeiführen.
- Mit der Übernahme einer Regierungsfunktion ist auch die unmittelbare Verantwortung für einen Teilbereich der Kommunalpolitik verbunden. In unserem konkreten Fall war es das städtische Wohnungswesen, welches uns – sicher nicht ohne Hintergedanken – von den anderen Parteien übertragen wurde. Es war klar, dass sich viele Menschen von uns deutliche Verbesserungen erwarten würden. Schließlich war ja die Wohnungspolitik jahrelang ein Schwerpunkt unserer Kommunalarbeit. Immer wieder wurden von uns Missstände im Bereich der kommunalen Wohnungen aufgezeigt. Ohne entsprechende Mehrheiten im Gemeinderat und im Stadtsenat sind Verbesserungen wohl schwer durchsetzbar. Außerdem gab es unter den Bediensteten im Wohnungsamt niemanden, welcher der KPÖ politisch nahe stand, hatten wir ihnen in der Vergangenheit ja nicht immer große Freude bereitet.
- Nicht zuletzt sahen wir auch die Gefahr eines politischen Verschleißes. Würden wir nicht automatisch mit allen Regierenden in einen Topf geworfen, sollte es uns nicht gelingen unterscheidbar zu bleiben? Schon allein die Bezüge eines Stadtsenatsmitgliedes sind einer notwendigen Bodenhaftung nicht gerade förderlich und wurden deshalb von uns auch immer kritisiert. Ein Umstieg von Straßenbahn, Bus oder Fahrrad auf

Wagen mit Chauffeur sind ebenfalls nicht gerade Turbolader in Sachen Glaubwürdigkeit.

Unsere damalige Situation war relativ schwierig. Wir sahen die Gefahren auf uns zukommen, konnten uns ihnen aber nicht entziehen. Bei einer Ablehnung der Übernahme einer Regierungsfunktion hätte jede andere Partei einen beliebigen Vorschlag zur Besetzung dieser Position einbringen können. Dies wäre wohl auf wenig Verständnis bei unseren Wählerinnen und Wählern gestoßen.

Um unser Problem aus der Welt zu schaffen, griffen wir einen alten KPÖ-Vorschlag auf: Die Zahl der Stadtsenatssitze solle von 9 auf 7 reduziert werden. Damit könnte es zu immer verlangten Einsparungen an der Spitze kommen und als Nebeneffekt müssten wir auch kein Regierungsamt mehr übernehmen. Da die Umsetzung dieses Vorschlages auch einer anderen Stadtsenatspartei einen Sitz gekostet hätte, wurde er umgehend abgelehnt. Letztendlich wurde von uns die Funktion eines Stadtsenatsmitgliedes, zuständig für das Wohnungswesen, übernommen.

Von Anbeginn wurde besonderes Augenmerk auf die Bewahrung eines eigenständigen Profils gelegt. Wichtig erschienen uns dabei folgende Bereiche:

1) *Frage des öffentlichen Eigentums.* Da sich die finanzielle Lage der Stadt Graz nicht wesentlich von der, anderer größerer Kommunen in Österreich unterscheidet, gab und gibt es einen besonders starken Privatisierungsdruck. Dieser äußert sich in Ausgliederungen stadteigener Unternehmen beziehungsweise deren Verkauf und Teilverkauf. Dabei hätte man immer gerne die KPÖ im Boot gehabt. Uns war aber immer bewusst, dass eine Zustimmung zu Privatisierungen nur bei Strafe des eigenen politischen Untergangs möglich sei.

   Nicht zu unterschätzen ist dabei der Druck, der seitens der anderen Regierungsparteien auf uns ausgeübt wurde. Schließlich müssen ja auch die Vorhaben in unserem Ressortbereich finanziert werden. Die erste Bewährungsprobe erfolgte beim Verkauf des Energiesektors der Grazer Stadtwerke. Die KPÖ lehnte diesen strikt ab und bildete gemeinsam mit unabhängigen Persönlichkeiten eine Initiative, die unter der Losung „Hände weg von den Stadtwerken – sie gehören allen Grazerinnen und Grazern!" mehr als 17.000 Unterschriften gegen einen Verkauf sammelte. Da die SPÖ – wie schon oft – wieder einmal sogar im Liegen umgefallen ist, ist es zwar zum Teilverkauf des Energiesektors gekommen, die KPÖ hatte jedoch an Ansehen gewonnen.

2) *Eine eigenständige linke Wohnungspolitik.* Die KPÖ hatte unter anderem durch ihre Aktivitäten im Bereich des Wohnens viel Zuspruch erfahren. Da die Wohnungsfrage in fast allen größeren Städten eine Rolle spielt, konzentrierten wir uns schon viele Jahre auf dieses Thema. Hier kann einerseits das Versagen des kapitalistischen Systems sehr deutlich vor Augen geführt werden, andererseits kann Betroffenen oft wirksam geholfen werden. 1992 wurde der KPÖ-Mieternotruf – verbunden mit einem Rechtshilfefonds für Spekulantenopfer – eingeführt. Regelmäßige Mieterberatungen

sowie Informationsveranstaltungen für Haussprecher gehörten ebenso zum Angebot wie die öffentliche Aufdeckung von Missständen beim Wohnen. 1997 setzte die KPÖ mit Hilfe einer Volksrechteinitiative eine Belastungsobergrenze beim Wohnungsaufwand von maximal 33 Prozent vom Haushaltseinkommen durch (gilt für alle Kommunalwohnungen). Unmittelbar darauf schaffte die KPÖ bei der Gemeinderatswahl 1998 erstmals den Einzug in den Stadtsenat. Uns war klar, dass es schwer werden würde diese Position zu halten, wo wir nun direkt für das städtische Wohnungswesen zuständig waren. Doch es war nach einjährigem Kampf möglich, 1999 eine generelle Mietzinssenkung bei stadteigenen Wohnungen durchzusetzen. Als bekannt wurde, dass Graz 2003 europäische Kulturhauptstadt sein würde, wussten wir, dass dies eine nächste Chance auf Verbesserungen sein könnte. Wir hatten damals noch mehr als 1000 Wohnungen, welche über kein Bad oder keine Dusche verfügten. Teilweise befand sich sogar das WC noch am Gang. Unter dem Motto „Auch das ist Kultur: Ein Bad für jede Gemeindewohnung!" starteten eine Initiative zur Sanierung des städtischen Wohnungsbestandes. Unser Kulturbegriff ist schließlich ein umfassender. Kultur muss alle Bereiche des Lebens erfassen und darf sich nicht nur auf Musentempel und Erbauung beschränken. Unsere Forderung wurde dann sogar in das Programm für das Kulturhauptstadtjahr aufgenommen. Mittlerweile sind alle Gemeindewohnungen zeitgemäß ausgestattet. So kann man wohl behaupten, dass dies eines der nachhaltigsten Projekte des Kulturhauptstadtjahres 2003 war.

3) *Niemals Wasser predigen und Wein trinken!* Die KPÖ hatte immer wieder die viel zu hohen Politikerbezüge in Österreich kritisiert. Nun darf man auch selber nicht so viel Geld einstreichen, wenn es plötzlich auf das eigene Konto überwiesen wird. Daher haben wir uns selbst eine Gehaltsbeschränkung auferlegt. Alles, was einen Nettobezug von aktuell 2200 Euro überschreitet, wird zur Unterstützung von Menschen in Notlagen verwendet. Um dieses System transparent zu gestalten, wird alljährlich um den Jahreswechsel ein „Tag der offenen Konten" durchgeführt.

4) *Offene Türen für Hilfesuchende.* Es ist nicht wichtig, dass kommunistische Mandatare bei allen Events und sonstigen gesellschaftlichen Ereignissen anwesend sind. Sehr oft sind dies nur Veranstaltungen für eine geschlossene Gesellschaft und kosten nur Zeit, bringen aber nichts. Stattdessen müssen wir Zeit haben, wenn sich Menschen mit Problemen an uns wenden. Was oft als „Handwerkelei" abgetan wird, halte ich für unverzichtbar. Natürlich müssen wir uns ständig politisch für eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse einsetzen. Einer Familie, der der Strom oder das Gas abgeschaltet wurde weil sie die Rechnung nicht bezahlen konnte, hilft es nicht wirklich wenn wir ihr sagen, dass wir uns ohnehin für ein besseres Sozialsystem einsetzen, welches vielleicht in einigen Jahren kommt. Hier ist sofortige Hilfe notwendig!

Die beharrliche Beibehaltung dieser Linie hatte sich bewährt: 2003 erhöhte die KPÖ-Graz ihren Stimmenanteil von 7,9 auf 20,8 Prozent. 2004 gab es eine neue Herausforderung für die KPÖ Graz, als die herrschenden Parteien die Sozialwohnungen der Stadt verkaufen wollten. Mit öffentlichen Versammlungen in allen Stadtteilen, wo es Gemeindewohnungen gibt, einer Volksrechteinitiative gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen, die dann in eine Volksbefragung mündete, wehrten wir uns erfolgreich gegen die Privatisierung.

2005 zog die KPÖ erstmals seit 1970 dank zweier Direktmandate in Graz wieder in den Steiermärkischen Landtag ein. 2008 gab es bei der Gemeinderatswahl einen Rückschlag, der jedoch 2012 wieder deutlich ausgeglichen wurde, als die KPÖ zweitstärkste Partei im Grazer Gemeinderat wurde.

isw **25 JAHRE analysen. fakten. argumente.**
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Grafikinfo **"G7 – der Club der Mächtigen"**

Die Themen: Macht und Herrschaft der G7 / Die Diktatur der Banken und Konzerne / TTIP – die ökonomische NATO / Gipfel des Reichtums – Abgrund des Elends / NATO – das Schwert der G7 / Krieg um globale Vorherrschaft / Neue Macht – Neuer Militarismus / "Diese Wirtschaft tötet" / Festung Europa – Massengrab Mittelmeer

isw-Grafik-Info Juni 2015 / 12 S. farbig / 1,50 Euro + Vers.

isw-report 102: **"Der Aufstieg des Südens. Umbruch in der globalen Machtverteilung"**

Doku des 23. isw-forums mit Beiträgen von Jörg Goldberg, Anna Ochkina/Moskau, Boris Kargarlickij/Moskau, Valter Pomar/Brasilien, Walter Baier/Wien und Conrad Schuhler

isw-report 102 Sept. 2015 / 32 S. / 3,00 Euro + Vers.

Alle lieferbaren isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., Johann-von-Werth-Straße 3
80639 München. fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Arno Klönne

Zur „politischen Kultur" der Linken in Frankfurt/M. nach 1945

Ein Brief vom Juli 2007

Arno Klönne, der im Juni d. J. im Alter von 84 Jahren verstorben ist, schickte der Redaktion im Juli 2007 einen Brief, in dem er aus eigenem Erleben Ergänzungen und Kommentare zu dem gerade erschienenen Band „Linke im Kalten Krieg. Autobiographische Berichte aus Frankfurt am Main 1945 bis 1968"[1] übermittelte. Klönne, 1931 in Bochum geboren, hatte 1955 bei Wolfgang Abendroth in Marburg mit einer Studie „Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich" promoviert und arbeitete anschließend fünf Jahre lang als hessischer Landesjugendpfleger in Wiesbaden. Aus dieser Zeit und seiner politischen Aktivität u.a. im Ostermarschbündnis war er mit den politischen Verhältnissen im Rhein-Main-Gebiet und Südhessen gut vertraut. Wir bringen diesen Brief auch zur Erinnerung an Arno Klönne zum Abdruck.[2] (Redaktion)

Arno Klönne
Annette von Droste-Str, 10
33098 Paderborn, 2.7.2007

Lieber David Salomon,

mit großem Interesse habe ich Euer Buch über die (Frankfurter) „Linke im Kalten Krieg" gelesen; möglicherweise wollt Ihr ja weiter an dem Thema arbeiten, deshalb einige Hinweise und auch Korrekturen. (Vieles von den Verhältnissen und Vorgängen in Ffm habe ich in den Jahren 1955-1968 direkt und indirekt mitbekommen, während meiner Tätigkeit im Hessischen Landesjugendamt und dann durch den Ostermarsch-Zentralausschuß, der in Offenbach „zu Haus" war.)

Die besondere „politische Kultur" der Linken in Ffm nach 1945 (mitsamt ihren historischen Herkünften) war – das wird ja auch in dem Buch deutlich – dadurch geprägt, daß trotz aller Differenzen ein Kommunikations- und Akti-

---

1 Heinz-Jung-Stiftung (Hg.), Linke im Kalten Krieg. Autobiographische Berichte aus Frankfurt am Main 1945 bis 1968. Redaktion: David Salomon und Guido Speckmann unter Mitarbeit von Gerhard Fisch, Manfred Laus, André Leisewitz und Benjamin Weber, Köln [PapyRossa Verlag] 2007.

2 Die Anmerkungen stammen von der Redaktion.

onszusammenhang von Kommunisten, an KPD oder SPD nicht gebundenen Linkssozialisten und linken Sozialdemokraten bestand; das hat es sonst in dieser Weise damals in Westdeutschland nirgendwo gegeben. Eben dadurch war Ffm auch der richtige Platz für die wichtigsten Zusammenkünfte der linken Opposition, insbesondere die Konferenzen oder Kongresse etc. der „Paulskirchenbewegung" und der Kampagne „Kampf dem Atomtod" (in den 1950er Jahren) und dann die Jugend- und Studentenverbandskonferenz 59[3], die „Frankfurter Konferenz" 61[4] (von der die Erweiterung der Ostermarschkampagne ausging) und die Kongresse zum Thema „Vietnam"[5] und bald darauf „Notstand" 66[6]. Diese Folge von politischen Zusammenkünften in Ffm wäre einer eigenen Darstellung wert, weil sich in ihnen die Herausbildung außerparlamentarischer Opposition vor 1968 dokumentiert; durchweg gingen von dort Impulse für Westdeutschland insgesamt aus.

Will man die Gruppen- und Personenzusammenhänge beschreiben, die damals wirksam wurden, müsste allerdings der Blick etwas erweitert werden (geografisch) – über Ffm hinaus auf Offenbach und ein bisschen auch auf andere südhessische Orte; das spezifische Milieu, um das es geht, war nicht auf die Stadtgrenzen von Ffm beschränkt. Das Offenbacher linke Milieu hatte seinen Hintergrund in der lokalen KPO-Tradition und nach 1945 in Galms „Arbeiterpartei"[7] sowie – damit verbunden – in der lokal starken Position der „Naturfreunde". Die Besonderheit der Frankfurter bzw. südhessischen Linken nach 1945 hatte übrigens eine Stütze auch (was in eurem Buch nicht vorkommt) im dortigen Linkskatholizismus, vertreten etwa durch Mitarbeiter der „Frankfurter Hefte", die ja im Feld „bürgerlich"-christlicher Politik ebenfalls ein Spezifikum darstellten (wiederum mit historischem Hintergrund: Die „Rhein-Mainische Volkszeitung").

Interessant ist überhaupt die Rolle Frankfurts als „Verlagsort" linker, „aktivierender" Zeitschriften in der damaligen Phase:

„Die Tat" (bei Euch mehrfach erwähnt), aber auch „Elan" (in der Zeit in Ffm noch nicht auf SDAJ ausgerichtet, sondern auf „Jugendbegegnung" mit kommunistischen Ländern, „Weltjugendfestspiele" etc,), unsere „pläne" (zeitweise

---

3 „Kongreß für Demokratie gegen Militarismus und Restauration", Frankfurt/M., Mai 1959.

4 Juni 1961; vgl. Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO: Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970, Frankfurt/M. 1977, S. 106f.

5 SDS-Kongress „Vietnam – Analyse eines Exempels", Frankfurt/M. 1966; Hauptredner war Herbert Marcuse.

6 Kongress „Notstand der Demokratie", 30. Oktober 1966. Abschlusskundgebung auf dem Frankfurter Römer mit 20.000 Teilnehmern. Die Redner der Kundgebung waren Prof. Ernst Bloch, Tübingen, Hans Magnus Enzensberger, Prof. Helmut Ridder, Gießen, und das Vorstandsmitglied der IG Metall Georg Benz.

7 Gemeint ist Heinrich Galm, Mitbegründer der KPO (1929), Vorsitzender des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilleverbands in Offenbach. Nach 1945 gründete Galm in Offenbach die „Arbeiterpartei. Sozialistische Einheitspartei", schloss sich aber später der SPD an. Vgl. den Bericht von Robert Hofmann, in: Linke im Kalten Krieg, a.a.O., S. 300f.

war Fred Gebhardt Mitherausgeber, lange aber vor allem Herbert Faller – beide verdienen m.E, in ihrer politischen Tätigkeit in Ffm eigene Würdigungen); Eckart Spoo hat zu der Zeit die Redaktionsarbeit bei „pläne" gemacht, für den Zugang junger Leute zur Ostermarsch-Kampagne war die Zeitschrift sehr wichtig; und schließlich die SDS-„Neue Kritik" mit ihren theoretischen Debatten, vor 68.

Im Hinblick auf linke politische Bildung waren in jener Zeit auch bemerkenswert: Die Bund-Buchhandlung in Ffm mit „Jola"[8] und der „Frankfurter Bund für Volksbildung".

Aus all diesen Mosaiksteinen ergibt sich dann ein Gesamtbild des „linken Milieus" in Ffm/Südhessen.

Allerdings ist manches aus dieser Geschichte über autobiographische Berichte nicht mehr darstellbar, zu viele der Beteiligten sind schon verstorben.

Noch einige Korrekturen zu Darstellungen in Eurem Buch:

Aus den Berichten von Heiner Halberstadt (S. 101-104) und P. C. Walther (S. 318) entstehen durch die etwas flüchtigen Benennungen bei nicht näher informierten Leserinnen und Lesern unzutreffende Eindrücke von der linken Organisationsgeschichte:

Bis zu den trennenden Ereignissen der CSSR-Intervention und der Neugründung DKP gab es kurzzeitig den Versuch, linke Gruppen zur Kooperation zu bringen und vielleicht daraus eine neue Partei werden zulassen, beteiligt waren der Sozialistische Bund, die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten, die Marburger Sozialisten und die (illegale) KPD. Ein „Sozialistisches Zentrum" sollte gebildet werden, in Ffm agierte ein linkes Büro mit dieser Zielsetzung.

Dieser Versuch ist aber nicht gleichzusetzen mit der 1969 gegründeten Gruppierung „Sozialistisches Büro" (Sitz Offenbach, Zeitung „links"). Dieses „Sozialistische Büro" hatte eben keine Parteiambitionen, es verstand sich als Alternative sowohl zur DKP als auch den neokommunistischen (ML-)Parteigründungen, alternativ auch in der Struktur des politischen Engagements. Der „Sozialistische Bund" löste sich zugunsten dieses „Sozialistischen Büros" auf, aber das war keine Verlängerung besagten Bundes, sondern es reichte in seiner Zusammensetzung viel weiter und war weitaus stärker auf politische Praxis ausgerichtet, für etliche Jahre ja mit erheblichem Erfolg. Der „Sozialistische Bund" hingegen war eher ein intellektueller Zirkel (was ich nicht abschätzig meine).

Die Zeitung „links" des „Sozialistischen Büros" (ich habe sie in den ersten Jahrgängen redigiert) war nicht (wie man es aus dem Bericht von Heinz Brakemeier, S. 163, herauslesen könnte) eine Wiederherausgabe des einige Jahre vorher erschienenen gleichnamigen Blattes der südhessischen Jusos und des Frankfurter SDS, sondern da handelte es sich lediglich um denselben Titel,

---

[8] D.i. Joseph Lang, Leiter der Bund-Buchhandlung im Frankfurter Gewerkschaftshaus, Mitglied im Frankfurter SPD-Vorstand. Lang war während der Nazizeit in die USA emigriert, lebte danach für kurze Zeit in Palästina und kam von dort nach Frankfurt/M.

nicht um ein ähnliches Politikkonzept. Personell und in seinem Verständnis von politischem Agieren knüpfte das „Sozialistische Büro" (Sitz Offenbach) stark an die davor bestehende Ostermarschbewegung an.

Die bei I[ngrid] u. R[udi] Schuster (S. 286) erwähnte Ausstellung „Nacht fiel über Deutschland" (damals die erste systematische Ausstellung über die NS-Staatsverbrechen!) wurde nicht von der Gewerkschaftsjugend herausgebracht, sondern von mir („i.A." des Landesjugendamtes Hessen) und Eckart Spoo, in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Stadtjugendring.[9]

Der von H. Brakemeier erwähnte SDSler „Horst" Köhler (S.157) war gewiß Otto Köhler.[10]

Abschließend noch mal etwas Systematisches:

Das Projekt einer neuen, frühere Differenzen überbrückenden sozialistischen, die Kommunisten einbeziehenden Organisation/Partei 1968 ist m.E. nicht nur (Brakemeier, S. 162) an der CSSR-Debatte und, damit verbunden, der Konstituierung der DKP gescheitert, sondern auch an der „Überflutung" der neuen Linken durch das scheinrevolutionäre Auftreten von Teilen der Studentenbewegung. Es kam dadurch ein m.E. höchst fragwürdiges Politikverständnis in die westdeutsche Linke – womit ich andere, produktive Effekte dieser Studentenbewegung nicht abwerten will.

Freundliche Grüße
Arno Klönne

---

9 Vgl. hierzu auch den Bericht von Eckart Spoo in seinem Nachruf auf Arno Klönne „Die Solidarität selbst", in: junge Welt v. 8. Juni 2015.

10 Das bestätigt Otto Köhler. Es ging um seinen – dann wieder rückgängig gemachten – Rauswurf aus dem SDS wegen Teilnahme an einem von der FDJ veranstalteten gesamtdeutschen Studententreffen auf der Wartburg.

„Arbeit und Nicht-Arbeit"

51. Konferenz der ITH (Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen), Berlin, 17. bis 19. September 2015

Die diesjährige ITH-Konferenz fand erstmals nicht in Linz, sondern in Berlin statt. Damit verbunden waren auch weitere Neuerungen. So dienten die Räumlichkeiten des Wissenschaftszentrums Berlin am Reichpietschufer als Tagungsort. Vor allem aber war das an der Humboldt-Universität angesiedelte Internationale Geisteswissenschaftliche Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive", kurz re:work, in die inhaltliche Konzeptionierung eingebunden. 22 Vorträge wurden gehalten, gut 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nahmen teil. Wie seit der Konferenz 2013 üblich, wird ein Tagungsband im Brill-Verlag (Leiden/NL) erscheinen.

Im Anschluss an die zwei Konferenzen der letzten Jahre wurde erneut das Thema Arbeit in den Fokus gerückt. Nach Hausarbeit und Zwangsarbeit war nun Nicht-Arbeit der übergreifende Aspekt. Dabei ging es insbesondere um das Verhältnis von Arbeit und Nicht-Arbeit und um die vielfältigen Grauzonen zwischen beiden. Es liegt auf der Hand, dass solche Setzungen immer auch vor ihrem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund gesehen werden müssen. Dementsprechend nahmen diese Fragen breiten Raum in den Präsentationen und Diskussionen ein.

Schon im Einführungsvortrag von *Ilse Lenz* (Ruhr Universität Bochum) wurde auf die globalen Unterschiede dezidiert hingewiesen und festgestellt, dass es eben keinen Trend zu einheitlicher Lohnarbeit gebe. Ebenso wenig, wie man von „dem" Kapitalismus sprechen könne. Sinnvoller sei es, den Kapitalismus als regional unterschiedlich ausgeprägt zu verstehen. Das öffnet Raum für die Einbeziehung vielfältiger kultureller und regulatorischer Ausformungen von Arbeit.

Jürgen Kocka (Humboldt Universität Berlin) wies am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit von 1840 bis 1870 nach, dass in dieser Formierungsphase ganz unterschiedliche Interpretationen von Arbeit miteinander konkurrierten: Arbeit als Last, als Selbstverwirklichung oder als Broterwerb. Dieser Diskurs war keineswegs nur ein rein akademischer, sondern hatte auch politische Implikationen. Insbesondere in Bezug auf die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen von den Organisationen der Arbeiterbewegung angesprochen werden sollten, nur die Lohnarbeiter oder auch Vertreter der Mittelschichten wie selbstständige Handwerker oder „Kopfarbeiter".

Für tschechische Kindermädchen zeigte *Adela Souralova* (Masaryk Universität Brno) in ihrer an aktuellen Entwicklungen orientierten Fallstudie auf, dass bei dieser stark emotional geprägten und außerordentlich schlecht bezahlten Arbeit die Frage des Lohns in den Hintergrund treten kann. In *Alissa Klots* (Rutgers Universität New Brunswick) Beitrag zur Rolle der weiblichen Haus-

angestellten in der frühen Sowjetunion wurde umgekehrt die Perspektive des Staats und der Gewerkschaftsführungen untersucht: Mit welchen organisatorischen und ideologischen Mitteln haben diese die Hausangestellten in die Arbeiterklasse integrieren wollen? *Lea Renard* und *Theresa Wobbe* (beide Universität Potsdam) behandelten die Erfassung von Familienarbeit in offiziellen Beschäftigungsstatistiken. Dabei zeigte sich, dass Familienarbeit wechselnden Kategorisierungen unterworfen war und teilweise überhaupt nicht als Arbeit im engeren Sinn gewertet wurde.

Eine weitere unscharfe Trennlinie zwischen Arbeit und Nichtarbeit besteht in der Sexarbeit, wie *Stefano Petrungaro* (IOS Regensburg) für das Jugoslawien der Zwischenkriegszeit nachwies. Die Behörden taten sich schwer, diesen Bereich einer staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Letztlich war die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben oft von Willkür geprägt und offen für Interpretationen durch die handelnden Akteure. In Bezug auf die arbeitsrechtliche Disziplinierung von österreichischen Beamten zeigte *Therese Garstenauer* (Universität Wien), gestützt auf einschlägige Akten und Autobiografien, dass die weit verbreiteten Klischees über deren Faulheit einer empirischen Überprüfung nur sehr bedingt standhalten. Vielmehr waren es die verwaltungsspezifischen Arbeitsabläufe und das privilegierte Dienstverhältnis, die solchen Außenwahrnehmungen Vorschub leisteten. *Ivan Rajkovic* (University College London) untersuchte das Verhalten von Arbeitern des serbischen Autoproduzenten Zastava in den 90er und 00er Jahren. Dabei machte er auf den Wandel in der Selbstwahrnehmung aufmerksam, der mit diesen Krisenjahren einherging. Letztlich handelte es sich bei ihrer Tätigkeit eher um simulierte Arbeit, die lediglich durch massive staatliche Subventionen möglich gemacht und die kaum noch als sinnstiftend verstanden wurde. Viele Beiträge zeigten deutlich, wie wichtig im Verhältnis von Arbeit und Nichtarbeit das staatliche Handeln und die damit verbundenen Wertungen sind.

Ein ganzes Panel war dem Thema gewidmet, wie Sinti und Roma Arbeit begreifen und wie sie – auch hier ist die Rolle des Staates zentral – zu einer „richtigen" Arbeitseinstellung erzogen werden. Die Vorträge waren eher auf aktuellere Verhältnisse ausgerichtet. *Elisabeth Tauber* (Freie Universität Bozen) diskutierte die distanzierte Haltung von Sinti zur westlichen Arbeitsethik ebenso wie die Arbeitsteilung in den Familien. Interessant dabei war, dass die unterschiedlichen Geschlechterrollen – Frauen betteln, während Männer mit Schrott handeln – keineswegs mit einer Hierarchisierung einhergehen. Dass auch Betteln als Arbeit verstanden werden kann, unterstrich *Catalina Tesar* (Bukarest) in ihrem Vortrag. Während die Mehrheitsgesellschaft Betteln als Bitte um Wohltätigkeit versteht, stellt es für die Roma eine Arbeit dar. Diese erfordert zudem spezifisches Fachwissen, so etwa bezüglich der richtigen Kommunikation mit Spendern, der Kleidung und Ortswahl. *Jan Grill* (Universität Manchester) thematisierte Aktivierungsprogramme des slowakischen Staats, mit denen primär Roma zu einer „richtigen" Arbeitseinstellung und Verantwortungsbewusstsein erzogen werden sollen. Während die Haltung der Behörden zwischen Nachsicht und rassistischen Vorbehalten changiert, ent-

wickeln die Betroffenen eine ganze Reihe von Gegenstrategien. Damit gelingt es ihnen oft, einerseits die Vorgaben der Programme pro forma zu erfüllen und andererseits den dafür notwendigen Aufwand gering zu halten.

Insgesamt hätte man sich gewünscht, dass im Rahmen der Konferenz solche und weitere Praktiken des Widerstands gegen vorherrschende Arbeitsregimes stärker behandelt worden wären. Denn wenn – wie in den Beiträgen mehrfach betont wurde – die Rolle des Staates und der gesellschaftliche Kontext ganz zentral ist für das Thema Arbeit und Nicht-Arbeit, dann liegt es eigentlich nahe, auch nach politischen Interventionen zu fragen. Und dieser Aspekt wäre in einem sehr weitgefassten Sinn zu behandeln: Von Formen des „Eigensinns" (*Alf Lüdtke*) bis hin zu sozialen Bewegungen und der Rolle von Gewerkschaften. Gerade letztere blieben auffallend unterbelichtet, obwohl ihre Bedeutung in Regulation und Definition von Arbeit, Nicht-Arbeit und deren Grauzonen unbestreitbar ist.

Axel Weipert

100 Jahre Zimmerwalder Linke

Berlin, 4. Oktober 2015, Haus der Demokratie

Seit Jahren ist stabil eine übergroße Mehrheit der hiesigen Bevölkerung gegen Kriegseinsätze unter deutscher Beteiligung. Doch diese Meinungsmehrheit hält nicht die Straßen und Plätze besetzt, in den Mainstream-Medien findet sie so gut wie nicht statt und von ihr unbehelligt beteiligt sich die Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen, die NATO dehnt sich bis an die Grenzen Russlands aus. Derweil rückt der globale Krieg von den Rändern Europas immer näher; in Form der Flüchtlinge – 80 Prozent fliehen vor Krieg – ist er hier schon angekommen. Mit dieser Zustandsbeschreibung können sich Sozialistinnen und Sozialisten nicht abfinden. Aus diesem Grund hatten linke Friedensaktive, auch aus der Partei DIE LINKE, für den 4. Oktober d.J. ins Berliner Haus der Demokratie eingeladen zur Konferenz *„100 Jahre Zimmerwalder Konferenz: Linke und die Friedensfrage. Imperialismus heute – Differenzen verstehen – Spaltungen überwinden"*. Der Bezug auf die Zimmerwalder Konferenz (September 1915) lag nicht nur wegen des Jubiläums nahe, sondern auch inhaltlich, bildeten doch dort nach dem Burgfrieden der SPD mit dem Militarismus zunächst nur 28 aufrechte Sozialistinnen und Sozialisten die erste Opposition gegen den imperialistischen Krieg, die bald ganz Europa erfassen und umwälzen sollte.

Mit dieser, auch ihrer, Geschichte setzten sich die gut 120 Konferenzteilnehmer zunächst in zwei thematischen Plenums-Blöcken auseinander. Im ersten stellte *Prof. Kurt Pätzold* (Berlin), ausgehend von den aus seiner Sicht drei großen Siegen des Imperialismus im vergangenen Jahrhundert: 1918, 1945 und 1990/91, Bezüge von Zimmerwald zum Friedenskampf heute her. Im zweiten reflektierte *Dr. Erhard Crome* (Berlin) den Imperialismus heute und

setzte sich polemisch mit der Dogmatisierung von Lenins Imperialismus-Theorie auseinander. Kommentare von *Reiner Zilkenat* (Berlin), *Sabine Kebir* (Berlin) und *Volker Külow* (Leipzig) vertieften die Themen.

In vier Arbeitsgruppen analysierten die Teilnehmenden, nach kenntnisreichen diskussionsfreudigen Einleitungen, die aktuellen Kräfte des Krieges und des Friedens. Es bestand ein großes Bedürfnis z.B. die Kontroversen in der Friedensbewegung zu verstehen oder sich mit dem Unfrieden auseinanderzusetzen, den die EU stiftet, den Zusammenhang von Krieg und Flucht zu ergründen oder dem untrennbaren, aber nicht immer störungsfreien Verhältnis von Frieden und Antifaschismus nachzugehen. Und überall wurde beraten: Was folgt daraus? Dass die Arbeitsgruppe *Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Frieden: Wo liegen die Probleme* mangels Masse ausfiel, unterstreicht nur, dass es in dieser Dreiecksbeziehung wirklich Probleme gibt, die einer gründlichen Bearbeitung bedürfen.

Bewusst hatte der Kreis der Einladenden darauf verzichtet, Parteien oder Repräsentierende von Organisationen um Beiträge zu bitten. Sie wollten vielmehr egalitär Linke, die theoretisch, strategisch und praktisch daran mitarbeiten wollen, Defizite und Probleme im Verhältnis zur Friedensfrage zu beheben, Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Denkweisen, eher marxistisch orientiert, im Dialog zusammenführen. Das Konzept ist aufgegangen: Keine aufgeregten Auseinandersetzungen im Talkshow-Format, sondern wohltuend nachdenkliche, intensive und streitbare Diskussionen.

Dabei konnte es auch hoch her gehen, etwa in der Abschlussrunde *„100 Jahre nach Zimmerwald: Welche Friedensbewegung brauchen wir?"* Hier brachen die Konflikte im Verhältnis zu den *Montagsmahnwachen* und dem *Friedenswinter* wieder auf. *Tobias Pflüger*, stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN, sprach sich dafür aus, mit der Friedensbewegung so, wie sie war, weiterzumachen, ohne Zusammenarbeit mit den „Grenzgängern" aus dem Kreis der Montagsmahnwachen, die „nach rechts schielen", Krach in jeder Friedensinitiative verursachten und die Friedensbewegung gelähmt hätten. Vor allem den „Grenzgängern" widersprach *Reiner Braun*, Geschäftsführer der IALANA, heftig: „Nazis sind nicht gegen Krieg". Er plädierte für eine Nichtausgrenzung der Überbleibsel der Montagsmahnwachen, eine Wertschätzung für jene Teile der Friedensbewegung, die seit Jahrzehnten Mut bewiesen und hohe Kompetenz erworben hätten, beide Seiten sollten die Zusammenarbeit suchen, ohne sich gegenseitig zu überfordern. *Pedram Shayar*, von attac kommender Aktivist der Montagsmahnwachen und des Friedenswinters, warb für eine „Neukonstituierung der Friedensbewegung" aus den „humanistischen Teilen" der Montagsmahnwachen und der „alten Friedensbewegung", die er zugleich scharf kritisierte: Als sich in der Ukraine-Frage Angst vor einem Krieg mit Russland breit machte, sei sie nicht präsent gewesen, sie hätte die große Verunsicherung in der Bevölkerung nicht erfasst und stattdessen die Montagsmahnwachen bekämpft. Die Unterscheidung in „alte" und „neue" Friedensbewegung, wobei die alte „nichts zustande" brächte,

wollte *Wolfgang Gehrcke*, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, so nicht stehen lassen. Man könne sich keine Friedensbewegung aussuchen oder neu konstituieren, man müsse die nehmen, die da ist, und in ihr lernen, sich gegenseitig auszuhalten und miteinander ins Gespräch und in die Aktion zu kommen. Eine linke Parlamentsfraktion sei dabei hilfreich und nützlich. Er strebe an, dass die LINKEN-Bundestagsfraktion einen Antrag zur Auflösung der NATO oder zum Austritt aus der NATO einbringe; der ginge an das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland und berühre zugleich Spekulationen über eine nahe Regierungsbeteiligung der LINKEN im Bund.

Diese Diskussion, wie auch die anderen, verlangt nach einer Fortsetzung.

Die Vorträge, Referate, Kommentare werden fortlaufend veröffentlich unter www.wolfgang-gehrcke.de/zimmerwald-frieden.

Christiane Reymann

Was ist ‚links' heute?

Tagung von „Widerspruch" und Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern, München, 10. Oktober 2015

Der Begriff „links" ist für viele das zentrale sprachliche Mittel, sich der eigenen politischen Identität zu versichern und sich von der Rechten abzugrenzen. Doch wird es immer schwerer zu explizieren, was „links" eigentlich heißt, was vor allem am Zerfall des klassischen politischen Milieus der Linken, der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, liegt. Die Fragmente des Zerfalls reklamieren zwar weiterhin für sich, links zu sein, stehen aber in zum Teil äußerst polemischen Gegensätzen. Zusätzliche Unklarheit schaffen die sich derzeit vermehrenden Querfront-Vorwürfe an Linke, die eigentlich rechts seien.

Um den Begriff „links" unter den Gegenwartsbedingungen zu reformulieren, lud die Münchner Philosophiezeitschrift „Widerspruch" (hrsg. von der Gesell. für dialektische Philosophie) in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern am 11.10.2015 zur „Arbeit am Begriff" in die Münchner Seidlvilla ein. An der Tagung nahmen etwa 50 Gäste teil.

Zunächst sprach *Max Brym* vom Sozialistischen Forum München, der einzige „Praktiker" unter den Referenten. Angesichts der herrschenden Mentalität der Alternativlosigkeit forderte er von der heutigen Linken, sich nicht vom Marxschen Kategorischen Imperativ zu verabschieden, also die Verhältnisse weiterhin radikal infragezustellen. Dafür sei es aber zentral, das Phänomen der abstrakten Planung, das nach der Oktoberrevolution zur sowjetischen Bürokratie geführte habe, auszuschalten. Gleichzeitig müsse man, statt sich auf partikulare Kämpfe (wie z. B. seitens des Feminismus) zu beschränken, auf einer „Gesamtschau des Antikapitalismus" beharren. Brym schloss mit dem Satz: „Linke Politik muss von einer marxistischen Methodik ausgehen."

Die Diskussion machte geltend, dass die Sowjetunion systemimmanente Fehler hatte. So wurde vorgebracht, dass die Eigentumsfrage nicht durch das Staatseigentum zu lösen sei, und von anderer Seite, dass die Sowjetunion die Warenform beibehalten und lediglich versucht habe, diese zu organisieren.

An zweiter Stelle trugen *Norbert Trenkle* und *Ernst Lohoff* von der Gruppe *krisis* vor. Ihnen zufolge muss man für die Tagungsfrage von der ökonomischen Gesamtsituation ausgehen: Seit etwa den 1970er Jahren sei das fiktive Kapital zur Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung und damit die Reichtumsproduktion abhängig von den Finanzmärkten geworden. Während dadurch die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen enorm geschrumpft sei, machten sich soziale Kämpfe heute sehr stark an wertpapieraffinen Sektoren wie Immobilien und Rohstoffen fest. Weil für Umverteilungskämpfe heute die materiellen Grundlagen fehlten, ginge die Linke gegenwärtig vor allem zwei Wege: Einerseits spiele sie – wie Syriza – eine ideologische Begleitmusik für die Krisenverwaltung. Andererseits befürworte sie eine Rückkehr zur nationalen Souveränität: Diese Position nehme die Syriza-Abspaltung „Volkseinheit" ein. Beide Wege stellen aber nach Trenkle und Lohoff eine Illusion dar. Die Grundfrage der Linken müsse heute vielmehr sein, wie die Aneignung von Reichtum unabhängig von der Warenform gestaltet werden könne. Eine Alternative für Syriza wäre es gewesen, die Ansätze zur gesellschaftlichen Selbstorganisation durch rechtliche Rahmenbedingungen zu stärken. Am Schluss formulierten die Referenten: „Links sein heute heißt, die emanzipative Abwicklung des Kapitalismus zu erkämpfen."

Vor allem *Karl Reitter* übte daran scharfe Kritik. Entscheidend sei für den Neoliberalismus nicht das fiktive Kapital, sondern die absolute Mehrwertproduktion. Die gefährliche politische Konsequenz des *krisis*-Ansatzes sei eine Aussteigermentalität.

Frieder Otto Wolf, Herausgeber der deutschen Althusser-Gesamtausgabe, nahm in seinem Vortrag in Anspruch, als „radikaler Philosoph" abstrakt und zugleich sehr konkret zu argumentieren, kam damit jedoch über recht vage Aussagen nicht hinaus. Wolf zufolge befinden wir uns heute nicht in der Postmoderne, sondern immer noch in der Moderne, und wir sehen uns mit einer irreduziblen Pluralität großer Krisen – in Ökologie, Ökonomie, Staatspolitik, Alltagskultur – konfrontiert. „Links" bestimmte Wolf als Kampf um Befreiung von konkreten Herrschaftsverhältnissen, wobei dieser Kampf stets in seiner Pluralität zu fassen sei. Als wesentlichen Vorschlag für die Praxis nannte Wolf, Zeiträume und Deliberationsräume zu schaffen.

Mehrfach wurde gegen Wolf eingewandt, dass seine Definition von „links" gerade dem Projekt des Liberalismus entspreche. Als alternative Konzepte wurden soziale Gerechtigkeit sowie die Emanzipation von Entfremdung vorgeschlagen.

Karl Reitter, Redakteur der Zeitschrift *Grundrisse*, führte in seinem Referat die These „links sein heißt Formkritik" aus und argumentierte dabei eng entlang Marxscher Texte. Formkritik richte sich in einer Doppelperspektive im-

mer zugleich an soziale Herrschaft und politische Herrschaft. Sie müsse aufzeigen, dass es notwendig sei, die herrschenden Formen zu überwinden, aber auch, wo der Ansatz zu ihrer Überwindung innerhalb dieser Formen sei. Die zentrale Form der sozialen Herrschaft sei die Lohnarbeit, die von der Ware an sich deutlich zu scheiden sei. Weil die Versuche der Abschaffung der Ware an sich gescheitert seien, gelte es heute, zunächst an den Warenmärkten festzuhalten und nur die Lohnarbeit abzuschaffen. Der Hebel hierfür sei das bedingungslose Grundeinkommen. Hinsichtlich der politischen Herrschaft führte Reitter aus, dass gegen die zentrale Staatlichkeit zu kämpfen und diese durch ein Netz von Kommunen zu ersetzen sei. Gleichwohl dürfe die Linke nicht hinter die Errungenschaften des modernen Rechts zurückfallen und müsse ihr negatives Verhältnis zur Frage der Verrechtlichung diskutieren.

In der Diskussion wurde an Reitters Plädoyer zum Grundeinkommen kritisiert, dass mit dem geldförmigen Grundeinkommen nicht die widersprüchlichen Beziehungen der Menschen überwunden seien. Außerdem hieß es, dass die Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln zentraler als die Lohnarbeit sei, denn der Zwang zur Lohnarbeit herrsche nur unter dieser Voraussetzung.

Die anvisierte „Arbeit am Begriff" wurde von der Tagung also nicht eingelöst. Alle Referenten gingen von ihrer positiven linken Identität aus und arbeiteten die aus ihrer Sicht heute notwendige und in diesem jeweiligen Sinn linke Politik heraus. Problematisch war dieses Vorgehen, weil alle Referenten das Linkssein stets für sich in Anspruch nahmen, zugleich aber mit dem Marxismus identifizierten. Damit wären etwa postmoderne oder sozialdemokratische Linke gerade nicht links.

Die Tagung bot gleichwohl eine intensive Diskussion über Ziele und Strategien emanzipatorischer Politik. Leider musste die Tagungsleitung im Raum stehende Kontroversen aus Zeitgründen immer wieder abbrechen. Nicht einmal angedeutet wurde jedoch eine eigentlich einschlägige Kontroverse zum Thema: Die Unterscheidung von links und rechts, die in der Französischen Revolution entstand, bezog sich immer auf Kräfteverhältnisse der bürgerlichen Demokratie. Marx und Engels verwenden die Unterscheidung „zunächst nicht in Bezug auf Proletariat und Bourgeoisie [...], sondern in Bezug auf das Parlament." (Wolfgang Fritz Haug, in: „links/rechts", HKWM 8/II, S. 1155) Die Diskussion über die Kritik des Linksseins hätte auf eine marxistische Tagung zum Begriff „links" gehört.

Schriftfassungen der Vorträge erscheinen in der nächsten Ausgabe des „Widerspruch".

Emanuel Kapfinger

Ideologietheorie

Carolin Amlinger, Die verkehrte Wahrheit. Zum Verhältnis von Ideologie und Wahrheit bei Marx/Engels, Lukács, Adorno/Horkheimer, Althusser und Žižek, Hamburg 2014, LAIKA, 191 S., 19,90 Euro.

„Ideologie" gehört bis heute zu den besonders umstrittenen Begriffen in Theorien über Gesellschaft, die sich auf das Denken von Marx und Engels berufen. Mit ihrer Studie „Die verkehrte Wahrheit" unternimmt Carolin Amlinger, die zum Zeitpunkt der Abfassung ihres Buches als Doktorandin am Frankfurter Institut für Sozialforschung arbeitete, den verdienstvollen Versuch, das Verhältnis von Ideologie und Wahrheit am Beispiel der im Untertitel genannten Autoren zu rekonstruieren und für den gegenwärtigen Diskurs über Gesellschaftskritik aufzubereiten. Unter Wahrheit versteht sie das „Negativum" von Ideologie, das sich in unterschiedliche Dimensionen ausdifferenziert, aber immer in Bezug auf Ideologie (wie umgekehrt Ideologie auf Wahrheit) gedacht werden müsse (12 f.).

Bei Marx und Engels arbeitet Amlinger zwei unterschiedliche Stufen des Ideologieverständnisses heraus. Indem das Bewusstsein sich gegenüber seinen materiellen Entstehungsbedingungen verselbständigt, werden, wie Amlinger Terry Eagleton zitiert, die Widersprüche der gesellschaftlichen Wirklichkeit einer „Logik der Inversion und Entfremdung" unterworfen. Friedrich Engels habe deshalb von „falschem Bewusstsein" gesprochen; denn Philosophen würden zwar bewusst vorgehen, aber in ihrem Denken die objektive Wirklichkeit falsch reproduzieren. Zu Recht sieht Amlinger darin insofern den Ansatz für die Ideologie- und Religionskritik von Marx und Engels, als es nicht genüge, nur gegen die „verkehrten" Konstrukte des philosophischen Denkens zu polemisieren. Vielmehr müsse die Wirklichkeit selbst zum Gegenstand der Kritik gemacht werden. Während diese erste Stufe der Ideologiekritik von Marx und Engels mit der Frühphase ihres Werks zusammenfällt, entspricht die zweite Stufe nach Amlinger der Entstehungsphase des „Kapital". Sie sieht die spezifische Differenz zur ersten Stufe darin, dass Ideologie nun nicht mehr nur die wirkliche Welt verkehrt widerspiegelt, sondern notwendig als „objektive Gedankenform" aus den kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsverhältnissen hervorgeht.

Amlinger wendet sich hier ausführlicher dem berühmten, immer wieder zu neuen Deutungsversuchen herausfordernden Abschnitt über den „Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis" im „Kapital" zu. Ohne zwischen der frühen Phase und der des „Kapital" einen künstlichen Gegensatz zu konstruieren, wie das oft in der Diskussion über Marx und Engels geschieht, betont Amlinger allerdings, dass der Analyse im „Kapital" entsprechend das Bewusstsein der Produzenten nicht deshalb „notwendig falsch (ist), weil es von der materiellen Produktion des unmittelbaren Lebens abstrahiert, sondern – ganz im Gegenteil – mit ihm übereinstimmt. Im Warenfetisch ist die Verkehrung Fundament der Sache selbst, so wie sie erscheint." (35) Wie aber bezieht Amlinger Ideologie bzw. (notwendig) falsches Bewusstsein auf die Kategorie der Wahrheit und welche Funktion

kommt dieser Kategorie zu? Die Antwort, welche die Autorin gibt, bleibt etwas unbestimmt. Der am Anfang ausdrücklich erklärte Verzicht auf eine systematische Definition von Wahrheit erweist sich nicht unbedingt als Vorteil, weil das, was im Text als Wahrheit bezeichnet wird, sehr heterogene Aspekte betrifft.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Ideologietheorie von Georg Lukács, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Was Lukács betrifft, so ging es ihm in „Geschichte und Klassenbewußtsein" allerdings nicht darum, „das Scheitern einer sozialistischen Revolution nach dem Ersten Weltkrieg zu erklären" (58), wie Amlinger irrtümlicher Weise anzunehmen scheint, sondern er ging im Gegenteil (wie die damalige linksradikale Strömung in der Kommunistischen Internationale insgesamt) von einer bevorstehenden siegreichen Revolution auch in Westeuropa aus, wenn sich das proletarische Klassenbewusstsein aus den Fesseln des Bürokratismus (so Lukács 1967 rückblickend im selbstkritischen Vorwort zur Neuauflage des Buches) befreien könne. Abgesehen davon zeichnet Amlinger auf brillante Weise nach, wie Lukács, anknüpfend an die Überlegungen von Marx über den Fetischcharakter der Ware, in der Totalisierung des Tauschwertprinzips eine die Subjekte in allen Lebensbereichen beherrschende Tendenz der „Verdinglichung" diagnostiziert. Bei Lukács handelt es sich also nicht mehr nur um ein illusionäres Bewusstsein hinsichtlich der Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion, sondern um eine „Universalisierung der Verdinglichung" (56) der gesamten Kultur. Davon werden auch die gesellschaftlichen Wissensformen ergriffen, die einerseits eine „einheitliche Bewusstseinsstruktur" hervorbringen, andererseits aber, vermittelt durch Prozesse der industriellen Rationalisierung, Formen passiver „kontemplativer" (Lukács) Subjektivität und „Atomisierung der einzelnen Subjekte im Produktionsprozess" (64) hervorrufen. Treffend fasst Amlinger die ideologietheoretischen Konsequenzen bei Lukács dahingehend zusammen, dass Verdinglichung die Praxis der Subjekte ihrer inhaltlichen Qualitäten beraubt und den Zusammenhang mit der Praxis anderer Subjekte zerreißt. Das korrespondiert mit dem Verlust eines Totalitätsbewusstseins bzw. der Dominanz eines „szientistischen Wissenstyps", der nicht mehr den Gesamtzusammenhang reflektiert, sondern sich auf eine empiristische Isolierung einzelner Sachverhalte beschränkt. Aufgebrochen werden kann nach Lukács die gesellschaftliche Verdinglichungsstruktur nur dadurch, dass sich das Proletariat seines Objektcharakters bewusst wird und damit die strukturellen Ursachen der Verdinglichung erkennt. Nur das Proletariat kann sich aufgrund seiner besonderen Klassenlage deshalb als „Subjekt-Objekt" (Lukács) konstituieren (74). Hier bringt Amlinger erneut das Wahrheitsthema ins Spiel. Sie glaubt, obwohl das so nicht aus dem Text von Lukács hervorgeht, dass dieser, um die „ideologische Verkehrung" aufzuheben, eine „Praxis der Wahrheit" (75) zu denken versuche. Wieder stellt sich so jedoch die Frage, was Amlinger inhaltlich mit Wahrheit meint. Soll sie eine metaempirische Instanz, einen Bewusstseinszustand,

die objektive Realität, einen Erkenntnisprozess oder eine sonstige „Praxis" kennzeichnen? Wenn Amlinger dabei von einer „Marxschen Wahrheitstheorie" (76) und sogar allgemein von einer „Politik der Wahrheit" (76) spricht, verweist das auf den Einfluss eines Diskurses, der mit den Namen von Alain Badiou, Jacques Rancière und Slavoj Žižek verbunden ist und im letzten Kapitel am Beispiel von Žižek auch explizit gemacht wird, ohne dass sich Amlinger jedoch mit diesem Diskurs unkritisch identifiziert. Gerade deshalb bleibt aber ihre Formel einer „Politik der Wahrheit" im Zusammenhang mit Lukács unklar.

Wie Amlinger zu Recht feststellt, liegt der wesentliche Unterschied zwischen Lukács einerseits und Horkheimer/Adorno andererseits darin, dass Letztere eine praktische Aufhebung des „Ganzen als des Unwahren" nicht mehr für möglich halten, während Lukács im revolutionären Bewusstsein des Proletariats die entscheidende geschichtliche Kraft gesehen hatte, die Verdinglichungsgewalt zu brechen. Folgerichtig stellt sie die Frage, ob aber, wenn nach der Aussage Horkheimers und Adornos in „Dialektik der Aufklärung" das Moment der Wahrheit, das bisher stets im Ideologischen überlebte, definitiv eliminiert worden ist, die so eintretende Stilllegung der „Dialektik des Wahren und Falschen" überhaupt noch rückgängig gemacht werden könne.

Am Beispiel der von Horkheimer/Adorno analysierten „Kulturindustrie" beschreibt Amlinger, dass Ideologie sowohl eine (unbewusste) Verdoppelung der Realität als auch intentionale Manipulation beinhalte und so einen geschlossenen Verblendungszusammenhang hervorbringe, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt. Wenn Bewusstsein nicht mehr nur eine falsche Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit liefert, sondern selbst von den spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen aufgesogen wird und wenn Subjektivität und Individualität einer „fordistischen Standardisierung der Kulturproduktion" (89) zum Opfer fallen, lösen sich unvermeidlich auch die Widerstandspotentiale auf, die dem System der kapitalistischen Massenkultur bisher entgegengesetzt werden konnten. Infolgedessen kann Amlinger als Resultat der „Kulturindustrie" nur eine vollständige Resignation ihrer beiden Autoren registrieren (92). Gleichzeitig entdeckt sie aber einen Widerspruch zwischen der pessimistischen Diagnose der „Kulturindustrie" zum einen und dem Festhalten Horkheimers und Adornos am Anspruch auf Kritik des Unwahren. Vernunft könne sich nämlich selbst in Frage stellen, indem sie das Nichtidentische an ihr im Verhältnis zu Gesellschaft und Kultur reflexiv wahrnehme (103). Der letzte Funke einer „Praxis der Wahrheit", so C. Amlinger, scheint also auch bei Horkheimer/Adorno noch nicht endgültig verglommen zu sein.

Ganz anders als die Repräsentanten der Frankfurter Schule konzipiert Louis Althusser das Ideologieproblem, das die Autorin im folgenden Kapitel rekonstruiert. Althusser als Protagonist eines marxistisch gefärbten Strukturalismus interessiere sich nicht primär dafür, wie Ideologie den Kapitalismus verkehrt abbildet, sondern für das, was mit den Subjekten geschieht, damit sie die herrschenden Verhältnisse durch ihre eigenen Pra-

xen anerkennen. Entscheidend sei für Althusser, „wie sich die Menschen ihr Verhältnis zu den Produktionsverhältnissen vorstellen und wie dieses *imaginäre Verhältnis* ihre Praxis determiniert" (106). Damit wird die Funktionsweise von Ideologie als Produktion von Subjektivität angesprochen. Ausführlich geht Amlinger deshalb auf Althussers Theorie der „Ideologischen Staatsapparate" (ISA) ein. Während andere Ideologietheorien sich primär auf die Verzerrungen und Verkehrungen objektiver Verhältnisse richten, fragt Althusser danach, wie Subjekte dazu veranlasst werden, ein imaginäres Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen zu entwickeln. Unter Einbeziehung der psychoanalytischen Auffassungen von Jacques Lacan, aber auch der Hegemoniekonzeption von Antonio Gramsci entwirft Althusser ein Modell der Subjektkonstituierung, das die (freiwillige) Unterwerfung der Subjekte unter die ISA beinhaltet, indem diese durch „Anrufung" die habituellen Praxen der Subjekte generieren. Dabei weist Althusser, wie Amlinger hervorhebt, der Ideologie insofern eine „eigene Materialität" (114) zu, als Ideologie in „Apparaten" wie dem Recht, der Familie, dem politischen System usw. eine arbeitsteilige materielle Struktur annimmt. Daraus lässt sich nach Amlinger der Schluss ziehen, dass es bei Althusser Praxis nur durch Ideologie und Ideologie wiederum nur durch Subjekte gebe (116). Wie die Subjektkonstituierung bei Althusser verläuft, stellt die Autorin im folgenden Abschnitt dar, indem sie Subjektkonstituierung hier als eine „vierfache Spiegelungsstruktur" auffasst: Subjekte werden *erstens* durch ISA „angerufen", ihnen *zweitens* unterworfen, *drittens* dazu gebracht, sich wechselseitig und im Verhältnis zum Ideologischen (in Anlehnung an Lacan spricht Althusser von einem großen „SUBJEKT") anerkennen und damit *viertens* die gegebene Ordnung als nicht anzuzweifelnde Verhältnisse bestätigen (119).

Hier wendet Amlinger gegen Althusser ein, dass seiner Theorie des Ideologischen eine Tendenz zur Ontologisierung eingeschrieben sei, die auf die Deutung der gesellschaftlichen Wirklichkeit überzugreifen drohe und sie als unveränderbar erscheinen lasse (123). Althusser hat dieses Problem offensichtlich selbst gesehen und zu lösen versucht, indem er zwischen Ideologie und Wissenschaft einen radikalen „epistemologischen Bruch" vollzog. Dieser Bruch lokalisierte für Althusser gleichzeitig, wie Amlinger interpretiert, den „Ort der Wahrheit", von dem aus die Realität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einer radikalen revolutionären Kritik unterzogen werden könne. Dem Produktionsprozess des Kapitals und der von ihm geschaffenen Verhältnisse setzt Althusser den wissenschaftlichen Produktionsprozess als „theoretische Transzendenz von der schlechten Totalität des Bestehenden" (128) entgegen. Es handelt sich dabei mit den Worten Amlingers, die hier etwas unvermittelt und unausgesprochen auf die Husserlsche Phänomenologie zurückgreift, um eine „Epoché des Intellektuellen", also um eine systematische Ausklammerung ideologischer Subjektivität durch wissenschaftliche Theorie. Man kann der Autorin nur zustimmen, wenn sie, Einwände von Jacques Rancière und Edward P.

Thompson aufnehmend (131), zwischen Althussers Verabsolutierung von Wissenschaft und der Abschottung eines bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses gegen die Wirklichkeit kritisch Parallelen zieht.

Das letzte Kapitel geht einer Ideologie- und Wahrheitsauffassung nach, die – im Widerspruch zum Strukturalismus, aber auch zum Relativismus postmoderner Autoren – Begriffen wie Ideologie, Subjekt und Wahrheit unwandelbare Gültigkeit attestiert und geradezu rigoros darauf besteht, dass aktuell beliebte Narrative der Entideologisierung und Entsubjektivierung selbst nichts anderes sind als Fetischisierungen des modernen Kapitalismus. Als Repräsentant einer die „postideologische Ideologie" frontal angreifenden „Politik der Wahrheit" stellt Amlinger Slavoj Žižek vor, der vor allem im Spektrum der Globalisierungsgegner und „interventionistischen Linken" auf große Resonanz stößt. Für Žižek, so erfährt man bei Amlinger, manifestiert sich Ideologie gerade darin, dass die Subjekte glauben, sich von ihr gelöst zu haben (143). Die Illusion, sich nicht mit den kapitalistischen Verhältnissen zu identifizieren und eine Haltung „aufgeklärter" Distanz zu ihnen einzunehmen, produziere erst eine wirkliche Identifizierung mit ihnen. Während die Vertreter eines „postpolitischen" Denkens das Ende jeder sich auf Wahrheit berufenden Ideologie behaupten, insistiert Žižek , anknüpfend an Alain Badiou und Jacques Rancière, im direkten Gegensatz dazu auf einer „Politik der Wahrheit". Sie setzt Žižek mit geradezu fundamentalistischer Verve dem gängigen Politikverständnis als technokratischem Krisenmanagement entgegen. Zwischen der „Politik der Wahrheit", die auf einer ewigen Geltung universalistischer Werte wie Gerechtigkeit und Gleichheit beruht und sich nicht empirisch widerlegen lässt, einerseits und der „alltäglichen Regierungspraxis" (146) andererseits besteht ein unaufhebbarere Antagonismus. Er macht es unmöglich, die „Politik der Wahrheit" und die aus ihr abgeleitete „kommunistische Hypothese" (Alain Badiou) technokratisch für die Anpassung an das Bestehende zu instrumentalisieren. Weil die Wahrheit des Kommunismus universell und zeitlos ist, bleibt auch, wie Amlinger Žižek adäquat referiert, die Revolution als „Wahrheitsereignis" für Žižek immer aktuell. Allerdings verhinderten „multiple Antagonismen" (Žižek) des globalisierten Kapitalismus, dass sich, wie der klassische Marxismus unterstellt habe, die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt konstituiere. Stattdessen sei diese Möglichkeit auf den „Anteil der Anteillosen" (153), also auf die vom Kapitalismus exkludierten Massen in den Slums und Favelas globaler Megastädte übergegangen.

Plausibel wendet Amlinger gegen Žižek ein, dass seine Verabsolutierung von Wahrheit zu „ontologischer Transzendenz" und von Revolution zum „Wahrheitsereignis" (157) einen die konkrete politische Praxis delegitimierenden Maximalismus befürworte. Žižeks Negation des postmodernen und postpolitischen Relativismus drohe seinerseits in Essentialismus umzuschlagen (157).

Im Schlusskapitel hebt Amlinger noch einmal wesentliche Aspekte und Zusammenhänge ihrer vorausgegan-

genen Überlegungen und Interpretationen hervor und benennt gleichzeitig Defizite der von ihr berücksichtigten Autoren.

Mit ihren Studien liefert sie, so lässt sich der Eindruck der Lektüre des Buches zusammenfassen, einen exzellenten Überblick über die ideologietheoretischen Positionen prominenter Autoren des marxistischen Diskurses. Sie hat sich gründlich mit deren jeweiliger Denkweise und Argumentationslogik vertraut gemacht und vermag sie deshalb kompetent darzustellen und zu kommentieren. Da, wo Amlinger nicht nur referiert, sondern kritisch kommentiert, sind ihre Einlassungen überzeugend. Ja, man hätte sich durchaus gewünscht, dass sie ihre eigene Kritik noch ausführlicher entfaltet und systematischer in die Darstellung eingearbeitet hätte. Auch wäre es sicherlich für das Verständnis ihrer begrifflichen Basis hilfreich gewesen, wenn sie auf eine eigene inhaltliche Definition von „Wahrheit" *nicht* verzichtet hätte. Schließlich hätte eine diskursgeschichtliche Kontextualisierung der einzelnen Positionen den Zugang zur Thematik im Einzelnen erleichtern können.

Unabhängig davon handelt es sich um eine ebenso gelungene wie anspruchsvolle Darstellung des Ideologie-Wahrheitsproblems im Denken der von Amlinger ausgewählten Autoren. Wer sich mit dieser oder einer ähnlichen Thematik in gesellschaftskritischer Perspektive beschäftigen will, wird das überdies sehr gut geschriebene Buch mit großem Gewinn lesen.

Lothar Peter

Beim Geld hört die Freundschaft auf

Klaus Müller, Geld. Von den Anfängen bis heute, Ahriman-Verlag, Freiburg 2015, 572 S., 27,80 Euro

Der Rezensent gesteht, in manchen seiner eigenen Arbeiten, sofern das Geld eine Rolle spielte, darüber geschrieben zu haben, ohne jede Formulierung – so wie es bei diesem Thema notwendig ist – auf die Goldwaage gelegt zu haben. Obwohl an Marx geschulter Ökonom, schlichen sich Nachlässigkeiten, vielleicht auch Fehler in manche seiner Publikationen ein. Zu dieser Selbstkritik am geldtheoretischen Schlendrian, dem viele Autoren unterliegen, sieht er sich nach der Lektüre von Klaus Müllers „Geld" veranlasst. Müller, der sich, „vom alltäglichen Geldkram" durch seine Gattin abgeschirmt, jahrzehntelang wissenschaftlich mit dem Geldbeschäftigt hat (16), entwickelt nicht nur eine Geldtheorie, die bis auf den letzten Grund der Geldbestimmungen vordringt und keine Oberflächlichkeit der Analyse durchgehen lässt, er setzt sich auch geradezu ausufernd und akribisch mit allen wichtigen Geldtheorien in Vergangenheit und Gegenwart auseinander. Seine Argumentation verbindet Logisches und Historisches, auch Unterhaltsames, in beispielhafter Weise und ist durch Scharfsinn und kategoriale Genauigkeit gekennzeichnet. Zu dieser Charakterisierung muss man auch dann gelangen, wenn man – wie der Rezensent – nicht alle Auffassungen Müllers teilt.

Sein zentraler Gegenstand ist die Wertformenanalyse. Das schließt die Fragen ein: Was ist Geld? Wie ist es entstanden und wie hat es sich entwi-

ckelt? Welche Formen nimmt es an? Welche Funktionen übt es aus? Wie ist sein Wert bestimmt? Wodurch werden Werte und Preise bestimmt? Was ist und was kann Geldpolitik? Was lässt sich über die Zukunft des Geldes sagen? Daneben werden mehr oder weniger angrenzende Themen, wie Wirtschaftswachstum, Marx' Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, Probleme der ökonomischen Methoden oder des Umgangs von Friedrich Engels mit den Manuskripten von Karl Marx und anderes behandelt.[1]

Wie ein roter Faden zieht sich durch das Buch der Disput, ob das Geld aus dem Warenaustausch oder aus Schuldverhältnissen entstanden ist, ob es einer Geldware bedarf und, wenn ja, ob diese Ware noch das Gold sein kann. Müller geht hier auf alle wesentlichen Standpunkte in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften ein und schließt darin auch die unterschiedlichen heutigen Marxinterpretationen, insbesondere auch die so genannte „Neue Marx-Lektüre", ein. Sein außerhalb des Mainstreams liegender Standpunkt kann wie folgt zusammengefasst werden: „Geld wird in diesem Buch betrachtet als Produkt und Element der Warenproduktion. ... (Es) ist das allgemeine Äquivalent für den Wert der gewöhnlichen Waren ... (und) drückt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit aus, die in den gewöhnlichen Waren enthalten ist. Geld ist somit sachlicher Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses. ... Die Werte der Waren erscheinen mit Hilfe des Geldes als Preise." (121). Allgemeines Äquivalent, Maß der Werte und Maßstab der Preise könne Geld nur sein, wenn es selbst eine mittels Arbeit produzierte Ware ist. Dazu bedürfe es keiner juristisch fixierten Bindung des umlaufenden Zentralbankgelds an diese Geldware, die durch Surrogate, Repräsentativgeld, ersetzt werden könne. Heute sei das Papiergeld der Zentralbanken – für welches eine allgemeine, gesetzliche Annahmepflicht, aber keine Pflicht zur Einlösung in Geldware bestehe – dieses Repräsentativgeld. Ist diese Ware noch das Gold? Müller krümmt und windet sich, um schließlich etwas sybillinisch festzustellen: „Gold, scheinbar entbehrlich, ist das Geld für den Fall der Fälle. Wie eine Katzenmama ihre Jungen behüten die Zentralbanken ihre Goldreserven. Zwar ist das kein Beweis, dass Gold die Geldware geblieben ist. Aber erst recht nicht, dass es keine mehr ist." (238) Das im Bankensektor geschaffene Kreditgeld, die so genannte Geldschöpfung aus dem Nichts, „ist seinem Wesen nach eine Forderung auf das Zentralbankgeld, bleibt diesem untergeordnet und ist von ihm abgeleitet." (247)

Dieses Resümee verdeutlicht, dass sich Müller wohlbegründet von Marx' Geldtheorie leiten lässt. Hinter den etwas skurrilen, auf den ersten Blick nichtssagenden Kapitelüberschriften („Klären", „Streiten", „Ordnen",

[1] Im Buchabschnitt über Engels und Marx geht es ihm darum, zu zeigen, dass Engels im dritten Band des „Kapitals" dessen Darstellung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate keineswegs fälscht, wie das gelegentlich behauptet wird. Abgesehen davon, dass dieser Abschnitt etwas weit vom Thema Geld wegführt, bleibt es ein Rätsel, warum die Überschrift „Engels fälscht Marx" – ohne wenigstens ein Fragezeichen zu setzen – lautet (395). Die Ironie, der Müller ausschweifend frönt, ist hier fehl am Platz.

„Werten", „Keimen" usw.) verbirgt sich im Grunde genommen die Art und Weise, wie das Geld in den drei Bänden des „Kapital" entwickelt und dargestellt wird: Ware und Wert, logische und historische Entwicklung der Wertformen bis zur Geldform, Geld als Maß der Werte und Maßstab der Preise, weitere Geldfunktionen, Geld als Kapital, Geldarten, Inflation, Geldpolitik, Wechselwirkung zwischen monetärer und güterwirtschaftlicher Sphäre.

Müllers Arbeit ist keine bloße Rekapitulation von Marx' Geldtheorie, sondern geht darüber hinaus. Sie bietet hinsichtlich der historisch-empirischen Abstützung ihrer Wertformenanalyse neues und erstmalig präsentiertes Material. Vier Aspekte seien besonders hervorgehoben: *Erstens* erfolgt eine weit umfassendere historische und empirische Untermauerung der Geldtheorie, als sie Marx möglich war. Die im Verlauf der vergangenen einhundert bis einhundertfünfzig Jahre veröffentlichten historischen und archäologischen Fakten über die Entstehung und Entwicklung des Geldes werden als ein großes geschichtliches Panorama ausgebreitet. Diese historische Tour würzt Müller mit allerlei Anekdoten und Anekdötchen. Geldgeschichtliche Publikationen hat es vor allem seit der letzten Weltwirtschaftskrise viele gegeben. Der Vorzug der hier vorgelegten Darstellung, die mit Gewinn auch von vorwiegend nur an dieser Geldhistorie oder gar nur an der Geldzeichen- und Münzgeschichte Interessierten gelesen werden kann, besteht darin, dass diese Geschichte auf der Grundlage einer zwar sehr komplexen, aber eben auch einheitlichen, in sich widerspruchsfreien und weitgehend gesicherten Geldtheorie behandelt wird.

Zweitens stellt Müller die Geldentwicklung bis in die unmittelbare Gegenwart des elektronischen Geldes dar, die er als deren 10. Stufe der Wertformenentwicklung identifiziert (214). Es fehlen weder solche Kuriosa der Vergangenheit wie die Steine der Insel Yap, noch die die BITCOINS oder die unterschiedlichen Zahlungssysteme. Auch die jüngsten Versuche, Regionalgeld zu etablieren, werden behandelt. Leider fehlt hier das Gegenstück: die Währungsunion und deren Probleme. Im letzten, mit „Träumen" überschriebenen XVIII. Kapitelstellt er die Frage nach der Zukunft des Geldes. Müller lässt keinen Zweifel daran, dass er eine Gesellschaft vorziehen würde, in der die „Beziehungen untereinander gemeinschaftlich, demokratisch, friedlich, solidarisch, gerecht und ökologisch" (499) gestaltet werden und die vielleicht auch als Kommunismus bezeichnet werden könnte. Sie bedürfte zwar keines Geldes mehr, zumindest, sofern die individuelle Arbeit von vornherein als gesellschaftlich notwendige, den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Arbeit geleistet würde. Aber nicht die Abschaffung des Geldes, wie von manchen Theoretikern behauptet, würde die Probleme der Welt lösen. Und sowieso: „In absehbarer Zeit ist der Traum von einer Gesellschaft ohne Geld eine Illusion." (498)

Drittens. Wie schon an anderer Stelle in dieser Zeitschrift[2] setzt sich Müller

2 Klaus Müller, Zentralbanken. Überschätzte Steuerungsfähigkeit? In: Z 102 (Juni 2015), S. 23-32.

grundsätzlich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik der Zentralbanken auseinander und kritisiert bei dieser Gelegenheit unter anderem auch den geldpolitischen Optimismus der Memorandum-Gruppe (458). Müller kann sich bei seiner Auffassung, die Zentralbanken würden auf Marktprozesse eher reagieren als diese zu dirigieren (486), nicht nur auf die wechselseitige Kritik der diesbezüglichen Theorien von Keynesianern und Monetaristen berufen. Er holt sich auch Verstärkung bei John K. Galbraith und zitiert:„Der Glaube, etwas so Komplexes ... wie das Geld lasse sich durch ... einfache Entscheidungen beeinflussen, (ist) frommes Wunschdenken. So viel inbrünstige Realitätsverleugnung ist schier unglaublich." (459). Für Galbraith wie für Müller ist die Zentralbank Element einer „komplexen wirtschaftlichen Ganzheit, deren Gesetzen und Zwängen sie sich nicht entziehen kann, an die sie sich im Gegenteil anpasst, auf die sie reagiert." (486) Zentralbankpolitik sei zwar nicht wirkungslos, aber keineswegs so souverän, wie oft behauptet, und ihre Wirksamkeit sei unsicher. Der Leser, der nach der Lektüre auch theoretisch verstanden hat, dass die von vielen Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern übertrieben dargestellten Steuerungsmöglichkeit der Zentralbanken Grenzen hat, fragt sich natürlich, was denn nun die Geldpolitik innerhalb dieser Grenzen tatsächlich vermag. Ist es wirklich egal, welche geldpolitische Strategie verfolgt wird? Gibt es keine falsche oder richtige Geldpolitik? Sind nur Monopolkonzerne so mächtig, Märkte zu beeinflussen, nicht aber die Zentralbank mit dem Monopol auf das Zentralbankgeld, hinter dem „die Nation mit ihrem Gesamtreichtum ... steht", wie es schon im „Kapital" zu lesen ist? EZB-Präsident Draghi nur ein Grüß-August? Marx schreibt auch: „Die größte Kapitalmacht in London ist natürlich die Bank von England." „Die Macht der Bank von England zeigt sich in ihrer Regulierung der Marktrate des Zinsfußes." „Die Zentralbank ist Angelpunkt des Kreditsystems."[3] Spielt unter den Bedingungen einer Papiergeldzirkulation neben anderen Faktoren nicht die umlaufende Papiergeldmenge eine wichtige Rolle für das Preisniveau? Müller zitiert Engels, der beschreibt, wie es der Bank von England 1857 gelingt „die Krise zu brechen" (476). Wirklich nur eine nebensächliche Episode? Sind kurzfristige, zeitlich begrenzte Effekte der Zentralbankpolitik nicht eminent wichtig für den konkreten Verlauf des Zyklus? Erleben wir heute nicht am Beispiel Griechenlands, wie die Europäische Zentralbank mit der Bereitstellung von mehr oder weniger ELA-Krediten (Emergency Liquidity Assistance) dieses Land weiter zu strangulieren oder auch am Leben zu erhalten vermag?

In diesem Kontext ist auch Müllers kritische Sicht auf die These vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu hinterfragen. Es gebe zwar Wechselwirkungen, „grundsätzlich aber dominieren die güterwirtschaftlichen die monetären Verhältnisse und nicht umgekehrt." (469) Nun lassen die Worte „grundsätzlich" und „dominieren" immer einen weiten Interpretationsspielraum zu. In einer Wirt-

3 Karl Marx, Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 556 - 558, 587.

schaftsweise, in der das Geld als Kapital am Anfang und als Ziel auch am Ende des Kapitalkreislaufes steht (G – W ... P ... W' – G') ist es aber nicht unwahrscheinlich, dass in der Konkurrenzbeziehung zwischen fungierenden Kapitalisten und Geldkapitaleignern auch letztere dominieren können. Das Kreditsystem, schreibt Marx, sei „Triebfeder der kapitalistischen Produktion". Es gebe „ dieser Parasitenklasse eine fabelhafte Macht, nicht nur die industriellen Kapitalisten periodisch zu dezimieren, sondern auf gefährlichste Weise in die wirkliche Produktion einzugreifen – und diese Bande weiß nichts von der Produktion und hat nichts mit ihr zu tun."[4] Diese Sätze werden vor hundertfünfzig Jahren geschrieben, zu einer Zeit, als das Finanzsystem im Vergleich zu heute noch in den Kinderschuhen steckte!

Viertens. Müller bescheinigt der Geldtheorie einen insgesamt „chaotischen Zustand" (314). Er geht an allen Stellen seines Werkes ausführlich auf frühere und heutige Debatten über das Geld ein. Dies gilt für die schon von Marx behandelten Geldtheorien wie für die seitdem entwickelten Auffassungen. Hervorzuheben sind hier der Monetarismus, der Metallismus, der Nominalismus, Georg F. Knapps Chartialismus, die Theorien von John M. Keynes, Silvio Gesell, David Graeber, Gunnar Heinsohn/Otto Steiger; die von der sogenannten „monetären Werttheorie" ausgehende „Neue Marx-Lektüre" und die „Geldschöpfungstheorie". Anhand dieser Debatten schärft Müller seine Geldtheorie und seine Methodik. Obwohl er betont, dass die von ihm aufgeführten Fakten zugunsten der eigenen Theorie für sich genommen nichts beweisen würden – dies könne nur empirische in Verbindung mit analytischen Argumenten leisten – so würden sie noch weniger für die anderen, kritisierten Geldtheorien sprechen (vgl. 237, 238, 284).

Müllers Argumentation ist nicht nur scharfsinnig, sondern auch äußerst scharfzüngig. Er schreibt polemisch und oft witzig sowie mit Ironie gewürzt. Ob aber solche Äußerungen wie zum Beispiel „Harvey trompetet" (100), „geblähte Herablassung" bei David Graeber (21), „ausgemachter Unsinn" oder „mäßige Geistesgestörtheit" (26) der von ihm geforderten Versachlichung der Debatte dienlich sind, darf bezweifelt werden. Beim Geld, wird gesagt, hört die Freundschaft auf, aber er hätte da besser der von ihm zitierten Jenny Marx folgen sollen, die ihren Mann mahnte, „nicht zu gallicht und gereizt", sondern „sachlich und fein oder humoristisch und leicht" zu schreiben. (8) Eigentlich kennt man den wissenschaftlich und publizistisch fleißigen Müller auch nicht anders und fragt sich, welcher Teufel – das Wappentier des Ahriman-Verlages – ihn oder seinen Lektor da geritten hat.

An manchen Stellen interpretiert Müller seinen Gegenstand ziemlich weit und kommt auf Dinge zu sprechen, die er sich, wie mir scheint, als ein linker Professor schon lange Mal von der Seele schreiben wollte. Das betrifft einige Abschnitte im Kapitel „Spekulieren", wo er ausführlich über Techniken der Börsenspekulation schreibt. Das trifft auch auf die Kapitel „Wachsen" und „Teilen" zu, wo die Ausführungen über Demografie,

[4] Ebenda, S. 457, 560.

Grenzen des Wachstums, Nachhaltigkeit, die Verteilung, das Rentensystem und das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Geld immer und überall eine Rolle spielt, doch recht weit weg von seinem Thema führen. Lesenswert sind diese Teile allemal, wenngleich sich auch ihnen manche Geister scheiden werden.

Müller beschreibt und modelliert sehr breit die Bestimmung und Messung der Wertgröße aus der „vollen Arbeitszeit" (64). Da wäre eine etwas ausführlichere Darstellung des Problems der Reduktion komplizierter auf einfache Arbeit und der Bestimmung internationaler Werte sicher angemessen gewesen. Die Verwandlung von Werten in Produktionspreisen im Kapitalismus der freien Konkurrenz, die für das Preisverständnis unumgänglich ist, schließt Müller mit einer lediglich kurzen Erwähnung des Monopolwertes beziehungsweise -preises ab (87). Abgesehen davon, dass die Rekapitulation der Monopolpreis-Diskussion der 1980er Jahre für die gesamte Methodik einer Theorie der Werte und Preise sowie des Geldes erhellend gewesen wäre, ist sie für eine auf die Gegenwart zielende Geld- und Preistheorie eigentlich unverzichtbar. Nicht nur aus diesem Blickwinkel des Platzgewinns hätte der Verlag auf die beiden Anhänge (zwei Artikel aus den „Ketzerbriefen" des Ahriman-Verlags), von denen einer überhaupt nichts zum Thema beiträgt und der andere über Inflationsmessung ohne jegliche Bezugnahme zu Müllers interessanten Ausführungen dazu ist, gut verzichten können. Gleiches trifft auf das Geleitwort von Fritz Erik Hövels zu, das dieser seltsamerweise als notwendig erachtet, um Müllers Arbeit überhaupt „mit Gewinn nutzen zu können" (vgl. xviii).

Jürgen Leibiger

Kapitalismus in Deutschland 1950 bis 2013

Stephan Krüger, Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950 - 2013. Beschäftigung, Zyklus, Mehrwert, Profitrate, Kredit, Weltmarkt, Hamburg 2015, VSA-Verlag, 140 S., 12,00 Euro

Der Name Stephan Krüger spricht für sich. Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre versorgt der marxistische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler mit der Zusammenstellung und Analyse makroökonomischer statistischer Daten der Bundesrepublik linke Wissenschaftler mit wertvollen Informationen. Auch in der vorliegenden Publikation nutzt Krüger die offiziellen Daten, die die zuständigen Behörden der Bundesrepublik veröffentlichen, gestaltet sie, soweit für eine exakte Analyse der Wirklichkeit notwendig, entsprechend den Grundsätzen der Arbeitswerttheorie um und ermöglicht auf diese Weise eine marxistische Analyse der Sozial- und Wirtschaftsentwicklung der alten und der vergrößerten Bundesrepublik.

„Was macht die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie ... zu dem überlegenen Paradigma der Analyse des kapitalistischen Akkumulationsprozesses?" fragt Stephan Krüger einleitend. „Im Wesentlichen dies, dass sich ihre Kategorien und die durch sie ausgedrückten ökonomischen und sozialen Zusammenhänge durch den ideellen

Nachvollzug der Bewegung des Werts als Kapital ergeben und daher die Wirklichkeit ohne jede Zutat eines theoretischen Räsonnements offenlegen. Diese ideelle Reproduktion realer Prozesse ermöglicht zudem, dass die fundamentalen ökonomischen Funktionszusammenhänge gegenüber deren äußeren Erscheinungsformen, die ebenso viele Mystifikationen und Verkehrungen der ersten enthalten können, dechiffriert werden." (13)

Diese Ankündigung ist ein Versprechen. Es einzuhalten ist Krüger in der Lage. Das sei gleich vornweg gesagt.

Die wichtigsten Themen, denen Stephan Krüger sich in dieser Publikation widmet, sind bereits im Untertitel vorgestellt. Ergänzend sei noch auf folgende verwiesen: Die soziale Stellung der arbeitenden Klasse, die ökonomischen Aktivitäten des Staates, die Entwicklung des Aktienkapitals und der Börsenumsätze, die Rolle des bundesdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt. Ebenso behandelt werden die Krise in der Eurozone und die Politik der Europäischen Zentralbank. Als Ausgangsmaterial für seine Analysen nutzt Krüger die Daten des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, des Münchener Ifo-Instituts sowie statistische Daten der Europäischen Zentralbank und der Welthandelsorganisation.

Jedes der von ihm behandelten Themen ist in mehrere Abschnitte unterteilt. Zu jedem dieser Abschnitte existiert mindestens eine Graphik, die kommentiert wird. Das ermöglichst bzw. erleichtert auch dem weniger mit statistischen Daten vertrauten Leser die Entwicklungsgeschichte der Wirtschaft der Bundesrepublik jeweils von 1950 bis 2013 – bei letzterem Jahr handelt es sich um das jüngste Jahr für das Daten bereits verfügbar sind – zu verfolgen und zu verstehen. Die Quellen sind jeweils angegeben. Die von Krüger selbst berechneten Daten sind in einem 18-seitigen Tabellenanhang ausgewiesen.

Diese Art der Darstellung ermöglicht zweierlei: Erstens erlaubt sie einen – in dieser Art meines Wissens bisher nicht vorhandenen – Gesamtüberblick über mehr als sechs Jahrzehnte deutscher Nachkriegs- Wirtschaftsgeschichte. Zweitens lassen sich die Auswirkungen bestimmter aus dem Geschichtsverlauf der Bundesrepublik herausragender ökonomischer Ereignisse in Bezug auf ihre unmittelbaren und längerfristigen Einwirkungen und Auswirkungen erkennen. So nimmt Krüger auch im abschließenden seine Analysen summierenden Kapitel, „Vom Wert der Ertragsrechnung" betitelt, zu den viel diskutierten, sich seit den Konjunktureinbrüchen von 1974/75 vollziehenden Veränderungen in der Struktur der Kapitalakkumulation Stellung. Er charakterisiert sie als Kennzeichen der Ablösung einer Periode beschleunigter Kapitalakkumulation in den Nachkriegsjahrzehnten durch eine Periode der Überakkumulation von Kapital in den kapitalistischen Metropolen „die chronischen Charakter hat oder strukturell ist, weil sie nicht nur kurzfristig-zyklisch auftritt, sondern während aller Phasen des industriellen Zyklus, wenngleich in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Intensität, anhält" (111).

Krüger unterteilt die Mitte der 70er Jahre angebrochene zweite Entwicklungsperiode der Wirtschaft der Bundesrepublik in drei Phasen: Erstens

die der Stagflation, zweitens die Phase der Angebotspolitik, wo versucht wird „durch Flexibilisierung der Geldlöhne nach unten die bereits marktmäßig durch steigende Arbeitslosenzahlen vorbereitete Umverteilung von den Löhnen zu den Profiten zu forcieren" (112). Dieser folgt eine dritte Phase, die Krüger folgendermaßen charakterisiert: „Die immer fühlbarer gewordene (Konsum-)Nachfrageschwäche ... sollte nunmehr durch eine finanzmarktbasierte, Konsumentenkredite gestützte Expansion der Massennachfrage geheilt werden". Dabei handele es sich um einen Prozess, „der von vornherein zum Scheitern verurteilt war, weil er nicht nachhaltig ausgestaltbar ist." (114)

Während der Entwicklungsbruch von 1974/75 bereits vielfach gedeutet wurde sind die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die bundesdeutsche Kapitalakkumulation bisher noch (zu) wenig Gegenstand von Analysen gewesen. Krüger widmet diesem Thema keinen gesonderten Abschnitt. In seiner Analyse der Gesamtentwicklung der Wirtschaft der Bundesrepublik geht er aber wiederholt an gegebener Stelle auf die Folgen des Anschlusses der DDR an die BRD ein.

Der – wie ihn Krüger nennt – „kurzzeitige DDR-Anschlussboom" von 1990/91 hat – gesamtdeutsch betrachtet – zu einer asymmetrischen Belebung der Investitionsnachfrage geführt, die rückläufige Entwicklung des öffentlichen Konsums zeitweise unterbrochen und die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte zur Refinanzierung fällig gewordener Schuldtitel (u.a. durch Übernahme der Treuhandschulden) in die Höhe schnellen lassen. Weiter heißt es bei Krüger über die infolge des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik notwendig werdenden Transferleistungen: „Die Schere bei der Entwicklung der Brutto- und Nettoarbeitsentgelte seit Beginn der 1990er Jahre verdankt sich hauptsächlich einer steigenden Steuerlast und nur geringfügig steigenden Sozialabgaben." (80). Auch bezüglich der Auswirkungen anderer „Unregelmäßigkeiten" in der Wirtschafts- und Sozialentwicklung der BRD über die von ihm umfassend charakterisierten elf Konjunkturzyklen der Nachkriegszeit hinaus kann man in Krügers Buch fündig werden.

Die Lektüre von Stephan Krügers Buch lohnt sich für alle, die sich über die ökonomische und soziale Entwicklung der Bundesrepublik einen Überblick verschaffen wollen, aber auch für jene, die Einzelereignisse in die Gesamtgeschichte der Bundesrepublik einzubetten beabsichtigen. Zusammenfassend kann man feststellen: Für alle, die sich mit der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte nach 1945 beschäftigen bzw. sich für sie interessieren ist Krügers Buch eine Publikation, die sie bei der Lektüre der Fachbücher zum Thema auf keinen Fall auslassen sollten.

Jörg Roesler

Kapitalismus und Buchhaltung

Jane Gleeson-White, Die doppelte Buchführung und die Entstehung des modernen Kapitalismus, Klett-Cotta, Stuttgart 2015, 366 S., 24,95 Euro

Das Buch ist eine herbe Enttäuschung. Man erfährt einiges über die

Geschichte der doppelten Buchführung, fast nichts über den Kapitalismus und wenig über den Zusammenhang zwischen beiden. Die in Australien lebende Autorin hat Universitätsabschlüsse in Wirtschaftswissenschaften und Literaturwissenschaft vorzuweisen und kennt sich in der Kunst der italienischen Renaissance aus. Wahrscheinlich ist sie deshalb auf die Idee gekommen, sich mit der im Venedig der Renaissanceperiode entstandenen doppelten Buchhaltung zu befassen. Leider widersteht sie nicht der Versuchung, den Zettelkasten ihres reichen Wissens auszuschütten, was oft nur entfernt mit dem Thema zu tun hat.

Sie beginnt in den beiden ersten Kapiteln mit einem Überblick über die Entwicklung von Rechnen und Berechnen, von Mathematik und Zahlen. Da es bei der doppelten Buchführung um Zahlen geht, gibt es zwar einen Zusammenhang – aber auch die einfache kaufmännische Einnahmen-Ausgabenrechnung benutzt Zahlen. Das dritte Kapitel widmet sich der Biografie des Mannes, der das System der doppelten Buchführung, die „venezianischen Methode" (17), erstmals systematisch beschrieben hat: der Franziskaner Luca Pacioli, geboren um 1440 in der Nähe von Florenz.

Mit dem Thema im engen Sinne befassen sich Kapitel 4 und 5, in denen die Methode vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rolle Venedigs beschrieben wird: Kernpunkt ist, dass die doppelte Buchführung jeden Geschäftsvorfall (Kauf oder Verkauf) zweimal registriert, entsprechend den damit verbundenen Veränderungen bei der Finanzierungsquelle einerseits (z.B. Minderung des Kassenbestands) und des Warenbestandes (z.B. der Tuchvorräte) andererseits. Das ermöglicht es dem Kaufmann, sein Vermögen auf zwei Wegen festzustellen, durch den Vergleich von Beständen und Schulden einerseits und die Analyse der Zahlungsströme andererseits (heute durch Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung). Die Autorin beschreibt auf der Grundlage des Textes von Pacioli die damals bereits seit zweihundert Jahren praktizierte Methode: „Mit den 27 Seiten seiner ‚Summa' war Pacioli der erste, der die venezianische Methode der Buchführung systematisch festhielt ...." (135).

Leider behandelt die Autorin in den folgenden Kapiteln kaum die damit verbundenen Probleme, unterschiedliche Bewertungspraktiken usw., sondern zieht es vor, über den Zusammenhang zwischen Buchführung und Kapitalismus zu spekulieren, insbesondere in den Kapiteln 6 und 7. Die These, dass die doppelte Buchführung den Kapitalismus hervorgebracht habe, hat sie bei Werner Sombart entliehen – eigene Belege liefert sie nicht. Immerhin ist sie fair genug darauf hinzuweisen, dass die Methode zwar seit dem 14. Jahrhundert praktiziert wurde, aber keineswegs überall: „Faktisch weisen die wenigen Geschäftsbücher, die aus der Zeit zwischen dem 14. und dem Beginn des 19. Jahrhunderts erhalten sind, darauf hin, dass das System der doppelten Buchführung in dieser Zeitspanne kaum in die Praxis umgesetzt wurde" (200). Weiter zitiert sie Autoren, die daraus schlussfolgern, dass der „Geist des Kapitalismus" auf der Welt war, lange bevor die doppelte Buchführung gängige Praxis wurde. Der zweite

Kronzeuge der Autorin, Max Weber, ist eher ungeeignet: Er spricht nur allgemein von „rationaler Kapitalrechnung", die – behauptet die Autorin – aus den „Prinzipien der doppelten Buchführung" abgeleitet sei. Das ist ziemlich weit hergeholt. Dabei übersieht sie merkwürdigerweise einen Aspekt, der (im Gefolge Webers) für ihre These sprechen könnte: Indem die doppelte Buchführung den Kaufmann zwingt, zwischen Privatvermögen und Geschäftsvermögen zu trennen (das Kassenkonto des Unternehmens ist ein Schuldkonto, 145) erzeugt sie etwas, das bei Max Weber als Merkmal des modernen Kapitalismus gilt: die Trennung zwischen Betrieb und Eigentümer. In den weiteren Kapiteln geht es – neben dem Wandel des Buchhalterberufs vom gewissenhaften Diener des Unternehmers zum Bilanzfälscher und Unternehmensberater (Kap. 6 und 9) – vor allem um die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und das Bruttoinlandsprodukt (BIP), für die Autorin Inbegriff der Irrwege des Kapitalismus: „Das im 13. Jahrhundert in Venedig entstandene und später von Luca Pacioli festgeschriebene System der doppelten Buchhaltung hat sich in ein peinlich genaues, erdumspannendes Berechnungsinstrument verwandelt." (299) Letztlich geht es der Autorin aber weniger um doppelte Buchführung als um die Herrschaft der Zahlen: „Unser moderner Drang, alles zu vermessen, entstand im späten Mittelalter; damals fand ein ‚radikaler Wahrnehmungswandel' statt, bei dem die Mathematik, die Buchführung nach venezianischer Art und Luca Pacioli eine Schlüsselrolle spielten." In diesem Kontext sei erwähnt, dass das Steuererhebungssystem des zentralstaatlich organisierten China schon viel früher zu extremem Vermessungsdrang führte – ohne Luca Pacioli und doppelte Buchführung.

Die Kapitel 8 und 10 beschreiben die Herausbildung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, was man allerdings anderswo (z.B. bei Daniel Speich-Chassé, Die Erfindung des Bruttosozialprodukts, Göttingen 2013) schon besser gelesen hat. Vor allem ist der von ihr behauptete direkte Zusammenhang zwischen doppelter Buchführung und VGR nicht nachvollziehbar. Sicher hat die VGR Anleihen bei der Methode der doppelten Buchführung genommen (z.B. das Kontensystem), andererseits aber gibt es grundlegende Unterschiede: Während die doppelte Buchführung die Analyse von Waren- und Geldströmen mit der Vermögensrechnung verbindet, beschränkt sich die VGR auf Wirtschaftsströme. Dass die Autorin diesen grundlegenden Unterschied zwischen VGR und doppelter Buchführung nicht thematisiert ist umso merkwürdiger, als sie Autoren zitiert, die diesen Mangel beklagen: „Die BSP-Statistiken geben die entscheidenden Wirtschaftsströme wieder – … – sie messen aber nicht den Zustand des ‚Stammkapitals'" wozu sowohl das menschengemachte „Kapital" als auch die natürlichen Ressourcen zählen (274). Sie kann auch nicht erklären, warum der moderne Kapitalismus so lange ohne VGR auskommen konnte: Erst in den 1950er Jahren wurde das heute bestehende System entwickelt, was weniger eine Folge des Zusammenbruchs des Laisser-faire-Kapitalismus in der Krise

1929/32 war (wie die Autorin meint) als vielmehr mit der sich zuspitzenden Systemkonkurrenz nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenhing: Unser heutiges System der VGR ist auch ein Kind des Sozialismus – noch in den 1960er Jahren gab es prominente Ökonomen, die der VGR als Einfallstor sozialistischer Lenkungswirtschaft misstrauten.

Während die Autorin der müßigen Frage nachgeht, ob es sich beim Zusammenhang zwischen doppelter Buchführung und Kapitalismus um ein „Henne und Ei"-Problem handelt (Kap. 7), versäumt sie es, die eigentlich spannende Frage zu behandeln, wie sich die Entwicklung des Kapitalismus in den Buchführungssystemen widerspiegelt.

Jörg Goldberg

Am weißen Faden

Sven Beckert, King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus. Aus dem Amerikanischen von Annabel Zettel und Martin Richter. Verlag C. H. Beck, München 2014 [2. Aufl. 2015], 526 S., 29,95 Euro

Noch 1996 vermerkte Eric Hobsbawm in einem Vortrag, jüngere Historiker(innen) schrieben keine Gesamtdarstellungen mehr und konzentrierten sich, wollten sie Erfolg haben, auf Detailstudien. Das hat sich inzwischen geändert. In einer Gemeinschaftsproduktion von C. H. Beck und Harvard University Press erscheint eine sechsbändige – sage und schreibe – „Geschichte der Welt". Jürgen Osterhammel und Niels Petersson legten „Eine kleine Geschichte der Globalisierung" vor. Das hier zu besprechende Buch „King Cotton" von Sven Beckert hat den Untertitel: „Eine Geschichte des globalen Kapitalismus".

Diese Wende hat wahrscheinlich mehrere Gründe. In dem Maße, in dem „Globalisierung" als zentrales Merkmal der Gegenwart behauptet wird, scheinen Gesamtdarstellungen angemessen. Die zweite Ursache ist die Quellenlage. Wollte man möglichst präzis belegte Ergebnisse erzielen, lag die Beschränkung auf örtlich, zeitlich oder thematisch begrenzte Gegenstände nahe: Lokalstudien, kurze Abläufe oder, wenn diese beiden Grenzen überwunden werden sollten, spezielle Gegenstände (Beispiel: die „Geschichte der Eisenbahnreise" von Wolfgang Schivelbusch). Das Thema war jeweils so zuzuschneiden, dass es mit der limitierten Menge der zur Verfügung stehenden Quellen konkret behandelt werden konnte.

Nun ist in jüngster Zeit der Zugang zu Material enorm erweitert worden. Allein die veränderten Verkehrsbedingungen ermöglichen es, leichter Archive in aller Welt zu besuchen. Beckert erwähnt seine Aufenthalte „auf jedem Kontinent": in Buenos Aires, Kairo, Mulhouse, Osaka, Australien, New Delhi, Mumbai, Aix-en-Provence, Paris, Winterthur, Barcelona, Berlin, Hamburg, Bremen, Kiew, London, Manchester, Liverpool, New York, Mexiko, Valladolid. Künftig werden sich solche Reisen teilweise erübrigen, weil Materialien zunehmend digital zugänglich sein werden. Beckert hat in einigen Fällen diese Möglichkeiten schon nutzen können. Die quellengestützte Sekundärliteratur ist enorm angeschwollen und kann ebenfalls herangezogen werden, ebenso die Kommunikation per Mail in ei-

ner Community von Historikerinnen und Historikern, die immer größer geworden ist und innerhalb derer Materialien und Zwischenergebnisse ausgetauscht werden. So sind sogar weitgespannte Themen jetzt mit annähernd ähnlicher Genauigkeit zu behandeln wie früher engere.

Der globale Zugriff macht die Konzentration auf die auswählende inhaltliche Definition nicht entbehrlich. Eine Geschichte der Weltwirtschaft wird leichter entgleisen als die eines Teilgebiets, in diesem Fall: der Baumwollgewinnung und -verarbeitung.

Der Titel des Buchs ist doppeldeutig: „King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus" (im US-amerikanischen Original: „Empire of Cotton. A Global History"). Soll die globale Geschichte der Baumwolle dargestellt werden oder die Geschichte der Baumwolle innerhalb des weltweiten Kapitalismus, oder wird hier gar nahe gelegt, die Geschichte der Baumwolle sei identisch mit derjenigen des Kapitalismus? Offenbar sollen alle drei Interpretationen gelten: Der Autor ist der Ansicht, mit der Baumwolle einen nervus rerum der kapitalistischen Wirtschaft gleichsam entdeckt zu haben. Dafür könnte – von ihm selbst nicht explizit erklärt – Folgendes sprechen:

Von den Erfordernissen zur Produktion und Reproduktion menschlichen Lebens: Nahrung, Wohnung, Kleidung, sind nicht alle von Anfang an handelbar gewesen, insbesondere nicht über weite räumliche Strecken. Bei den Lebensmitteln mag dies schon früh für Getreide, Schlachtvieh, Salz und Gewürze gegolten haben, für rasch verderbliche Güter wie u.a. Gemüse zunächst nur auf kurze Distanzen. Wohnungen sind ortsfest und daher lediglich virtuell, in der Spekulation, zu transportieren (wenngleich dann oft mit enormen wirtschaftlichen und sozialen Folgen). Textilien und die Rohstoffe zu deren Herstellung dagegen waren am frühesten über weite Entfernungen handelbar. Hier entstanden „Weltmärkte", auf denen, so lange große Ungleichgewichte von Angeboten und Nachfrage bestanden und genutzt wurden und werden, hohe Gewinne zu erzielen sind. Basis waren zunächst Wolle und die Vorprodukte von Leinwand, dann vor allem Baumwolle, die am besten zu färben ist und andere günstige Nutzungseigenschaften aufweist. Dass sie der Ausgangsstoff der Industriellen Revolution war, ist bekannt. Marx demonstriert die Erzeugung des Mehrwerts an ihrer Verarbeitung. Noch die zweite Stufe der Industriellen Revolution – Dampfkraft und Montanindustrie – wurde durch ihren Energiebedarf ausgelöst. Also versucht Sven Beckert am weißen Faden der Baumwolle die Geschichte des Kapitalismus zu entrollen.

Er modifiziert die bisher übliche Terminologie. Für den Kapitalismus vor der Industriellen Revolution spricht er nicht mehr von Handelskapitalismus und Merkantilismus, sondern von Kriegskapitalismus. Mit Waffengewalt wurden Ressourcen in Asien, Afrika und Amerika erschlossen. Gegen indische Baumwollgewebe wurden afrikanische Sklaven eingetauscht, diese gegen Edelmetalle in Amerika. Marx sprach von Ursprünglicher Akkumulation und begriff dabei das innere Gewaltregime in den europäischen Zentren mit ein. Dies

fehlt bei Beckert. Der Begriff „ursprüngliche Akkumulation" erscheint in der deutschen Übersetzung seines Buchs in folgender Form in einer Fußnote: „Siehe Rosa Luxemburg über primitive Akkumulation in ‚Die Akkumulation des Kapitals', Gesammelte Werke, Bd. 5. Berlin (Ost) Kap. 26." (442)

Wiederum ebenso wie bei Marx wird die Unentbehrlichkeit des Staates für den Kriegskapitalismus betont. Sie bleibt in der Industriellen Revolution erhalten, die zugleich einen Aufschwung des Sklavenhandels und der Sklavenarbeit mit sich brachte. Diese seien „eng mit dem Rhythmus, der Intensität und den Gewinnen des Industriekapitalismus verbunden" gewesen. (101/102) „Etwa die Hälfte (46 %) aller Sklaven, die zwischen 1492 und 1888 in die Amerikas deportiert wurden, landete in der Tat dort in den Jahren nach 1780, nach der Industriellen Revolution." (402) Hauptursache war der Arbeitskräftebedarf in der Baumwollproduktion im Süden der Vereinigten Staaten. Die „Fähigkeit, die eigenen Außengrenzen zu kontrollieren, das Privileg nur weniger Regionen der Welt", (157) bestimmte auch das territoriale Arrangement der kapitalistischen Weltwirtschaft. Anbau des Rohstoffs in Übersee, Verarbeitung in Europa und der weltweite Absatz der Tuche konstituierten ein „Baumwollimperium", das von Kaufleuten und Börsen durch die „Bildung globaler Netzwerke" – zunächst noch mit dem Zentrum Manchester/Liverpool – koordiniert worden ist. (197-229) Die Finanzwirtschaft gehörte untrennbar dazu: „Ohne Kredite wäre das Baumwollimperium zusammengebrochen – in seinem Kern war es ein Kreditimperium." (214) Nach dem US-amerikanischen Sezessionskrieg (1861-1865) und der Aufhebung der Sklaverei wurde es umgebaut. Letztere musste durch Lohnarbeit ersetzt werden, deren steigende Kosten waren durch Steigerung der Arbeitsproduktivität zu kompensieren. Zugleich stieg die Nachfrage nach Baumwolle weiter und war je länger desto weniger in der Hauptsache durch die Südstaaten der USA zu decken. Man hat sich angewöhnt, den Kapitalismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als vor allem durch Stahl, Eisen, Kohle, dann durch Chemie und Elektrizität bestimmt anzusehen. Das ist zutreffend, wenn damit wichtige Durchbrüche und auch die sich verändernden Proportionen innerhalb der Volkswirtschaften sowie der Weltwirtschaft verstanden werden. Hier sank der Anteil der Baumwoll- und Textilwirtschaft. In absoluten Zahlen aber nahm sie weiter zu. Ursachen waren Bevölkerungswachstum, gesteigerte Konsummöglichkeiten und -gewohnheiten u.a. aufgrund schließlich doch steigender Reallöhne, hinzu kam die Einkleidung der Massenheere im Zuge von ständigen Aufrüstungen. Es wurde also nicht weniger, sondern mehr Baumwolle geerntet und verarbeitet, übrigens stärker als in anderen Sektoren durch Kinder- und Frauenarbeit. Neben dem männlichen Gesicht des Kapitalismus in Montanindustrie und Maschinenbau gab es hier ein vor allem weibliches. Der sich stets steigernde Bedarf machte die Ausweitung der Anbauflächen nötig – Land Grabbing zu Lasten der Subsistenzwirtschaft. Sehr dynamisch war hier das Zarenreich. Die Baumwolle verarbeitenden indus-

triellen Zentren sicherten sich die Zufuhr dieses Rohstoffs durch Erwerb und Eroberung von Kolonien. Beckert gibt hier eine Erklärung für den Übergang zum Imperialismus, der die marxistischen Theorien, die meist stark an der Überakkumulation orientiert sind, nicht außer Kraft setzt, aber ergänzt. Der Imperialismus Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts wäre in hohem Maße ein Baumwoll-Imperialismus gewesen.

Ähnliches gelte für den Anti-Imperialismus. Hatte einst die britisch Kolonialmacht die Einfuhr von Stoffen aus Indien verboten, um eine eigene Industrie zu entwickeln, so exportierte sie ihre Textilien jetzt dorthin und forcierte den Baumwollanbau, wodurch indisches Gewerbe und Nahrungsgrundlagen ruiniert wurden. Die antikoloniale Bewegung entstand so als Bündnis aus Unterklassen und Bourgeoisie. Eine Kapitelüberschrift lautet: „Indien: das Spinnrad als nationales Symbol". (378)

Im Ergebnis der antikolonialen Revolutionen kehrte die Tuchproduktion im 20. Jahrhundert wieder an ihre alten, außereuropäischen Standorte zurück. Schließlich dann: „Mitte der 1990er Jahre überholte die Produktion synthetischer Fasern die von Baumwolltextilien. Heute werden jedes Jahr etwa 52 Millionen Kunstfasern auf Erdölbasis hergestellt, z.B. für Fleecebekleidung, fast doppelt so viel wie die weltweite Baumwollproduktion." (389). Letztere nimmt vorerst jedoch nicht ab, sondern zu: Prozess- und Produktinnovation bleiben stets auch an traditionelle Bedarfe – hier: Kleidung – gebunden. Steigt die Nachfrage, finden sich Mittel und Wege, das Angebot auszuweiten, eben nicht nur an synthetischen Fasern, sondern auch an Baumwolle, deren Herstellung und Verarbeitung dann zwar den Anteilen nach sinkt, in absoluten Zahlen jedoch steigt. Es wiederholt sich die Konstellation wie im 19. Jahrhundert im Verhältnis zur Montanindustrie, zum Maschinenbau und den „neuen" Industrien.

Das Buch hat kein Quellen- und kein Literaturverzeichnis. Sven Beckert nennt seine Belege in den Fußnoten mit Erscheinungsorten, Jahreszahlen und Archivsignaturen – jedoch in dieser Vollständigkeit nur bei der Ersterwähnung, nicht mehr in den Wiederholungen. Den Leserinnen und Leser bleibt nichts Anderes übrig, als sich eine Datei an- oder einen Zettel bereitzulegen, um sich diese Angaben präsent zu halten. Das heißt: sie fertigen ihr Literatur- und Quellenregister selbst. Diese Einsparung am Lektorat steht in einem Missverhältnis zur Opulenz der Ressourcen, auf die der Autor dankbar und nicht ohne Stolz verweist. Der nächste Schritt auf dem Abwärtsweg der Produktion von gedruckten-Büchern: ihre Ersetzung durch Digitalausgaben mit Suchfunktion, ist somit vorgezeichnet.

Georg Fülberth

Berechtigtes Fragezeichen

Walter Baier, Linker Aufbruch in Europa? Edition Steinbauer, Wien 2015, 223 S., 22,50 Euro.

„Der erstaunliche Aufschwung radikal linker Parteien in Griechenland (SYRIZA) und Spanien (Podemos) könnte die Karten in Europa neu mischen" – so lautet eine der Kernthesen von Wal-

ter Baier[1], plakativ platziert auf dem Einband. Sein Buchtext wurde offenbar vor der Parlamentswahl in Griechenland vom 25.1.2015 fertig gestellt und ist für politisch Interessierte verständlich und flüssig geschrieben.

Die Europawahl 2014 nimmt Baier als Ausgangspunkt (7-21) seiner Betrachtungen über die radikale Linke in Europa (21 – 47), ihre Vorläufer (Die Kommunisten, 47-69) und deren jüngere Geschichte nach dem Fall der Sowjetunion (69-84). Ausführlich analysiert er neo-nazistische (107-115) und rechtspopulistische Kräfte (115-142; 157-168), die bei dieser Europawahl insgesamt gestärkt wurden. Weitere Kapitel behandeln die Eurokrise (84-107), den Bürgerkrieg in der Ukraine und die neue Konfrontation zwischen dem Westen und Russland (142-151). Vorschläge aus Sicht des Autors zur Programmatik und Strategie der Europäischen Linken (168-181; 181-192) runden den Band ab.

Im September 2014 wurden Walter Baier und Alexis Tsipras in Privataudienz von Papst Franziskus empfangen. Die kapitalismuskritischen Äußerungen des Oberhaupts der Katholischen Kirche sieht der Autor als Chance für einen fruchtbaren Dialog zwischen Christen und Marxisten (151-157). Am Ende des Buchs werden Auszüge aus dem ‚Manifest von Ventotene' (1941, Altiero Spinelli u.a.) dokumentiert, laut Baier die ‚Gründungscharta des linken Proeuropäismus'. Weitere Dokumente im Anhang sind das Statut der Partei der Europäischen Linken (EL), das ‚Manifest der Menschen' (gegen Austeritätspolitik und für echte Demokratie) des Alternativgipfels (Alter-Summit) sozialer Bewegungen vom Juni 2013 in Athen sowie Thesen eines Seminars des Alter-Summits vom April 2014 in Budapest zum Kampf gegen den Rechtsextremismus in Europa.

Baier konstatiert m.E. zu Recht eine Krise der politischen Systeme (9) in Europa. Mit Blick auf das Ergebnis der Europawahl 2014 spricht er von einem ‚politischen Erdbeben'. Die Kräfte der ‚Großen Koalition', die in den vergangenen Legislaturperioden das EP beherrschten – Konservative, Sozialdemokraten, Liberale (häufig gestützt von den Grünen, K.D.) – sind tatsächlich geschrumpft. Die antieuropäische nationalistische Rechte verfügt über mehrere Fraktionen verteilt über etwa ein Viertel der Mandate.[2] Die Linksfraktion GUE/NGL

[1] Baier war von 1994 bis 2006 Bundesvorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs und ist seither Koordinator des Netzwerks *transform!*, der Bildungs- und Forschungseinrichtung der Partei der Europäischen Linken.

[2] Bernhard Schmid kam in einer Analyse für Labournet (Künftiges Europaparlament: Zum erreichten Stand der Rechtskräfte, 26.5.2014) auf 145 Abgeordnete aus diesem Spektrum (Rechtspopulisten, Neonazis). 12 Abgeordnete davon sind fraktionslos (von Jobbik Ungarn, Goldene Morgenröte Griechenland, NPD, Dissidenten des Front National aus Frankreich usw.), die anderen in den Fraktionen Europäische Konservative und Reformer (EKR, Syed Kamall, britische Konservative u.a.), Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD; Nigel Farage, UKIP u.a.) und Europa der Nationen und Freiheit (ENF, Marine Le Pen, FN u.a.) organisiert. Rechnet man wie Baier die 12 Abgeordneten der ungarische FIDESZ mit dazu (sie gehört der Fraktion der konservativen EVP an), kommen sie auf beachtliche 157 Mandate von insgesamt 751. Berlusconis Forza Italia (und ihr Zusammenschluss mit der

wuchs von vormals 35 auf 52 Abgeordnete (etwa so viel wie die Fraktion der Grünen/Europäische Freiheitliche Allianz EFA in früheren Zeiten hatte).[3]

Die ‚Große Koalition' im EP könne daraus nicht den „Auftrag ableiten, so weiter zu machen wie bisher", fordert der Autor (10). Sie macht aber genau dies und ist dabei in keiner Weise von den linken oder rechten Minderheiten des Parlaments behindert oder gefährdet. Die generelle Unterstützung der Mehrheit des EP für das transatlantische ‚Freihandelsabkommen' TTIP ist dafür nur eines von vielen jüngeren Beispielen.

Seit der Europawahl 2014 vertieft sich tatsächlich die von Baier analysierte Krise der politischen Systeme in einer Reihe von Mitgliedstaaten der EU.[4] Das politische Spektrum wird in einigen Ländern durch regionalistische Unabhängigkeitsbestrebungen (z.B. Katalonien, Schottland, latent Flandern usw.) nochmals aufgefächert und verstärkt die politische Instabilität um einen weiteren Faktor. Europa erlebt zunächst eine weitere Fragmentierung der politischen Landschaft und eine deutliche Stärkung des rechten Rands. Die Kräfte links von Sozialdemokratie und Grünen konnten bei der Europawahl 2014 im Wesentlichen nur in Griechenland (Syriza), Irland (Sinn Fein) und Spanien (IU, Podemos) deutlich punkten[5] – eine

‚postfaschistischen Alleanza Nazionale' zur PdL) zählt Baier offenbar nicht zum rechtspopulistischen Spektrum. Anders sah dies Christian Christen (Italiens Modernisierung von Rechts; Berlusconi, Bossi, Fini oder die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates; Berlin, Dietz, 2001, Schriften / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 10.

3 Baier meint, dass die Linksfraktion im EP (GUE/NGL) damit ihrem Ziel, „eine große, pluralistische linke Sammelbewegung zu werden (...) ein Stück näher gekommen" sei, weil sich z.B. die Tierschutzparteien aus Deutschland und den Niederlanden und Podemos aus Spanien ihr angeschlossen haben (10/11). Bezüglich Podemos finde ich dies zutreffend. Was die Tierschutzparteien angeht, sind die inhaltlichen Schnittmengen schwieriger zu erkennen (weil diese außer zu ihrem Kernthema Tierschutz politisch eher vage aufgestellt sind). Die Grünen im EP hatten diese Methode der eher ‚technischen' Assoziierung von MEPs und Parteien jenseits ihrer eigenen Parteienfamilie in den vorherigen Legislaturperioden erfolgreich praktiziert. Die gemeinsame Fraktion mit den Regionalisten und Mikronationalisten der Europäischen Freien Allianz (EFA) erlaubte es, zum beiderseitigen Vorteil mehr Ressourcen vom EP zu erhalten (finanziell, MitarbeiterInnen, Antragsrechte etc.). Bei der Aufnahme der MEPs aus den Tierschutzparteien in die GUE/NGL ging es eher wie bei Grünen/EFA im Kern um solche profanen Interessen. ‚Radikale Linke' im Sinne Baiers sind die Tierschützer gewiss nicht, rechtspopulistisch sind sie bislang aber auch nicht aufgetreten. Die von Baier zu Recht als rechtspopulistisch bezeichnete Neue Flämische Allianz (NVA, Belgien) war übrigens vor der EP-Wahl 2014 lange mit einer MEP in der Fraktion Grüne/EFA vertreten. Dies wurde von der ‚radikalen europäischen Linken' nie öffentlich wahrnehmbar thematisiert.

4 Z.B. SYRIZA als stärkste politische Kraft in Griechenland nach den Wahlen im Januar 2015, zu den Folgen später; die rechtspopulistische Dänische Volkspartei als zweitstärkste Kraft vor den Liberalen als ihrem designierten Koalitionspartner und das Ende von Mitte-Links im Juni 2015 dort usw.

5 Wie stabil diese Erfolge sind, wird sich noch zeigen. Baier vermerkt m.E. zu Recht: „Bis zu ihrem wahlpolitischen Zusammenbruch 2008 galt Rifondazione Comunista als das Erfolgsmodell radikal-linker Politik schlechthin, 2010 war es DIE LINKE

eher schmale Basis für einen ‚linken Aufbruch in Europa'.

Informativ und mit analytischem Tiefgang setzt sich Baier mit der radikalen Rechten und den Gründen ihrer Wahlerfolge auseinander. Er unterscheidet dabei Neonazi-Formationen (‚Wiedergänger des Faschismus') wie Jobbik aus Ungarn, ATAKA aus Bulgarien, die Goldene Morgenröte aus Griechenland usw. von den modernisierten rechtspopulistischen Parteien wie der FPÖ, der britischen UKIP oder dem französischen Front National. Den modernisierten Rechtspopulismus beschreibt er als eine „konservative Rebellion, die ebenso wie die konservative Rebellion des frühen Faschismus das Gegenprogramm zur Linken ist, sowohl der reformistischen wie der revolutionären." (129) Leo Trotzki bezeichnete in den frühen 1930er Jahren noch pointierter den „Faschismus als Massenbewegung" als „Partei der konterrevolutionären Verzweiflung".[6]

Mit Trotzki lässt sich auch der modernisierte, populistische Rechtsradikalismus als „Ausdruck der akuten Ausweglosigkeit des bürgerlichen Regimes, der konservativen Rolle der Sozialdemokratie und der akkumulierten Schwäche der Kommunistischen Partei (aktuell der ‚europäischen radikalen Linken', KD) im Kampf gegen dieses Regime" beschreiben.[7] Baier schreibt zutreffend: „Wohlstand und Sicherheit waren die Versprechen sowohl des Sozialstaats und später des neoliberalen Wettbewerbsstaats. Erweisen sich die einander in Regierungsverantwortung seit Jahrzehnten ablösenden Parteien als unfähig, diesen Zustand wieder herzustellen, und steht auch keine glaubwürdige demokratische Alternative zur Wahl, verlieren nicht nur sie, sondern das gesamte politische System seine Glaubwürdigkeit. Das ist die Situation, in der jene Sorte politischer Nachfrage entsteht, die die Populisten bedienen." (138)

Baier vermerkt zu Recht, dass der „Parteikommunismus heute die deutliche Minderheit der radikalen Linken" im Europäischen Parlament darstellt. (17) Sein Überblick dazu (auch knapp nach Ländern geordnet) ist recht informativ. Allerdings fehlen Kurzporträts der luxemburgischen Linken (Déi Lénk, KPL), der belgischen Arbeiterpartei PTB (die in einem Wahlbündnis mit anderen linken Kräften 2 Abgeordnete im belgischen Parlament stellt) sowie der kroatischen Partei der Arbeit (HL), der Sozialistischen Partei Irlands und der Sozialistischen Partei Lettlands (diese waren in der letzten Legislaturperiode jeweils mit einem Abgeordneten in der Linksfraktion des EP vertreten).

Seine Ausführungen zur ‚Vorgeschichte' der radikalen Linken – insbesondere zur Kommunistischen III. Internationale – sind aus meiner Sicht vage und sehr verkürzt. Wie kann man über die Komintern schreiben,

---

Deutschlands, dann für kurze Zeit die SP der Niederlande, im Frühjahr 2013 schien es, als hätten Jean Luc Mélenchon und der Front de Gauche die Erfolgsformel gefunden, und heute ist es SYRIZA, auf die sich die Aufmerksamkeit richtet." (78)

6 Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Frankfurt am Main 1971, S. 17.

7 Ebda., S. 19.

ohne wenigstens stichwortartig deren politische Wendungen und großen Kontroversen zu benennen (z.B. antikoloniale Revolution, Einheitsfrontpolitik und Arbeiterregierung, ‚Aufbau des Sozialismus in einem Land', Sozialfaschismustheorie, Volksfront)? Dem Autor zufolge „zielte Lenins Strategie nicht auf eine Vertiefung der Differenzierung des von ihm als ‚opportunistisch' qualifizierten rechtssozialdemokratischen Lagers ab, sondern auf eine Polarisierung und die Sammlung der revolutionären Kräfte, die zum kommunistischen Aufstand mobilisiert werden sollten." (52) Was bezweckte die maßgeblich von Lenin und Trotzki gegen heftige Widerstände in der Komintern 1921 durchgesetzte Politik der Arbeitereinheitsfront und die Orientierung auf ‚Arbeiterregierungen' in Westeuropa denn sonst, wenn nicht die Differenzierung des sozialdemokratischen Lagers (und die Gewinnung der Gewerkschaften etc.)? Baier stilisiert – ähnlich wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gramsci und Luxemburg zu Ikonen einer angeblich anti-leninistischen Linken. Diese Art von Schwarz-Weiß-Malerei ist angesichts des verfügbaren historischen Materials m. E. so nicht haltbar.[8]

Baier sieht die von ihm so bezeichnete europäische radikale Linke in „der ständigen Spannung zwischen Anpassung an und Opposition zum bestehenden sozialen System." Parteiführungen, die einen Kurs der Anpassung einschlügen, „haben es zumeist mit Mitgliedern und Wählern zu tun, die anderes erwarten und anders messen." (78) Nüchtern stellt er fest: „In den allermeisten Fällen erlitten die radikal linken Parteien bei den Wahlen, die auf ihre Regierungsbeteiligungen folgten, deutliche Stimmenverluste, und zumeist fielen sie größer aus als die ihrer Partner." (81) Was also tun?

Der Autor skizziert im Wesentlichen die bekannten Forderungen aus dem Spektrum der Partei der Europäischen Linken (EL) und der Euromemo-Gruppe (Aufhebung des Vertrags von Lissabon, Aufwertung des Europäischen Parlaments, Stopp der Austeritätspolitik, ‚Marshall-Plan für Europa, Eurobonds, Europäische Schuldenkonferenz usw.). Politik werde nicht nur durch das neoliberale Korsett der EU-Verträge definiert, „sondern auch durch das Kräfteverhältnis, das zwischen den sozialen und politischen Akteuren besteht, das seinerseits auf die rechtliche Ebene zurück wirkt und sie verändern kann." (164).

Allerdings sei das bestehende Kräfteverhältnis in den EU-Ländern und auf EU-Ebene „für die Linke und ihre Projekte nicht günstig. Wer Kräfteverhältnisse verschieben will, muss Zwischenschritte und Übergänge ausfindig machen." (164) Eine Syriza-

---

8 Siehe z.B. die zahlreichen Beiträge von Ulla Plener und anderen zu dieser Thematik in ‚Z'. So unterstrich auch Frank Deppe (Die Linie Luxemburg-Gramsci, Argument Sonderband 159, Hamburg 1989, S. 16): „Dennoch halte ich das folgende Urteil von Gilbert Badia für zutreffend: ‚Lenin ist nicht nur kein bevorzugter Gegner Rosa Luxemburgs, sondern überhaupt nicht ihr Gegner. Die Perioden der Übereinstimmung zwischen beiden überwiegen die Perioden der Nichtübereinstimmung. Auch wo polemisiert wird, handelt es sich fast immer um Polemik oder Diskussionen zwischen Revolutionären, die auf derselben Seite der Barrikade stehen.' (Badia 1974, 206)."

Regierung in Griechenland könne dafür den Stein ins Rollen bringen, durch eine Linkswende in Spanien gestärkt und eine europaweite Solidaritätsbewegung unterstützt werden. Dies werde auch den moderaten linken Kräften (z.B. Hollandes Sozialisten in Frankreich, Renzis PD in Italien, den Grünen usw.) neue politische Spielräume eröffnen und könne so den Übergang einleiten. „Einmal mehr könnte sich dann herausstellen, dass soziale und politische Prozesse nicht linear verlaufen, sondern in Qualitätssprüngen. Die Möglichkeit besteht. Hic Rhodus, hic salta![9]" (191)

„Ein anderes Europa mit Tsipras" war eine zentrale Parole der EL in ihrer Europawahlkampagne. Die Rose, die ihm die EU-Granden als Ministerpräsident Griechenlands hinwarfen, war das dornenreiche dritte Austeritätsmemorandum. Tsipras tanzte sechs Monate lang, setzte es am Ende aber um. Die ‚europäische radikale Linke' leckt sich die Wunden nach dieser heftigen Niederlage. Das Fragezeichen hinter dem erhofften ‚linken Aufbruch in Europa' war berechtigt, die beschriebene EL-Strategie der „Zwischenschritte im Bündnis mit der moderaten Linken" ziemlich naiv.[10]

Klaus Dräger

[9] Frei nach Karl Marx: „Hier ist die Rose, hier tanze."

[10] Vgl. meinen Beitrag zur europäischen Linken in Z 97 vom März 2014 und in diesem Heft.

Politischer Islam oder Islamisierung der Politik?

Imad Mustafa, Der Politische Islam, Promedia Verlag, Wien 2013, 230 S. 17,90 Euro.

Ein kleiner Wiener Verlag hat ein großes Buch herausgegeben. Imad Mustafa stellt darin das gesamte Spektrum des politischen Islam und dessen Denker in einem allgemein historischen und gesellschaftlichen Zusammenhang dar. Die Ideologen und Akteure werden sehr gut beschrieben. Es werden die bedeutenden Persönlichkeiten, sowohl die Reformer als auch die Fundamentalisten vorgestellt. Dazu gehören zum Beispiel Afghani, Abduh, al-Bena und Sayyid Qutb.

Das Buch von Imad Mustafa ist die beste Untersuchung zu dem Thema, die ich in der letzen Zeit gelesen habe. Hier werden nicht nur die politischen Strömungen im Islam, sondern auch der Nahostkonflikt als ganzes behandelt. Der Autor beansprucht, mit dem Buch eine kritische Aufklärung leisten zu wollen (9), jedoch keinesfalls „Orientalismus" zu betreiben, den er, gestützt auf Edward Said, als eine besondere, immer noch gültige Form von kulturellem Imperialismus sieht (10). Es muss gesagt werden, dass der Islam von Anfang an politisch war. Mohammad und seine Nachfolger waren geistliche und zugleich politische Führer der islamischen Gemeinde ihrer Zeit. Imad Mustafa sieht jedoch die Politisierung des Islam im 19. und 20. Jahrhundert im Kontext der kolonialen Eroberung des Orients durch die europäischen Mächte (17ff).

Am Anfang seiner Untersuchung stellt der Autor die Denker, Reformer

und Ideologen des politischen Islam vor und spricht vom islamischen Erwachen. Die neu entstandenen islamischen Intellektuellen wiesen auf „das Missverhältnis zwischen" Orient und Okzident hin (22) und forderten eine Rückbesinnung auf die „reinen Wurzeln" des Islam, jedoch „in Form einer kritisch-historischen Neuinterpretation der alten Quellen" (21). Damit stellten sie sich deutlich gegen den konservativen „Wahhabismus", der heute noch in Saudi Arabien praktiziert wird und von dort in die ganze islamische Welt exportiert wurde und wird. Somit vollzogen sie einen radikalen Bruch mit der konservativen Variante des Islam.

Zu den ersten Reformern, die Imad Mustafa vorstellt, gehört der gebürtige Afghane, Dschamal al-Din al-Afghani (Saied Jamaludin Afghani, so lautet sein richtiger Name). Imad Mustafa ist auch der einzige mir bekannte Autor, der Afghani nicht eindeutig als Perser einstuft. Er lässt es offen, ob er Perser oder Afghane gewesen ist (23).

Afghani widmete „sein Leben dem Kampf gegen den Kolonialismus in der islamischen Welt, die er als eine Einheit begriff" (23). Hier hat die allgemein verbreitete Unterstellung ihren Ursprung, dass Afghani ein Panislamist gewesen sei. Afghani trat für eine „menschliche Zivilisation" in den islamischen Gesellschaften ein, deren Grundlagen „sozialer Fortschritt, individuelle Entwicklung, der Glaube an die Vernunft, Einheit und Solidarität" bilden (25). Dies trifft auch für seinen berühmten Schüler und Kampfgefährten Muhammad Abduh zu (26-31).

Im Gegensatz zu den Reformern verfolgte Hassan al-Banna, der Gründer der Muslimbruderschaft, das Ziel, „die islamische Moral zu bewahren und den christlichen Missionen Widerstand zu leisten" (31). Denn die christlichen Missionen wurden zu Recht als religiöser und kultureller Imperialismus angesehen. Al-Banna sah seine Aufgabe darin, „das islamische Heimatland von jeglicher ausländischer Macht zu befreien [...] und einen islamischen Staat" (33) zu errichten. Hier kommt der Unterschied zwischen Reformern und Konservativen am deutlichsten zum Ausdruck.

Sayyid Qutb, der als eigentlicher Ideologe der Muslimbruderschaft gilt, wurde während seines Studiums in den USA (bis 1950) von der dortigen Lebensweise und vom von ihm so wahrgenommenen Sittenverfall, vor allem bei den Frauen, so abgeschreckt, dass er sich erst dadurch richtig radikalisierte (37-42).

In Kapitel zwei stellt Imad Mustafa ausführlich die historischen und die aktuellen Rahmenbedingungen, die zu Entstehung der islamischen Bewegungen und Parteien im Nahen Osten geführt haben, dar. Er behandelt den Nahostkonflikt zwischen Palästinensern und Israel, die Entstehung und die Rolle der PLO einerseits, sowie der Hamas, der Hizbollah andererseits als islamische nationale Widerstandsbewegung und ihre ideologische Grundlagen. Die Hizbollah sehe „ihre Ziele in der Verteidigung der Muslime gegen den Imperialismus von USA und Israel" (59). Die längst bekannte Tatsache, dass der israelische Geheimdienst MOSSAD eine wesentliche Rolle bei der Entstehung von Hamas als Alternative zur PLO ge-

spielt hat, wird von Imad Mustafa jedoch nicht thematisiert. Die Intifada wird als Geburtsstunde der Hamas angesehen und als Triebkraft dessen, was Hamas zu einer nationalen Widerstandsorganisation gegen Israel gemacht hat (62-74).

Imad Mustafa behandelt die neuesten Entwicklungen in Ägypten seit dem Sturz von Husni Mubarak im Jahre 2011 und die Wiederauferstehung der Muslimbruderschaft unter Mohammad Mursi, wobei er die widersprüchliche Entwicklung ausführlich beschreibt (74-93).

In einem weiteren Kapitel behandelt der Autor die politischen Konzeptionen der islamistischen Gruppierungen, wobei er trotz zahlreicher „Vielfalt in politischen Fragen", auch „die Basis gemeinsamer Werte, auf die sich alle Bewegungen berufen" (95) sehr fundiert und ausführlich ausarbeitet (95-132). Hier werden auch die externen Faktoren, wie die Rolle Irans, Syriens und Israels im Kontext des Islamismus und des Nahostkonfliktes u.a. das „Camp-David-Abkommen" und der Oslo-Prozess 1993-2006 erörtert. Auch werden die Anpassungsversuche der Islamisten in Ägypten nach dem Sturz von Mubarak und ihre Außenpolitik sowie ihre politischen Verbündeten behandelt (133-155).

Der Frage des Eigentums, von Gerechtigkeit und Fürsorge widmet Imad Mustafa ein eigenes Kapitel (157-204). Hier tritt deutlich der Widerspruch zwischen Anspruch und Realität in der Wirtschafts-, Sozial- und Bankpolitik der Islamisten zu Tage. Was als islamische Wirtschafts- und Bankpolitik gepriesen wird, ist nichts anderes als reine kapitalistische Ökonomie mit anderem Etikett.

Lobenswert scheinen mir die Fußnoten auf jeder Seite zu sein. Denn Endnoten würden den Lesern die Überprüfung und Einsicht in die zitierten und angegebenen Quellen erschweren. Wünschenswert wäre, bei einem so umfangreichen mit zahlreichen Namen gespickten Buch, ein Namensverzeichnis. Ich danke dem Verlag für die Herausgabe dieses vielseitigen Buchs zu so einem brisanten Thema und wünsche diesem eine zahlreiche Leserschaft.

Matin Baraki

Rätebewegung in Berlin

Axel Weipert, Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, be.bra wissenschaft verlag GmbH, Berlin-Brandenburg 2015, 476 S., 32,00 Euro

Den schon zeitgenössisch gebrauchten Begriff der „Zweiten Revolution" hat der Autor als Titel seines Buches gewählt, in dessen Zentrum die Rätebewegung vor allem in der Zeit vom Berliner Generalstreik im März 1919 bis zur Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 steht. Obwohl zeitlich nur ein Jahr und territorial nur die deutsche Hauptstadt mit ihrem unmittelbaren Umfeld behandelt werden, erweist sich dies als ein äußerst geschichtsträchtiger Stoff, zu dem ein umfangreicher Quellenfundus erschlossen wurde: die Bestände der einschlägigen Archive, die zeitgenössische Presse unterschiedlicher Couleur, Flugblätter, Plakate, gedruckte Protokolle und vorliegende Editionen, die Memoiren-

literatur und nicht zuletzt die seinerzeit vom Zentralen Parteiarchiv der SED im Institut für Marxismus-Leninismus gesammelten Erinnerungsberichte. Die vorliegende Sekundärliteratur wurde nicht nur zum engeren Thema, sondern auch zu angrenzenden Problemen und nicht zuletzt zu theoretischen und methodologischen Fragestellungen ausgewertet.

In der ausführlichen Einleitung dieses Bandes finden wir eine überzeugende Begründung der Themenwahl, eine Vorstellung des Forschungsstandes, den Nachweis der besonderen Rolle der Hauptstadt Berlin, grundsätzliche Erwägungen zur Rolle von Räten und Basisdemokratie und Argumente für die Vorgehensweise des Verf. W. lässt sich von einem Verständnis leiten, demzufolge die Räteidee offen ist „für verschiedene Entwicklungen", die „per se weder revolutionär noch systemkonform" ist, in jedem Falle aber „eine Alternative zu Top-down-Modellen der Organisation und Willensbildung" darstellt. (29).

Die ersten drei Kapitel folgen der Chronologie und sind den Höhepunkten der „Zweiten Revolution" gewidmet: dem Berliner Generalstreik vom März 1919, der Demonstration vor dem Reichstag vom 13. Januar 1920 und der Rätebewegung zu Zeiten des Kapp-Lüttwitz-Putsches vom März 1920. Das geschieht mit Bezügen und Vergleichen zu anderen Zentren der Bewegung.

Was W. von Autoren unterscheidet, die sich bereits vor ihm den angesprochenen Themen gewidmet haben, ist die Weite seiner Sicht. Er analysiert nicht nur die involvierten politischen Kräfte, vor allem die Parteien USPD, KPD und SPD, sondern er konfrontiert die Entscheidungen und Aktivitäten von Gremien der Rätebewegung immer auch mit den von der Basis ausgehenden Impulsen und Forderungen. Es ist nicht zu übersehen, dass die Sympathien des Autors der Rätebewegung gehören. Über deren Vorzüge und Grenzen urteilt er an einer Stelle wie folgt: „Die konsequente Basisorientierung war also die große Stärke des Rätesystems. Andererseits barg sie ein gewisses Risiko, denn so konnten überstürzte Reaktionen zu fatalen Fehlentscheidungen führen." (156) Seine Untersuchungen lassen ihn zu dem Schluss gelangen, dass die Räte über ein hohes Mobilisierungspotential verfügten, in dem sich widerspiegelt, wie sehr die grundlegenden Forderungen dieser Bewegung von großen Teilen der Arbeiterbevölkerung mitgetragen wurden oder gar direkt von ihr ausgingen. Doch er zieht alle in Betracht kommenden Akteure, auch die Reichsregierung, die Regierung Preußens, die militärischen Verbände und nicht zuletzt die Presse in seine Analyse ein, nimmt die von widerstreitenden Seiten vorgetragenen Argumente ernst und überprüft sie auf ihre Stichhaltigkeit, einbezogen auch die Interpretationen und Wertungen anderer Historiker (Kolb, Erdmann, Ritter, Rürup u.a.), mit deren Deutungsmuster er sich grundsätzlich oder partiell meines Erachtens überzeugend auseinandersetzt. Das gilt insonderheit auch für die Beurteilung der Frage, wer in erster Linie die Verantwortung für Ausschreitungen und für den massiven Einsatz der exekutiven Gewalt trägt, den Hunderte Streikende oder Demonstrierende mit ihrem Leben bezahlen mussten. Die blutigste Nie-

derschlagung von Arbeiterprotesten im Deutschland des 20. Jahrhunderts ereignete sich nämlich in Berlin nicht am 17. Juni 1953, sondern während des Generalstreiks vom März 1919; und nie zuvor und nie danach ist eine Massendemonstration mit so vielen Erschossenen auseinandergetrieben worden wie am 13. Januar 1920.

Als die größte Massenaktion der Weimarer Republik und den zahlenmäßig stärksten Generalstreik der deutschen Geschichte würdigt W. die Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putsches. Im Unterschied zu anderen Autoren hebt er „die wichtige eigenständige Initiative der Betriebsräte und Vertrauensleute für den erfolgreichen Auftakt des Generalstreiks" (198) besonders hervor. Aber anders als ein Jahr zuvor, geriet diesmal die Berliner Rätebewegung ins Schlepptau der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen. Insofern handelte es sich um einen Kampf aus der Defensive heraus, bei dem trotz der Bemühungen der Linken ein Übergang von der Abwehr in eine neue Offensive zur Belebung der Revolution nicht gelungen ist. Mithin habe sich die neue revolutionäre Welle „als ein überaus kurzlebiger ‚zweiter Frühling' erwiesen" (234).

In der zweiten Abteilung seines Buches widmet sich der Autor speziellen Bereichen beziehungsweise Aspekten der Rätebewegung, die bisher kaum erforscht oder sträflich vernachlässigt worden sind. Dazu gehören die Revolutionäre Betriebsrätezentrale, die Schülerräte, Erwerbslosenräte, der Politischen Rat geistiger Arbeiter, Frauen und Rätebewegung sowie Rätepolitik von linken Parteien und Gewerkschaften.

In der Revolutionären Betriebsrätezentrale widerspiegeln sich die Bestrebungen, die Rätebewegung zu verstetigen und zu vernetzen. Sie stellte den letzten ernsthaften Versuch dar, der Rätebewegung einen organisatorischen Rahmen und dauerhafte Strukturen zu geben. Die überwiegend nur noch als Betriebsräte existierenden basisdemokratischen Gremien gerieten jedoch fortschreitend unter die Obhut der etablierten Gewerkschaften. Als grundsätzlich mit den Zielen und Kampfformen der Rätebewegung konformgehend erwiesen sich Schülerräte, wie sie allerdings so nur an den Fortbildungsschulen für Lehrlinge und ungelernte junge Arbeiter bestanden. Sie vermochten mit einem bemerkenswerten Schülerstreik einige wesentliche Forderungen durchzusetzen, womit ihr Potential allerdings auch erlahmte. Auch die Erwerbslosenräte gehören zu den unterbelichteten Bereichen der Rätebewegung, obwohl sie ihre Aktionsfähigkeit unter Beweis stellten und länger bestanden als viele andere Räte. Schwierigkeiten erwuchsen allerdings bereits daraus, dass sie nicht einfach in ein auf Betriebe gestütztes Rätesystem integrierbar waren. Auch der Rat der geistigen Arbeiter ist differenziert zu sehen. Suchte er den Kontakt zu den Arbeiterräten, so standen doch seine elitären Ansichten und Optionen diesem Bestreben entgegen und führten auch zur Distanz von der Gegenseite. Dass die Frauen in der Bewegung keine größere Rolle spielten, überrascht nicht, denn auch in der Arbeiterbewegung dominierte noch die alte Rollenverteilung der Geschlechter. Das wurde noch dadurch verstärkt, dass viele Frauen durch die aus

dem Krieg heimkehrenden männlichen Arbeitskräfte wieder aus dem Berufsleben verdrängt wurden.

Eine besonders ausführliche Behandlung finden in dem Buch die Spannungsverhältnisse zwischen Räten und Gewerkschaften sowie zwischen Räten und politischen Parteien – zuvörderst SPD, USPD, KPD. Hier zeigt sich, dass gerade im Rahmen der Rätebewegung Parteimitglieder nicht selten entgegen den Direktiven ihrer Führungen handelten. Auf einen kurzen Nenner gebracht, lautet das Fazit des Autors wie folgt: Die Führung der SPD war strikt gegen ein Rätesystem, und nur mit Rücksicht auf die Parteibasis verstand sie sich zur Aufnahme eines Artikels über die Betriebsräte in die Weimarer Verfassung. Die KPD verfocht die Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch eine Räterepublik, setzte indes zunehmend auf die Führungsrolle der Avantgardepartei. Hauptträger der Diskurse, Ideengeber und Initiator von Aktionen zur Verwirklichung eines Rätesystems beziehungsweise zur Verteidigung errungener Positionen von Arbeiterräten war die USPD. Aber auch deren Durchsetzungsvermögen hatte ihre Grenzen, so dass der Autor letztendlich vom „Scheitern der zweiten Revolution" spricht (422). Geblieben sind lediglich die ins kapitalistische System integrierbaren, in der Bundesrepublik fortlebenden Betriebsräte. W. gelangt dennoch zu dem Schluss, „dass es jenseits von Sozialdemokratie und Stalinismus noch eine sozialistisch-basisdemokratische Alternative gab" (448).

Beim Nachdenken über die Aktualität der Ergebnisse dieser ertragreichen und anregenden Studie stellen sich vor allem vier Überlegungen ein: 1. Der Sprung von Räten, die für bestimmte Bereiche und zu bestimmte Zwecken gebildet wurden, – selbst wenn sie erheblichen Einfluss, beeindruckende Mobilisierungskraft und Aktionsfähigkeit unter Beweis stellen – zu einem die ganze Gesellschaft tragenden Rätesystem ist sehr groß. 2. Die Verfechter eines umfassenden politischen Rätesystems haben mehr oder weniger gründlich über dessen Strukturen, dessen Funktionieren und seine Einführung nachgedacht, aber sie haben uns kein Konzept hinterlassen, das es nur umzusetzen gilt. 3. Die Diskrepanzen und Zerwürfnisse im linken Parteienlager erweisen sich als ein schwerwiegendes Hindernis für die Machtentfaltung der Rätebewegung, andererseits erweist sich gerade die basisdemokratische Bewegung als geeignet, parteipolitische Ab- und Ausgrenzungen zu überwinden. 4. Es sollte sich niemand Illusionen hingeben, zu welch brutaler Selbstbehauptung die ökonomisch herrschende Oligarchie, ihre politischen Statthalter und deren bewaffneter Arm fähig sind, wenn ihre Macht und ihre Privilegien ernstlich in Frage gestellt werden.

In einer Zeit, die vom 1919/1920 durchbrechenden Veränderungswillen großer Teile der Arbeiterbevölkerung und deren Aktionsbereitschaft weit entfernt ist, erscheint es sinnvoll, zunächst vor allem die Kombination von Basisdemokratie und repräsentativer Demokratie intensiver auszuloten. Und es bietet sich zwingend an, dabei die in einer Schlussbetrachtung des Autors zusammengefassten Erfahrungen der „Zweiten Revolution" zu Rate zu ziehen.

Günter Benser

NSDAP in Berlin 1925-1933

Oliver Reschke, Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925–1933, Berlin 2014, trafo Wissenschaftsverlag. 521 Seiten, 49,80 Euro.

Dass die Geschichte des Aufstieges der NSDAP in Berlin, also während der so genannten „Kampfzeit" in den Jahren vor der Machtübertragung 1933, bisher kaum eingehend und umfassend erforscht wurde, überrascht, ja irritiert, besonders, wenn man in Betracht zieht, dass mit Joseph Goebbels, der seit 1926 als Gauleiter in Berlin für die dortigen Aktivitäten der Partei verantwortlich zeichnete, eine äußerst prominente Figur der faschistischen Partei deren Aufbau koordinierte und vorantrieb. Wenn die Hauptstadt in der Weimarer Zeit als geradezu sprichwörtlich „rot" galt, so scheint es doch in diesem Zusammenhang um so lohnender zu sein, eine Untersuchung durchzuführen, ob und, wenn ja, in welchem Ausmaße es den Faschisten gelang, schon vor der so genannten „Gleichschaltung" im März 1933 das Arbeitermilieu zu infiltrieren. Die sehr begrenzte Zahl vorhandener Forschungsarbeiten auf diesem Gebiete – wenn auch seit den neunziger Jahren ein leichter Anstieg festzuhalten ist – war denn auch Anlass genug für Oliver Reschke, seine nun in Buchform erschienene Dissertation dem Aufstieg der NSDAP in der Reichshauptstadt bis zur „Machtübertragung" zu widmen.

Ob es der NSDAP und ihren Schlägertrupps von der SA gelungen war, schon vor 1933 in das Arbeitermilieu einzudringen, wurde, wo es doch Veröffentlichungen dazu gibt, in der Forschung bisher nicht eindeutig beantwortet. Jeremy R. S. Brown etwa betont, dass „the Workers remained overwhelmingly loyal to the left-wing bloc of SPD and KPD. [...] ‚Berlin bleibt rot' was as true in 1933 as it was in 1920."[1] Andere Forscher, wie Detlef Schmiechen-Ackermann, greifen hingegen die Vorstellung von dem der NSDAP grundsätzlich feindlich gesinnten Arbeiter an: „Der differenzierte Blick auf die Bezirks- und Quartiersebene bestätigt, daß der pauschale Topos vom ‚roten Berlin' mehr und mehr zu einer Worthülse geworden war, die den realen Machtverhältnissen so nicht mehr entsprach."[2]

Gestützt auf die Auswertung zahlreicher Quellen aus regionalen Archiven – so etwa aus der Dienststelle Berlin des Bundesarchivs, aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und aus dem Landesarchiv Berlin –, ferner zeitgenössischer Periodika, namentlich der nationalsozialistischen Organe *Berliner Arbeiterzeitung* und *Der Angriff* und deren kommunistischen Pendants, *Die Rote Fahne*, geht Reschke insbesondere den Fragestellungen nach, inwieweit es der faschistischen Partei

1 Jeremy R. S. Brown, The Berlin NSDAP in the Kampfzeit, in German History (Oxford), 7 (1989), S. 247. Mit ähnlichem Tenor Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin 1988, S. 368, und Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere" Reichshauptstadt, Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin 1933–1945, Berlin 2007.

2 Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998, S. 190ff.

und ihren SA-Schlägertrupps während der so genannten „Kampfzeit" gelang, *erstens* tragfähige Organisationsstrukturen in der Hauptstadt aufzubauen, *zweitens* die Straße zu beherrschen und *drittens* nachhaltig das „links-proletarische Milieu" zu durchdringen. Betrachtet wird zu diesem Zwecke die Entwicklung der faschistischen Ausbreitung in fünf „Gegenden" – größenmäßig zwischen Bezirk und Kiez angesiedelt – in den Bezirken Mitte und Kreuzberg; interessant ist der vergleichende Ansatz, den Reschke wählt, indem er sozialstrukturell verschieden geprägte Kieze im Hinblick auf die Fragestellungen untersucht. So kann die Betrachtung bürgerlich-gemischter Gegenden mit proletarischen Stadtteilen aufzeigen helfen, inwieweit das proletarische Milieu im Vergleich zur bürgerlichen Gesellschaft anfälliger oder renitenter auf die Faschisten reagierte.

Den fünf Detailstudien in den Gegenden geht ein Abriss der Entwicklung von faschistischer Partei und SA in der Endphase der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Reichshauptstadt voraus. Hier, wo der von NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels ausgerufene „Kampf um Berlin" tobte, sahen die Faschisten den Schlüssel zur Macht (41); hier wollten sie die Hoheit über die Straßen erobern – und sie damit der KPD, „der unangefochtene[n] Hausmacht in den ‚roten Kiezen' Berlins", entreißen (46). „Kampf um die Macht" – diese Parole zeigt schon deutlich, wer die Gewalt in die Straßen der Arbeiterkieze trug, und Reschke betont denn auch – soviel sei vorweggenommen –, dass sich „die Arbeiterbewegung [...] in einem ‚Rückzugsgefecht' [befand], in dem sie ihr Territorium gegen einen äußeren Aggressor verteidigte." (40)

Wie die Untersuchungen Reschkes in den Gegenden zeigen, ist zu konstatieren, dass es den Faschisten durchaus gelang, noch vor der Machtübertragung ein tragfähiges organisatorisches Netz in Berlin aufzubauen; in allen von ihm untersuchten Gebieten verfügte die NSDAP 1932 über mehrere Ortsgruppen (218, 318, 369, 411, 465). Wirklich erfolgreich beim Aufbau ihrer Strukturen war sie dabei allerdings erst seit Ende 1929 (469), und es fällt der unterdurchschnittliche Grad an Organisation von faschistischer Partei und SA in den proletarischen Gegenden ins Auge. Hier erweist sich Reschkes Ansatz, Gebiete mit unterschiedlicher Sozialstruktur zu betrachten, als ergiebig, denn im Vergleich mit bürgerlich-gemischten Gegenden zeigt sich besonders deutlich, dass der Aufbau der Strukturen von NSDAP und SA in den stark sozialistisch geprägten Arbeiterkiezen wesentlich schleppender verlief als andernorts (469f.).

Was die Beherrschung der Straße angeht, stellt Reschke heraus, dass es den Faschisten durchaus gelang, sich durch feste Stützpunkte, die Anmietung von eigentlich durch Linke genutzten Veranstaltungssälen für eigene Versammlungen sowie die Etablierung von „Sturmlokalen" in Arbeiterkiezen schon vor der „Machtübertragung" bis zu einem gewissen Grade festzusetzen und mit Hilfe von „Propagandamärschen" durch Arbeiterviertel mutwillig Unfrieden dort hinein gebracht zu haben (31f., 472). Entschieden wendet er sich jedoch gegen Einschätzungen wie etwa die

Schmiechen-Ackermanns,[3] der – für Neukölln – von weitgehend aufgelösten Milieustrukturen der Arbeiter spricht. Vielmehr kommt Reschke zu dem Ergebnis, „dass genau hier [in Berlin] ihr Vormarsch [der NSDAP] auf feste Schranken stieß." (478) Aufmärsche von Faschisten auch durch Arbeiterviertel konnten zwar seit 1932 nicht mehr verhindert werden – dennoch: bis zur „Machtübertragung" „stießen sie [die Faschisten] dort auf heftigsten Widerstand beim Versuch, die Straßen für sich in Anspruch zu nehmen." (471)

Ganz neue Erkenntnisse konnten in Bezug auf die Zusammenarbeit von NSDAP und SA mit der Polizei zu Tage gefördert werden; die Faschisten dienten sich der Staatsmacht schon vor der „Machtübernahme" als *Hilfssheriffs* an und taten sich durch manche Denunziation hervor (472f.). Ohne die „Eingriffe des bürgerlichen Staates [...] hätten die Nationalsozialisten Berlin [also] nicht erobern können." (483) Es ist perfide: Während die NSDAP den Arbeitern vorgaukelte, eine Politik in deren Interesse betreiben zu wollen, trug sie gleichzeitig Zwist und Gewalt in ihre Kieze und gerierte sich dem (Klein-)Bürgertum gegenüber als „Ordnungsfaktor [...] und hatte damit die größten Wahlerfolge zu verzeichnen." (43)

Die größten Wahlerfolge in eher bürgerlichen Gegenden, also keine Überläufer in größerer Zahl, keine nachhaltige Durchdringung des „links-proletarischen Milieus"? Reschke verneint diese Frage entschieden. Die Faschisten versuchten, sich in Arbeiterkreisen einzunisten, aber so recht gelingen wollte es ihnen nicht, wie etwa der dürftige Erfolg ihrer „Hib-Kampagne" („Hinein in die Betriebe!") illustriert: 10.000 neue Mitglieder aus der Arbeiterschaft wollte die NSDAP damit im Herbst 1931 gewinnen, am Ende der Aktion waren es lediglich 2.000 (78). Wie schon Longerich, der die von der NSDAP selbst aufgestellte These von den in Scharen zu der SA übergelaufenen marxistischen Arbeitern in das Reich der „nationalsozialistische Legendenbildung"[4] verwiesen hat, verneint auch Reschke einen solchen Seitenwechsel in größerem Stile: „Fakt ist vielmehr, dass, gerade weil ein Mitglied der KPD oder einer ihr nahestehenden Organisation auch meist in das proletarische subkulturelle Milieu eingebunden war, Konvertiten bis 1933 die Seltenheit blieben." (135)

„Erst [...] die Machtübertragung am 30. Januar 1933 brachte die Entscheidung im ‚Kampf um die Macht' zu Gunsten der Nationalsozialisten." (483) Dieser Umstand ist bekannt, Beklommenheit ergreift eine(n) beim Gedanken daran dennoch. Die detail- und faktenreiche Studie Reschkes fördert stimmig ein Bild zu Tage, aus dem hervorgeht, dass das Berliner Arbeitermilieu trotz manches Rückschlags, etwa der Etablierung von SA-Stützpunkten in seinen Kiezen, wehrhaft blieb bis zum Tage der faschistischen „Machtübernahme". Danach freilich machten sich diese umgehend daran, die „links-proletarischen"

---

[3] Schmiechen-Ackermann, Arbeitermilieus, S. 210.

[4] Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 84.

Strukturen zu zerstören. So bleibt festzuhalten, dass letztlich erst dem NS-Staat – folgerichtig *nach* der „Machtübernahme" – der entscheidende Anteil an der Zerschlagung des proletarischen Milieus zukam, welches bis zur Implementierung „des Antikommunismus als übergreifende[r westlicher] Integrationsideologie" in den sechziger Jahren in Westdeutschland gänzlich zerfallen war (483f.). Insgesamt kann also resümiert werden, dass die vorliegende Schrift als erfreulich qualitätsvolle marxistische Intervention in dem in den letzten Jahrzehnten leider zunehmend von bürgerlichen Wissenschaftlern okkupierten Themenfeld der empirischen Faschismusforschung zu bewerten ist.

Dorian Tigges / Cornelius Hansen

Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939

Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hrsg. v. Gerhard A. Ritter, Bd. 12), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1999, 1200 S., 28,00 Euro;

Michael Schneider, In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939-1945 (= Geschichte ..., Bd. 13), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2014, 1512 S., Ill., Bibl., Personenreg., Sachreg., 98,00Euro.

Mit dem Band über die Zeit des zweiten Weltkrieges hat S. sein Monumentalwerk über Arbeiter und Arbeiterbewegung in der NS-Zeit abgeschlossen. Wie soll ein Rezensent mehr als zweieinhalbtausend Seiten in einer Besprechung vorstellen und werten? Da bleibt nur die Möglichkeit, einige Anreize zum Lesen zu vermitteln und das eine oder andere Bedenken zu äußern.

In der Einleitung zum Band über die Vorkriegszeit begründet der Autor seine Vorgehensweise, sein Verständnis von Arbeiterklasse, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und Arbeitermilieu, steckt er das Untersuchungsfeld Deutschland in den Grenzen von 1937 ab. Hier benennt er die mit seiner Thematik verbundenen Kontroversen. Sein Anliegen ist es, „eine Gesamtdarstellung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im Spannungsfeld von Integration, Anpassung und Widerstand" vorzulegen. (19) Und es kann schon eingangs gesagt werden, dass ihm dies auf einer breiten Quellenbasis in hohem Maße gelungen ist. Wenn er sich methodisch für die Benennung der NS-Herrschaft als Nationalsozialismus und gegen den Faschismusbegriff entscheidet, vermag er nicht so recht zu überzeugen, zumal er selbst die Phrasen vom „deutschen Sozialismus" und von der „Volksgemeinschaft" widerlegt. In den von ihm zitierten zeitgenössischen Dokumenten – sowohl kommunistischen als auch sozialdemokratischen – ist der Begriff „Faschismus" durchaus präsent. Und wie steht es dann um den Antifaschismus? Zudem blendet die Beschränkung auf „Nationalsozialismus" den Vergleich mit anderen faschistischen oder faschistoiden Regimen Europas weitgehend aus und lässt die Besonderheiten des Hitlerregimes nicht hinreichend hervortreten. Aber solche definitorischen

Festlegungen beeinträchtigen die eigentliche tiefgründige Darstellung und Analyse nicht gravierend.

Gegenstand des ersten Kapitels ist die „Machtübernahme der Nationalsozialisten" und deren brutale wie auch taktisch geschickte Ausschaltung der Arbeiterorganisationen. In diesem bereits gut untersuchten Zeitabschnitt ist der Neuwert verständlicherweise geringer als in anderen Perioden. Die Gretchenfrage, ob und wie die Nazidiktatur zu verhindern gewesen sei, beantwortet er ohne einseitige Schuldzuweisungen – wie mir scheint zutreffend – dahingehend, dass es Anfang 1933 eigentlich schon zu spät war, um einen die Zerstrittenheit der deutschen Arbeiterbewegung überwindenden gemeinsamen erfolgreichen Widerstand zu organisieren.

Mit hoher Sachkenntnis und überaus detailliert analysiert S., wie sich durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Hitlerregierung und deren mythische Verklärung der Arbeit, durch Ausschalten der Gewerkschaften und Aufheben der Tarifautonomie die Arbeitswelt, aber auch Freizeit und Familie verändert, wie die faschistischen Zwangsorganisationen auf die Arbeiterschaft eingewirkt haben. Bestrebungen, solche eng mit Hochrüstung und Kriegsvorbereitung verbundene Prozesse als Modernisierungen zu interpretieren, weist er entschieden zurück. Zugleich führt er den Nachweis, dass die Arbeiterschaft in den gesellschaftspolitischen und strategischen Erwägungen der NSDAP einen hohen Stellenwert besaß, weshalb ihre Organisationen zerschlagen, Arbeiter und Angestellte jedoch zugleich umworben wurden. Beschrieben werden deshalb sowohl der Ausbau des Apparates des Terrors, der Überwachung und der „Erziehung" als auch ein realisierter Katalog sozialer Maßnahmen, die sich nicht als bloß demagogische Unternehmungen abtun lassen.

Auf diesem Hintergrund erscheint der anschließend ausführlich behandelte Widerstand im Lande und im Exil in etwas neuem Lichte. Tritt angesichts der zuvor dargestellten Gesamtsituation der Arbeiterschaft die Begrenztheit des aktiven Widerstands deutlicher hervor, so unterstreicht dies zugleich den Mut und die Opferbereitschaft der tatbereiten Antifaschisten. S. stellt die verschiedenen von den Nazis verfolgten und Widerstand leistenden, unter den Bedingungen der Weimarer Republik entstandenen Abteilungen der Arbeiterbewegung nebeneinander und bescheinigt den Kommunisten, dass von ihnen der Hauptanteil des organisierten Widerstandes erbracht wurde, der allerdings wellenförmig verlief und durch den so genannten Hitler-Stalin-Pakt arg beeinträchtigt wurde. Ein spezieller Abschnitt ist den Bemühungen um die Einheits- und Volksfront gewidmet. Unverständlich ist, wieso Solidarität und Abwehrhaltungen in Konzentrationslagern und Gefängnissen wie auch die Internationalen Brigaden zur Unterstützung der Spanischen Republik keine Berücksichtigung gefunden haben.

Im Band über die Kriegszeit hält der Autor an der erprobten Vorgehensweise fest und handelt drei große Komplexe ab: die Mobilisierung der Arbeiterschaft für den Kriegseinsatz und die entsprechende Wirtschafts- und speziell Rüstungspolitik des NS-Systems, die Auswirkungen auf die Arbeitswelt und die Lebensverhältnis-

se der Arbeiterschaft und schließlich den Widerstand und die Politik der verbliebenen Arbeiterorganisationen im Exil und in der Illegalität. So gelangt er zu der grundlegenden Einschätzung, „dass die Zäsur des Kriegsbeginns und dann vor allem die Führung des ‚Totalen Krieges' die deutsche Gesellschaft so tiefgreifend nachhaltig veränderten, dass dabei eine dramatische Radikalisierung der in der Vorkriegszeit angelegten Grundtendenzen der nationalsozialistischen Herrschaft eintrat, die einen qualitativen Sprung markiert." (22)

Die bittere, mit Schneiders Forschungen untermauerte Wahrheit ist, dass der überwiegende Teil der Arbeiterschaft den NS-Staat akzeptiert oder hingenommen hat und sich verpflichtet fühlte, mit seinen Kräften die Kriegsführung zu unterstützen und zum Sieg „des Vaterlandes" beizutragen. In den Kontroll- und Terrorapparaten der Nazis waren auch Angehörige der Arbeiterschaft aktiv. Die schon in der Vorkriegszeit erprobte Kombination von Umwerbung, sozialen Zugeständnisse und brutalem Zwang fand im Kriege noch ihre Steigerung. Die vielbeschworene „Volksgemeinschaft" bedeutete nicht soziale Gleichheit, sondern eine völkische, nach rassistischen Gesichtspunkten homogene Gesellschaft. Eine besondere Rolle spielte dabei der rassistisch hierarchisierte Einsatz von Fremdarbeitern und ausländischen Zwangsarbeitern, der in strikter Abgrenzung zu den deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen erfolgte und nicht zuletzt männlichen Facharbeitern unverhoffte Aufstiegschancen zum Vorarbeiter bzw. Meister bot. Doch Schneider arbeitet auch beweiskräftig heraus, welche Handlungsräume von Arbeitern und Arbeiterinnen dennoch genutzt, wie Konflikte ausgetragen wurden. Gleichwohl gelang es dem Regime, „Missmut und Widerwillen die Spitze zu nehmen" (1342). Anders wäre der „Totale Krieg" nicht führbar gewesen.

Der im III. Kapitel behandelte Widerstand wird in seinen realen Dimensionen erfasst – territorial (Exil und Illegalität) und politisch (Berücksichtigung aller Strömungen der Arbeiterbewegung). Dass dies nicht lückenlos geschehen kann, wird dem Autor jeder mit der Materie Vertraute zubilligen. Bezogen auf die Endphase des Hitlerregimes wird zu Recht zwischen Widerstand und „Aufkündigung der Gefolgschaft" (1236) unterschieden, die durchaus auch persönliche Risiken in sich bergen konnte. Die Darstellung mündet in einen Abschnitt über „Ende und Neuanfang" ein, wie er in dieser Ausführlichkeit nicht zwingend in einem Buch über die „Kriegsgesellschaft" erwartet werden darf. Hier allerdings tritt die Ausgewogenheit in den Proportionen und Wertungen, die das Gesamtwerk auszeichnet, merklich zurück. Die nunmehr durch die Siegermächte gesetzten, das faschistische Regime ablösenden Rahmenbedingungen scheinen nur ansatzweise auf. Die Konzentration auf die Westzonen – besonders auf die Entwicklungsprozesse in der westdeutschen Sozialdemokratie und den westdeutschen Gewerkschaften – lässt nicht erkennen, dass das politische und wirtschaftliche Leben in der sowjetischen Besatzungszone bereits früher in Gang gekommen war, und zwar durchaus mit Ausstrahlungskraft auf den deutschen Westen. Die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung erfolgte

unverkennbar in zonaler Behinderung, aber mit gesamtdeutschem Anspruch, seitens der Kommunisten auch in einer gesamtdeutschen Parteiorganisation und seitens der Gewerkschaften als Ringen um einen durch Interzonenkonferenzen vorzubereitenden gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund.

Alles in allem liegt uns als Ergebnis intensiver Studien und gründlicher Verarbeitung eines reichen Tatsachenmaterials ein Respekt einflößendes Werk vor. Der Umfang beider Bände lässt allerdings befürchten, dass es eher als Nachschlagwerk, denn als Lesebuch genutzt wird. Ein Komprimat des Forschungsertrags als Taschenbuch böte sich eigentlich an.

Günter Benser

John Heartfield – eine neue Biografie

Anthony Coles, John Heartfield. Ein politisches Leben, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2014, 400 S., 39,90 Euro.

Seine Werke avancierten zum vielzitierten Beispiel einer innovativen, das Auge wie das Hirn des Massenpublikums gleichsam fesselnden linkssozialistischen Propaganda der 1920er und 1930er Jahre. John Heartfield, 1891 als Hellmuth Franz Josef Herzfeld geboren, schuf Bildikonen, die noch heute sowohl in der dezidiert linken Publizistik, aber auch von zahllosen Schulbuchautoren, Ausstellungskuratoren und Journalisten zur Illustration antifaschistischen und -kapitalistischen Widerstandes verwendet werden. Kaum ein seriöses Historienwerk kommt ohne solche Fotomontagen aus, wie zum Beispiel „Millionen stehen hinter mir" – bezugnehmend auf die Finanzierung Hitlers und seiner Partei durch die deutsche Großindustrie – oder dem berühmten „Durch Licht zur Nacht", das die faschistische Barbarei der Bücherverbrennung im Jahre 1933 visuell eindringlich verarbeitet und anklagt.

Auf rund 400 Seiten legt der Kunsthistoriker Anthony Coles nunmehr eine Monografie über John Heartfield vor, die kunsthistorische Analysezugänge mit popularisierend-biografischen Schilderungen zu verbinden versucht. Coles Prämisse ist dabei: „Heartfield einem breiten und interessierten Publikum nahezubringen" (12).

Als hochpolitischer Künstler war Heartfield ein Kind seiner Zeit, dessen Bestreben es war, eine zwischen Klassen, politischen Machtblöcken und historischen Kontinuitäts- und Bruchlinien zerrissene Welt für ein (proletarisches) Massenpublikum begreifbar zu machen. Kunst sei der Hammer, mit welchem die Wirklichkeit zu schmieden sei, so ein Marxsches Bonmot. „Benütze Foto als Waffe" lautete klassenkämpferisch und mit den fotografischen Mitteln der 1920er Jahre ausgedrückt das Motto einer 1929 in Berlin gezeigten Ausstellung verschiedener Werke Heartfields. Wirkmächtig seien Heartfield Fotomontagen laut Coles durch „die elementare dialektische Konfrontation eines Textes oder einer Bildunterschrift mit einer bildlichen Darstellung" (287). Das bewusste Spiel mit dem unfehlbaren Wahrheitspostulat der Fotografie, deren Demontage und glaubwürdige Neuinszenierung einerseits und dem Objektivitätsanspruch

des Zitats andererseits, begründet die direkte, demokratische, weil von keinerlei theoretischen Zugangshindernissen verbaute Aufnahme und Verarbeitung der beabsichtigten Bildaussage im Auge und Hirn eines Massenpublikums. Heartfield ging als polit-künstlerischer Macher, nicht als Verfasser seitenlanger kunstpolitischer Traktate in die Geschichte ein. Marxistische Diskussionen um das Verhältnis von Subjektivität und Objektivität im Wirkungsdreieck Mensch-Medium-Umwelt, wie sie im sowjetischen, bis 1933 auch in marxistischen Kreisen Deutschlands geführt worden waren, fanden ohne Heartfields Beitrag statt. Auch Coles orientiert sich an besagter Distanz, wenn er auf die seiner Disziplin sowie in Zeiten der ausufernden Bildwissenschaft üblichen hochverkopften Analysen verzichtet. Vielmehr liefert er handfeste, handwerklich ordentliche Überblicksdarstellungen und zeigt Entwicklungen und Neuerungen auf, die Heartfields Schaffen mit sich brachte.

Lobend hervorzuheben ist Coles Parallelisierung der politisch-didaktischen Ideen John Heartfields und Willi Münzenbergs, einem der bedeutsamsten linken Multiplikatoren, Verleger und Herausgeber der Weimarer Republik. Die geschickte Kombination von packenden Bildern und kapitalismuskritischen Texten in der berühmten *Arbeiter-Illustrierten Zeitung (AIZ)*, passte mit ihrem unterhaltenden Grundton optimal zu Heartfields satirischer Art, die Wirklichkeit zu verarbeiten. Zwischen 1930 und 1938, der Einstellung des *AIZ*-Nachfolgers, der *Volks-Illustrierten (VI)*, lieferte Heartfield rund 237 Fotomontagen. Folgerichtig widmet Coles rund 150 Seiten seiner Monografie der Analyse und Beschreibung besagter Auftragsarbeiten. Die grundlegende thematisch-chronologische Sortierung bietet sich insofern an, als dass dem Leser so die starke Ereignis- und Diskursgebundenheit der Massenwerke Heartfields klar vor Auge geführt wird. Trotz der an zahlreichen Stellen zu deskriptive Analyse sowie der teilweise nur angerissenen Einbettung in den zeitgenössischen Kontext bildet die auf Vollständigkeit ausgelegte Zusammenstellung einen katalogartigen Überblick über Themenschwerpunkte wie „Krieg, Kapital und Industrie" (169-178), „Der Nationalsozialismus vor der Machtübernahme" (180-184), „Früher Pro-kommunismus" (189-205), „Der Reichstagsbrandprozess" (207-213), „Der Spanische Bürgerkrieg" (221-234), oder „Innenpolitische Fragen [des NS-Regimes, Anm. VJH]" (240-254). Eher störend denn hilfreich sind dabei allerdings die subjektiven Bewertungen der Fotomontagen durch Coles – die Attitüde eines Kunstkritikers scheint sich hierbei Bahn zu brechen.

Wissenschaftlich nüchtern versucht Coles stets die Beschönigungen und Verfälschungen aufzudecken, die nach 1945 von John Heartfield selber, im Besonderen jedoch von dessen Bruder Wieland Herzfelde mit dessen 1962 erschienener Werkschau vorgenommen wurden. Mehrfach, fast redundant, geht der Autor gegen Mythologisierung und Entkontextualisierung, d.h. das nachträgliche Herausreißen aus dem zeitlichen Entstehungskontext, vor (vgl. bspw. 346f.). Während seiner Zeit in der DDR lange verschwiegene, weil unliebsame Epochen des Heartfieldschen Œuvre

wie die Dada-Phase oder die schaffensarme, krisenhafte Exilzeit in Großbritannien 1938-1950, erfahren in der vorliegenden Monografie eine angemessene Beschreibung.

Anthony Coles veröffentlichte eine Heartfield-Biografie, welcher das sinnvolle Zusammendenken von Zeitgeschehen, politischer Überzeugung des Dargestellten, allgemeiner Vita und dem vielschichtigen Œuvre zugrunde liegt. Es bedarf allerdings des Hinweises, dass der Autor keinen visuellen Prachtband, der sämtliche Werke Heartfields in Großformat abbildet, vorzulegen gedachte – diesbezüglich verweist Coles zumindest im Kontext der *AIZ*-Beiträge vernünftigerweise auf David Evans Buch aus dem Jahre 1992. Coles Biografie punktet im Besonderen durch die quellenkritische Dekonstruktion eines falschen Heartfield-Mythos, was den unverhüllten Blick auf eine der bedeutendsten politischen Künstler des 20. Jahrhunderts freigibt und zur bewussten (Wieder)Entdeckung seiner Fotomontagen einlädt.

Valentin J. Hemberger

Wie Herrschaft begreifen?

Wolf-Dieter Narr, Niemands-Herrschaft. Eine Einführung in Schwierigkeiten, Herrschaft zu begreifen, hrsg. v. Uta von Winterfeld, VSA, Hamburg 2015, 316 S., 26,80 Euro

Das vorliegende Buch hat eine ungewöhnliche Entstehungsgeschichte. Ein erstes Manuskript entstand vor rund 25 Jahren und basierte auf einer Vorlesung des Autors. Auf Grund der größere „Schwierigkeiten" bereitenden „Kritik mangelnden Augenmaßes" (10) durch den Lektor eines nicht näher benannten Verlages ging es nie in Druck. Schließlich erfuhr Uta von Winterfeld von der Existenz des Manuskripts und nahm sich seines an (ebd.). Gegenüber dem Originalmaterial wurde das Manuskript „gründlich überarbeitet" und erfuhr eine Aktualisierung, Winterfeld selbst schrieb an den „Zwischenstücken" mit (11). Ziel des Buches ist es, verteilt über zehn Kapital, „herauszufinden, wie es sich mit Herrschaft im Singular und Herrschaften im Plural" (10) verhält. Ein wichtiger Ausgangspunkt ist die Annahme, dass auch die vermeintlich Herrschenden, etwa gewählte PolitikerInnen, „Unterworfene" seien (9f.).

Narr nähert sich dem eigentlichen Kernthema mit Reflexionen über das „Problem der Theorie" (1. Kapitel), den „Hauptprobleme[n] einer politische Theorie" (2. Kapitel) sowie der Frage nach „Kriterien einer halbwegs angemessenen Methode, Theorien zu bilden" (3. Kapitel). Diese drei ersten Abschnitte sind die überzeugendsten des gesamten Buches, ist es doch gerade in der akademischen Politikwissenschaft und Soziologie nur noch selten der Fall, die eigenen theoretischen Grundlagen kritisch zu reflektieren und nicht als naturgegebene Setzungen zu erfahren. Gerade an den Universitäten wird mit Theorien umgegangen, es seien sie fertig, als müsste der Kontext ihrer Entstehung nicht näher berücksichtigt werden (61).

Ganz allgemein, beobachtet Narr, werde „Theorie als Vor- und Zuarbeit zu einer aufgeklärten Praxis gesetzt" (15), allerdings seien „Theo-

rien" nie „zum allgemeinen Gut geworden", das praktisches „Handeln anleitete", vielmehr „gerannen" sie „allenfalls zum perversen Herrschaftsmittel" (ebd.). Angesichts dessen habe Theorie nur eine „Chance als kritische", die „Selbstverständlichkeiten und Selbstverständnisse [...] mit Fragen zersetz[t]" (ebd.). Theorien müssten dabei immer „als Herrschaftsmittel" analysiert werden, die auch „Weltverklärungen" dienten (21). Narr gibt sich als Verfechter eines „Streit[s] der Theorien" zu erkennen und plädiert für einen „qualitative[n] Pluralismus", insbesondere „im Rahmen wissenschaftlich etablierter Fächer" (27).

Der „Herrschaftscharakter von Theorien" werde insbesondere dann gefestigt, wenn ihre Entstehungsumstände und -prozesse – angesichts dessen, dass eine jede Theorie Wirklichkeit darzustellen behauptet – nicht reflektiert werden, mit ihnen verknüpfte Interessen unhinterfragt bleiben (65). Die „Theoriegeschichte" sei „im Kontext der Herrschaftsgeschichte zu verstehen" (71). Gerade die „fiskalisch unterfütterten Beweggründe schlagen" aktuell „viel mehr durch und prägen Themenwahl, Methode und Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten, da den Wissenschaften im ökonomisch-politischen Konkurrenzkampf eine Schlüsselrolle zukommen" (ebd.). Die Frage nach der „ökonomisch-politischen Verwertbarkeit" erkennt Narr zu Recht als die größte Gefahr von Wissenschaft und ihren Theorien (ebd.).

Diesen hier nur kursorisch dargestellten Reflexionen folgt eine ausufernde, in viele Kleinigkeiten zersplitternde Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Thema, die in der These mündet: „Herrschaft ist nicht auf den Begriff zu bringen und lässt sich begrifflich nicht einfangen" (289). Die titelgebende Verwendung von „Niemands-Herrschaft", geborgt von Arendt, bezeichnet die „Not" der Autoren, „ein passendes Wort zu finden, das die Präsenz von Herrschaftlichem erfasste" (291). Die Niemands-Herrschaft sei eng verknüpft mit „systematische[m] Nichtwissen" (292) und die Prozesse der „Objektivierung, Identifizierung und Abstraktion" (315) – deren Ursache die weitverbreitete Unfähigkeit sei, „Ambivalenzen und Ambiguitäten" der sozialen wie politischen Welt ertragen und auszuhalten zu können (100) – erwiesen sich als große Gefahren, die zum Verschwinden und Zerreißen „[s]oziale[r] Zusammenhänge" führen und somit das Ende des „politische[n] Wesens" Mensch bedeuten könnten (315).

Alle bekannten zum Bereich der Herrschaft gehörenden Themen wie „Gewalt, Gewaltmonopol und Legitimität" (5. Kapitel) „Instrumente der Herrschaft" (6. Kapitel), die Bürokratie, der Staat, die „(Liberale) Demokratie als Herrschaftsform" (9. Kapitel), der Zusammenhang von Sprache und Politik usw. und deren Verknüpfung mit der globalen Ebene und dem Weltmarkt werden abgearbeitet.

„Im Grunde nichts Neues, sondern Max Weber und Hannah Arendt folgend", lediglich „zeitgenössisch radikalisiert" (190) – dieser Einschätzung der Herausgeberin selbst ist nichts hinzuzufügen. Der Band hat angesichts der heute anderweitig vor-

liegenden, ausufernden Literatur wenig Originelles zu bieten. Die Hoffnung, „so etwas wie ein politikwissenschaftliches Lehrbuch verfasst [zu] haben" (316), erfüllt sich nur mit Blick auf die ersten drei Kapitel, die einen kritischen Umgang mit Theorien lehren und entsprechende Fragen an diese bereitstellen. In sprachlicher Hinsicht ist das Buch größtenteils eine Zumutung. Nicht umsonst warnt der Autor auch vor seinen „Narrismen" (11). Was bleibt ist ein Sammelsurium, das Herrschaft in seinen mannigfaltigen Dimensionen benennt, nicht mehr, nicht weniger.

Sebastian Klauke

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Dr. Elisabeth Abendroth – Frankfurt/M., Sozialwissenschaftlerin

Dr. Matin Baraki – Marburg, Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter

Prof. Dr. Günter Benser – Berlin, Historiker

Nico Biver – Marburg, Dipl. Volkswirt, Wahlkreismitarbeiter

Friedrich Carl – Köln, Diplom-Informatiker

Sebastian Chwala – Marburg, Diplom-Politikwissenschaftler, Doktorand

Matthias Clausen – Berlin, Masterstudent Soziokulturelle Studien an der Europa-Uni in Frankfurt/Oder

Sophie Dieckmann – Berlin, Mag. der Sinologie, Studium in Leipzig, Shanghai und Peking, Wissenschaftspreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre Arbeit über das Wiedererstarken des Klansystems in der Volkrepublik China

Klaus Dräger – Köln, Publizist, Z-Beirat

Prof. Dr. Christian Fuchs – London, Medien- und Kommunikationswissenschaftler, Hochschullehrer am Communication and Media Research Institute (CAMRI) der University of Westminster/London

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Politikwissenschaftler

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Cornelius Hansen – Marburg, Studium der Geschichtswissenschaft, Ver-

kehrsreferent der Marburger Studierendenschaft

Valentin Hemberger, M.A. – Stuttgart, Historiker, Fachjournalist

Prof. Dr. Wulf D. Hund – Hamburg, Soziologe

Emanuel Kapfinger – Frankfurt am Main, M.A. Philosophie, Lehrbeauftragter für Sozialpsychologie an der FH Frankfurt

Ernest Kaltenegger – Graz, ehem. Stadtrat der KPÖ

Alan Ruben van Keeken – Siegen, Student der Musikwissenschaften, Z-Redakteur

Sebastian Klauke – Kiel, Doktorand der politischen Soziologie

Prof. Dr. Arno Klönne (1931 - 2015) – Paderborn, Politikwissenschaftler

Stephan Krüger – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmensberater für Belegschaften und ihre Repräsentanten (Betriebsräte, Gewerkschaften)

Dr. Jürgen Leibiger – Radebeul, Wirtschaftswissenschaftler

John Lütten – Jena, Student der Soziologie

Prof. Dr. Thomas Metscher – Ottersberg/Grafenau, Literaturwissenschaftler

Dr. Paul Oehlke – Köln, Sozialwissenschaftler

Patrick Ölkrug – Marburg, Student der Politikwissenschaft

Prof. Dr. Lothar Peter – Bremen, Sozialwissenschaftler

Christiane Reymann – Berlin, Publizistin

Prof. Dr. Jörg Roesler – Berlin, Wirtschaftshistoriker, Hochschullehrer

Prof. Dr. Mechthild Schrooten – Bremen, Wirtschaftswissenschaftlerin, Hochschullehrerin, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

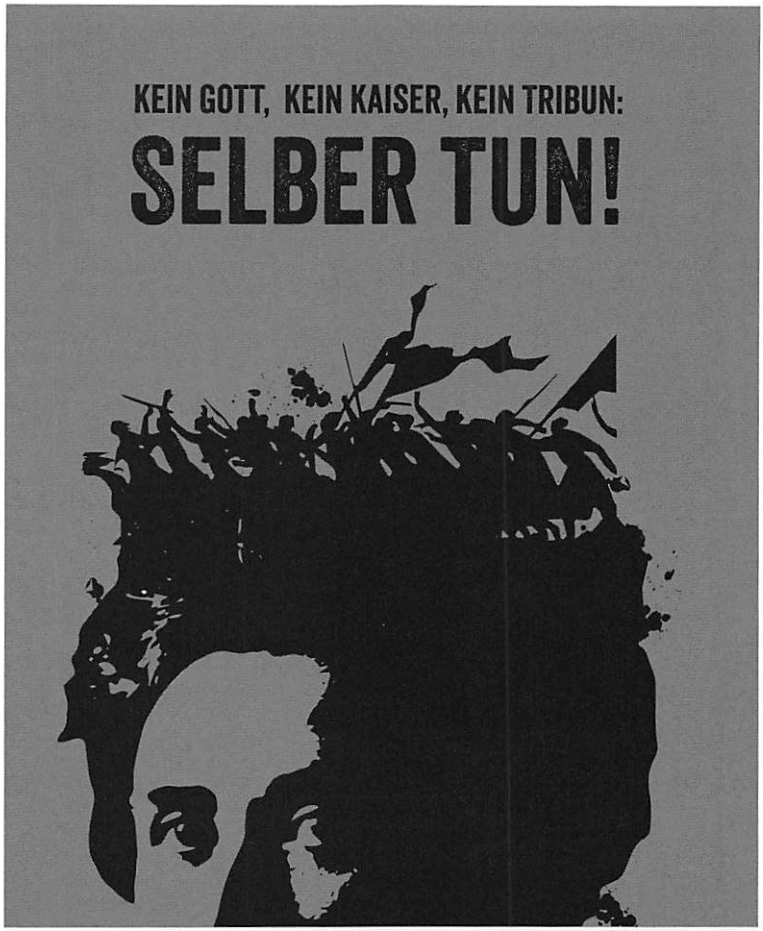
Dr. Conrad Schuhler – München, Mitarbeiter des isw (Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung e.V.)

Prof. Dr. Klaus Steinitz – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dorian Tigges, B.A. – Marburg, Studium der Geschichtswissenschaft, Marburger AStA-Vorstand

Dr. Axel Weipert – Berlin, Historiker

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Redakteur



XXI Internationale Rosa Luxemburg Konferenz

9. Januar 2016 | Urania-Haus, Berlin

DIE TAGESZEITUNG junge Welt

- www.rosa-luxemburg-konferenz.de
- www.jungewelt.de

Die Konferenz wird unterstützt von mehr als 30 Organisationen und Gruppen.

Nr. 104, Dezember 2015

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„Ich bin in der Tat der Ansicht, überall, wo es noch Privateigentum gibt, wo alle an alles das Geld als Maßstab anlegen, wird kaum jemals eine gerechte und glückliche Politik möglich sein...
Ich bin daher der festen Überzeugung, das einzige Mittel, auf irgendeine gleichmäßige und gerechte Weise den Besitz zu verteilen und die Sterblichen glücklich zu machen, ist die gänzliche Aufhebung des Privateigentums. Solange es das noch gibt, wird der weitaus größte und beste Teil der Menschheit die beängstigende und unvermeidliche Last der Armut und der Kümmernisse dauernd zu tragen haben."

Thomas Morus (1478-1535), Utopia [1515/1516],
Leipzig 1974, S. 48f.

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648